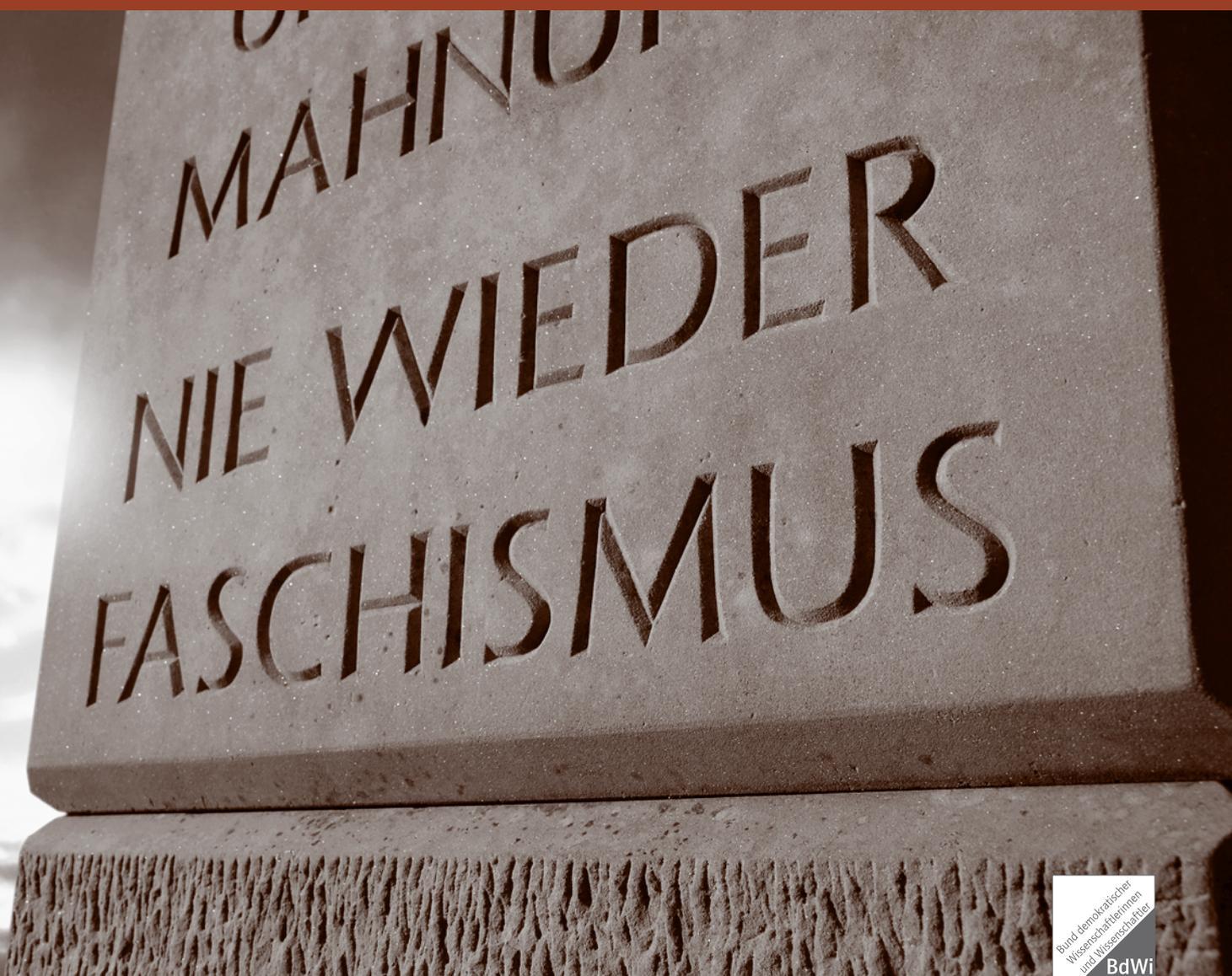


BdWi-Studienheft 12

# Wissenschaft von rechts II

## Rechter Kulturkampf in Hochschule und Bildung



Bund demokratischer  
Wissenschaftlerinnen  
und Wissenschaftler  
BdWi

fzs

GEW

www.ohh.ac.at  
OHZ

Hrsg. vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler / BdWi  
dem freien Zusammenschluss von studentInnenschaften / fzs  
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft / GEW  
der Österreichischen HochschülerInnenschaft / ÖH

ISBN 978-3-939864-27-1 / Preis: 8 €

---

---

# Editorial

---

---

2014 erschien im BdWi-Verlag ein Studienheft »Wissenschaft von Rechts«, mit dem die Einflüsse rechtsextremer Ideologie und Theorie an Hochschulen kritisch untersucht und personelle Netzwerke aufgezeigt wurden.

Die politischen Entwicklungen der letzten sechs Jahre in Deutschland und Österreich legen den Gedanken nahe, das Thema erneut aufzugreifen. Nur beispielhaft seien hier erwähnt: Der internationale Aufstieg des sogenannten »Rechtspopulismus« mit der schwarz-blauen Bundesregierung in Österreich und dem Einzug der AfD in alle deutschen Parlamente, begleitet von ihrer politischen Radikalisierung, die verbale Verrohung öffentlicher politischer Debatten oder auch die Herausbildung neuer rechtsterroristischer Strukturen.

Es erscheint also notwendig, sich den aktuellen Bedrohungen von rechts erneut zu widmen – mit besonderem Blick auf Bildung, Hochschule und Wissenschaft. Hochschulen waren und sind politisch umkämpftes Gelände: rassistische, antisemitische, antifeministische und antidemokratische Positionen gewinnen auch hier an Raum und Einfluss. Dies äußert sich nicht nur in öffentlich sichtbaren Erscheinungen wie neofaschistischen Schmierereien oder plakativen Aktionen der »Identitären Bewegung« auf dem Campus. Mit Verweis auf die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit wird versucht, universitäre Räume den Ausführungen rechter Ideologen zu öffnen. Umkämpft sind auch Lehrinhalte – die Abschaffung der Gender Studies gehört etwa zum Parteiprogramm der AfD.

Die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Natur-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen ist aber ein fundamentaler Bestandteil der Freiheit von Forschung und Lehre. Lehrende und Studierende haben eine Verantwortung für die Verteidigung und Weiterentwicklung der demokratischen Gesellschaft. Autoritären, rassistischen, antisemitischen und antifeministischen Äußerungen und Praktiken gilt es entschieden entgegenzutreten.

Deshalb wollen wir alle Leser\*innen zum Widerstand gegen rechtsextreme Praktiken und Ideologien ermutigen.

Wir danken allen Autor\*innen für ihre Mitarbeit und allen Herausgeber\*innen für die gute Kooperation. Für die Unterstützung dieser Publikation danken wir darüberhinaus der IG Metall und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Torsten Bultmann, Steffen Käthner (Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler / BdWi)  
Sebastian Zachrau (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften / fzs)

Andreas Keller (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft / GEW)

Adrijana Novakovic (Österreichische HochschülerInnenschaft / ÖH)



Seit vielen Jahren formiert sich mit den selbst ernannten »Lebensschützern« (Anti-Choice-Bewegungen) eine außerparlamentarische, antifeministische Massenbewegung gegen Schwangerschaftsabbrüche und für ein traditionelles Familienbild. Sie tritt zugleich als Verstärker rechtskonservativer und rechtspopulistischer Parlamentsvertreter\*innen in Erscheinung. Gisela Notz beleuchtet historische Hintergründe und aktuelle Entwicklungen der Anti-Choice-Bewegungen und ihren weltweit wachsenden politischen, moralischen und gesellschaftlichen Einfluss. . . . . S. 18



Die DDR ist seit drei Jahrzehnten tot. Dennoch ist die Deutung der DDR-Geschichte und der ostdeutschen Nachwendzeit in den letzten Monaten in den Mittelpunkt geschichtspolitischer Debatten gerückt. Diese haben mit Blick auf die Wahlerfolge der AfD auch tagesaktuelle Brisanz bekommen: In welcher Beziehung steht der Aufschwung des Rechtspopulismus zum Umbruch der Jahre 1989/90? Und welche Rolle spielen dabei Akteur\*innen der ehemaligen DDR-Opposition? Thomas Klein analysiert die aktuellen Auseinandersetzungen auch mit Blick auf den zeitgenössischen Antikommunismus. . . . . S. 31



Im Umkreis aller bundesweit relevanten Parteien existieren parteinahe Stiftungen, die den jeweiligen Politikansatz wissenschaftlich begleiten. Über Stipendienvergaben an Studierende und Doktorand\*innen leisten sie auch Beiträge zur personellen Reproduktion des ideologisch-politischen Apparates. Mit der Etablierung der AfD war die Gründung einer ihr nahestehenden Stiftung abzusehen. Aus verschiedenen konkurrierenden Initiativen ging 2018 die Desiderius-Erasmus-Stiftung erfolgreich hervor. Ihre bisherige Tätigkeit analysieren Georg Gläser und Gudrun Hentges. . . . S. 38



In den jüngsten Debatten um »freie Meinungsäußerung« und deren Grenzen werden vor allem von der Politischen Rechten Einschränkungen beklagt. Beispielhaft dafür werden Auseinandersetzungen um universitäre Veranstaltungen mit Referenten wie Bernd Lucke, Thilo Sarrazin oder Marc Jongen angeführt, die auf starke Proteste stießen und daraufhin z. T. abgesagt wurden. Unterdessen sind diese Debatten in den USA schon länger Thema gesellschaftlicher Kontroversen. Asli Tellî Aydemir plädiert dafür, von den US-Erfahrungen zu lernen und sich mit den Fragen gründlich auseinanderzusetzen. . . . S. 58

## Historische und ideologische Grundlagen

- Elitär-barbarische Avantgarde** . . . . . 5  
*Tobias Eisch zeichnet den Weg der Deutschen Studentenschaft in den Faschismus nach*
- Alter Wein in neuen Schläuchen** . . . . . 8  
*Wirtschaftspolitische Konzepte der »Neuen Rechten« in der Betrachtung von Helmut Kellershohn*
- Der Mythos vom »Großen Austausch«** . . . . . 12  
*Judith Goetz/Alexander Winkler analysieren ein rassistisches Narrativ*
- Bezugspunkt Gender** . . . . . 15  
*Rebekka Blum über die Bedeutung des Antifeminismus für die extreme Rechte*
- Rechtsextreme und »Lebensschützer«** . . . . . 18  
*Gisela Notz beleuchtet Aktualität, Geschichte und Hintergründe der Anti-Choice-Bewegungen*
- Elitenförderung als Leitmotiv konservativer Bildungspolitik** . . . . . 22  
*Den Zielkonflikt zwischen »Bildung für alle« und »sozialer Auslese« erörtert Torsten Bultmann*

## Rechter Kulturkampf

- Bildungspolitik von rechts** . . . . . 25  
*Die Österreichische Hochschüler\_innenschaft kritisiert die Bildungspolitik der ÖVP/FPÖ-Regierung*
- Einschüchterung als Prinzip** . . . . . 28  
*Den Kampf der AfD um die Schulen beobachten Fredrik Dehnerdt und Elina Stock*
- Erinnerungspolitische Verwerfungen** . . . . . 31  
*Thomas Klein kommentiert die Aufregung um den »rechten Rand der DDR-Aufarbeitung«*
- Platonische Wissenschaft** . . . . . 35  
*Das Verhältnis von Extremismustheorie und Politik in Sachsen skizzieren Kerstin Köditz und Volkmar Wölk*

## Erscheinungsformen der akademischen Rechten

- Politische Bildung von rechts** . . . . . 38  
*Gudrun Hentges und Georg Gläser resümieren die bisherige Tätigkeit der Desiderius-Erasmus-Stiftung*
- Männerbündische Netzwerke in der AfD** . . . . . 43  
*Alexandra Kurth nähert sich der männerbündischen Verfasstheit der AfD*
- Lust am Untergang** . . . . . 46  
*Dem vermeintlich kreativen Image der »Identitären Bewegung« geht Lukas Wanke auf den Grund*
- Schwach aufgestellt** . . . . . 49  
*Fabian Bennewitz gibt einen Überblick über Hochschulgruppen der AfD*
- Berlin: Alleingang für die AfD** . . . . . 53  
*Über den Umgang der HU Berlin mit einer Anfrage der AfD berichtet Daniel Gaittet*

## Kämpfe gegen rechts

- Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit** . . . . . 55  
*Friedemann Vogel kommentiert Auseinandersetzungen an der Uni Siegen*
- Fight or flight** . . . . . 58  
*In der Debatte um »freedom of speech« plädiert Asli Tellî Aydemir für einen Blick in die USA*
- Konkurrierende Solidarität?** . . . . . 61  
*Sabrina Arneth resümiert die Probleme des gewerkschaftlichen Kampfes gegen rechts*
- Hakenkreuz-Graffiti am Elfenbeinturm** . . . . . 63  
*Niklas Knepper über rechtsradikale Raumordnungskämpfe an der Uni Göttingen*

---

---

# Vorwort der Redaktion

Hochschulen gelten – mindestens seit etwa 1968 – als Hochburgen linken gesellschaftskritischen Denkens.« Mit diesen Worten eröffneten wir 2013 die Publikation des Studienheftes *Wissenschaft von Rechts*, um gleich darauf diesen Befund in Zweifel zu ziehen. Damals ging es uns darum, »über den Einfluss rechter Ideologien in der Wissenschaft, aber auch über rechte Netzwerke und Strukturen an Hochschulen [zu] informieren, Analysen [zu] bieten und dazu bei[zu]tragen, dass möglichst viele Menschen (nicht nur) in der Wissenschaft rechtem Gedankengut wirksam entgegen treten.«

Die politischen Entwicklungen der letzten sechs Jahre in Deutschland und Österreich legen den Gedanken nahe, das Thema erneut aufzugreifen. Nur beispielhaft seien hier erwähnt: Der internationale Aufstieg des sogenannten »Rechtspopulismus« mit der schwarz-blauen Bundesregierung in Österreich und dem Einzug der AfD in alle deutschen Parlamente, begleitet von ihrer politischen Radikalisierung, die verbale Verrohung öffentlicher politischer Debatten oder auch die Herausbildung neuer rechtsterroristischer Strukturen.

Seitens des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) freuen wir uns, dass wir dafür bewährte Kooperationspartner\*innen zur Zusammenarbeit gewinnen konnten: den freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Österreichische HochschulInnenschaft (ÖH). Gemeinsam haben wir relevante Fragestellungen aufgegriffen und Themen zur Diskussion gestellt: Was bedeutet der parlamentarische Durchbruch der AfD im Bereich Bildungs- und Wissenschaftspolitik? Welche Folgen hat der »Kulturkampf von rechts« für eine gesellschaftskritische Wissenschaft? Wie wirkt sich die Rechtsverschiebung gesellschaftlicher Diskurse im akademischen Alltag aus? Wie können wirksame Gegenstrategien aussehen?

Für diese Fragestellungen haben wir ein Veranstaltungs- und ein Publikationsformat bereitgestellt. Unter dem Motto »Wissenschaft von rechts« fand vom 3. bis 6. Oktober 2019 die traditionelle Herbstakademie in Werftpfuhl (bei Berlin) statt, deren Referate und Diskussionen nun auch teilweise Eingang in dieses Studienheft gefunden ha-

ben, ergänzt um weitere thematische Aspekte.

Die begriffliche Fassung der rechten politischen Phänomene ist schwierig und sowohl aus wissenschaftlicher wie aus politischer Sicht umstritten: Neben »Rechtsextremismus« wird von »Rechtsradikalismus« und »Rechtspopulismus« gesprochen, auch die Autor\*innen dieses Studienhefts verwenden unterschiedliche Bezeichnungen. Alle genannten Begriffe verdienen kritische Betrachtung und sind deshalb mit Vorsicht zu verwenden. So wird die AfD in der öffentlichen Debatte überwiegend als »rechtspopulistisch« bezeichnet. Inhaltlich ist dieser Begriff aber relativ unbestimmt, zudem wirkt er angesichts der massiven Radikalisierung der politischen Praxis und Rhetorik der AfD auch verharmlosend.

»Rechtsextremismus« hingegen gehört zum Standardvokabular des Verfassungsschutzes. Seine Verwendung korrespondiert oft mit einer totalitarismustheoretischen Herangehensweise, die nach Gemeinsamkeiten von »Extremist\*innen von links und rechts« fragt, während Anknüpfungspunkte rechter Diskurse an bürgerliche Milieus bzw. an die gesellschaftliche Mitte in den Hintergrund treten. Bei der wissenschaftlichen Fundierung rechten Denkens spielen Professor\*innen der Politikwissenschaft eine zentrale Rolle. Der Beitrag von Kerstin Köditz und Volkmar Wölk in diesem Heft widmet sich den Aktivitäten, die etliche Politikwissenschaftler in Sachsen in dieser Hinsicht entfalten.

In der politischen Praxis rechter Kampagnen und Aktivitäten der letzten Jahre spielen geschlechterpolitische Fragen eine zentrale Rolle, sie ziehen sich deshalb auch wie ein roter Faden durch dieses Studienheft. Rebekka Blum arbeitet die grundsätzliche Bedeutung des Antifeminismus für die extreme Rechte heraus und verdeutlicht, wie sich hier die Interessen konservativer, religiös-fundamentalistischer und extrem rechter Akteur\*innen überschneiden. Gisela Notz hebt diese Tendenzen am Beispiel der »Lebensschützerbewegung« hervor, Alexandra Kurth skizziert den Aufstieg der AfD als männerbündische Struktur. Judith Goetz und Alexander Winkler analysieren in ihrem Beitrag den Mythos vom »Großen Austausch« als bedeutsames rassistisches Narrativ für die Herausbildung eines internationalen Rechtsterrorismus.

Unsere Aufmerksamkeit gilt auch den historischen und ideologischen Grundlagen der alten und »Neuen« Rechten. Tobias Eisch verdeutlicht die Rolle der deutschen Studentenschaft als Wegbereiter des Faschismus vor 1933, Helmut Kellershohn beobachtet die Annäherung der »Neuen« Rechten an das Thema Wirtschaft und Torsten Bultmann analysiert die Formung sozialer Hierarchien als Leitmotiv konservativer Bildungspolitik. Die Bedeutung des zeitgenössischen Antikommunismus für den »rechten Aufschwung« bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte erklärt Thomas Klein.

Wie sich rechtspopulistische Vorstellungen von Kultur- und Bildungspolitik in parteipolitischer und regierungsamtlicher Praxis ausdrücken, beleuchten die Beiträge von Fredrik Dehnert und Elina Stock über die Bildungspolitik der AfD sowie von den Kolleg\*innen des Referats für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik der ÖH über die Erfahrungen mit der schwarz-blauen Regierungspolitik in Österreich.

Rechte Tendenzen, Netzwerke und Personen sind aber auch im Alltag an den Hochschulen präsent. Sehr kontrovers steht derzeit die Frage nach der Meinungsfreiheit und ihren Grenzen im Raum. Am Beispiel von Auseinandersetzungen an der Uni Siegen verdeutlichen Asli Telli Aydemir und Friedemann Vogel die Problematik.

Mit der Gründung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung haben konservative und rechte Intellektuelle ein neues Betätigungsfeld gefunden, mit dem sie hochschul- und gesellschaftspolitisch Einfluss nehmen können. Gudrun Hentges und Georg Gläser haben sich die Stiftung und ihr leitendes Personal angeschaut.

Auch in der studentischen Rechten sind in den letzten Jahren neue Entwicklungen zu beobachten. Vielerorts treten Gruppen der »Identitären Bewegung« öffentlichkeitswirksam in Erscheinung, wie Lukas Wanke beobachtet. Hingegen zeigen die Bemühungen der AfD zum Aufbau parteinaher Hochschulgruppen bisher nur begrenzten Erfolg, so das Fazit von Fabian Bennewitz.

Hochschulen sind umkämpfte Orte. Dies zeigt auch der Beitrag von Niklas Knepper über rechtsradikale Raumordnungskämpfe an der Uni Göttingen. Und Sabrina Arneht skizziert Lösungsansätze für erfolgreiche gewerkschaftliche Kämpfe gegen rechts.

# Elitär-barbarische Avantgarde

## Die deutsche Studentenschaft und der Weg in den Faschismus

*Nichts gibt mir mehr Glauben an die Richtigkeit unserer Idee als die Siege des Nationalsozialismus auf der Hochschule. – Adolf Hitler, 1930<sup>1</sup>*

Was in dieser Aussage Hitlers in dem NS-Presseorgan *Die Bewegung* wie Propaganda klingt, entsprach, insbesondere bei der Betrachtung studentischer Politik, tatsächlich der Realität. Der Nationalsozialismus und die völkische Bewegung im Allgemeinen setzten sich unter den Studenten lange vor der sogenannten Machtergreifung Hitlers durch. Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) feierte politische Erfolge an den Hochschulen, der Faschismus zog in die Deutsche Studentenschaft (DSt) ein und die Korporationen als präfaschistische Kampforganisationen ebneten ideologisch und mit Gewalt den Boden für den Nationalsozialismus.

Die Deutsche Studentenschaft identifizierte sich unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg weiter mit dem christlich-monarchischen Deutschland, für welches sie in die Schützengräben gezogen war, und stand der demokratischen Weimarer Republik unveröhnlich gegenüber.<sup>2</sup> Die spezifisch deutsche Ideologie, welche die Studenten in ihrer Mehrheit tief prägte und im 19. Jahrhundert aus der Studentenschaft mit hervorgegangen war, war eine völkisch-nationale. Bereits auf dem zweiten Studententag der DSt 1920 sammelten sich die völkischen studentischen Organisationen im Deutschen Hochschulring (DHR) und begriffen sich selbst bewusst »als völkische Sammelbewegung, die, in Ablehnung jeglichen parteipolitischen Meinungsstreits, die Schaffung einer rassisch homogenen Volksgemeinschaft ins Auge faßte«<sup>3</sup>. Der DHR steht für den frühen Erfolg der völkischen Bewegung. Bereits ein Jahr später stellten sie zwei Drittel der Deutschen Studentenschaft, die meisten der mittleren und kleinen Studentenvertretungen, und sorgten durch intensive propagandistische Tätigkeit dafür, dass sich die völkisch-nationale Ideologie unter den Studenten durchsetzte. Diese war von Anfang an großdeutsch, setzte auf Wehrhaftigkeit der Studenten und hatte einen unerbittlichen Antisemitismus zur Grundlage. Dadurch gelang es auch, die Studenten auf einen ständischen Führerstaat und die Notwendigkeit eines Dritten Rei-

*Von Studierenden heißt es, sie seien mehrheitlich progressiv oder gar links eingestellt. Inwieweit das stimmt, sei mal dahingestellt. Tatsache ist, dass es in früheren Jahrzehnten völlig anders war. Die Studentenschaft – und zwar zu dieser Zeit fast ausschließlich männlich – der Weimarer Republik stand fast geschlossen rechts. Sie war antidemokratisch, völkisch-nationalistisch und elitär eingestellt. Ihre Mitglieder wurden zu Wegbereitern des Faschismus, wie Tobias Eisch nachzeichnet.*

ches einzuschwören.<sup>4</sup> Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht weiter, dass 1931 die Führung des DSt erstmals an einen NSDStBler übergang und sich die Deutsche Studentenschaft 1932 zum Führerprinzip bekannte, mit der Folge einer fundamentalen Umgestaltung des Verbandes.<sup>5</sup> Der frühen ideologischen Hinwendung zum völkischen Nationalismus und zur nationalsozialistischen Bewegung folgte also nun, vor der Machtergreifung, die Selbstgleichschaltung.

### Aufstieg des NS-Studentenbunds

Von Seiten des NSDStB war dieser Weg anfangs allerdings nicht so klar, wie es auf den ersten Blick erscheint. Der NSDStB feierte nach seiner Gründung 1926 zwar schnell Erfolge – so wurden etwa binnen eines Jahres zwanzig Hochschulgruppen gegründet und sie zogen in München bereits in den AStA<sup>6</sup> – allerdings war der Bund zu dieser Zeit, mit Wilhelm Tempel als seinem Führer, noch fest im pseudo-sozialrevolutionären Flügel um die Gebrüder Straßer verwurzelt. Diese Einstellung prallte offen auf den elitären Standesdünkel der Korporationen, welche einen großen Teil der Deutschen Studentenschaft ausmachten. Der Bund appellierte zwar an die verbindenden Elemente der Wehrhaftigkeit und gegen den gemeinsamen »Volksfeind«, welchen beide »im Juden« sahen, das Verhältnis blieb allerdings spannungsgeladen. Der Fokus des Bundes lag eher auf dem erfolglosen Versuch, den Bruch zwischen »dem deutschen Akademiker und Arbeiter« zugunsten der »Volksgemeinschaft« zu heilen. Dieser war allerdings zum Scheitern verurteilt, denn

die Arbeiter hatten nicht vergessen, dass es Studenten waren, die in Freikorps zahlreiche Arbeiter nach dem Krieg erschossen hatten. Eine erfolgreichere Politik gelang erst mit der Übernahme der Führung des NSDStB durch Baldur von Schirach, der dazu aufrief den Verbindungen beizutreten und so die Deutsche Studentenschaft übernehmen wollte.<sup>7</sup>

Auf die studentischen Verbindungen, so unterschiedlich sie auch waren, trifft zu, was über die gesamte Studentenschaft bereits zusammengefasst wurde – sie waren geprägt von elitärem Standesdünkel, sehnten sich nach einem völkisch-nationalen Ständestaat und der Antisemitismus reichte tief in das politische Selbstverständnis. Die Entschlossenheit hinter dieser Einstellung ließ sich bereits unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg beobachten. Die sozialdemokratischen Minister Gustav Noske und Konrad Haenisch riefen die Studenten dazu auf, sich in Freikorps einzugliedern um den »Spartakusaufstand« niederzuschlagen.<sup>8</sup> Die Studenten und Korporierten folgten dem Aufruf, allerdings nicht, um für die Republik zu kämpfen, sondern aus reinem Antikommunismus. »Ohne die Studenten wären die deutschen Freikorps [...] ihrer aktivsten Elemente beraubt gewesen«<sup>9</sup>. Die Freikorps, der Prototyp eines faschistischen Bundes ähnlich den Faschisten in Italien, und damit auch die studentischen Korporationen, gaben ihre Waffen allerdings nicht mehr aus der Hand. So gelang es beispielsweise dem Studentenkörpers Marburg, welches sich aus den Studenten der Marburger Verbindungen zusammensetzte, mit diesen Waffen den Kapp-Putsch, der eine Militärdiktatur zum Ziel hatte, in Marburg durchzuführen.<sup>10</sup> Die Studenten und Kor-

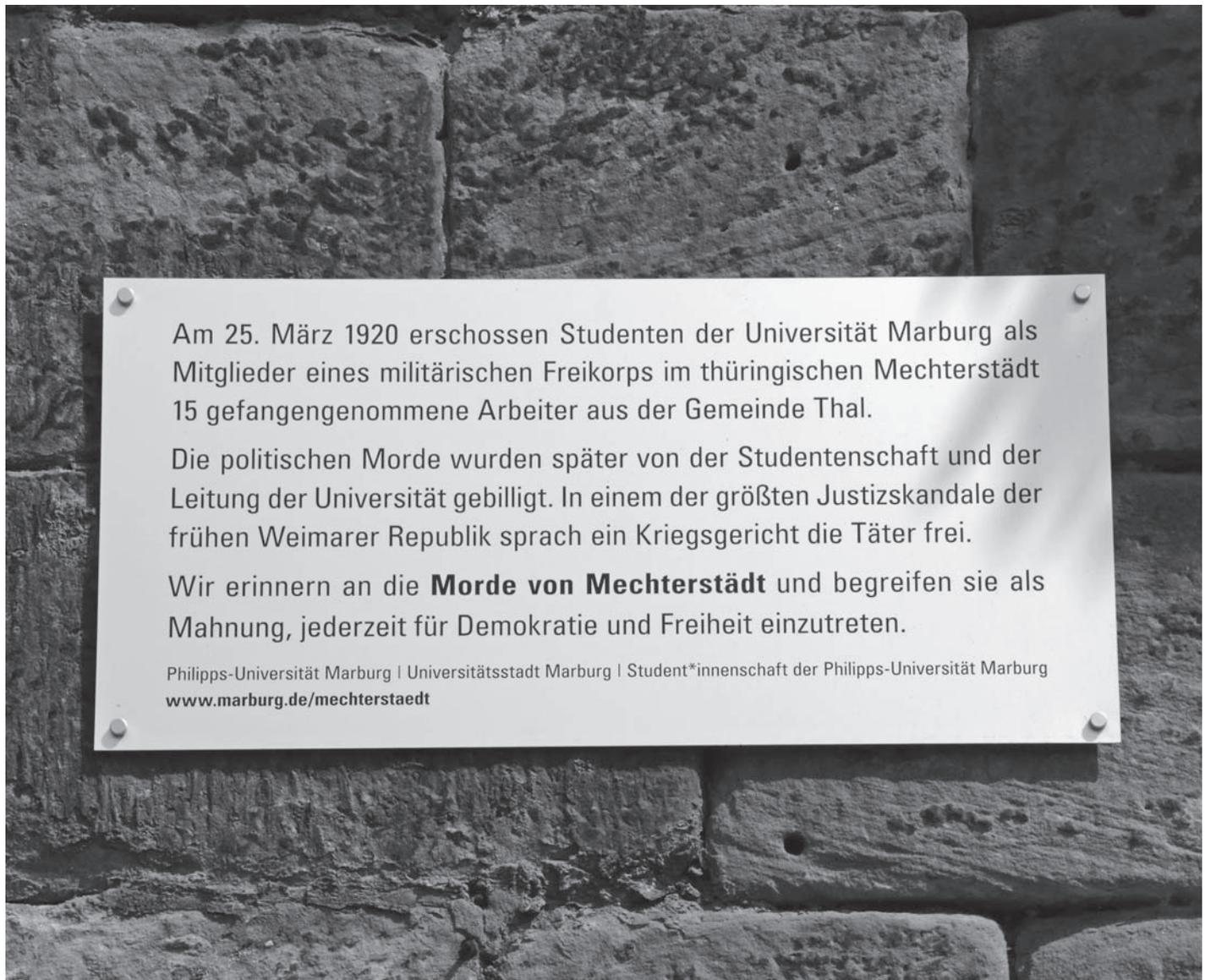
porierten engagierten sich zudem im Kampf gegen die Münchener Räteregierung, an der Ermordung von Arbeitern im Massaker von Mechterstädt und später auch im Putschversuch von Adolf Hitler. Am schnellsten bekannten sich die Mitglieder der Deutschen Burschenschaft zum Nationalsozialismus, sie erkannten die weitgehenden ideologischen Übereinstimmungen mit Adolf Hitler und der NSDAP.<sup>11</sup>

ner Senioren-Convent, die elitärste der Verbindungen, erklärte 1933: »Das deutsche Corpsstudententum hat in einer einmütigen Kundgebung den Willen dargetan, sich ohne jeden Vorbehalt einzugliedern in die nationalsozialistische Bewegung«<sup>13</sup>. Auch der Führer der Deutschen Landsmannschaft, Johannes Meinshausen, erklärte stolz: »Gleichschaltung der Deutschen Landsmannschaft, das bedeutet Befreiung

also ebenfalls in den meisten Fällen selbst gleich.

### Verankerter Antisemitismus

Doch auch weit vor der Selbstgleichschaltung waren bereits die ideologischen Grundlagen vorhanden, wie eindrucksvoll am Antisemitismus der Korporationen be-



Größer waren hingegen die Konflikte mit anderen Dachverbänden der Studentenverbindungen, da diese in Hitler beispielsweise den falschen Führer sahen, ihnen der NSDStB zu populistisch wirkte oder sie in der NSDAP nicht die legitime Organisation des völkischen Nationalismus fanden. Die Einstellung der Korporationen zur Partei und Ideologie fassen Heither und Lemling zusammen: »Kritik am Alleinvertretungsanspruch völkisch-rassistischen Gedankenguts seitens des NSDStB bei gleichzeitiger Zustimmung zu all seinen Zielen«<sup>12</sup> – die Korporationen hielten sich für die besseren Nationalsozialisten. Trotz aller Differenzen fehlte es nicht an Bekenntnissen zum Nationalsozialismus. Der Köse-

der landsmannschaftlichen Idee von dem Schutt des gestürzten liberalistisch-demokratischen Systems und sieghafte Wiederauferstehung der Landsmannschaft im Geiste der durch sie von jeher gepflegten Wehrhaftigkeit und der von ihr stets ausgesprochenen Ablehnung jedes Standesdünkels. Soldaten Adolf Hitlers wollen wir sein, sonst nichts«<sup>14</sup>. Der Führer des katholischen Dachverbandes CV, Edmund Forschbach, bekannte in der Verbandszeitung *Academia*: »Der CV bekennt sich zur nationalsozialistischen Revolution als dem großen geistigen Umbruch unserer Zeit. Der CV will und muß Träger und Künder der Idee des Dritten Reichs sein«<sup>15</sup>. Die studentischen Verbindungen schalteten sich

wiesen werden kann. So stellte sich die Deutsche Burschenschaft 1920 auf den »Rassestandpunkt«, was bedeutete, »daß die ererbten Rasseigenschaften der Juden durch die Taufe nicht berührt werden«<sup>16</sup>. Die Deutsche Burschenschaft gab sich zudem einen Arierparagrafen, dem zufolge nur »deutsche Studenten arischer Abstammung, die sich offen zum Deutschtum bekennen«<sup>17</sup>, aufgenommen wurden. Auch der Köseener Senioren-Convent stellte sich 1921 auf den »Rassestandpunkt« und gab sich einen ähnlichen Paragraphen, in dem auch genau definiert war, wer als sogenannter Mischling zu gelten habe. In den anderen Verbindungen fanden ähnliche Paragraphen den Einzigen in die Satzungen. Bleuel und

Klinnert bezeichneten die Korporationen damit zu Recht als die »Avantgarde des Antisemitismus«<sup>18</sup>. Auch der katholische Verband CV beschloss Ähnliches: »Hinderungsgrund für die Aufnahme in den CV bildet semitische Abstammung, nachweisbar bis auf die Großeltern.«<sup>19</sup> Dieser Beschluss sorgte allerdings innerhalb des Verbandes und der Kirche für Widerstand, da er die Frage aufwarf, inwiefern ein solcher Beschluss mit der katholischen Moral vereinbar sei. Der Verbandsseelsorger äußerte sich zu dem Thema in der Zeitung des CV schließlich wie folgt: »Den Grundsätzen der katholischen Moral widerspricht es nicht [...]. Ja, wir haben sogar die Pflicht, die Rasse von den ihr anheftenden Minderwertigkeiten, soweit wir können, zu befreien, sie höher zu züchten. [...] Es ist von Seiten der katholischen Kirche und Moral nichts einzuwenden, wenn der CV sich raserien erhalten, die eigene deutsche »Rasse« pflegen und keine Juden in seinen Reihen aufnehmen will. Insofern darf der CV dem Rasseprinzip huldigen.«<sup>20</sup> Somit hatte der CV auch seine theologisch-moralische Grundlage für den Paragraphen erhalten.

Ein Beispiel des völkisch-studentischen Aktivismus in der Weimarer Republik ist der sogenannte Lessing-Skandal. Der Name trifft das Wesen der Vorkommnisse allerdings nicht wirklich, war doch viel eher das Verhalten der Studenten das Skandalöse. Theodor Lessing war Privatdozent für Philosophie an der Technischen Hochschule Hannover. In seinen Werken thematisierte er die Rückständigkeit des deutschen Justizvollzugs und die Inkompetenz gerichtlicher Gutachter im Haarmann-Prozess. Er hatte sich der Frauenemanzipation, der Völkerverständigung und der Reform des Unterrichts zugunsten des Proletariats verschrieben, den ersten Weltkrieg beschrieb er als Barbarei des Zeitalters. Er polemisierte gegen das elitäre Selbstverständnis der Studenten, welche den Problemen der Arbeiter fremd gegenüberstanden. Für eine breite studentische Gegenkampagne sorgte Lessing allerdings mit seiner Äußerung, der Reichspräsidentenkandidat Hindenburg sei nichts weiter als eine Statue<sup>21</sup> und man müsse »vor den Folgen der Betrauung eines politisch ahnungslosen Generals mit dem höchsten Amt der Republik warnen«<sup>22</sup>. Diese durchaus sachliche Polemik sorgte bei den national gesinnten Studenten für Empörung, sie sahen sie als Provokation. Die Hannoveraner Studenten bildeten daraufhin einen Kampfausschuss, der den Entzug der Lehrbefähigung Lessings forderte, und diskreditierten ihn als destruktiv und zersetzend. 200 Studenten zogen im Zuge der Kampagne gegen Lessing in seine Vorlesung und störten diese lautstark, womit sie die Veranstaltung verhinderten. Lessing musste Polizeischutz beantragen und gegen die Studenten, die seine Veranstaltung gestört hatten, wurden Ermittlungen eingeleitet. 1.200 der 1.500 Studenten in Hannover verließen anschließend aus Protest gegen die Ermittlungen und gegen

Lessing die Hochschule und zogen demonstrativ nach Braunschweig an die Technische Hochschule, wo sie bereits empfangen wurden. Es kam anschließend zu zahlreichen Solidaritätskundgebungen mit den Studenten, welche sich zum »nationalen Charakter der Universitäten« bekannten und sich »wider den undeutschen Geist« aussprachen.<sup>23</sup> Hier zeigt sich also bereits 1926 das völkisch-nationalistische Wesen der deutschen Studenten, bereit in ihrem Aktivismus die Hochschulen zu »säubern« – ein Vorspiel auf das, was noch kommen sollte. Mit ihrer Aktion hatten die Studenten schließlich auf ganzer Linie Erfolg. Die Presse, der Landtag, Bürgerversammlungen, Studenten anderer Hochschulen und Wissenschaftler stellten sich auf die Seite der Hannoveraner Studenten und Lessing wurde mit einem Forschungsauftrag vom Ministerium aus der Hochschule hinauskomplimentiert. Für Lessing hatte die Kampagne somit weitreichende Folgen, später floh er in die Tschechoslowakei, wo er von der SS aufgespürt und ermordet wurde.<sup>24</sup>

## Vorspiel für den Nationalsozialismus

Die Entwicklungen in der Studentenschaft waren ein Vorspiel auf den Nationalsozialismus. Die Studenten waren zu einem großen Teil Künster des völkischen Nationalismus, rassistischen Antisemitismus und des Nationalsozialismus. Bereits zu Beginn der Republik agierten sie bewaffnet gegen die demokratische Republik und erhofften sich die Wiederkehr eines monarchistischen Deutschlands mit völkisch-deutschem Staatsvolk. Da der Adel dies nicht vollbrachte, wandten sich die Studenten schließlich den Nationalsozialisten und Adolf Hitler zu. Damit wurden sie ideologisch und praktisch zum Wegbereiter des NS-Regimes. Aus den Studentenverbänden rekrutierten sich auch die späteren Eliten des ausgerufenen Dritten Reichs, wie zum Beispiel Baldur von Schirach. Gerade deshalb ist es wichtig, den Beitrag der Studenten am aufkommenden Nationalsozialismus nicht klein zu reden, nur weil sie rein quantitativ eine kleine Gruppe der Bevölkerung stellen – ihr Einfluss in dieser Zeit überstieg ihre Zahl. Außerdem darf die Wirkung der Legitimation des völkischen Nationalismus und Nationalsozialismus nicht unterschätzt werden. Die sogenannte Rassestheorie konnte erst wirklich erfolgreich werden, als sie den Schein der Wissenschaftlichkeit durch sogenannte Rasselehrstühle bekam, welches ebenfalls eine Forderung der Studenten war. Die Konsequenz muss darin liegen, Antisemitismus in all seinen Formen, sowie den spezifisch deutschen Nationalismus, zu demaskieren und dem entgegenzutreten. Die Ideen, denen sich die betrachteten Gruppen verschrieben, tauchen auch heute wieder auf. Es sind dieselben Denker wie damals, denen sich jetzt die sogenannte

neue Rechte und Teile der AfD – beide Gruppen rekrutieren auch aktiv in studentischen Verbindungen – verschreiben. Dazu gehören die Werke von Moeller van den Bruck, Martin Spahn, Oswald Spengler, Ernst Jünger, Hans Freyer und Carl Schmitt. Vielleicht ist allerdings die Erkenntnis, dass der Zugang zu höherer Bildung alleine noch nicht zu einer menschlichen Gesellschaft führt, sondern es auch darum gehen muss, um welche Art von Bildung es sich handelt, wie diese organisiert ist und in welcher Gesellschaft sie sich befindet, ein erster wichtiger Schritt.

## Anmerkungen

- 1) Gerhard Schäfer 1999: »Studentische Korporationen im Übergang von der Weimarer Republik zum deutschen Faschismus«, in: *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 1999/3, Heft 1-1: 104–129; hier: 116.
- 2) Michael H. Kater 1975: *Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik*, Hamburg: 19.
- 3) Ebd.:22.
- 4) Hans Peter Bleuel, Ernst Klinnert 1967: *Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien – Programme – Aktionen – 1918–1935*, Gütersloh: 117–122.
- 5) Marian Miehle 2008: *Studentische Vertretungsorganisationen und ihre Politik in der Zwischenkriegszeit*, Wien: 71–73.
- 6) Michael H. Kater 1974: »Der NS-Studentenbund von 1926 bis 1928: Randgruppe zwischen Hitler und Strasser«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*. Jahrgang 22, 1974, Heft 2: 148–149.
- 7) Dietrich Heither, Michael Lemling 1992: »Die studentischen Verbindungen in der Weimarer Republik und ihr Verhältnis zum Faschismus«, in: Ludwig Elm, Dietrich Heither, Gerhard Schäfer (Hg.): *Füchse, Burschen, Alte Herren. Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute*, Köln: 92–156; hier: 120–122.
- 8) Gerhard Schäfer 1999 (siehe Fn. 1):111.
- 9) Michael H. Kater 1975 (siehe Fn. 2):20.
- 10) Dietrich Heither, Michael Lemling 1992 (siehe Fn. 7):97.
- 11) Ebd.:206.
- 12) Ebd.:133.
- 13) Ebd.
- 14) Ebd.:135.
- 15) Ebd.:137.
- 16) Ebd.:113.
- 17) Ebd.
- 18) Ebd.
- 19) Ebd.
- 20) Ebd.:114–115.
- 21) Hans Peter Bleuel, Ernst Klinnert 1967 (siehe Fn. 4): 125.
- 22) Michael H. Kater 1975 (siehe Fn. 2): 159–160.
- 23) Hans Peter Bleuel, Ernst Klinnert 1967 (siehe Fn. 4): 127.
- 24) Gerhard Schäfer 1999 (siehe Fn. 1): 118.

*Tobias Eisch war im Vorstand des freien Zusammenschlusses von student\*innenschaften (fzs) und beschäftigte sich dort mit den Themen Antifaschismus und Antisemitismus. Seitdem ist er neben seinem Master-Studium »Ost-West Studien« in Regensburg journalistisch tätig und hält Vorträge zu diesen Themen.*

# Alter Wein in neuen Schläuchen

Die Neue Rechte nähert sich dem Thema »Wirtschaft«

*Der Neuen Rechten fehlten bisher politisch kommunizierbare Konzepte der Wirtschafts- und Sozialpolitik, ohne welche der Anspruch, »Volksparterie« (AfD) zu sein, auf Dauer schwierig wäre. In letzter Zeit versuchen einige ihrer Vordenker diese Lücke zu schließen – sogar über die Rezeption linker Klassiker. Helmut Kellershohn hat sich die Resultate näher angeschaut.*

Die 18. Winterakademie des neurechten *Instituts für Staatspolitik* vom 19.–21. Januar 2018 widmete sich einem Thema, von dem es hieß, dass es eigentlich »nicht zu den Forschungsgebieten des Instituts« (Benedikt Kaiser in einem Tagungsbericht) zähle: »Wirtschaft – dieses so bedeutende weite Feld« habe man »den sogenannten Libertären auf der einen und den Linken auf der anderen Seite« überlassen. Dem sollte nun abgeholfen werden. Das Thema der Tagung mit 130 Teilnehmern (nach eigenen Angaben) lautete: »Wirtschaft – Hegung und Entgrenzung«. Das Februar-Heft (82/2018) der institutseigenen Zeitschrift *Sezession* veröffentlichte unter dem Titel »Hegung und Enthemmung« einige der auf der Tagung gehaltenen Vorträge. Weitere Artikel rundeten das Thema ab. Folgt man dem von Götz Kubitschek beigesteuerten Artikel, gibt es innerhalb der neurechten Debatte in der Hauptsache drei Stränge zu Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik (9f.), von denen ich meine, dass sie auch für die innerparteiliche Debatte der AfD von Bedeutung sind:

1. Eine Kritik am »Kapitalismus an sich«, die sich grundsätzlich gibt und vorgeblich auf einen Gegenentwurf zielt, von dem Kubitschek unter Verweis auf die »heftigen internen Debatten« meint, dass er »aufgeladen [sei] mit bei den Linken gekaperten Theoriebausteinen und Vordenkern samt deren Jargon«. Gemeint ist offensichtlich – aus der Generation der »neuesten« Rechten – Benedikt Kaisers Entwurf einer national-

sozialen Programmatik in der Tradition des Weimarer TAT-Kreises, der nach einer Monatszeitschrift der »Konservativen Revolution« benannt war, oder des »europäischen Sozialismus« eines Drieu La Rochelle.

2. Eine Beschränkung der Kapitalismuskritik auf »konservative Konzepte« einer *Einhegung* des Kapitalismus durch Gemeinschaftsinstitutionen, etwa in der Tradition eines Wilhelm Röpke (z. B. *Jenseits von Angebot und Nachfrage*) oder Hans Freyer (z. B. *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*), oder durch staatssozialistische Regulierungen à la Bismarck (ökonomietheoretischer Hintergrund: Adolph Wagner, Rodbertus). Während letztere ganz nach dem Geschmack Kubitscheks sein dürften, blieb es Tagungsgast Andreas Kalbitz vorbehalten, im Sinne des konservativen Ordoliberalen Röpke das hohe Lied »einer aktiven Familienpolitik« zu singen und, völkisch gewendet, das »Volk als Solidargemeinschaft« zu feiern.

3. Eine radikale, rechtslibertäre Kritik staatlicher Institutionen vom Standpunkt einer durch und durch privatisierten, »anarchokapitalistischen« Eigentümer-Gesellschaft, wie sie in Deutschland vor allem von der Zeitschrift *eigentümlich frei* betrieben wird (im *Sezessions*-Heft vertreten durch Hans Hermann Hoppe). Mit ihrer antitivistischen Position liegt sie quer zum Mainstream der Neuen und »Neuesten« Rechten, teilt aber wesentlich wertkonservative Essentials.

Hinzu kommt ein (von Kubitschek nicht angesprochener) *vierter* Strang, der noch un-

terentwickelt, meines Erachtens aber durchaus zukunftsfruchtig ist, weil er sich konkret auf die aktuellen Verwerfungen der derzeitigen Weltwirtschaftsordnung bezieht und für eine Rückkehr zu einer protektionistischen Regulierung des Welthandels plädiert. Im *Sezessions*-Heft wird dieser Strang repräsentiert durch den Artikel von Fritz Menhardten »Ökonomischer Nationalismus« (36ff.). Unklar bleibt bei Menhardten, wie er sich die Gestaltung der binnenwirtschaftlichen und sozialstaatlichen Verhältnisse vorstellt. Auffallend dagegen, dass er einen »deutschen ökonomischen Nationalismus« *eingebettet* wissen will in eine europäische Ordnung: Ein Post-EU-Europa wäre demnach wohl eher ein *deutsches* Europa unter deutscher Führung, ablesbar daran, dass er in seinem Beitrag eine »zeitgemäße Adaption« der alten Mitteleuropa- und Großraumideen empfiehlt.

Ein *fünfter* Strang präsentiert gewissermaßen eine »Nischenlösung«. Tagungs-Referent Felix Menzel, mittlerweile Hauptverantwortlicher der »Recherche Dresden. Denkfabrik für Wirtschaftskultur«, wirbt im Magazin *Recherche D* für eine aus fünf Elementen bestehende Wirtschaftskonzeption. Neben einer wenig originellen globalisierungskritischen und Migration ablehnenden Argumentation sind dies vor allem die Annahme, dass ökonomische Verhältnisse durch nationalkulturelle Eigenheiten geprägt seien, und die Kombination marktwirtschaftlicher Strukturen mit einem völkisch-regionalistischen Ansatz. Das Ganze firmiert unter dem Label »nachbarschaftliche Marktwirtschaft«.

## Antikapitalismus von rechts?

Man kann diese insgesamt fünf Stränge unter der Fragestellung untersuchen, ob sie einen »Antikapitalismus von rechts« transportieren und, wenn ja, in welcher Form und mit welcher Reichweite. Diesbezüglich fallen von vornherein die Stränge 3 und 4 aus der Untersuchung heraus, während die Stränge 2 und 5 den Fokus auf Interventio-



nen legen, die sie als »antikapitalistisch« oder gar »sozialistisch« drapieren, die in Wirklichkeit (wenn überhaupt) nur Kompensationen oder Korrekturen an den gesellschaftlich krisenhaften Resultaten sind, die zu den normalen Begleiterscheinungen kapitalistischer Wirtschaftsordnung nun mal dazugehören. Oder sie lassen sich schlicht unter das subsumieren, was Benedikt Kaiser in seinem Tagungsbericht als »Kampf um Resonanzraumausweitung« nennt (z. B. wenn das Konzept der »nachbarschaftlichen Marktwirtschaft« auf »Raumgewinn« in ökologisch-alternativen Kreisen zielt). Grundsätzlich setzten derartige Projekte die Anerkennung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse voraus. »Antikapitalismus« von rechts meint hier im Wesentlichen die Ablehnung eines (neo)liberal verfassten Kapitalismus und die Fokussierung auf Teilbereiche des kapitalistischen Gesamtprozesses wie den Finanzsektor, die dann häufig und traditionell mit antiamerikanischen und antisemitischen Feindbestimmungen aufgeladen wird.

Von besonderem Interesse ist lediglich der erste Strang, weil er vorgeblich sich mit derartigen »Kleinigkeiten« nicht abgibt, vielmehr aufs Ganze (»Kapitalismus an sich«) zielt und sich dabei, *horribile dictu*, auf Marx als den Altmeister der Kapitalismuskritik bezieht. Das hat für Verwirrung gesorgt, nicht nur intern, in Kreisen der Neuen Rechten, die der »liberal-konservativen Sphäre« (Benedikt Kaiser) zuzuordnen sind

(wie der *Jungen Freiheit*), sondern auch bei dem ein oder anderen linken Beobachter. Was hat es also auf sich mit dieser Art Kapitalismuskritik?

### Ein Neubeginn mit Marx?

Im Folgenden gehe ich näher auf einen Artikel Benedikt Kaisers ein, den man getrost als den Vordenker dieser Strömung bezeichnen kann. Im Jungeuropa-Verlag ist ein Band erschienen, der den Titel *Marx von rechts* trägt. Der Verlagsleiter Philip Stein hat das Vorwort geschrieben, Kaiser folgt mit dem Artikel »Marx von rechts? Ausgangspunkte für einen Neubeginn«, Beiträge von Alain de Benoist und dem italienischen Philosophen Diego Fusaro schließen sich an.<sup>1</sup>

Kaiser betont zunächst die Vorteilslage einer rechten Marxrezeption. Man könne doch, während »die Linke über hundert Jahre das *Kapital* und seinen Autor selektiv« und durch »ideologische Brillen« (49) studiert habe, nunmehr »unvoreingenommen« (49) und »unbefangen« (50) an die klassischen Texte herangehen, zumal bislang »keine fruchtbringende rechte *Kapital*- oder Marx-Exegese stattgefunden« (50) habe. Was hebt Kaiser bei seinem »Neubeginn« hervor?

1. Das *Kapital* sei keine Darstellung der Entwicklung des Kapitalismus, die »konkrete kulturelle, nationale und historische Rahmenbedingungen« (52) berücksichtige,

sondern untersuche die kapitalistische Ökonomie in ihrem idealen Durchschnitt.

2. Marx untersuche Strukturen und Verhältnisse und vermeide Personalisierungen. »Das Herrschende im Kapitalismus ist das Kapital, *nicht* der Kapitalist und der Großgrundbesitzer als »Personifikation ökonomischer Kategorien«, [als] »Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen.« (53; vgl. MEW 23: 16) Insofern gehe es Marx »um die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise, nicht die Überwindung eines bestimmten Ausbeutertypus oder die Forcierung einer »gerechten« Umverteilung im akzeptierten Rahmen des Bestehenden« (53).

3. Die Tendenz des Kapitals sei es, »alles zu »kommodifizieren«, alles zu einer Ware zu transformieren, und jedem Ding, jeder Person einen Wert zuzuschreiben; ein Vorgang der »universellen Prostitution«, der die zwischenmenschlichen Beziehungen einschließt und als Kommerzialisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens [immer weiter fortschreitet; H. K.], in dem der [...] »Fetischcharakter der Warenwelt« dutzendfach potenziert ist« (54).

4. Kapitalismus sei ohne Weltmarkt nicht zu denken. Die heutige »Globalisierung des Kapitals samt des Überflüssigwerdens der Nationen« (54) sei von Marx bereits vorgegenommen worden.

5. Die Bildung einer »industriellen Reservearmee« sei wesentlicher Bestandteil der Akkumulation des Kapitals, worunter auch die »Masseneinwanderung gering qualifi-

zierter ›Überflüssiger‹ oder der »erwartbare [...] Wegfall zahlreicher Arbeitsplätze« infolge der »Digitalisierung ganzer Industriezweige« (55f.) zu fassen seien.

6. Kapitalistische Strukturen seien, vorausgesetzt man verstehe das Basis-Überbau-Modell nicht-deterministisch, durchaus vereinbar mit unterschiedlichen politischen und ideologischen Gestaltungsformen, wie das Beispiel Chinas mit seinem »autoritär-partei-kommunistischen« Überbau« (56) zeige. Als weitere Beispiele werden Saudi-Arabien und Ungarn genannt.

7. Besonders erwähnenswert sei die »Marxsche Bewahrungsthese aus dem dritten Band des *Kapital*, wonach auch »eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengekommen« nicht die »Eigentümer der Erde« seien. Vielmehr seien sie lediglich »ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen« (57). Marx schreibe dies vom Standpunkt einer »höheren ökonomischen Gesellschaftsformation«, womit er zum Ausdruck bringen wolle, dass dies, so Kaiser, »mit der kapitalistischen Produktionsweise nicht zu machen« sei; vielmehr untergrabe sie »zugleich die Springquellen allen Reichtums [...]: die Erde und den Arbeiter« (vgl. *MEW* 25: 784 bzw. *MEW* 23: 530).

Der Überblick über die Früchte der Kaiserischen Marx-Lektüre zeigt, neben einigen Ungereimtheiten und Verkürzungen, eine ausgesprochene Selektivität. Kaiser ist nicht wirklich interessiert am Gang der Argumentation im *Kapital*, so wird z. B. der Zusammenhang zwischen Wert- und Mehrwerttheorie, das Kernstück des ersten Bandes, völlig vernachlässigt, ohne den etwa die marxische Klassentheorie unverständlich bliebe; zweitens interessiert sich Kaiser vor allem für solche Aspekte, die aus heutiger Sicht – und das heißt speziell aus Sicht der Rechten – von Bedeutung sein könnten: so etwa der Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Migration und »industrieller Reservearmee«, den er für den »neuen Denkkosmos« (55) der Rechten berücksichtigt sehen möchte, oder der Verweis auf den »ökologischen« Marx, dessen »Bewahrungsthese« er für »authentisch konservativ« (57) erachtet. Und drittens schließlich ist die Ausklammerung der Klassentheorie Voraussetzung für den weiteren Argumentationsgang und wirft ein bezeichnendes Licht auf seine Schlussfolgerungen.

Zunächst jedoch erlaubt sich der Autor einen Angriff gegen »zeitgenössische Konservative« (60) und »viele Akteure im konservativen, freiheitlichen Lager« (61) – eine Anspielung auf die *Junge Freiheit* – vorzutragen. Zum einen wollten viele Konservative »mit Werten und Moralbildern gegen Entwicklungen angehen, die systemimmanent auftreten und keineswegs durch voluntaristische Aufrufe (Denkt auch an die Armen! Schluss mit der Spekulation!) allein beherrschbar sind« (60) Zum anderen

moniert er (wieder gegen die *JF*), dass der »neoliberale Siegeszug« (61) auch dieses – freiheitlich-konservative – Milieu erfasst habe, so dass »ehedem konservative Fixpunkte wie Staat und Nation« (61) in den Hintergrund gedrängt worden seien.

Soweit also der Angriff Kaisers gegen Konservative, die nach falschen Palliativen gegen die kapitalistische Dynamik suchten, und gegen freiheitlich-Konservative, die sich dem »Marktfundamentalismus« (Wolfgang Fritz Haug) verschrieben hätten. Was soll nun die Lösung sein?

1. Kaiser plädiert für den »Primat des Politischen gegenüber dem Wirtschaftlichen«, der freilich »ohne die Überwindung der kapitalistischen Logik nicht zu haben« (61f.) sei. Das klingt zunächst recht »entschieden« nach Abschaffung des Kapitalismus, tatsächlich will Kaiser nur, dass sich das Politische nicht mehr nach kapitalistischer Logik richtet. »Die gegenwärtig wichtigste Aufgabe [...] wird es daher sein, die zu schützende Demokratie aus der Verzahnung mit dem Finanzkapitalismus und seinen Sattrapen in Politik, Gesellschaft und Medien zu lösen.« (62) Das hat nun in der Tat wenig mit Marx zu tun, für den der Staat, auch der demokratische Staat, keineswegs von Agenten des Kapitals gesteuert wird oder ein bloßes Instrument eines irgendwie gearbeteten Finanzkapitalismus ist; es steht auch im Widerspruch zu Kaisers Hinweis auf die nicht-personalisierende Betrachtungsweise im *Kapital*. Offensichtlich geht er von der Auffassung aus, dass das Politische an sich bzw. die staatlichen Institutionen, in denen das Politische verhandelt wird, nur durch fremdbestimmte Einflüsse (Stichwort: Lobbyismus) von außen kapitalistischer Logik unterworfen seien. Die systematische Frage jedoch wäre die, warum die kapitalistische Produktions- und Verkehrsweise überhaupt eines von der Ökonomie getrennten staatlichen »Überbaus« bedürfe. Oder ist der Staat »einfach« da und thront »als eine in sich abgeschlossene Gestalt oberhalb der chaotischen Gesellschaft« wie eine »objektive Käseglocke über dem Gewimmel subjektiver Interessen« (Otto H. von der Gablentz), um diese als neutrale Instanz zu regulieren, wie konservative Theorien des Staates suggerieren? Diesem Neutralitätstheorem scheint Kaiser (wie Kubitschek) anzuhängen, was aber, wie gesagt, mit Marx nichts zu tun hat. »Die politische Form oder der Staat«, schreibt Joachim Hirsch dagegen, »ist selbst ein Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses. Die Eigentümlichkeit der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise liegt in der *Trennung* und gleichzeitigen *Verbindung* von ›Staat‹ und ›Gesellschaft‹, von ›Politik‹ und ›Ökonomie‹.“ Als »ideelle[r] Gesamtkapitalist«, um eine Formel von Friedrich Engels aufzugreifen (*MEW* 19: 222), steht der Staat nicht jenseits »kapitalistischer Logik«, sondern garantiert diese sowohl gegenüber dem Gesamtkapital als auch gegenüber den subalternen Klassen, und zwar dadurch, dass er die Verfolgung jedes Interesses qua Rechts-

ordnung auf die Respektierung und Pflege des Privateigentums verpflichtet.

2. Die »Lösung« des Problems sieht Kaiser wie folgt: Das Ziel müsse lauten, »die Demokratie wieder als diejenige politische Ordnung herzustellen, die ihre Legitimität, ihr Machtmonopol, ihre Daseinsberechtigung aus der Souveränität des Volkes ableitet.« (62) Das entscheidende Stichwort ist hier: »Souveränität des Volkes«. Nun, die real existierende Demokratie der Bundesrepublik Deutschland beruht laut Grundgesetz auf der Volkssouveränität, wie man unschwer der Präambel und dem Art. 20(2)GG entnehmen kann. Und diese Volkssouveränität ist offensichtlich vereinbar mit einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, auch wenn das Grundgesetz »keine unmittelbare Festlegung und Gewährleistung einer bestimmten Wirtschaftsordnung« (BVerfGE 50, 290, 336f.) enthält. Wohl aber wird das Eigentum an Produktionsmitteln (ebenso wie das Eigentum von Lohnarbeitern und Lohnarbeiterinnen an ihrer Arbeitskraft) in Art. 14(1)GG als »in seinem Wesensgehalt« (Art. 19(2)GG) nicht antastbares Grundrecht garantiert (vgl. auch Art. 79(3)GG). Von welcher Souveränität des Volks spricht Kaiser also? Und inwiefern lässt sich aus dieser Volkssouveränität ein demokratisches Gemeinwesen ableiten, das jenseits »kapitalistischer Logik« funktioniert, nur dem »Primat des Politischen« folgend? Dies käme doch wohl einer »Quadratur des Kreises« gleich, es sei denn, dieses souveräne Volk gebe sich – und der Art. 146 räumt diese Möglichkeit ein – eine neue Verfassung, die dann die Abschaffung des Kapitalismus (bzw. des Eigentums an Produktionsmitteln) zu ihrem erklärten Inhalt haben könnte. Dagegen stünde allerdings im Konfliktfall Art. 20(4)GG, wonach »gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, [...] alle Deutschen das Recht zum Widerstand« haben, »wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.« Will also Kaiser, um es klar auszudrücken, den Bürgerkrieg respektive eine Revolution, die zu verhindern doch gerade Inhalt des Gewaltmonopols ist, das der kapitalistische Staat ausübt? Gehört er zu der Sorte Denker, die sich über die Konsequenzen ihres Denkens entweder nicht im Klaren sind oder diese aus Gründen der Opportunität verschweigen?

3. Mit dem Bezug auf die »Souveränität des Volkes« rekurriert Kaiser auf ein Subjekt, das zwar, verfassungsrechtlich gesehen, als Gesamtheit der Staatsbürger\_innen die verfassungsgebende Gewalt darstellt, aber in Hinblick auf die Gestaltung des politischen Prozesses gar kein real handelndes Subjekt ist, dessen »Einheit« vielmehr materialiter nur aus dem Gegeneinander konkurrierender Einzelinteressen, aus dem Gegeneinander von Klassen und Klassenfraktionen besteht. Es legitimiert zwar durch Wahlen und Abstimmungen staatliches Handeln, aber dieses staatliche Handeln ist, unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen, immer schon bezogen auf das Gelingen des

kapitalistischen Akkumulations- und Verwertungsprozesses, einschließlich der Reproduktion der Klassenverhältnisse, von denen Kaiser ja nichts wissen will. Sein ›Antikapitalismus von rechts‹ ist folglich nur eine Projektion auf ein imaginäres ›Volk‹ – eine Art leere Hülle, ein leerer Signifikant,

Derartige Insellösungen und Visionen wie bei Menzel (s. o.) sind freilich keineswegs Sprengsätze im Getriebe des Kapitalismus, sondern, wie Kaiser sich ausdrückt, »Anschlusspunkte« (48), an denen die Neue Rechte gegebenenfalls anknüpfen kann, um ihre Version eines rechten ›Antikapitalis-

synthetisierbar erscheinen. Die Formulierung, Konzeptionen würden im Ergebnis verschmelzen, wobei der Anteil der Ausgangs-Konzeptionen prozentual »je nach Gusto variieren« könne, ist aufschlussreich. Sie legt nahe, dass es sich um ein ›Gebräu‹ handelt, dessen Mischungsverhältnisse im Belieben des ›Dialektikers‹ liegen. Die Synthese entpuppt sich so als Wunschbild, das mit symbolisch aufgeladenen Begriffen wie ›Volk‹, ›Nation‹ oder ›Volkssouveränität‹ die Wirklichkeit kapitalistischer Gesellschaften übertüncht, statt deren Widersprüche und Gegensätze theoretisch wie praktisch zu bearbeiten. Der »Marx von rechts« ist eben nicht Marx, sondern der, den man »je nach Gusto« benützen kann.

Kaiser lässt keinen Zweifel darüber, dass es ihm um eine Synthese von rechts zu tun ist. In seinem *Querfront*-Büchlein (85) kommt er nach längeren Ausführungen über historische Modelle lagerübergreifender Zusammenarbeit zwischen Rechts und Links zu dem Ergebnis, dass es nach Lage der Dinge wenig Sinn mache, »auf der linken Seite nach Partnern für eine Querfront zu suchen«. Im vorliegenden Artikel bestätigt er diese Auffassung. So sei der »Querfront aus Kapital und Antifaschismus [...] eine ideelle Synthese kapitalismuskritischer Ansätze auf der Höhe der Zeit entgegenzustellen« (32). Das ›Geschäft‹ der Linken müsse also von der Neuen Rechten selbst übernommen werden. Kaiser steht hier ganz in der Tradition eines Drieu La Rochelle, wenn dieser Vordenker eines europäischen, faschistischen ›Sozialismus‹ eine »linke Politik mit rechten Menschen« einfordert.



der dann durch eine Feinderklärung, nach bekanntem Muster bei Carl Schmitt, negativ bestimmt wird: Zu den ausgesuchten »Hauptgegnern« der »Souveränität des Volkes« zählen, so Kaiser in Anlehnung an Alain de Benoist »der Kapitalismus und die Konsumgesellschaft auf ökonomischer Ebene, der Individualismus auf philosophischer Ebene, die Bourgeoisie auf gesellschaftlicher Ebene und die USA auf geopolitischer Ebene« (62). Volk (imaginär) wird also Volk, sofern sich Menschen finden, die in seinem Namen den Kampf gegen diese Mächte aufnehmen.

4. Die Synthese, die Kaiser hier vorschwebt, ist keine direkt völkische. Das souveräne Volk ist eher eine politisch-existenzialistische Größe, eine Tat-Einheit, die sich quer zum *Rechts-Links-Gegensatz* konstituieren soll.<sup>2</sup> Ziel ist ein Etatismus, der den Kapitalismus vermeintlich in seine Schranken verweist, ihn aber tatsächlich nicht aufhebt, sondern allenfalls – hier wird Kaiser konkret – durch gewisse »post-kapitalistische[...] Ansätze« (48), »Inseln gelebter Alternativität und Solidarität« (47) modifiziert wissen möchte. Man solle »innovativen nichtkapitalistischen Ideen und Projekten mit intellektueller Neugier begegnen [...], ob es nun um neue Allmende/ Commons/Gemeingut-Ansätze, um Diskussionen zur (durchaus kritisch zu bewertenden) *Sharing economy* oder auch um Visionen konkreter Transformationswege der heutigen Produktionsweise geht.« (47)

mus« zu demonstrieren und eine »Erweiterung von Resonanzräumen« zu betreiben im Sinne einer – wie es Kaiser nennt – »revolutionäre[n] Realpolitik von rechts«.

## Die rechte Suche nach Synthesen

Kaisers Texte stehen für ein ausgesprochenes Bedürfnis in der Neuen und »Neuesten« Rechten nach ›kreativen‹ Synthesen. Das ist nichts Neues, sondern hat ihr Vorbild in der Konservativen Revolution wie auch im Nationalsozialismus. Gegensätze werden aufgegriffen und scheinbar einer Vermittlung zugeführt. Kaiser hat dieses Modell in seinem Büchlein *Querfront* (2017: 85f.) wie folgt beschrieben und dabei deutlich gemacht, dass es sich um eine »rechte« Synthese handelt. Es sei möglich, »daß am Ende der inhaltlichen Erweiterung der Neuen Rechten um (bisher zu häufig) als ›links‹ wahrgenommene Topoi eine Synthese im Wortsinne stünde – zwei Konzeptionen verschmelzen zu einer, wobei der prozentuale Anteil je nach Gusto variieren kann. Eine solche Synthese würde die beiden alten Termini ›links‹ und ›rechts‹ in ihrer Bedeutung nicht leugnen oder verschleiern, sondern in jenem Sinne der Dialektik ›aufheben‹, daß etwas zerstört wird, jedoch als etwas anderes weiterlebt.«

Das Dilemma dieser Art von Dialektik besteht freilich darin, dass sie sich die gegnerischen Positionen so zurechtlegt, dass sie

## Anmerkungen

- 1) Vgl. ausführlicher meinen Beitrag: »Mit Marx für einen ›Antikapitalismus von rechts‹. Über das wundersame Interesse neurechter Vordenker an Marx«, in: Andrea Becker/Simon Eberhardt/Helmut Kellershohn (Hg.): *Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten*, Münster: Unrast 2019: 128–147.
- 2) Diese politisch-existenzialistische Variante schließt nicht aus, dass sich Kaiser (*Sezession* 85(2018): 12) auf einen früheren Text von de Benoist bezieht, um eine »Lücke« im Linkspopulismus à la Chantal Mouffe zu diagnostizieren, die darin bestünde, dass die »Existenz eines relativ homogenen Volkes« geleugnet würde. Weiter heißt es bei Kaiser: »Die Linke [...] dürfte an ihrem Anspruch scheitern, eine positive Große (Gegen-)Erzählung zum wirkmächtigen Prinzip des Neoliberalismus auf die Beine zu stellen, weil sie nicht weiß, was ein ›Volk‹ überhaupt ausmacht.« Die Linke sollte bei Henning Eichberg in die Lehre gehen, bei dem »das ›Völkliche‹ ein ›Basisphänomen‹ sei, »von dem sich die weiteren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemfelder ableiten bzw. worauf sie sich zumindest reziprok beziehen« würden.

*Helmut Kellershohn unterrichtete an einem Gymnasium in Moers und ist Mitarbeiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS).*

# Der Mythos vom »Großen Austausch«

## Die Internationalisierung des völkischen Rassismus und der kurze Weg vom Rechtsextremismus zum Rechtsterrorismus

*Die Autor\*innen beschäftigen sich mit einem Narrativ, das nicht nur rechtsextremes und identitäres Denken prägt, sondern auch maßgeblich zu dessen Internationalisierung beigetragen hat.*

Am 15. März 2019 tötete ein aus Australien stammender Rechtsterrorist insgesamt 51 Menschen bei einem Terroranschlag auf zwei Moscheen in Christchurch, Neuseeland. Vor allem im Nachgang dieses rechtsterroristischen Attentats wurden die »Identitären« mit dem Rechtsterrorismus in Verbindung gebracht. Der Grund: Der Attentäter hatte Geld an Martin Sellner, den Chef des österreichischen Ablegers der Identitären Bewegung (IB) gespendet, es gab E-Mailkontakte und das Manifest des Christchurch-Attentäters »Der Große Austausch« trug denselben Namen wie eine Kampagne der österreichischen Identitären. Es folgten Ermittlungen wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung gegen Sellner, mehrere Hausdurchsuchungen sowie eine bis dato anhaltende Diskussion darüber, sich »des Problems« über ein Verbot der IB zu entledigen. Viel wichtiger wäre jedoch ein Blick auf die Ideologie der Gruppe. Dieser zeigt, wie kurz der Weg vom gewaltbereiten Rechtsextremismus zum Rechtsterrorismus ist.

### Eine spektrenübergreifende Metaerzählung

Am 6. Juni 2015 marschieren etwa 200 Rechtsextreme durch den migrantisch geprägten Wiener Gemeindebezirk Favoriten. Auf ihrem Transparent ist zu lesen: »Stopp den Austausch«. Es ist der Höhepunkt einer Kampagne der neofaschistischen »Identitären« in Österreich. Knapp zwei Jahre später demonstrieren rechtsextreme bis neonazistische Gruppen am Abend des 11. August 2017 unter dem Motto »Unite the Right«

durch die beschauliche US-Stadt Charlottesville. Viele Teilnehmende skandieren »You will not replace us«. Einige machen deutlich, wer mit dem »you« gemeint ist und rufen »Jews will not replace us«. Am nächsten Tag fährt ein Neonazi mit seinem Auto in eine Gruppe antifaschistischer Gegendemonstrant\*innen und tötet dabei die 32-jährige Heather Heyer. Weitere zwei Jahre später ermordet der bereits erwähnte australische Rechtsterrorist im neuseeländischen Christchurch 51 Menschen und verletzt weitere 50, einige davon schwer, als er mit Schusswaffen zwei Moscheen stürmt. Auch der vermutliche Attentäter von El Paso, der im Zuge einer Massenschießerei nur wenige Monate später 22 Menschen ermordete, führt in seiner vierseitigen Schrift den »Großen Austausch« als Motivation seiner Tat an. Der Attentäter von Halle, der zwei Menschen ermordete, spricht zwar nicht explizit davon, beruft sich aber ebenfalls auf das Verschwörungsnarrativ. Alle begründeten ihre Taten ähnlich rassistisch und antifeministisch sowie, im Fall von Halle, auch genuin antisemitisch.

Anders als der eingangs erwähnte Aufmarsch der »Identitären« in Wien, der nach wenigen hundert Metern von Antifaschist\*innen blockiert wurde, hat es der Verschwörungsmythos des »Großen Austauschs« weit geschafft. Die skizzierten Ereignisse verdeutlichen folglich, dass es durch den Mythos des »Großen Austauschs« möglich wurde, inhaltlich gleichbleibende rassistische, antisemitische sowie antifeministische Narrative zu modernisieren, international zu verbreiten und rechte bis rechtsterroristische Akteur\*innen spektrenübergreifend mittels dieser Metaerzählung zu vereinen.

### Modernisierte Sprache

Der Rückgriff auf die Begrifflichkeit »der Große Austausch« (»Le grand remplacement«) des französischen Philosophen Renaud Camus, die von den »Identitären« durch stetige Verweise sowie einige medienwirksame Aktionen popularisiert wurde, ermöglichte der Gruppe zunächst, über eine modernisierte Sprache, ihr Anliegen in der Öffentlichkeit zu platzieren und wirksamen Einfluss auf damit verbundene Diskurse zu nehmen. Die eindeutig rechtsextremen Wörter »Umvolkung«, »Volkstod« und »Überfremdung« werden an dieser Stelle durch den mindestens ebenso bedrohlichen, jedoch historisch weniger vorbelasteten Begriff »Großer Austausch« ersetzt.

Er beschreibe, so ein identitärer Führungskader, »in kommunizierbarer und doch eindringlicher Weise das, was hinter Islamisierung, Überfremdung, Ausländergewalt etc. eigentlich« stünde und sei als »Feindbegriff« »dazu prädestiniert, das Lager zu einen«. Der Begriff bot somit eine Alternative zu antiquierten rassistischen Artikulationsformen der extremen Rechten. Seine Attraktivität reichte dabei weit über das einschlägige Spektrum hinaus. So ergibt sich die Gefährlichkeit der »Identitären« bis heute nicht zuletzt dadurch, dass sie Spektren erreichen, die anderen Rechtsextremen bislang verschlossen geblieben sind. Dass die Formulierung inzwischen auch von FPÖ und AfD-Politiker\*innen bis hin zu Rechtsterrorist\*innen übernommen wurde, lässt einerseits den Grad der Normalisierung und Wirksamkeit identitärer Strategien ablesen. Andererseits zeigt sich daran auch, dass der »Krieg der Worte« zu Taten führen kann.

### Doch was steht eigentlich hinter dieser Erzählung?

Der moderne Rassismus fällt durch seine Strategie der »Salonfähigkeit durch Selbstverleugnung« auf. Er stützt sich nicht mehr



auf den verpönten Ausdruck der »Rasse«, an seine Stelle tritt das vornehme Wort der Kultur. Mit diesem Begriff entwirft er aber denselben rassistischen Herrschaftsanspruch durch den gewaltsamen Ausschluss der Anderen: die Welt wird als Ensemble ethnisch homogener Schrebergärten gedacht. Die Verwischung der fein säuberlich abgesteckten ethnischen Grenzlinien wird als existentielle Bedrohung wahrgenommen. Die universalistische Idee einer Menschheit mit gleichen Rechten wird verworfen, sie gilt als »Betrug« (Carl Schmitt). Ziel dieses »Rassismus ohne Rassen« (Balibar) ist eine »ethnisch relativ homogene Gesellschaft«, wie es die »Identitären« programmatisch vorgeben. Dass dieses Ziel in einer von Migration geprägten Gesellschaft nur mit massiver Gewaltanwendung erreicht werden kann, ist ihnen durchaus bewusst, wenn es auch nicht immer so offen geäußert wird. Auch für Carl Schmitt, jenen Kronjuristen des Nationalsozialismus, auf den sich die als »Neue Rechte« firmierende moderne Form des Rechtsextremismus bezieht, war Homogenität nur durch die »Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen« zu haben. Der Mythos eines geplanten Bevölkerungsaustauschs hat hier eine besondere Funktion: Die real erfahrene Überflüssigkeit und Ersetzbarkeit des Einzelnen innerhalb der kapitalistischen Konkurrenzordnung wird nach außen gewendet und als Bedrohung durch Fremde imaginiert. Eine fixe, ausschließende »Identität« soll Sicherheit und Halt geben und verspricht ein vor-

politisch begründetes Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und Ressourcen. Dieser Identitätswahn kann als regressiv Abwehrreaktion innerhalb des krisenhaften Prozesses kapitalistischer Subjektwerdung verstanden werden.

### Gewalt als Notwehr

Wenngleich die Identitären seit ihrer Gründung darum bemüht waren, sich selbst als »gewaltfreie Aktivisten« zu inszenieren, zeichnete die aktivistische Praxis oftmals ein gänzlich anderes Bild. Zahlreiche dokumentierte Übergriffe auf politische Gegner\*innen sprechen eine andere Sprache als die einer »patriotischen NGO«, der es lediglich darum gehe, mit Begriffen in den »vopolitischen Raum« vorzudringen. Schon der rechte Vordenker Götz Kubitschek gibt programmatisch vor, wie der rechte Kulturkampf auszusehen hat. Er schreibt, dass zur Überzeugung »von der Ernsthaftigkeit unseres Tuns« kein Wort, »sondern bloß ein Schlag ins Gesicht« helfen würde. In Camps präsentieren sich die Identitären in paramilitärischen Formationen und huldigen einem »Kult der Gewalt« – schon immer ein Kennzeichen des Faschismus. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass bereits das erste Youtube-Video des französischen Vorbilds der Identitären, der *Génération Identitaire*, das auch im deutschsprachigen Raum – mit deutschen Untertiteln versehen – weite Verbreitung fand, den Titel

»Kriegserklärung« trug. Mit dem Verweis auf »Unser Land, unser Blut, unsere Identität«, die gegen eine »erzwungene Rassensmischung« zum Einsatz gebracht werden sollen, wird darin nicht nur unverhohlenen Rassismus zum Ausdruck gebracht, sondern tatsächlich auch der Krieg erklärt: »Glaubt nicht, dies ist nur ein Manifest«, lautet die Botschaft im Video, »es ist eine Kriegserklärung!«

Auch das Erkennungssymbol der Identitären, der griechische Buchstabe Lambda, ein nach unten spitzwinkliges Dreieck, bezieht sich auf den griechischen Kriegsschauplatz der Termopylen (vermutlich 480 v. u. Z.). Im Film *300* (2006) zierte es die Schilder der nur dreihundert Spartaner, die dort trotz einer gigantischen Überzahl persischer Truppen nicht zurückweichen und sich für ihr »Volk« auch bis zum Tod aufopfern. Diese Darstellung passt zum Selbstbild der Identitären, die sich als heldenhafte Ritter inszenieren, die die Festung Europa gegenüber dem »Fremdenanstrom« einer »raumfremden« Macht verteidigen. Dieselben historischen Anleihen finden sich auch in der internen Organisationsstruktur der Gruppe wieder, die ohne Übertreibung als militärisch beschrieben werden kann. So werden die Leiter der Bewegung im Sinne der altgriechischen Heerführung als »Hopliten« bezeichnet. Die Aktivistinnen und Aktivisten, die »Fäuste der Identitären Bewegung« werden im ihrem Jargon »Spartiaten« genannt. Die Gewaltdisposition der als »Neue Rechte« firmierenden Identitären spiegelt sich

aber nicht nur in ihrer (Bild-)Sprache wider, die durch zahlreiche Kampf- und Kriegsmetaphern geprägt ist. Sie findet sich auch in ihrer Ideologie. Diese präsentiert Gewalt als scheinbar letzte Lösungsmöglichkeit der »letzten Generation, die den Großen Austausch noch aufhalten« könnte. Auch der Attentäter von Christchurch glaubte an die von den Identitären maßgeblich popularisierte Verschwörung eines geplanten »Bevölkerungsaustauschs« und legitimierte damit die brutale Ermordung von 51 Menschen aus rassistischen Motiven. Die Namensgleichheit seines Manifestes mit der IB-Kampagne kam daher auch nicht von ungefähr: Über den Titel hinaus gibt es weitreichende ideologische Überschneidungen mit den Identitären, aber auch zur extremen Rechten insgesamt. Wie die Identitären beruft er sich auf das rassistische Konzept des Ethnopluralismus. Dieses sieht vor, »ethnisches Überleben« mittels einer globalen Apartheid abzusichern, in der alle »Völker« klar voneinander separiert leben sollen. Eine weitere Gemeinsamkeit gibt es in den ausgemachten Ursachen der imaginierten Untergangsbedrohung: niedrige Geburtsraten der autochthonen Bevölkerung sowie die mangelnde Wehrhaftigkeit von Männern. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) betonte schon vor einigen Jahren, dass »die identitäre Selbstwahrnehmung als ›letzte Generation‹, die den Niedergang des ›Abendlandes‹ abwenden könne, und die damit verbundene Rhetorik der ›letzten Chance‹ auf ein Potenzial zur gewaltsamen Radikalisierung schließen (lassen), das in vereinzelt gewaltsamen Übergriffen auch bereits sichtbar wurde«. Gewalt wird diesem Gedankengang folgend als angeblich letzte Lösungsmöglichkeit des Problems »der aufgezwungenen Vermischung«, als scheinbar legitime »Notwehr« präsentiert.

## Gegen die Grenzverwischer\*innen

Gleichermaßen, wie man sich gegen die Grenzverwischung wendet, wendet man sich auch gegen die Grenzverwischer\*innen. Hinter dem »Großen Austausch« stünden dunkle Machenschaften einer verschworenen Clique. Der Grenzverwischer par excellence stellt die antisemitische Projektion des »Juden« dar, der die Völker entwurzeln will, da er selbst nirgendwo verwurzelt ist und hinterlistig, verborgen und konspirativ eine ungeheure, machtvolle internationale Verschwörung anführt. In ihm werden die Dynamiken und Verwerfungen der kapitalistischen Weltwirtschaft personifiziert. Er sei der Fädenzieher, der hinter verschlossenen Gardinen alle anderen Akteur\*innen als seine Marionetten in der Hand hat. Mittlerweile ist man bereits wieder dazu übergegangen, ganz offen auf den Schuldigen zu zeigen: Wenn man sich nicht hinter den Platzhaltern »Globalisten« oder

»blutleere Kosmopoliten« versteckt, kampagnisiert man explizit gegen den Milliardär und Mäzen von NGOs und Bildungseinrichtungen George Soros.

Im Angesicht dieser ausgemachten »objektiven Gegner« (Hannah Arendt), auf der einen Seite die »Globalisten«, auf der anderen die »Masseneinwanderung« vor allem in Gestalt des »Islam«, werden aus völkischen Nationalist\*innen Kamerad\*innen, die einen gemeinsamen Kampf führen. Diese Verschiebung im rassistischen Diskurs hin zum einenden Feindbild der muslimischen Einwanderer\*innen leistet einer Internationalisierung rechtsextremer Erzählungen Vorschub. Neben einem »Zuwanderungsstopp« erscheint eine völkische Familienpolitik, die Kinderreichtum fördert, als weiterer wichtiger Schritt, um den »Großen Austausch« aufzuhalten. Der Antifeminismus fungiert somit als weiteres zentrales Bindeglied, welches verschiedene rechtsextreme bis konservative Spektren vereint. Der ideologische Kern bleibt weitestgehend unverändert, vielmehr handelt es sich um eine rhetorische Modernisierung des völkischen Nationalismus und das leider mit Erfolg, kann dieser Kulturalismus doch an der Alltagswahrnehmung einer beträchtlichen Anzahl von Menschen anknüpfen. Insofern spitzt die extreme Rechte nur schon vorhandene bürgerliche Ideologien und Wertevorstellungen zu und fungiert als Lautsprecher. Von der FPÖ und AfD als ihr parlamentarischer Arm über Rechtsterroristen bis hin zu den aktivistischen »Identitären«: Sie teilen – bei allen inhaltlichen Differenzen – einen gemeinsamen rassistischen Diskurs. Vor dem Hintergrund dieser Metaerzählung findet sich eine Internationale von völkischen Nationalist\*innen zusammen.

## Internationale von völkischen Nationalist\*innen

Die Erzählung vom sogenannten »Großen Austausch« versammelt mittlerweile eine internationale Glaubensgemeinschaft, die immer wieder handlungsanleitend für rechtsterroristische Attentate ist. Es ist die Erzählung, man sei am letzten entscheidenden Punkt, das Ruder noch mal herumzureißen. Dunkle Mächte hätten sich verschworen, um einen »Bevölkerungsaustausch«, einen »Ethnozid« zu vollziehen. Das Überleben des Volkes liege jetzt in der Hand derjenigen, die dieses Spiel durchschauen und sich jetzt zur Wehr setzen würden. Im Bild des in die Ecke Getriebenen, dem »Ausharrenden auf verlorenem Posten«, wird die inhärente Gewalttätigkeit dieser rassistischen Erzählung sichtbar. Um den drohenden Untergang des Volkes aufzuhalten, ist jedes Mittel legitim. Vor dem Hintergrund des Mythos vom »großen Austausch« präsentiert sich die extreme Rechte als rettende, erlösende Kraft, aus dem heraus aber dennoch der »unbewusste Wunsch nach Unheil, nach Katastrophe« (Adorno) spricht. Gerade

weil die extreme Rechte sich gegen eine gesellschaftliche Realität stellt, entfaltet sie umso mehr ein zerstörerisches Potenzial. Wer in einer von Migration geprägten Gesellschaft von einer »homogenen Gemeinschaft« träumt, der muss sich bewusst sein, dass dieses Ziel nur mit brutalster Gewaltanwendung erreicht werden kann. Oder, wie es Carl Schmitt, einer der Lieblingsphilosophen der Neuen Rechten, formulierte: »Homogenität« ist nur durch die »Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen« zu haben. Schon in diesen Formulierungen ist ein rechtsterroristisches Potenzial angelegt, das die Vernichtung von Menschen zugunsten einer höheren Sache, für Volk und Vaterland, bejaht. Und viel zu oft führt der Krieg der Worte zu einem Krieg der Taten. Nicht ohne Grund sprechen Rechtsextremismusexpert\*innen bei den Identitären von der »Generation Breivik« (Andreas Peham) in Anlehnung an den norwegischen Massenmörder von Oslo und Utøya (2011). Die Bereitschaft zuzuschlagen wird trainiert, denn der Ernstfall, der »Untergang Europas«, ist längst eingetroffen und man lauert nur mehr bis man »vom Lagerplatz aus« in die »belagerten Regionen, in ihre besetzten Städte heimkehren und die Posten einnehmen« wird, wie Martin Sellner paranoid-programmatisch vorgibt. Und weiter: »Sie (die Identitären) wollen sie nicht nur halten – sie wollen gewinnen. Sie wollen die Reconquista.« Von dieser beschworenen »Kampfbereitschaft« ist es nicht mehr weit bis zum Pogrom, zumal sich offen auf die »Reconquista« im christlichen spätmittelalterlichen Spanien bezogen wird, jener blutrünstigen Säuberungswelle, die sich neben muslimisch-gläubigen Menschen auch gegen Jüdinnen und Juden richtete. Diese ideologischen Kontinuitäten und Verbindungen zeigen: Von dieser Form des gewaltbereiten Rechtsextremismus, wie ihn die Identitären kultivieren, ist es oft nicht weit zum mörderischen Rechtsterrorismus. Um Rechtsterrorismus effektiv zu bekämpfen, muss folglich zuallererst die Gefährlichkeit der dahinter stehenden Ideologien (an)erkannt und eingedämmt werden. Ein Verbot der entsprechenden Gruppen durch den Rechtsstaat bleibt ohne eine Gesellschaft, die sich gegen das von den Identitären verbreitete Gedankengut stellt, ohnehin wirkungslos.

---

*Judith Goetz ist Literatur- und Politikwissenschaftlerin, Mitglied der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit sowie des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus.*

*Alexander Winkler ist Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Rechtsextremismus.*

*Gemeinsam mit Joseph Maria Sedlacek haben sie den Sammelband »Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ›Identitären‹« herausgegeben.*

# Bezugspunkt Gender

## Antifeminismus und seine Bedeutung für die extreme Rechte

Der terroristische Angriff auf eine Synagoge und einen Dönerimbiss an Jom Kippur 2019, bei dem der Täter in Halle zwei Menschen erschoss und zwei weitere schwer verletzte, zeigt deutlich die Verschränkung von Antifeminismus mit Antisemitismus, Rassismus und weiteren Ideologien der Ungleichheit. So nennt der Attentäter in seinem während der Tat gefilmten Video als einen Grund für seinen antisemitischen und rechten Terror, dass der Feminismus Schuld an der niedrigen Geburtenrate weißer Menschen sei, was zu Masseneinwanderung führe. Und er vervollständigte dieses Verschwörungsdenken: Schuld daran seien die Juden.<sup>1</sup> Schon bei anderen rechten Terroranschlägen, wie bei den Anschlägen auf zwei Moscheen zu Beginn 2019 in Christchurch/Australien oder auf der Insel Utøya und in Oslo durch Anders Breivik im Juli 2011, wurde Antifeminismus als ein zentrales Motiv deutlich.<sup>2</sup> Meine im Frühjahr 2019 als Buch veröffentlichte Analyse der Forschungsliteratur zu Antifeminismus zeigt dabei auf, dass die Angst vor einem vermeintlichen Aussterben der weißen Bevölkerung zentral für antifeministische AkteurInnen ist und in verschiedenem Ausmaß von konservativen, religiös-fundamentalistischen und (extrem) rechten AkteurInnen geteilt wird.<sup>3</sup>

### Die Debatte um political correctness

Antifeministische Mobilisierungen im wiedervereinigten Deutschland lassen sich zunächst hinsichtlich der in den 1990ern aufkommenden Debatte rund um das Konstrukt der »political correctness« (pc) erkennen. In dieser zunächst im Feuilleton geführten und bis heute anhaltenden Debatte wird eine pc-Gruppe, gerne auch »Gutmenschen« genannt, ausgemacht, die mit Forderungen nach diskriminierungsarmer Sprache oder Antidiskriminierungsprogrammen in den Augen von AntifeministInnen eine Meinungsdictatur anstreben würden und dadurch das Ende der, wenn es um Hetze und Abwertung geht, stets hochgehaltenen Meinungsfreiheit drohe. Hervorzuheben ist, dass die Debatte in Deutschland im Vorfeld

*Im folgenden Artikel von Rebekka Blum werden antifeministische Entwicklungen seit 1990 nachgezeichnet und antifeministische AkteurInnen benannt. Dies verdeutlicht, dass Antifeminismus als Bindeglied konservativer, religiös-fundamentalistischer und (extrem) rechter AkteurInnen dient und gefährliche bis hin zu tödlichen Folgen haben kann.*

der Einführung des Gesetzes, das sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz unter Strafe stellte und 1994 verabschiedet wurde, besonders zunahm. Nicht selten wurde in der Debatte sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz als harmloser Flirtversuch verharmlost und behauptet, das Verbot selbiger würde die individuelle Freiheit einschränken.<sup>4</sup> Solche Aussagen treten auch heute in Bezug auf die Debatten zu den Twitter-Hashtags #aufschrei oder #metoo auf, wenn Übergriffe verharmlost oder die Betroffenen selbst dafür verantwortlich gemacht werden. So beispielsweise durch die Journalistin Birgit Kelle, die 2013 ein ganzes Buch mit dem antifeministischen Ratschlag *Dann mach doch die Bluse zu* als Titel veröffentlichte.

### Männerzentrierter Antifeminismus

Im Vorfeld der Einführung einer Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten fand ab 2010 in vielen großen Tages- und Wochenzeitungen eine Debatte statt, die exemplarisch für eine männerzentrierte Variante des Antifeminismus steht. Sandra Kiepels untersuchte diese Debatte und zeigt auf, dass strukturelle Ungleichheitsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Verteilung der Sorge- und Pflegearbeit zu Ungunsten von Frauen als Grund für die geplante Frauenquote selten benannt wurden. Vielmehr wurde in einem Viertel der untersuchten Artikel bei der Frauenquote von »Männerdiskriminierung« gesprochen und in 42 % der ausgewerteten Artikel wurde die Frauenquote mit dem Zusatz »Zwang« beschrieben.<sup>5</sup> Wie emotional aufgeladen und überspitzt die Debatte geführt wurde, zeigt sich anhand eines Zitats aus einem Artikel von Reinhard Sprenger in der *Welt* 2012, in

dem er so tut, als würden Maßnahmen gegen strukturelle Diskriminierung, diese erst hervorbringen: »Der Geschlechterproporz hat zudem eine Gesellschaftsstruktur vor Augen, die man in Europa eigentlich überwunden glaubte: den Ständestaat, das Kastenwesen. Der Lebensweg des Einzelnen wird von der Geburt bis zum Tod unüberwindlich sozial eingemauert vom Geschlecht. Sind nicht planwirtschaftliche Volksbeglückungen schon einmal gescheitert?«

### Debatten zu Gender Mainstreaming und *Das Eva Prinzip*

Im Jahr 2006 gab es parallel und in Überschneidung, teils deutlich antifeministische öffentliche Debatten. Bezugspunkt war zum einen das im Jahr 2006 veröffentlichte Buch *Das Eva Prinzip* der damaligen Tagesschau-Sprecherin Eva Herman. In ihrem Buch forderte Herman die Rückkehr zu »klassischen« Mutterbildern und kritisierte Feminist\*innen<sup>6</sup> dafür, dass diese Geschlechtergleichheit forderten, was der »göttlichen Ordnung« widerspreche. Darüber hinaus folgte ausgehend von je einem Artikel von Bettina Röhl im *Cicero* (»Die Gender Mainstreaming-Strategie«), Volker Zastrow in der *FAZ* (»Politische Geschlechtsumwandlung«) und René Pfister im *Spiegel* (»Der neue Mensch«) in vielen deutschen Tages- und Wochenzeitungen eine Debatte vordergründig um Gender Mainstreaming, wobei es viel mehr generell um feministische Theorien und das Konzept Gender ging. Eine Untersuchung von Julia Roßhart<sup>7</sup> zeigt auf, dass in der Debatte teils dramatische Drohszenarien gezeichnet wurden. So behaupteten einige AutorInnen, dass durch

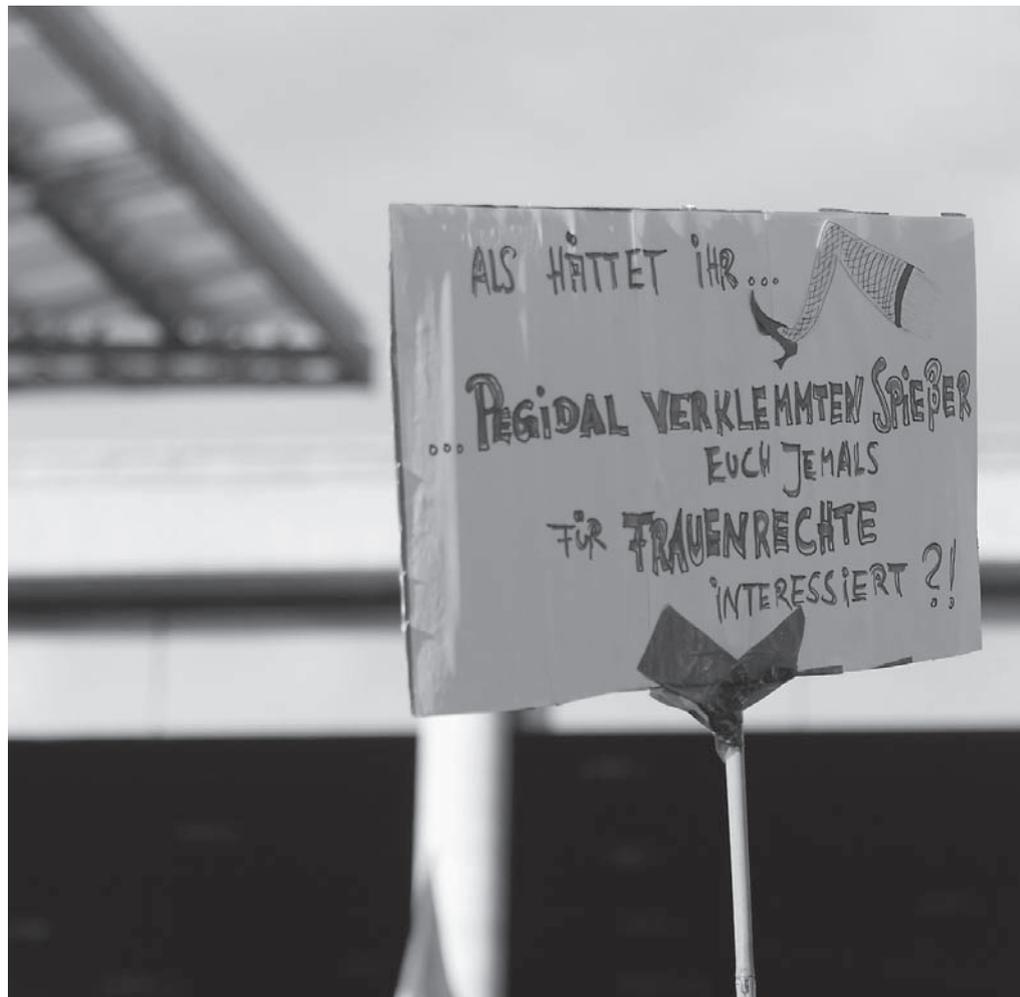
Gender Mainstreaming eine feministische Machtübernahme drohe, oder dass es das geheime Ziel von Gender Mainstreaming sei die Biologie abzuschaffen, um neue Herrschaftsverhältnisse zugunsten von Frauen zu schaffen. Darüber hinaus wurde Gender Mainstreaming, obwohl demokratisch legitimiert, oft als feministisches Geheimprojekt dargestellt, und ähnlich wie bei der Debatte rund um die Frauenquote sprachlich regelmäßig mit dem Begriff »Zwang« in Verbindung gebracht.

Anhand der Betrachtung weiterer antifeministischer Entwicklungen wird deutlich, dass sich Antifeminismus regelmäßig in Verschwörungsbehauptungen äußert und hinter unlieben gesellschaftlichen Veränderungen seitens AntifeministInnen oftmals eine feministische oder auch Homo-Lobby vermutet wird. Dass diese Verschwörungsbehauptungen nicht nur zufällig an antisemitische Codes erinnern, macht Karin Stögners gemeinsame Betrachtung von Sexismus und Antisemitismus deutlich, in der sie die gegenseitige Verschränkung dieser Ideologien herausarbeitet.<sup>8</sup> Auch Kevin Culina und Jonas Fedders haben die Verwobenheit von Antisemitismus und Antifeminismus untersucht und zeigen auf, dass diese im »neurechten« Magazin *Compact* regelmäßig deutlich hervortreten.<sup>9</sup>

Die Debatten um Hermans Buch und Gender Mainstreaming verbanden sich darüber hinaus mit Debatten rund um den demografischen Wandel. So wurde, wie schon im Kaiserreich und auch seitens des Attentäters von Halle, der Feminismus für die sinkende Geburtenrate verantwortlich gemacht und daraus die Forderung abgeleitet, dass sich Frauen auf ihre potentielle Rolle als Mutter rückbesinnen sollten. Auffallend ist bei der Debatte, dass lediglich die Kinderlosigkeit von Akademikerinnen beklagt wurde und Zuwanderung als Reaktion auf eine alternde Gesellschaft nicht diskutiert wurde. Dadurch entsteht der Eindruck, dass es vor allem darum ging, dass die »richtigen« Frauen, nämlich *weiße* Akademikerinnen (mehr) Kinder bekommen.<sup>10</sup>

## Familienzentrierter Antifeminismus

Vorbereitet durch die Debatte rund um den demografischen Wandel lässt sich ab etwa 2011 eine Entwicklung hin zum familienzentrierten Antifeminismus erkennen, der seit der Gründung der AfD deutlich erstarkt. Nun wird von AntifeministInnen ein neues Angst-Szenario beschworen: das Ende der heterosexuellen Kleinfamilie und die »Frühsexualisierung« von Kindern.<sup>11</sup> So ging in Stuttgart in den Jahren 2014 bis 2016 ein Zusammenschluss von Personen aus dem konservativen, religiös-fundamentalistischen bis hin zum extrem rechten Spektrum auf die Straße, um gegen die Überarbeitung des Bildungsplans in Baden-Württemberg, mit dem Ziel die Akzeptanz



sexueller und geschlechtlicher Vielfalt als Querschnittsthema zu verankern, mobil zu machen. Später verbanden sie den Inhalt ihrer Demonstrationen mit dem Ziel die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu verhindern.<sup>12</sup> Hier wird deutlich, dass AntifeministInnen insbesondere ein Unbehagen an Veränderungen artikulieren und mehr Gleichberechtigung für weitere Personengruppen, wie beispielsweise die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, als Verlust der eigenen Rechte und Freiheiten dargestellt wird.

## Gender als gemeinsamer Bezugspunkt

Der gemeinsame Bezugspunkt vieler antifeministischer AkteurInnen und Wellen sind seit den 2000ern insbesondere (de)konstruktivistische Gender-Ansätze und die Gender Studies allgemein. Mit pseudo-positivistischen und theoriefeindlichen Argumentationen wehren sich AntifeministInnen vehement gegen das sozialwissenschaftliche Konzept Gender und scheinen überzeugt davon, dass gesellschaftliche Prozesse nach biologischen Automatismen ablaufen.<sup>13</sup> Die massive Abwehr (de)konstruktivistischer Gender-Ansätze und der Gender Studies lässt sich auch damit erklären, dass Gender Studies vermeintliche ge-

gesellschaftliche Wahrheiten, wie Geschlechterbinarität oder Heterosexualität als Norm infrage stellen. Die massive Hetze gegen Gender Studies hat dabei auch reale Folgen. So wurde in Ungarn das Fach Gender Studies im Sommer 2018 abgeschafft.

## Antifeministische AkteurInnen

Als AkteurInnen im Antifeminismus sind zum einen konservative bis reaktionäre JournalistInnen zu verstehen. Dies zeigt sich schon daran, dass ein Großteil der antifeministischen Debatten, wenn nicht durch Artikel im Feuilleton angestoßen, so zumindest dort intensiv behandelt werden. Als weitere AkteurInnen sind fundamentalistische ChristInnen zu nennen, die insbesondere zum Thema Schwangerschaftsabbruch in Erscheinung treten. So sprechen die selbsternannten »Lebensschützer« diesbezüglich in geschichtsrevisionistischer und antisemitischer Manier von Babycast (in Anlehnung an Holocaust), beten auf Schweigemärschen für abgetriebene Föten und zeigen Ärzt\*innen an, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen und das, wie Kristina Hänel, auch auf ihrer Website benennen.

Zentral im Antifeminismus sind auch MaskulinistInnen. Hier sind zum einen klassische Maskulinisten zu nennen, die regelmäßig über das Scheidungs- und Sorgerecht

bern sich bspw. die AkteurInnen von PEGIDA in ihren *Dresdner Thesen* antifeministisch: »Stopp dem politischen oder religiösen Fanatismus, Radikalismus, der Islamisierung, der Genderisierung und der Frühsexualisierung. Erhalt der sexuellen Selbstbestimmung.« Auch die *Junge Alternative*, die Jugendorganisation der AfD, tritt regelmäßig mit antifeministischen Äußerungen in Erscheinung. Besonders zugespitzt beispielsweise bei ihrer Gegenkampagne zu einer feministischen Kampagne der Jusos zum Frauen\*kampftag 2014, als sie Menschen dazu aufforderten sich mit eigenen Slogans, angelehnt an »Ich bin kein Feminist, weil...« fotografieren zu lassen. Mit einigen personellen Überschneidungen zur *Jungen Alternative* sind auch die Identitären als antifeministisch zu bezeichnen. Neben anderen Varianten der Thematisierung von Frauen und Geschlecht, äußern sie sich teilweise auch klassisch antifeministisch und reduzieren Frauen auf ihre potentielle Gebärfähigkeit und werfen ihnen vor, sie würden zu wenige Kinder bekommen, was zu einer vermeintlichen Überfremdung der »eigenen Gesellschaft« führe.<sup>15</sup> Solche Behauptungen sind zum einen breit gesellschaftlich anschlussfähig, wie sich in Debatten um den demografischen Wandel regelmäßig zeigt, und zum anderen aktuell in der extremen Rechten auch besonders virulent mit, wie eingangs gezeigt, teilweise tödlichen Folgen.

Die Untersuchung antifeministischer Entwicklungen seit 1990 zeigt, dass Antifeminismus und der Kampf gegen (de)konstruktivistische Gender-Ansätze von AkteurInnen verschiedener gesellschaftlicher Strömungen betrieben wird. Insbesondere konservative, religiös-fundamentalistische und (extrem) rechte Gruppierungen teilen den Wunsch, Geschlechterverhältnisse einer idealisierten Vergangenheit wiederherzustellen. Dies schafft, wenn auch womöglich nicht intendiert, eine gesellschaftliche Anschlussfähigkeit von extrem rechten AkteurInnen an konservative Diskurse. Besonders deutlich wurde diese Anschlussfähigkeit an den gemeinsamen Mobilisierungen einer Vielzahl von AkteurInnen gegen die Überarbeitung des Bildungsplans in Baden-Württemberg. Inhaltliche Überschneidungen zeigen sich in der Behauptung einer »Frühsexualisierung« und dem Ende der heterosexuellen Kleinfamilie, dem Festschreiben von Frauen auf ihre potentielle Rolle als Mutter und der Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen. Der gemeinsame Kern dieser Drohszenarien ist die Angst vor einer vermeintlichen Überfremdung, die spätestens durch Thilo Sarrazins 2010 erschienenen Buch *Deutschland schafft sich ab* auch im gesellschaftlichen Mainstream diskutiert wird. Darüber hinaus können rassistisch aufgeladene und in antisemitischen Codes geäußerte Debatten um einen demografischen Wandel einen Nährboden für Verschwörungsideologien bilden, die im schlimmsten Fall in Taten wie dem Terroranschlag von Halle gipfeln.

## Anmerkungen

- 1) Patrick Gensing / Karolin Schwarz 2019: Stream voller Hass. Online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/halle-taeter-101.html>, zuletzt abgerufen am 23.11.2019.
- 2) Robert Claus 2014: *Maskulismus. Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverbildetem Frauenhass*. Herausgegeben von Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung: 13.
- 3) Rebekka Blum 2019: *Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus*. Hamburg.
- 4) Simon Möller 1999: *Sexual correctness: die Modernisierung antifeministischer Debatten in den Medien*, Opladen.
- 5) Sandra Kiepels 2013: *Antifeminismus im Zeitungsdiskurs von 1980–2013: Untersuchung und Vergleich der antifeministischen Diskursstrategien in den Zeitungsdebatten über den »Backlash«, »Political Correctness«, »Gender Mainstreaming« und die Frauenquote*, Hamburg.
- 6) An anderer Stelle benutze ich statt des »\*« das »I«, und zwar für rechte/reaktionäre AkteurInnen, die kein Verständnis von geschlechtlicher Vielfalt haben.
- 7) Julia Roßhart 2008: *Bedrohungsszenario »Gender«: gesellschaftliches Geschlechterwissen und Antifeminismus in der Medienberichterstattung zum Gender Mainstreaming* (Magisterarbeit).
- 8) Karin Stögner 2014: *Antisemitismus und Sexismus: historisch-gesellschaftliche Konstellationen*, 1. Auflage, Baden-Baden.
- 9) Jonas Fedders 2018: »Die Rockefeller und Rothschilds haben den Feminismus erfunden.« Einige Anmerkungen zum Verhältnis von Antifeminismus und Antisemitismus«, in: Juliane Lang und Ulrich Peters (Hg.): *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*, Hamburg: 213–32.
- 10) Christiane Thorn 2007: »»Gender Mainstreaming« im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n)«, Centrum für internationale Zusammenarbeit, Kommunikation und Bildung, HU Berlin.
- 11) Juliane Lang 2015: »Familie und Vaterland in der Krise. Der extrem rechte Diskurs um Gender«, in: Paula-Irene Villa und Sabine Hark (Hg.): *Antigenderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, Bielefeld.
- 12) Lucie Billmann (Hg.) 2015: *Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg*. Stuttgart: Rosa Luxemburg Stiftung. <https://www.rosalux.de/publikation/id/3984/unheilige-allianz/>.
- 13) Regina Frey 2013: *Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie: Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- 14) Thomas Gesterkamp 2010: *Geschlechterkampf von rechts: wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feindbild Feminismus radikalisierten; Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Wirtschafts- u. Sozialpolitik.
- 15) Judith Goetz 2018: »Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt...«. Geschlechterpolitiken, Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken der »Identitären«, in Judith Goetz, Joseph Maria Sedlacek und Alexander Winkler (Hg.): *Untergangster des Abendlandes: Ideologie und Rezeption der rechtsextremen »Identitären«*, 2., leicht korrigierte Auflage, Hamburg: 253–84.

klagen, das Männer strukturell benachteiligt und die teilweise auch so weit gehen Frauenhäuser, also Schutzräume für Frauen mit Gewalterfahrung in ihrer Beziehung, als Orte des Männerhasses zu diffamieren und teilweise die Adressen anonymer Frauenhäuser im Internet veröffentlichen. Sie verfolgen dabei eine männliche Opferideologie und präsentieren sich als kollektiv benachteiligte Gruppe.<sup>14</sup> Diese männliche Opferideologie verbindet sich auch mit modernisierten Varianten des Maskulismus. Hierunter fallen neben selbsternannten Pickup-Artists, die in Seminaren vermitteln, wie man durch gezielte Manipulation Frauen gefügig machen kann und teilweise mit Vergewaltigungen prahlen, auch sog. Incels (involuntary celibacy = unfreiwillige Enthaltbarkeit). Diese Männer, die Frustration mit ihrem Sexleben äußern und dafür Frauen bzw. Feministinnen verantwortlich machen, organisieren sich insbesondere im Internet, beschränken sich jedoch nicht auf den virtuellen Raum: In den USA gab es mittlerweile mindestens drei (Terror-)Anschläge, bei denen Männer gezielt Frauen getötet haben. Die Täter bewegten sich zuvor auf Incel-Plattformen und Elliot Rodger, der 2014 sechs Menschen tötete, verfasste im Vorfeld ein Video, in dem er seine Pläne mit frauenverachtenden und antifeministischen Motiven begründete.

Als weitere antifeministische AkteurInnen sind (extrem) Rechte zu benennen. So äu-

*Rebekka Blum, Soziologin mit den Schwerpunkten Geschlechterforschung, extreme Rechte und (Geschichte des) Antifeminismus, tätig beim Netzwerk für Demokratie und Courage und als freie politische Bildnerin.*

# Rechtsextreme und »Lebensschützer«

## Aktualität, Geschichte und Hintergründe der Anti-Choice-Bewegungen

*Seit vielen Jahren formiert sich mit den selbst ernannten »Lebensschützern« (Anti-Choice-Bewegungen) eine außerparlamentarische, antifeministische Massenbewegung gegen Schwangerschaftsabbrüche und für ein traditionelles Familienbild, die zugleich als Verstärker rechtskonservativer und rechtspopulistischer ParlamentsvertreterInnen auftritt. Gisela Notz beleuchtet historische Hintergründe und aktuelle Entwicklungen.*

Das Urteil gegen die Gießener Ärztin Kristina Hänel hat die Debatte um die Abtreibungsparagrafen in der BRD wieder entzündet. Hänel wurde 2017 von selbst ernannten »Lebensschützern« nach § 219a StGB angezeigt und in zweiter Instanz verurteilt, weil die Website ihrer Arztpraxis Informationen zum Thema Schwangerschaftsabbruch enthielt. Werbung ist das nach gesundem Menschenverstand nicht. AbtreibungsgegnerInnen benutzen den § 219a StGB, um ÄrztInnen zu belästigen und einzuschüchtern. Auch nach der »Reform« des Paragrafen durch das »Gesetz zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch«<sup>1</sup> dürfen ÄrztInnen auf ihren Webseiten nicht vollumfänglich informieren, ob und wie sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Wenn Frauen sich im Internet informieren wollen, stoßen sie auf die Informationen der Lebensschützer.

### Die Erfindung des PAS

Statt § 219a StGB zu streichen, wie es eine Mehrheit der ExpertInnen und Betroffenen forderte, wollte die Bundesregierung als Teil des § 219a-Kompromisses eine Studie zur »Häufigkeit und Ausprägung seelischer Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen« in Auftrag geben. Es geht um das Post-Abortion-Syndrom (PAS). So bezeichnen die »Lebensschützer« eine posttraumatische Belastungsstörung, die sich angeblich nach einem Schwangerschaftsabbruch entwickeln würde und die sie selbst erfunden haben. Die Existenz des 1981 erstmals so genannt

ten Syndroms wurde weder von der Weltgesundheitsorganisation noch von den Medizinwissenschaften oder der Psychologie bestätigt. Es wird von keiner medizinischen oder psychiatrischen Vereinigung als Syndrom anerkannt.<sup>2</sup> Zahlreiche bereits vorhandene Studien, egal ob sie in Deutschland, England, Dänemark, USA oder anderswo erstellt wurden, kommen zu dem Ergebnis, dass Frauen, die abgetrieben hatten, später nicht öfter psychische Probleme bekamen als die, die sich für ein Kind entschieden. Für eine neue Studie bekommt Bundesgesundheitsminister Jens Spahn 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Unter dem Druck von frauenpolitischen Organisationen wurde das ursprüngliche Forschungsvorhaben auf Frauen, die eine ungewollte Schwangerschaft austragen, ausgedehnt. Auch darüber gibt es Studien. Zudem soll eine vollständige bundesweite Bestandsaufnahme der aktuellen Beratungs- und Unterstützungsangebote, die Frauen vor und nach Abbrüchen zur Verfügung stehen, sowie eine Bestandsanalyse der medizinischen Versorgungssituation zur Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs erstellt werden. Kriterien sind dabei unter anderem die regionale Verteilung von ÄrztInnen und Kliniken, die Abbrüche durchführen. Soll mit dieser Erhebung zu Informationen, die längst zur Verfügung stünden, wenn Ärzte, Kliniken und Beratungseinrichtungen nicht nach § 219a angezeigt würden<sup>3</sup>, hoch dotierte WissenschaftlerInnen beschäftigt werden? Bis Mitte November konnten Hochschulen oder andere Forschungseinrichtungen Anträge auf die Fördermittel für die beiden getrennt ausge-

schriebenen Studien stellen.<sup>4</sup> Kritische WissenschaftlerInnen, die die pro-choice-Bewegung unterstützen, werden weiter für die Streichung der Abtreibungsparagrafen 218ff. und 219ff. streiten und dafür wissenschaftliche Argumente liefern. Jens Spahn hat sich bereits 2014, als gesundheitspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, bei den selbsternannten »Lebensschützern« beliebt gemacht, indem er im Zuge der Auseinandersetzungen um die Rezeptfreiheit der »Pille danach« verkündete: Die Pille danach ist kein Smartie und darf daher nicht rezeptfrei verkauft werden.<sup>5</sup> Damals hat er sich nicht durchgesetzt.

### Wer sind die selbsternannten »Lebensschützer«?

Lange Zeit wurden die »Lebensschützer« in der BRD als unbedeutende reaktionäre »Querköpfe«, die durch militante Gruppen in den USA beeinflusst sind, nicht ernst genommen. Das war eine Fehleinschätzung, denn ihr gesellschaftlicher Einfluss ist schon lange nicht mehr zu übersehen. AbtreibungsgegnerInnen unterhalten Beratungsstellen, haben eine *Juristenvereinigung Lebensrecht*, die *Ärzte für das Leben*, die *Europäische Ärzteaktion in den deutschsprachigen Ländern*, die *Juristenvereinigung Lebensrecht*, die *Christdemokraten für das Leben*, um nur einige zu nennen. Sie haben seit Bestehen des § 218 wesentlichen Einfluss auf die Gesetzgebung ausgeübt und darauf, dass die §§ 218–219b immer noch im Strafgesetzbuch stehen.<sup>6</sup>

### Ein Blick in die Geschichte

Wirft man einen Blick in die Geschichte, so wird deutlich, dass es spätestens seit 1. Januar 1872, als nach der Gründung des Deutschen Reiches der § 218 im Strafgesetzbuch in Kraft gesetzt wurde, AbtreibungsgegnerInnen gab. Bereits damals wurde die mehrfach gesplante Moral dieser »Bewegung«



deutlich, die Herrschaft über den Körper der Frauen ausüben will. Zu allen Zeiten beriefen sie sich auf den christlichen ›Gott im Himmel‹, der alleine über Geburt und Tod entscheiden könne. Unterstützt wurden sie durch den als unfehlbar geltenden Papst Pius IX, der die »Beseelung« des Fötus von der Zeugung an predigte.

Vertreterinnen der emanzipatorischen Frauenbewegungen wehrten sich früh dagegen. Helene Stöcker, die 1905 den »Bund für Mutterschutz und Sexualreform« gründete und den freien Zugang zu Verhütungsmitteln, frühzeitige sexuelle Aufklärung und die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch forderte, brachte die AbtreibungsgegnerInnen gegen sich und ihre Mitstreiterinnen auf. Sie behaupteten, dass der Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft einem Kindsmord gleichkäme. Auch die Petition zur Reform des Ehe- und Familienrechtes, die der Bund Deutscher Frauenvereine im Juni 1909 in den Reichstag einbrachte, mit der er Straffreiheit im Zusammenhang mit einer Fristenlösung vorschlug, wurde durch den damals rein männlich besetzten Reichstag abgelehnt. Die Abtreibungsgegner in den konservativen Parteien beriefen sich auf Gott, beklagten den Geburtenrückgang und überstimmten die Sozialdemokraten.<sup>7</sup> Bereits 1913 wurde der erste Strafrechtsparagraf entworfen, der die *Ankündigung oder Anpreisung* von »Diensten zur Vornahme oder Förderung von Abtreibungen« unter Gefängnis- oder Geldstrafe stellen sollte und der heute wieder Brisanz erhält.<sup>8</sup>

Obwohl mit der Gründung der Weimarer Republik im August 1919 Frauen im

Reichstag saßen, konnten KPD, USPD und MSPD zwischen 1920 und 1927 mit verschiedenen Gesetzentwürfen zur Liberalisierung bzw. Streichung des § 218 StGB keine Mehrheit erzielen. Die zahlreichen Proteste unter dem Motto »Dein Bauch gehört dir«, die sich gegen die Klassenjustiz und gegen die christlichen Kirchen richteten, führten lediglich dazu, dass auf Antrag der SPD 1926 die Abtreibung vom Verbrechen in ein Vergehen umgewandelt wurde. Die Nazi-Faschisten betrachteten Abtreibung als ein »Verbrechen gegen die völkische Substanz«. In den Mittelpunkt wurde die »Frau als Behüterin der Rasse und Hüterin der Familie« gestellt.<sup>9</sup> Papst Pius XI arbeitete den Nazis in die Hände, indem er am 31. Dezember 1930 mit einer Enzyklika jede Form der Verhütung verdammt und Abtreibung zu einer schweren Sünde erklärt hatte. Nachdem im Mai 1933 die Paragraphen in ihrer Form von 1871 wieder eingeführt waren, wurde nach §§ 219, 220 RStGB die Werbung für Abtreibungsmittel und für die Hilfe beim Abbruch bestraft: »Wer öffentlich seine eigenen oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung von Abtreibungen anbietet, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.« Die Nazis verboten *und* erzwangen die Abtreibung. Am 14. Juli 1933 wurde das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses verabschiedet. Abtreibung, die die Fortpflanzung von nach Ansicht der Nazis »minderwertigen Volksgruppen« verhinderte, blieb straflos oder wurde erzwungen. Für den Fall, dass »die Lebenskraft des deutschen Volkes« beeinträchtigt wurde, stand die Abtreibung ab 1943 unter Todesstrafe.

Es ging nun um eine »rassenbiologische« staatlich geregelte Geburtenkontrolle, an der konservative Ärzte eifrig mitarbeiteten.

## Nachkriegs-Sexual- und Familienpolitik

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde in der BRD der § 218 in seiner Fassung von 1926/27 übernommen. Der § 219/220 blieb bestehen. Übersehen worden ist er nicht! In der DDR wurde 1972 gegen die Stimmen der dortigen CDU die Fristenlösung eingeführt, nach der ein Schwangerschaftsabbruch innerhalb von drei Monaten ohne Zwangsberatung möglich war.

In der BRD skandalisierte die *Neue Frauenbewegung* nach 1968 die bestehenden Zustände mit der Parole »Mein Bauch gehört mir!« Sie wurde von scharfen Debatten und Protesten von fundamentalistischen ChristInnen und von VertreterInnen der christlichen Kirchen begleitet. Die im Juni 1974 durch die sozialliberale Koalition im Bundestag durchgesetzte Fristenlösung ohne Zwangsberatung galt nur drei Tage. Die beiden christlichen Parteien hatten das Bundesverfassungsgericht angerufen, das die Grundgesetzverletzung bestätigte. Was blieb, war eine Neufassung des § 218 mit einer gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtberatung, die 1976 in Kraft trat. Die beiden §§ 219/220 waren 1974 zusammengeführt worden.

Im Zuge der Wiedervereinigung 1990 bestanden in Ost und West verschiedene Rechtslagen. Am 16. Juni 1990 demon-



strierten in Bonn etwa 10.000 Menschen für und etwa 3.000 AbtreibungsgegnerInnen gegen die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch. Die Hoffnung frauenpolitischer Organisationen, dass die weitergehende Fristenregelung für beide Teile Deutschlands gelten müsse, scheiterte an den christlichen ›Lebensschützern‹.

Am 1. Oktober 1995 trat das heute gültige Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz in Kraft. Die darin enthaltene Formulierung, dass die Pflichtberatung »ergebnisoffen« geführt werden, aber dem »Schutz des ungeborenen Lebens dienen« soll, zeigt eindeutig die Handschrift von AbtreibungsgegnerInnen. Diese sind mit dem Ergebnis dennoch nicht zufrieden, sie fordern das vollständige Verbot und eine Bestrafung aller Schwangerschaftsabbrüche, auch nach Vergewaltigung und Inzest und auch bei Schwangerschaften, die die Gesundheit der Frau beeinträchtigen, für ganz Europa.

## Was will die aktuelle deutsche ›Lebensschutzbewegung‹

In den letzten Jahren haben die Aktionen und Proteste der gut organisierten christlichen AbtreibungsgegnerInnen in Deutschland und auch in den Nachbarländern deutlich zugenommen. Sie protestieren nicht nur gegen Abtreibung, sie unterstützen aktiv die ›besorgten Eltern‹, die gegen den Aufklärungsunterricht in Schulen wettern, und die »Demos für alle«, die sich gegen sexuelle Vielfalt und Diversität in den Lebensformen richten. Sie polemisieren gegen Gender-Theorien und geben vor, Frauen vor ›fremden‹ Männern schützen zu müssen. Dazu bedarf es angeblich der Wiederherstellung männlich-hegemonialer Werte. Den selbst ernannten ›Lebensschützern‹ geht es nicht um ›Lebensschutz‹, sondern darum, weibliche Sexualität und Fortpflanzung zu kontrollieren und Macht über den Körper der Frauen auszuüben. Konfessionell und politisch unabhängige Schwangerschaftsberatungsstellen und me-

dizinische Zentren, die sich für einen unverkrampften Umgang mit ungewollten Schwangerschaften einsetzen und eine schonende, professionelle und wohnortnahe Versorgung gewährleisten, haben seit ihrem Bestehen gegen die selbst ernannten ›Lebensschützer‹ zu kämpfen. Sie werden der Beihilfe zur Kindstötung beschuldigt, weil die AbtreibungsgegnerInnen Föten als Kinder, einen Abbruch als »Mord im Mutterleib« und medizinische Zentren als »Tötungszentren« bezeichnen oder gar Schwangerschaftsabbrüche als »Babycaust« mit dem nationalsozialistischen Holocaust gleichsetzen. Sie betonen, die Bibel allein sei die »Grundlage ihres Denkens und Handelns«. Ausnahmen von dem Gebot »Du sollst nicht töten« seien danach nur »gerechtfertigte Kriegsführung, Todesstrafe und Selbstverteidigung«. Jeder andere Mord falle unter das Verbot zu töten.<sup>10</sup> Meist bringen sie zusätzlich demografische Argumente ins Spiel, verweisen auf die niedrige Geburtenrate und auf Staatsbürger- und Menschenrechte, die Föten zuteilwerden sollen. Und sie sprechen unbeirrt von der vermeintlichen Krankheit PSA, die sie selbst erfunden haben.

## Antifeministische Übergriffe

AbtreibungsgegnerInnen versuchen in Deutschland zunehmend, schwangere Frauen zu beeinflussen. Eine Methode ist, selbst ›Beratungsgespräche‹ anzubieten. Dazu gehört die »Gehsteigberatung«, die als Psychoterror gewertet werden kann. In Wien, Graz, München, Frankfurt und neuerdings auch in Berlin warten religiöse FundamentalistInnen auf Frauen vor Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, bedrängen sie und bezeichnen sie als »Mörderinnen«. ›Beratungsstellen‹, die sie betreiben, tragen den Namen *Pro femina*. *Pro femina* ist im Gegensatz zu *pro familia* nicht als Beratungsstelle anerkannt. Nach einer Recherche bietet *Pro femina* den Frauen in Beratungen Geld als Unterstützung an, sofern diese sich gegen eine Ab-

treibung entscheiden, und informiert über angebliche psychische Folgeschäden. Erst nachdem bereits neue Termine vereinbart wurden, erfolgt die Information darüber, dass die Beratungsstelle keine Beratungsscheine nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz ausstellen kann.<sup>11</sup> Das kann dazu führen, dass Frauen keine Möglichkeit mehr haben, *rechtzeitig* einen für den Schwangerschaftsabbruch notwendigen Schein zu erhalten.

## Die Märsche für das Leben

Seit dem Jahr 2002 demonstrieren selbst ernannte ›Lebensschützer‹ alle zwei Jahre mit ihrem *Marsch für das Leben*; seit 2008 jährlich in Berlin und in anderen Städten. Mit 1.000 weißen Holzkreuzen wollen sie auf die angeblich täglich 1.000 abgetriebenen Kinder aufmerksam machen. Mit dem Motto: »Ja zum Leben – für ein Europa ohne Abtreibung und Euthanasie«, werden Euthanasie, Sterbehilfe sowie Abtreibung und Mord gleichgesetzt. Unterstützung in den Parlamenten finden die AbtreibungsgegnerInnen bei großen Teilen der CDU/CSU und in enger Verbindung mit der AfD. 5.000 TeilnehmerInnen wurden 2019 gezählt. Begleitet wurden sie von Bischöfen beider Konfessionen. Grußworte kamen nicht nur von VertreterInnen konservativer Verbände, sondern auch von den Amtskirchen und von hochrangigen PolitikerInnen. Auch 2019 war Papst Franziskus der ranghöchste Unterstützer.

›Beschützt‹ wird der Marsch alljährlich durch ein großes Aufgebot der Polizei und ›gestört‹ von Gegendemonstrationen einer zunehmenden Anzahl von engagierten jungen VertreterInnen verschiedener pro-Choice-Bewegungen, queerer, feministischer und antifaschistischer Gruppen.

## Wie man an der Uni eine pro-life-Gruppe bildet

Auch die pro-life-Bewegung wird jünger. Zwei Tage vor dem »Marsch für das Leben« im September 2019 wurde in einer Kirche in Berlin-Schöneberg der Impact-Kongress der »Aktion Lebensrecht für alle« veranstaltet, eine Konferenz der jungen, deutschen Anti-Abtreibungsbewegung. Von der Moderatorin wurden sie mit den Worten begrüßt: »Wir wollen zu der Generation gehören, in der Abtreibung abgeschafft wird.«<sup>12</sup> Die TeilnehmerInnen sollten zu »Lebensschützern« weitergebildet werden und lernen, wie sie ihre KollegInnen an der Uni, in der Politik und in den Medien erreichen. Ein Programmpunkt hieß: »Pro Life an der Uni: Wie starte ich eine Gruppe?«<sup>13</sup> Ein Anwalt erklärte, wie man das gegen den Widerstand der Hochschule durchsetzt. Hinter ihm stand ein Schild mit der Aufschrift: »Join The Pro Life Revolution«. Das sprach die jungen Menschen an.

## Parteien unterstützen die selbst ernannten ›Lebensschützer‹

Der Marsch gibt sich betont überparteilich, hat aber stabile Verbindungen vor allem zur CDU/CSU und zur AfD. Im Oktober 2010 hatte sich bereits ein breites Bündnis von Frauen- und Familienverbänden und humanistischen Organisationen in einem offenen Brief gegen die Unterstützung fundamentalistischer AbtreibungsgegnerInnen durch die CDU/CSU gewandt. Nach den Wahlsiegen der Alternative für Deutschland (AfD) haben die selbst ernannten ›Lebensschützer‹ ein weiteres Sprachrohr in den Parlamenten. Die enge Verknüpfung zwischen AfD und ›Lebensschützern‹ zeigt sich darin, dass im Anschluss an den *Marsch für das Leben* in Berlin am Abend des 16. September 2017 ein Regionalverband Nordost der *Christen in der AfD* (ChrAfD) für die Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern gebildet wurde, der den starken christlichen Einfluss in der AfD unter dem Vorsitz je eines evangelischen und eines katholischen Sprechers ausbauen will.<sup>14</sup>

## Der Kampf der selbst ernannten ›Lebensschützer‹ geht weiter

Der Schwangerschaftsabbruch bleibt ein heiß umkämpftes Thema; nicht nur in der BRD. In den USA, in Europa, derzeit vor allem in Spanien, Polen, aber auch in der Bundesrepublik, tobt der Kampf zwischen BefürworterInnen (*Pro Choice*) und GegnerInnen (*Anti Choice*). Organisationen, die sich für sexuelle und reproduktive Rechte und eine medizinisch schonende, professionelle und wohnortnahe Versorgung ungewollt Schwangerer einsetzen, haben verstärkt gegen die angeblichen ›Lebensschützer‹ zu kämpfen. Sie werden nicht nur für den Tod von hunderttausenden

Kindern, sondern damit auch für die »zunehmende Veralterung [sic!], da diese Kinder in der Zukunft fehlen werden«, verantwortlich gemacht.<sup>15</sup>

Haben sich Frauen für einen Abbruch entschieden, müssen sie auch heute oft noch Nöte, Ängste und Erniedrigungen durch verlogene und wenig hilfreiche manipulierte Informationen, Belästigungen und Belagerungen ertragen. Wenn sie an ÄrztInnen geraten, die den ›Lebensschützern‹ nahe stehen, werden sie oft als Bittstellerinnen behandelt; die Aufklärung über Risiken, wie sie vor jedem operativen Eingriff Pflicht ist, wird zur moralischen Verunsicherung benutzt. Das kann Schuldgefühle erzeugen. Die Zahl der ÄrztInnen, die Abbrüche vornehmen, ist – nicht zuletzt aufgrund der ständigen Belästigungen und Bedrohungen in den vergangenen 15 Jahren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um mehr als 40 Prozent gesunken; die Zahl der entsprechenden Einrichtungen von 2.050 auf 1.173. Oft entscheidet der Chefarzt, ob Abbrüche vorgenommen werden oder nicht. In etlichen Gegenden müssen Schwangere 150 Kilometer und mehr zurücklegen.

Es ist höchste Zeit, den reaktionären Kräften massiv entgegenzutreten und ihren wachsenden politischen, moralischen und gesellschaftlichen Einfluss zu stoppen – weltweit.

### Anmerkungen

- 1) Bundesgesetzblatt Jahrgang 2019 Teil I Nr. 9 vom 28.3.2019: 350f.
- 2) David A. Grimes / Mitchell D. Creinin 2004: »Induced Abortion, an Overview for Internists«, in: *Annals of Internal Medicine*. H. 8: 620–626.
- 3) Die Autorin hatte während ihrer Amtszeit als Bundesvorsitzende von pro familia (2004–2010) und für das pro familia Magazin Verantwortliche selbst eine solche Anzeige.
- 4) <https://www.forschung-bundesgesundheitsministerium.de/foerderung/bekanntmachungen/foerderung-von-forschungsvorhaben-zu-psychozialsituation-und-unterstuetzungsbedarf-von-frauen-mit-ungewollter-schwangerschaft> sowie <https://www.forschung-bundesgesundheitsministerium.de/foerderung/bekanntmachungen/effektivitaet-geschlechtsspezifischer-versorgungskonzepte> (Zugriffe: 28.11.2019).

- 5) Jens Spahn 2014: »Pille danach nur auf Rezept«, in: *Zeit-online* vom 13.2.2014. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-02/pille-danach-rezeptpflicht-debatte-bundestag> sowie <https://twitter.com/jensspahn/status/422627124185669633> (Zugriffe: 11.12.2019).
- 6) Siehe auch: Gisela Notz 2019: »Der Antifeminismus der selbsternannten ›Lebensschützer‹«, in: Marion Näser-Lather / Anna Lena Oldemeier / Dorothee Beck (Hg.): *Backlash?! Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft*, Roßdorf: 235–258.
- 7) Stefan Meder / Arne Duncker / Andrea Czelk (Hg.) 2010: *Die Rechtsstellung der Frauen um 1900: Eine kommentierte Quellensammlung*, Köln: 472.
- 8) Dirk von Behren 2004: *Die Geschichte des § 218 StGB*. Tübingen: 212.
- 9) *Der Angriff 1932: Das deutsche Abendblatt in Berlin* Nr. 194.
- 10) Robertson McQuilkin 2003: »Die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens respektieren«, in: Gisela und Dieter Koch (Hg.): *Abtreibung. Idea-Dokumentation* 6. Dillenburg: 81.
- 11) Juliane Loeffler 2018: »Dein Bauch gehört mir«, in: *BuzzFeed News* vom 11.12.2018. <https://www.buzzfeed.com/de/julianeloeffler/schwanger-professina-beratung-abtreibung-218> (letzter Zugriff am 24.11.2019).
- 12) <https://www.bento.de/politik/radikale-abtreibungsgegner-wie-sie-sich-in-deutschland-etablieren-a-6a33329e-dce4-4e29-95eb-6f2e788fcec7> (letzter Zugriff: 28.11.2019).
- 13) <https://www.alfa-ev.de/kalender/jugend-fuer-das-leben/> (letzter Zugriff: 28.11.2019).
- 14) AfD Berlin 2017.
- 15) Aktion Leben 2004.

*Gisela Notz, Dr., lebt und arbeitet freiberuflich in Berlin; bis 2007 war sie wissenschaftliche Referentin für Frauenforschung im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, von 2004 bis 2010 Bundesvorsitzende von pro familia. Sie ist Redakteurin bei Lunapark21 und Mitglied im Beirat des BdWi. 2012 hat sie das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung mitgegründet, dem auch der BdWi angehört.*



# »Elitenförderung« als Leitmotiv konservativer Bildungspolitik

*Im Bildungssystem werden die künftig gesellschaftlich wirksamen Generationen herangezogen. Wissensproduktion und Erwerb gesellschaftlicher Wertmuster wie sozialer Motive wirken dabei zusammen. Deswegen war spätestens seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Frage der Kontrolle öffentlicher Bildung immer hochgradig politisiert – und auch ein Feld linker Politik. Der Hauptkonflikt besteht dabei zwischen dem Ziel der Ermöglichung umfassender Bildung für Viele und dem politischen Motiv der sozialen Auslese. Wie im Folgenden gezeigt werden soll, kreist dieser Konflikt um den Begriff »Elite«.*

Um uns den Begriffen bzw. Motiven rechter und konservativer Bildungspolitik zu nähern, müssen wir zunächst die generelle Funktion des Bildungssystems ins Auge fassen. Genauer handelt es sich dabei um zwei wesentliche Funktionen, welche eng miteinander verbunden sind, aber dennoch analytisch getrennt werden müssen:

- zuallererst die Erzeugung der notwendigen gesellschaftlichen Qualifikationen für den Arbeitsprozess, wozu etwa industrielle Güterproduktion, aber auch Verwaltung, Ordnungs- und Herrschaftssicherung gehören;

- zweitens die Verteilung unterschiedlicher gesellschaftlicher Chancen, d. h. die Zuweisung eines sozialen Status, der mit dem jeweiligen Bildungsabschluss korreliert.

Beide Funktionen können in einen Konflikt miteinander geraten, woraus, wie noch zu zeigen sein wird, die Möglichkeit gesellschaftlicher Reformen erwächst. In der zweitgenannten Funktion ist der Elitenbegriff angesiedelt. Er verbindet Vorstellungen eines hierarchisch gegliederten Bildungssystems, bei dem die Spitze bewusst klein gehalten wird, mit Auffassungen einer quasi-naturwüchsigen gesellschaftlichen Ordnung, welche mit anderen linken Auffassungen, so müsste hier ergänzt werden,

gesellschaftlicher Egalität in einem politischen Dauerkonflikt steht.

## Von bürgerlicher (Un-)Gleichheit

Hier lohnt sich ein kurzer historischer Rückblick: In den bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts trat das Bürgertum in seiner »heroischen« Phase gegen den Adel mit der Zielsetzung an, dessen Geburtsprivileg, d. h. die Vererbung des sozialen Status, durch das *Leistungsprinzip* zu ersetzen. Daraus entstanden dann allerdings längerfristig kapitalistische Gesellschaftsformationen, die neuartige und bis dahin nicht gekannte Ungleichheitsstrukturen hervorbrachten: soziale Klassenverhältnisse, die nichts mit individuell zurechenbaren Leistungsvermögen zu tun haben. Das Bildungssystem übernimmt nun offenbar die Funktion, diesen Widerspruch unsichtbar zu machen, indem es unterschiedliche Bewertungen und Abschlusszertifikate zur Legitimation ungleicher gesellschaftlicher Chancen benutzt. Das heißt: Der Leistungsbegriff wird vorrangig *innerhalb* des Bildungssystems operationalisiert. Die Klassenfrage wird auf diese Weise »entannt«: »Herrschaft als gesellschaftliches Strukturmoment verschwindet in unterschiedlichen *Eigenschaften* von Menschen.«<sup>1</sup>

Der französische marxistische Philosoph Louis Althusser entwickelt diesen Gedanken in seiner Theorie der »ideologischen Staatsapparate«. In der kapitalistischen Formation erfordere »die Reproduktion der Arbeitskraft nicht nur die Reproduktion ihrer Qualifikation [...], sondern auch gleichzeitig die Reproduktion ihrer Unterwerfung unter die Regeln der etablierten Ordnung [...]«.<sup>2</sup> Die öffentliche Schule erfülle dafür die Funktion, beides – Qualifikation und Unterordnung – zu einem mehr oder weniger identischen Vorgang zu machen. Sie entwickle sich damit zu einem zentralen ideologischen Staatsapparat und löse damit Kirche und Familie ab, welche in der vor-kapitalistischen feudalen Gesellschaft diese Funktion erfüllten.<sup>3</sup>

## Deutscher Sonderweg

Dabei ist die deutsche Bildungstradition durch eine spezifische historisch-kulturelle Prägung charakterisiert. Im Unterschied zu Frankreich etwa blieb hierzulande im 19. Jahrhundert eine erfolgreiche politische bürgerliche Revolution aus. Im Zuge der durch militärische Siege unter preußischer Führung eingeleiteten Nationalstaatsbildung (1871) »von oben« sah sich das Bürgertum lediglich in subalternen Form an der politischen Macht beteiligt, die unmittelbar durch Monarchie und (Militär-)Aristokratie ausgeübt wurde. Als Kompensation dieser Subalternität inszenierte sich insbesondere das gehobene Bürgertum als »geistige Elite«. Zu diesem Zweck entwickelte sich ein emphatischer und elitär aufgeladener Bildungsbegriff, der weniger praktisches und funktionales Wissen meinte, sondern auf geistige Vervollkommnung im Sinne eines kulturellen Orientierungs- und Führungsanspruches ausgerichtet war.<sup>4</sup> Er erfüllte die zweifache Funktion einer Darstellung eigener Vortrefflichkeit sowie der sozialen Distinktion von der Masse der handarbeitenden proletarischen Bevölkerung.<sup>5</sup>

Ein solcher Bildungsbegriff funktioniert nur so lange, wie »gehobene« Bildung als

Privileg für eine schmale Minderheit reserviert bleibt, die sich gegen alle gesellschaftlichen Tendenzen einer sozialen Verbreiterung dieses Wissens stemmt. Dazu muss dieses Privileg politisch unsichtbar gemacht werden. Hierzu wurde deshalb auch die Biologie bemüht, indem etwa gesellschaftlich produzierte unterschiedliche Lerndispositionen, d. h. die institutionelle Produktion – oder eben: Verhinderung – von Bildungschancen mit genetisch determinierten Unterschieden an »Begabungen« begründet wird.<sup>6</sup>

Dem stehen bereits die (außer-wissenschaftlichen) Erfahrungswerte entgegen, dass seit dem 19. Jahrhundert Bildungszeiten ständig verlängert und soziale Bildungsbeteiligung erweitert wurde (Frauenstudium erst ab 1909). Offenbar entsprach dies einem gesellschaftlichen Bedarf. Anders ausgedrückt: Die beiden oben genannten Funktionen des Bildungssystems – Deckung des gesellschaftlichen Qualifikationsbedarfs und Legitimation des jeweiligen sozialen Status Quo – stehen häufig miteinander in Konflikt. Man könnte dies mit einem berühmten Zitat Bill Clintons (»It's the economy, stupid!«), besser noch in marxistischer Terminologie mit dem Primat der Produktivkraftentwicklung begründen.

## Das Abitur als Nadelöhr

In den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts studierten in Westdeutschland 5 Prozent eines Altersjahrgangs, bis Mitte der 80er Jahre waren es 20 Prozent, aktuell sind es knapp 60 Prozent. Diese ständige Erhöhung des durchschnittlichen gesellschaftlichen Qualifikationsniveaus – Verlängerung von (Pflicht-)Bildungszeiten, Erweiterung von Bildungsinhalten, soziale Erweiterung höherer Bildung – lässt sich hierzulande etwa seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, d. h. seit dem Wirksamwerden der industriellen Revolution in ihren verschiedenen Phasen bis heute feststellen. Damit konzentrierte sich die bildungspolitische Debatte vor allem auf die Frage der Erteilung der Hochschulzugangsberechtigung. Dazu einige historische Schlaglichter: 1834 erhielten in Preußen die humanistischen Gymnasien das Monopol, die *allgemeine* Hochschulreife zu erteilen (die anderen deutschen Teilstaaten zogen kurz darauf nach); spezielle Hochschulaufnahmeprüfungen wurden im Gegenzug abgeschafft. Kernfächer der Gymnasien waren Griechisch und Latein (daher die Bezeichnung »humanistisch«). Mit der Forcierung der industriellen Entwicklung spätestens seit der Reichseinkunft ergaben sich aus Wirtschaft und Verwaltung stärkere Nachfragen nach spezifisch qualifizierten Fachkräften, bei denen es nicht in erster Linie auf altsprachliche Kompetenzen ankam. Zu diesem Zweck wurden neue Realgymnasien und sog. Oberrealschulen gegründet, die Fächerschwerpunkte aus neueren Fremdsprachen

sowie Natur- und Technikwissenschaften entwickelten.<sup>7</sup> Die starke, in (Philologen-) Verbänden und Kultusbürokratien organisierte Gymnasiallobby setzte allerdings zunächst durch, dass diese neuen Schulformen keine allgemeine Hochschulreife erteilen durften, was ein Vorrecht der humanistischen Gymnasien bleiben sollte. Dies gelang den neuen Schulformen erst im Verlauf mehrerer Jahrzehnte auf dem Umweg einer zunächst auf einzelne Fächer beschränkten (fachgebundenen) Hochschulreife. Mittlerweile dominieren die naturwissenschaftlich-neusprachlichen Gymnasien; die *Gymnasialform* als solche, d. h. als Nadelöhr der Erteilung der allgemeinen Hochschulreife, wurde allerdings gegen alle Bemühungen, integrierte und durchlässige Schulsysteme zu errichten,<sup>8</sup> welche in vergleichbaren Ländern hervorragend funktionieren, nie offiziell in Frage gestellt. Auf der Ebene der Hochschulen wiederholte sich der gleiche Konflikt, nachdem neben den traditionellen Universitäten im späten 19. Jahrhundert Technische Hochschulen und TUs entstanden. Diese durften zunächst keinen eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs ausbilden, indem ihnen das Promotionsrecht verweigert wurde. Dies erhielten sie dann um 1900 durch einen Erlass des (technisch begeisterten und am Kriegsflottenbau interessierten) Kaisers Wilhelm II. höchstselbst. Die Universitätslobby setzte allerdings durch, dass die neuen Doktoren die – damals abwertend gemeinte – Zusatzbezeichnung »Dr. ing.« tragen mussten.<sup>9</sup> Als Déjà-vu dieses gleichen Musters könnte man die westdeutsche Entwicklung in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts interpretieren. Ein wesentlicher Impuls der Bildungsreformen seit Mitte der 60er Jahre war die Absicht, die Zahl der Hochschulabsolvent\*innen zu erhöhen, da die BRD auf diesem Feld aufgrund ihres elitären Bildungssystems im Vergleich mit kapitalistischen Konkurrenzländern erheblich zurückgeblieben war (Stichwort: »Bildungskatastrophe«). Diese »Bildungsreform« bestand im Wesentlichen in einer deutlichen Erhöhung der Zahl der Abiturient\*innen und in einem analogen Ausbau des Hochschulsystems. Zu diesem Zweck erhielten in den frühen 70ern traditionelle Einrichtungen der gehobenen Berufsausbildung in einer Art Upgrading unter der Bezeichnung »Fachhochschule«<sup>10</sup> Hochschulstatus; allerdings einen zweitrangigen, da auch ihnen bis heute ein institutionelles Promotionsrecht verweigert wird. In diversen Bildungsplänen wurden diese neuen FHen als »Hochschule der Zukunft« gepriesen, was auch mit der Zielsetzung verbunden war, künftig zwei Drittel der Studienplatzbewerber auf FHen zu orientieren. Offenbar sollte auch bei dem neuen Massenandrang an Hochschulen ein elitärer Sonderstatus traditioneller Universitäten bewahrt werden. Das ist bis heute nicht gelungen, da sich immer noch ca. zwei Drittel der Studienplatzberechtigten für Unis bewerben. Vor diesem Hintergrund erscheint der aktuelle Versuch, unter dem Label »Exzellenz-

strategie« eine hierarchische Differenzierung *innerhalb* der Universitäten selbst, die bis dato im Prinzip seit der preußischen Universitätsreform (1810) als gleichwertig galten, einzuleiten, als letzter Anlauf dieser elitēpolitischen Bestrebungen.

## Deutsche Bildungstradition: Eliten um jeden Preis

In den zahlreich genannten historischen Beispielen wird ein bestimmtes, immer wiederkehrendes Muster sichtbar: Die ökonomische Produktivitätsentwicklung lässt – auch im Rahmen kapitalistischer Konkurrenzstrategien – überlieferte sakrosankte Bildungsprivilegien zunächst erodieren, zuweilen auch politisch infrage stellen. Das führt zu Bildungsvermehrung, d. h. zu einer thematischen und sozialen Erweiterung von Bildungsteilnahme. In Verbindung mit demokratischem Druck aus der Gesellschaft ermöglicht dies nachhaltige soziale Reformen. Anders ist die Bildungsexpansion seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre nicht zu erklären. Als Reaktion darauf entwickeln die bisher Privilegierten aus der jeweiligen sozialen Oberschicht neue Abgrenzungsstrategien gegen die Massen, indem versucht wird, die Bildungsspitze möglichst klein zu halten oder neue Hierarchien innerhalb bestehender Bildungseinrichtungen synthetisch zu konstruieren. Bollenbeck bezeichnet dies als spezifisch deutsche Strategie »defensiver Modernisierung«.<sup>11</sup> Dieses Muster wirkt unabhängig davon, ob für seine Legitimation in einem normativen Sinne mit dem Elitenbegriff hantiert wird. Zumindest das Wort »Elite« selbst war zumindest in der Nachkriegszeit aufgrund seiner rassistischen und biologistischen Konnotationen politisch verbrannt und wurde in der politisch-repräsentativen Sprache so gut wie nie benutzt. Dies änderte sich allerdings nach der Bonner »Wende« 1982/83, d. h. nach dem Regierungsantritt Dr. Helmut Kohls durch den Sturz der seit 1969 regierenden sozialliberalen Koalition, für welche die Bildungsreform unter Losungen wie »Chancengleichheit« oder »Bildung für alle!« eines der Kernprojekte war. Der Kanzler selbst betätigte sich als Tabu-Brecher; etwa in einer Rede im Rahmen einer Preisverleihung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG): »Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren eine törichte Diskussion um den Elitenbegriff geleistet. Das hat uns geschadet. Wir stehen in weltwirtschaftlicher Konkurrenz mit Ländern, die gezielt eigene Eliten fördern, um sich im globalen Wettbewerb besser behaupten zu können. Wir brauchen in Deutschland mehr denn je ein klares Ja zu Eliten.«<sup>12</sup> Neuartig ist dabei die Verknüpfung mit dem Gedanken der Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen. Dies mündet folgerichtig in eine Abrechnung mit den tendenziell politisch-egalitären Leitmotiven der Bildungsreform (Chancengleichheit, soziale Öff-

nung der Hochschulen, Bildung für alle), die eine Leistungsdifferenzierung an Hochschulen aufgrund des nivellierenden Drucks des Massenstudiums und einer entsprechenden »Niveauabsenkung« unmöglich machen würden. Derartige Äußerungen häuften sich ab Ende der 80er Jahre. Beispielhaft dafür war (neben vielen andern) eine Überlegung des damaligen Berliner Wissenschaftssenators Manfred Ehrhardt auf einer bildungspolitischen Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung 1992: »Wer Qualität sagt, der muß Selektion – auch wenn das ein Tabu ist – hinzudenken. Begabungsförderung, Begabungsauslese finden an der Schule nicht mehr statt. Durchlässigkeit und Chancengleichheit als Fanale haben dem Staat und seinen Bildungseinrichtungen den Mut zu Begabungsförderung und Begabungsauslese genommen.«<sup>13</sup> In den 90er Jahren wurde dies dann die passende Begleitmusik für den Übergang zu einer stärker »wettbewerblich« orientierten Hochschulfinanzierung nach formalen Leistungsindikatoren, deren Kehrseite die weitgehende Einfrierung einer auslastungsorientierten Grundfinanzierung – kurz: Sparpolitik – für die »Masse« der Studierenden war. Letzter Ausläufer dieses Begründungsmusters wurde dann die Exzellenzinitiative. Deren kurioser Anfang war im Jahre 2004 die Forderung nach neuen »Eliteuniversitäten« in Anlehnung an die USA ausgerechnet seitens der SPD-Bundestagsfraktion, genauer: durch den damaligen SPD-Generalsekretär Olaf Scholz. Dies löste heftige Proteste aus, auch innerhalb der SPD. Der neue und bis dahin unbekannte Begriff »Exzellenzinitiative« wurde dann 2005 synthetisch konstruiert, um nicht dauernd »Elitenförderung« sagen zu müssen, eine Bezeichnung, die offenbar noch als suspekt galt.<sup>14</sup> Für die jeweils 10–12 Siegeruniversitäten (von knapp über 100) der Hauptförderlinie (»Zukunftskonzepte«), deren offizielle technokratische Bezeichnung »Exzellenzuniversität« ist, setzte sich jedoch in den Massenmedien unwidersprochen das Wort »Eliteuniversität« durch.

## Epilog: Wenn schon, denn schon! – Die Neue Rechte und deren Elite

Es war sicher kein Zufall, dass infolge der versuchten Gewöhnungseffekte an den Elitebegriff auch die politischen Milieus rechts der CDU auf den Plan traten. Der internationale ökonomische Wettbewerb interessierte diese Kreise dabei recht wenig. Vielmehr versuchten sie in wesentlich älterer Tradition den Elitebegriff in ein staatspolitisches Ordnungsgestüt einzugemeinden und zu einer Art anthropologischen Konstante zu erheben. 1984 erschien etwa das Werk des Privatgelehrten Gerd-Klaus Kaltenbrunner unter dem Titel *Elite – Erziehung für den Ernstfall*. Götz Kubitschek bezeichnete den Autor als den »für eine gewisse Zeitspanne wichtigste[n] Publizist[en] der deut-

schen Nachkriegsrechten«<sup>15</sup>. Das Buch wurde damals breit und heftig – auch in linken Milieus – diskutiert und erlebte bis weit in die 90er Jahre mehrere Auflagen (bis 2017 wurde es von Kubitscheks Antaios-Verlag ständig nachgedruckt). Der Autor will gegen den »pseudodemokratischen Kretinismus« anschreiben, der dazu geführt hätte, dass »Elite« weitgehend als antiquierter, ja sogar anrüchiger Begriff, der vielfach einer systematischen Ächtung und Verfemung unterliegt...«<sup>16</sup> gelte. Eine durchaus richtige Beobachtung. Zunächst weist Kaltenbrunner darauf hin, dass es in allen Gesellschaften »Führungsgruppen« und »-aufgaben gebe,<sup>17</sup> Eliten also eine funktionale Normalität seien, die eine Aufrechterhaltung folglich gar nicht lohnen würden. Das ist ebenso richtig wie trivial, weil es lediglich bedeutet, dass es in jeder Arbeitsteilung Leitungsaufgaben und funktionaler Hierarchien bedürfe. Das sind normale Aufgaben und Mandate auf Zeit, die keineswegs mit der Vorstellung einer besonderen »Auserwähltheit« (= Elite) der betreffenden Personen verbunden sein müssen. Dann kommt bei Kaltenbrunner allerdings der entscheidende Zusatz: »Was weitgehend fehlt, ist eine »Über-Elite«, die den Willen und die Macht hat, jenen allgemeinen Interessen, die bei keinem der sonstigen verschiedenen Verbände aufgehoben sind, zum Durchbruch zu verhelfen. Diese Elite müsste in einem ausgezeichneten Sinne eine *Staats-Elite* sein, ausgerüstet mit den Mitteln, auch noch die mächtigsten partikularen Kräfte der Industriegesellschaft dem Gebot des Allgemeinwohls zu unterwerfen.« (Hervorhebung Kaltenbrunner)<sup>18</sup>

In letzter Konsequenz wird hier ein Staatsstreich beschrieben, selbst wenn bewusst offen gehalten wird, wie die beschriebene »Unterwerfung« erfolgen soll. In jedem Fall liegt die Definitionsmacht über die »allgemeinen Interessen« bei der genannten Über-Elite. Sie vollzieht sich jenseits demokratischer Mechanismen der Interessenvertretung und der politischen Repräsentation, und zwar unabhängig davon, ob die beschworene Super-Elite über ein metapolitisch erworbenes Charisma oder durch Gewalt ihre Anliegen zur Geltung bringt. Es handelt sich in jedem Fall um ein autoritäres Regime.

Das sollte der letzte Grund dafür sein, sich nicht an eine Normalisierung des Elitenbegriffs politisch zu gewöhnen und auch seine bildungstechnokratischen Schrumpfvorformen zu bekämpfen.

### Anmerkungen

- 1) Morus Markard 2005: »Elite«: Ein anti-egalitaristischer Kampfbegriff«, in: *UTOPIE kreativ* 171, Januar 2005: 5–11; hier: 6.
- 2) Louis Althusser 1977: *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg/Westberlin: 112.
- 3) Ebd.: 127.
- 4) Dazu grundlegend: Georg Bollenbeck 1996: *Bildung und Kultur – Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters*, Frankfurt am Main.

- 5) Vor diesem Hintergrund wurden akademische Grade, insbesondere der Dokortitel, zu einer Art bürgerlichem Ersatzadelsprädikat. Das wirkt bis heute nach im Drang solche Titel zu erwerben (man kann sie auch kaufen) und dafür sogar Plagiate zu riskieren; selbst dann, wenn solche Grade für das jeweilige berufliche Fortkommen völlig überflüssig sind. So musste etwa Karl-Theodor zu Guttenberg als damaliger Bundesverteidigungsminister 2011 sämtliche politischen Ämter niederlegen, nachdem sein Plagiat aufgeflogen war. Das Spezifische dabei: er hatte Jura studiert und an einer juristischen Fakultät promoviert, und zwar bereits nach seinem ersten Staatsexamen. Ohne das zweite Staatsexamen, auf das er verzichtete, hätte er nie als Jurist arbeiten können. Dennoch meinte er wohl, durch den Dokortitel als Namensbestandteil seine bevorzugte politische Karriere zu befördern.
- 6) Dieser Rückgriff auf »Natur« ist ein klassisches konservatives Muster, zumal sich Naturgesetze nicht politisch kritisieren lassen. So gab etwa die konservative Psychotherapeutin Christa Meves noch 2003 Folgendes zum Besten: »Aber es hat nun einmal nur ein kleiner Teil der Menschen vorrangig eine Begabung zum abstrakt-logischen Denken in theoretischen Strukturen, wie sie ursprünglich für die Ausbildung zum ›Gelehrten‹ nötig war.« (*Rheinischer Merkur* 6.2.2003). Zur Kritik dieses Musters vgl.: Morus Markard 1998: »Begabung. Motivation. Eignung. Leistung. – Schlüsselbegriffe der aktuellen Hochschulregulierung aus kritisch-psychologischer Sicht«, in: *Forum Wissenschaft* 1/1998: 36–40.
- 7) Hierzu und für das Folgende: Ludwig von Friedeburg 1992: *Bildungsreform in Deutschland*, Frankfurt a. M.: 179–190.
- 8) Ebd.: 302ff.
- 9) Carl-Hellmut Wagemann 1993: »Die zwei gegensätzlichen Quellen der heutigen Universität – Das Ingenieurstudium im Konflikt mit dem Humboldtischen Erbe«, in: Hilde Schramm (Hg.): *Hochschule im Umbruch*, Berlin: 44–50; hier: 48.
- 10) Ziel dieser Neugründung war ursprünglich auch, den Nicht-Gymnasiasten, welche überwiegend als soziale Bildungsaufsteiger an Fachoberschulen die fachgebundene Hochschulreife erwarben, den Hochschulzugang zu ermöglichen. Anfänglich waren die FHen als *Übergangsmodell* gedacht: Zielsetzung noch der ersten Fassung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) 1976/77 war es, Unis und FHen künftig in Integrierten Gesamthochschulen (GHen) ohne Statusunterschiede der jeweiligen Studienzweige zusammenzufassen. Diese Zielsetzung wurde später gestrichen und die wenigen neu gegründeten Gesamthochschulen taufte sich in Universitäten um.
- 11) Georg Bollenbeck 1996 (siehe Fn. 4): 156.
- 12) Zitiert nach: *Forschung & Lehre*, hg. vom Deutschen Hochschulverband, 4/1997: 174.
- 13) Konrad-Adenauer-Stiftung 1992: *Grundlagen und Perspektiven christlich-demokratischer Bildungspolitik – Fachkongress am 14./15.9. in Heidelberg* (herausgegeben von Jörg-Dieter Gauger), Bonn: 87.
- 14) Zur Genese und den Auswirkungen des Programms vgl.: Torsten Bultmann 2016: »Elitenförderung« macht dumm«: in: *Forum Wissenschaft* 3/2016: 4–7.
- 15) <https://sezession.de/60134/gerd-klaus-kaltenbrunner-waere-heute-achtzig>.
- 16) Gerd-Klaus Kaltenbrunner 1990: *Elite – Erziehung für den Ernstfall*, (2. erw. Auflg.), Asendorf: 12.
- 17) Ebd.: 42.
- 18) Ebd.: 55f.

Torsten Bultmann ist politischer Geschäftsführer des BdWi.

# Bildungspolitik von rechts. Am Beispiel Österreichs

**B**ildungspolitik von rechts wurde in Österreich unter Schwarz-Blau I, d. h. der ersten ÖVP/FPÖ-Koalition 2000–2005, eindrucksvoll umgesetzt und auch unter der Neuaufgabe 2017–2019 forciert. Im folgenden Artikel werden die konkreten Umsetzungsversuche schwarz-blauer Bildungspolitik zunächst auf Ebene der Primar- und Sekundarstufe und anschließend für den tertiären Bildungsbereich beleuchtet, in einen größeren Kontext eingebettet und negative Auswirkungen sowie Alternativen aufgezeigt. Bei der Darlegung der bildungspolitischen Änderungen und Ziele wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben.

Zunächst soll allerdings der ideologische Hintergrund beleuchtet werden, aus dem die Ziele der rechten Bildungspolitik erwachsen. Die wesentlichen Punkte sind hierbei der Glaube an den konservativen Leistungsbe-griff, konkret: der Naturalisierung von Talent und Leistung, Segregation und Autoritarismus. Die Förderung einzelner Spitzenleistungen sei demnach besonders zu unterstützen, wobei Leistung auch objektiv evaluierbar sei. Falls keine oder wenig Leistung erbracht werde, wird von FPÖ/ÖVP auf Segregation und Separierung gesetzt, bzw. auf härtere Strafen, Druck und Kontrolle. Das vertikal differenzierte Bildungssystem wird daher nach meritokratischen Vorstellungen als das beste angesehen, als allgemeines Ziel der Bildung wird eine bestmögliche Anpassungsleistung an den Arbeitsmarkt gesehen. Generell ist die schwarz-blau Bildungspolitik in eine seit mehreren Jahrzehnten anhaltende neoliberale Bildungsreform einzuordnen, in der Bildung zunehmend ökonomisiert wird.

Als Ausgleich zu den immer stärker werdenden Anforderungen der Flexibilisierung und der Anpassung von Individuen an den Markt und daraus resultierenden Abstiegsängsten werden für soziale Problemstellungen Migrant\_innen und Frauen verantwortlich gemacht, wodurch Rassismus und Sexismus geschürt werden. Ein solcher Rassismus zeigt sich auch im Bildungssystem, oft nicht direkt, sondern in einer lingu-alierten Weise, bei der Sprache für soziale Exklusion verwendet wird.<sup>1</sup>

*In diesem Artikel wird die Bildungspolitik der ÖVP/FPÖ-Regierungen in Österreich dargelegt und kontextualisiert. Dabei werden die negativen Auswirkungen kritisiert sowie Alternativen aufgezeigt.*

## Bildungspolitik auf Ebene der Primar- und Sekundarstufe

In Österreich sind Faktoren wie soziale Herkunft, Geschlechtsidentitäten und sexuelle Orientierung zentral für die vorhandenen stabilen und ausgeprägten Bildungsun-gleichheiten. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass 60 % der Kinder von Eltern mit akademischem Bildungsabschluss auch einen tertiären Abschluss erreichen, wohin-gegen lediglich sieben Prozent der Kinder, deren Eltern maximal einen Pflichtschulab-schluss haben, eine Hochschule abschlie-ßen. Es erwerben zwar nicht mehr Männer als Frauen einen höheren Bildungsab-schluss, es werden aber unterschiedliche Kompetenzen nach Geschlecht begünstigt. Das wirkt sich insbesondere auf die Wahl der zukünftigen Berufe aus.<sup>2</sup>

Die wichtigsten Änderungen in der Bil-dungspolitik unter Schwarz-Blau I waren die Einführung sogenannter »Bildungsstan-dards«, die Abschaffung der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit im Nationalrat für Änderungen im Schulorganisationsgesetz und im Schulunterrichtsgesetz und die Ein-setzung einer sogenannten »Zukunftskom-mission«, die Reformvorschläge für das Schulwesen ausarbeiten sollte. Letztere diente im Großen und Ganzen zur Rechtfertigung für die Umsetzung der Maßnahmen, die den Status quo verschärfen sollten.<sup>3</sup>

Beispielsweise wurden die oben erwähnten »Bildungsstandards« auf Empfehlung der Zukunftskommission eingeführt. Die »Bil-dungsstandards« bestanden unter anderem aus einem »Leistungsvergleich von Schu-len«, der so auf der Homepage des Bundes-ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur propagiert wurde. Für diesen Vergleich sollten einheitliche Tests durch-geführt werden. Schon damals gab es die

Befürchtungen, dass dies zu einer Steige-rung der Sozialen Selektion und zur Ände-rung des Fokus des Lernstoffes auf rein quantitativ prüfbare Ergebnisse führen wür-de. Diesen Befürchtungen wurde mit der Einführung der Zentralmatura im Schuljahr 2014/15 auch gewissermaßen Rechnung getragen.<sup>4</sup>

Ganz nach dem Prinzip der Meritokratie setzte Schwarz-Blau II stark auf Leistung und Begabtenförderung und zielte dabei auf die Förderung und Herbeiführung von Spit-zenleistungen und nicht auf die Förderung jedes Einzelnen ab. Der ehemalige Bil-dungsminister Heinz Faßmann hat gegen-über der österreichischen Tageszeitung *Der Standard* zugegeben, dass die Einführung von Ziffernnoten und die Möglichkeit der Wiederholung eines Schuljahres keinerlei wissenschaftliche Fundierung zur Quali-tätssteigerung des Bildungssystems habe. Trotzdem wurden unter Schwarz-Blau II bereits ab der zweiten Klasse Volksschule, also für Kinder mit acht Jahren, diese politi-schen Maßnahmen beschlossen und ab dem Schuljahr 2019/2020 traten diese auch in Kraft.<sup>5</sup>

Ein weiterer Aspekt rechter und konservati-ver Bildungspolitik ist die Separierung von Kindern aufgrund ihrer Deutschkenntnisse. Dies fokussierte Schwarz-Blau II mit der Einführung von sogenannten »Deutschför-derklassen«. Hierbei werden Kinder durch Einstufungstests vom Rest der Klasse separiert und in getrennte Klassen eingeteilt, deren Fokus allein auf dem Erwerb der Spra-che liegt und nicht einen mehrsprachigen Lernerfolg ins Auge fasst. Auch diese Maß-nahme ist eine rein politische und hat kei-nerlei wissenschaftliche Fundierung. Ganz im Gegenteil zeigen internationale For-schungen, dass die Einführung solcher Klassen sogar eine kontraproduktive Wirk-ung hat, ein Fokus auf Bilingualität statt

auf die Erstsprache zeigt mehr Erfolg. Mit dieser Segregation gehen häufig eine Verhärtung und Steigerung von Vorurteilen und Stereotypen einher, die vom Lehrpersonal oft auch nach dem Wechsel zurück in die regulären Klassen nicht mehr abgelegt werden können. Diese wird auch durch den negativen Ruf und die Implikation einer Diskrepanz in Bezug auf vermeintlich natürlichen Vorsprung gefördert.

Ein dritter wesentlicher Punkt der schwarz-blauen Bildungspolitik neben Meritokratie und Segregation bestand in einer gewünschten Disziplinierung durch Bestrafung. Angefangen bei der schon erwähnten Wiedereinführung von Ziffernnoten und der Möglichkeit des Wiederholens einer Schulstufe bis hin zu Geldstrafen bei unentschuldigtem Fernbleiben vom Unterricht und verpflichtenden Anzeigen bei mehr als drei Fehltagen, zeigt sich ein klar autoritärer werdender Zugang zur Bildung in Österreich. Die Forderungen der FPÖ gehen sogar so weit, dass Kinder, die handgreiflich gegenüber anderen sind, in »Erziehungscamps für gewalttätige Problemschüler« gesteckt werden sollen.<sup>6</sup>

## Bildungspolitik auf Ebene der Hochschulen

Unter der Regierung Schwarz-Blau I (2000–2005) wurde das Hochschulsystem in Österreich grundlegend verändert und eine Wende in Richtung Effizienzsteigerung, Dezentralisierung und Deregulierung noch stärker forciert. Nachdem schon zuvor Änderungen, wie etwa die Einführung von Studiengebühren 2001, für Protest sorgten, wurden zentrale Reformen durch das Universitätsgesetz (UnivG) 2002 verfestigt. Die Organisationsstruktur der Hochschulen wurde im neoliberalen Sinne des New Public Management geändert und machte die Hochschulen zu gegenseitigen Konkurrenten. Die wichtigsten Neuerungen lagen u. a. auf dem Gebiet der Organisationsstruktur, die aus einer erweiterten Organisationsautonomie und einer weitgehenden Entdemokratisierung bestanden.<sup>7</sup>

In den 1970er Jahren war die Hochschullandschaft demokratisiert worden. In neu geschaffenen Gremien aller universitärer Ebenen waren Studierende, wissenschaftliches Personal, Professor\_innen und Verwaltungspersonal vertreten, der Anteil von Studierenden und wissenschaftlichem Personal entschied sich nach Bundesland, lag aber überall mit zwischen einem Drittel und einem Viertel der Stimmen relativ hoch. Mit dem neuen Universitätsgesetz (UG) 2002 wurden die meisten dieser Gremien abgeschafft bzw. stark eingeschränkt, auf den unteren Ebenen waren gar keine Mitbestimmungsstrukturen mehr vorgesehen.

Die Stellung der Rektor\_innen wurde gestärkt, neben der Universitätsleitung obliegt ihnen etwa auch die Leistungsvereinbarung. Außerdem wurde ein neues Aufsichts- und

Kontrollgremium mit umfassenden Kompetenzen geschaffen: der Universitätsrat, welcher als externes Gremium mit exekutiven Kompetenzen den deutschen »Hochschulräten« vergleichbar ist. Die Hälfte der Mitglieder wird alle fünf Jahre von der Regierung nominiert. Diese Posten wurden bisher stets parteipolitisch besetzt und sind nur für eine elitäre Oberschicht zugänglich. Außerdem wurde die bisherige staatliche

desvertretung von den einzelnen Hochschulvertretungen entsandt, wodurch in verschiedenen Hochschulen inskribierte Studierende indirekt mehrfach wählen konnten und kleinere Universitäten überproportional viele Mandate entsenden konnten), weniger Kompetenzen und Budget mit der Begründung der Anpassung an das neue UG geschwächt. Die Änderung des Wahlrechts war auch rechtlich nicht ganz unumstritten.



Zuteilung nach Bedürfnissen durch eine neue Art der Finanzierung über öffentlich-rechtliche Verträge des Staats mit den Universitäten von für drei Jahre vereinbarten Globalbudgets gegen Leistungsvereinbarungen ersetzt.<sup>8</sup>

Zu den weiteren wesentlichen Änderungen zählten ein neues Dienstrecht, dass auf ein »leistungs- und wettbewerbsorientiertes Personalwesen« abzielte und de facto Arbeitsbedingungen v. a. für junge Wissenschaftler\_innen prekärer machte.<sup>9</sup>

Doch hinter den Versuchen der Legitimierung durch Modernisierung und Effizienzsteigerung, wurde durch das UG 2002 eine Entdemokratisierung und Hierarchisierung, eine Ökonomisierung von Bildung sowie damit einhergehend soziale Selektion durch die Einführung von Studiengebühren realisiert. Auf eine Protestwelle seitens der österreichischen Hochschüler\_innenschaft (ÖH), den Oppositionsparteien und Universitätsangehörigen wurde nicht reagiert.

Durch eine Novelle des Hochschüler-schaftsgesetzes (HSG) Ende 2004 wurde die ÖH-Bundesvertretung durch die Beendigung des direkten Wahlrechts (nach einer Novellierung wurden die Mandate der Bun-

Von der Opposition und der ÖH wurde das als Versuch kritisiert, die regierungskritische ÖH zu schwächen und durch das neue Wahlrecht eine erneute rot-grüne Mehrheit zu erschweren.

Durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) im Juli 2005 wurden Zugangsbeschränkungen für Studierende aus dem EU-Ausland verboten, da dies eine Diskriminierung darstellen würde. Als Reaktion wurden von einigen Universitäten Zugangsbeschränkungen eingeführt, um die Anzahl der Erstsemestrigen niedrig zu halten. Von der ÖH und der Opposition wurde eine Abschaffung der Zugangsbeschränkungen verlangt.

Ein weiterer Versuch der Beeinflussung von rechts war die Nominierung rechtsextremer, deutschnationaler Burschenschaftler für die neu gegründeten Universitätsräte nach Wunsch der FPÖ.<sup>10</sup> Der an der Medizinischen Universität Wien als Universitätsrat eingesetzte Burschenschafter Gerhard Pendl wurde, nachdem er im November 2006 zur »Ehrenbekundung« am Grab des ehemaligen NS-Offiziers Walter Nowotny eine Rede gehalten hatte, seiner Funktion enthoben.<sup>11</sup>

## Die ÖVP/FPÖ Regierung 2017–2019

Schon im Wahlkampf für die Nationalratswahl 2017 war Wissenschafts- und Hochschulpolitik kein dominierendes Thema, trotz sehr unterschiedlicher Positionen. Auch die Forderungen der schlussendlichen Regierungsparteien unterschieden sich in einigen Bereichen. So forderte die FPÖ keine Zugangsbeschränkungen für »österreichische« Studierende – nur Langzeitstudierende und Studierende aus dem Ausland sollten zahlen – und nannten das einen freien Hochschulzugang. Im Gegensatz dazu forderte die ÖVP die Einführung von allgemeinen Studiengebühren und das Ende des freien Hochschulzugangs durch Studienplatzfinanzierung und breite Zugangsregelungen.

In dem nur siebenseitigen Abschnitt zu Wissenschaft des 182 Seiten langen Regierungsprogramms wurden der Ausbau des Fachhochschulsektors sowie allgemein des Hochschulsektors, die Digitalisierung der Hochschulen, die Einführung allgemeiner Studiengebühren und eine Verbesserung des Stipendienwesens sowie der Karrierechancen junger Forscher\_innen beschlossen. Außerdem wurde die Forderung der FPÖ übernommen, dass die ÖH-Mittel »in Zukunft ausschließlich für Aufgaben der Beratung und Interessensvertretung von Studierenden verwendet werden können« und es dafür auch eine »Ausweitung der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten« geben sollte. Außerdem wurde auch das Ziel vereinbart, dass die Professor\_innenschaft bei inneruniversitären Entscheidungsprozessen eine qualifizierte Mehrheit erhalten sollte, also ein weiterer Schritt Richtung Entdemokratisierung zum Nachteil der Studierenden.

Der »parteionabhängige« Wissenschaftler Heinz Faßmann, der für die ÖVP die Hochschulagenden vertrat, versprach im August 2018 eine Zukunftsoffensive für Forschung, Technologie und Innovation, der aber keine konkreten Aktionen folgten.

Für die Leistungsvereinbarungsperiode 2019–2021 erhielten die öffentlichen Universitäten um 1,35 Mrd. Euro mehr als zuvor, was daran gebunden war die Prüfungsaktivität zu steigern, Betreuungsverhältnisse zu verbessern und neue Professuren einzurichten. Um die Anforderung der gesteigerten Prüfungsaktivität und vermehrter Abschlüsse zu erfüllen, wurden bei einigen Fächern an verschiedenen Universitäten neue Zugangsbeschränkungen eingeführt, da bei Verfehlung der Ziele Gelder zurückgezahlt werden müssen.<sup>12</sup>

In der Periode Schwarz-Blau II endete eine Funktionsperiode von Universitätsräten und insgesamt 59 Nominierungen wurden vom Ministerrat getätigt. Nachdem vor der Einigung im Februar 2018 schon zwei von der FPÖ vorgeschlagene Kandidaten gestrichen wurden, wurden trotz Kritik von der Bun-

desregierung neun schlagende Burschenschaftler nominiert.<sup>13</sup>

## Schlussfolgerungen

Resümierend lässt sich also sagen, dass bei Schwarz-Blau II im Gegensatz zur Erstauflage kein Fokus auf die wissenschaftliche Legitimierung der Maßnahmen durch Expert\_innen gesetzt wurde, sondern lediglich ideologische Überlegungen im Vordergrund standen. Alles in allem haben die gesetzten Maßnahmen von Schwarz-Blau I und II die schon bestehenden, durch das österreichische Bildungssystem hervorgerufenen, sozialen Ungleichheiten verschärft.

Im Sinne eines emanzipatorischen Bildungsbegriffs verstehen wir unter Bildung mehr als eine arbeitsmarktorientierte Ausbildung. Bildung soll vielmehr ermächtigend wirken, um kritisch hinterfragen zu können und um aktiv an der Gesellschaft zu partizipieren und diese mitgestalten zu können. Das Recht auf Bildung ist sowohl durch internationale Verträge als auch verfassungsrechtlich verankert, aber materiell nicht abgesichert. Durch ein Ende des differenzierten Schulsystems, die Einführung der Gesamtschule und der Ausfinanzierung der Hochschulen könnte Bildungsteilhabe für alle möglich werden.

Federführend bei den Veränderungen in der Hochschulpolitik war die ÖVP, die auch in beiden schwarz-blauen Regierungen das Bildungsministerium innehatte, allerdings setzte auch die FPÖ klare Akzente. Die Regierung Schwarz-Blau I reformierte die Hochschullandschaft in Richtung New Public Management. Im Vergleich dazu spielte Hochschulpolitik unter Schwarz-Blau II nur eine marginale Rolle.<sup>14</sup>

Unter Schwarz-Blau I wurde die Universität weitgehend entstaatlicht und ihr autonomer Handlungsspielraum im Sinne von Elitenförderung, Deregulierung und Effizienzsteigerung erweitert, gleichzeitig wurden aber auch neue Einflussnahmen seitens des Staats geschaffen.

Die demokratische Organisationsstruktur der Universität wurde verändert und das bisherige Mitbestimmungsmodell stark entmachtet, was einen Rückschritt hinter die Demokratisierung in den 1970er Jahren zurück in Richtung Ordinarienuniversität bedeutete.

Obwohl die Studierenden die größte Personengruppe an den Hochschulen sind, lässt ihr Mitbestimmungsrecht zu wünschen übrig. Durch eine Rückkehr zur demokratischen Gestaltung der Hochschulen, einer Wiedereinführung der Drittelparität in den Gremien der Selbstverwaltung könnte die größte Gruppe an den Hochschulen wieder angemessen repräsentiert werden.

Seit Schwarz-Blau I ist es außerdem de facto zu einer Abschaffung des freien Hochschulzugangs gekommen, dieser ist in einigen Fachbereichen sowie bei einigen Anbietern (Fachhochschulen, Privatuniversitäten) nicht mehr vorhanden oder wird schritt-

weise beseitigt, auch wenn die unter Schwarz-Blau I eingeführten Studiengebühren im September 2008 wieder abgeschafft bzw. eingeschränkt wurden.<sup>15</sup> Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen stehen einer Chancengleichheit diametral gegenüber, das Recht auf Bildung kann nur mit einem freien und offenen Hochschulzugang erfüllt werden. Neben dieser Voraussetzung müssen Studierende aber auch materiell abgesichert sein; das ist nur möglich durch eine Anhebung und Reform des vorhandenen Beihilfensystems.

## Anmerkungen

- 1) Barbara Rothmüller / Philipp Schnell 2018: »Rechts-konservative Bildungspolitik unter Schwarz-Blau. Zwischen Leistung, Segregation und wachsendem Autoritarismus«, in: *Kurswechsel* (2018), H. 3: 91–99; hier: 91–97.
- 2) Barbara Rothmüller / Philipp Schnell 2019: »Bildungspolitik unter Schwarz-Blau«, in: Emmerich Talós (Hg.): *Die Schwarz-Blau-Wende in Österreich. Eine Bilanz*, Berlin: 328–345; hier: 331–333.
- 3) Karl Heinz Gruber: Eine bildungspolitische Bilanz. [http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/gruber\\_bilanz.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/gruber_bilanz.pdf): 9 (28. November 2019).
- 4) Ebd.: 9;10; Reinhard Winkler 2018: »Zentralmatura in der Sackgasse?«, in: *Internationale Mathematische Nachrichten*, H. 237: 27–58; hier: 52.
- 5) Barbara Rothmüller / Philipp Schnell 2019 (siehe Fn. 2): 333–334; Peter Mayr / Karin Riss 2018: »Faßmann zu Noten in der Volksschule: »Es ist eine politische Entscheidung«. Noten für Volksschulkinder werde es nur zusätzlich geben, das frühe Sitzenbleiben soll die Ausnahme sein«, in: *Der Standard*. <https://www.derstandard.at/story/2000089083589/fassmann-zu-noten-in-der-volksschule-ist-eine-politische> (29. November 2019).
- 6) Barbara Rothmüller / Philipp Schnell 2019 (siehe Fn. 2): 335–338; orf.at: »FPÖ will »Erziehungscamps« für Problemschüler«. <https://www.orf.at/v2/news/stories/2957378/> (26. November 2019).
- 7) Günther Sandner 2019: »Hochschulpolitik«, in: Emmerich Talós (Hg.): *Die Schwarz-Blau-Wende in Österreich. Eine Bilanz*, Berlin: 346–365; hier 346–350.
- 8) Lukas Kohl / Sigrid Maurer: »Wessen Autonomie? Zur Organisation der Hochschulen«, in: Bundesvertretung der Österreichischen HochschülerInnenschaft (Hg.): *Wessen Bildung? Beiträge und Positionen zur bildungspolitischen Debatte*: 237–254; hier: 239–243 und 248–250.
- 9) Günther Sandner 2019 (siehe Fn. 7): 350, 351; Lukas Kohl / Sigrid Maurer (siehe Fn. 8): 250, 251.
- 10) Günther Sandner 2019 (siehe Fn. 7): 352–356.
- 11) HochschülerInnenschaft an der Universität Wien (Hg.): 2014: *Völkische Verbindungen. Beiträge zum deutschnationalen Kooperationsunwesen in Österreich*: 217–219.
- 12) Günther Sandner 2019 (siehe Fn. 7): 358–360; <https://www.derstandard.at/story/2000093941323/uni-budget-15-prozent-zuwachs-mit-selbstbeschaerzung> (29. November 2019).
- 13) Günther Sandner 2019 (siehe Fn. 7): 361.
- 14) Ebd.: 363, 364; HochschülerInnenschaft an der Universität Wien (Hg.) 2014 (siehe Fn. 11): 216.
- 15) Günther Sandner 2019 (siehe Fn. 7): 362, 363.

Eva Mühlberger und Valerie Limbach,  
Referat für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik,  
Österreichische Hochschüler\_innenschaft,  
gesetzliche Vertretung aller Studierenden in Österreich.

# Einschüchterung als Prinzip

## Die AfD hat Schulen als Agitationsfeld entdeckt

*Seitdem die AfD in den Bundestag eingezogen und in allen 16 Landtagen vertreten ist, versucht sie verstärkt Einfluss auf Bildungsinhalte zu nehmen und das Bildungswesen ihrer reaktionären Programmatik entsprechend umzuformen. Dabei bedient sie sich auch des Mittels der Einschüchterung von Lehrkräften.*

Mit zahlreichen parlamentarischen Anfragen, der Einrichtung von Online-Plattformen sowie Dienstaufsichtsbeschwerden verfolgt die AfD eine aggressive Strategie, um die kritische Auseinandersetzung mit ihren rechtsextremen, menschenverachtenden und antidemokratischen Tendenzen an Schulen, Hochschulen sowie in der außerschulischen Bildungsarbeit zu verhindern. Pädagogische Fach- und Lehrkräfte sollen eingeschüchtert, kritische Forschung und Projekte zur Demokratiebildung diskreditiert sowie Bildungseinrichtungen unter Druck gesetzt werden. Besonders perfide ist, dass sich die Partei mittels totalitärer Methoden als Hüterin einer vermeintlichen »Neutralitätspflicht« politischer Bildung und zugleich als Opfer inszeniert, um Aufmerksamkeit zu generieren, Misstrauen zu schüren und den öffentlichen Diskurs nach rechts zu rücken. Doch sie sensibilisiert damit ebenso für die Notwendigkeit und Grundlagen menschenrechtsorientierter Bildung und wird auch weiterhin mit einem starken und vielfältigen Engagement für eine offene, inklusive und solidarische Gesellschaft sowie entsprechender Gegenwehr rechnen können.

### AfD will bildungspolitisches Rollback

»Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht!« kündigte Markus Frohnmeier, Sprecher von Alice Weidel und AfD-Bundestagsabgeordneter, bei einer Veranstaltung 2015 in Erfurt an. So unverhohlen offenbart sich der ideologische Kern der AfD als »autoritärer Nationalradikalismus« (Wilhelm Heitmeyer)<sup>1</sup>, der darauf zielt, die Gesellschaft zu spalten, demokratische Ins-

titutionen zu destabilisieren und ein autoritäres System zu etablieren.

Der Bildungsbereich gilt im Kulturkampf von rechts als sogenannter *vorpolitischer* Raum, um völkisch-nationalistische Vorstellungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit zu verbreiten, Weltanschauungen von jungen Menschen entsprechend zu prägen und somit rechtsextremistisches und geschichtsrevisionistisches Gedankengut gesellschaftlich mehrheitsfähig zu machen. Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass die AfD vehement gegen ein inklusives Bildungssystem, emanzipatorische Bildungsansätze und deren Befürworter\*innen agitiert. Gemeinschaftsschulen, Ganztagsunterricht, Demokratiebildung, eine Pädagogik der Vielfalt und diskriminierungssensible Lehrpläne sind ihr ein Dorn im Auge.

Zur bildungspolitischen Programmatik der AfD hat unser Kollege Erhard Korn ausführlich recherchiert.<sup>2</sup> In seinen Beiträgen dokumentiert er nicht nur eine Reihe reaktionärer Forderungen und polemischer Aussagen gegen Inklusion, Sexualaufklärung oder Schulsozialarbeit, sondern auch zentrale ideologische Elemente und diskursive Strategien der Rechtsaußenpartei.

### Diskursive Strategien der AfD

Als charakteristisch können die Verquickung von rechtskonservativem mit national-völkischem Gedankengut sowie die Konstruktion eines ideologischen Feindbildes beschrieben werden. So fordert die AfD eine stärkere Hierarchisierung des Bildungswesens, ein Rollback zum mehrgliedrigen Schulsystem, eine »Rückkehr zum Leistungsprinzip« sowie zentralisierten Unterricht durch autoritäre Lehrkräfte – verbunden mit Elitenförderung, einer Pädagogik der Auslese und Disziplin sowie Privile-

gien für »Einheimische«. Sie propagiert »leistungshomogene Lerngruppen«, Zensuren und Kopfnoten ab der 1. Klasse oder auch »Eignungsprüfungen statt Brückenkursen« an Hochschulen, schließlich Selektion und Segregation durch den Erhalt von Förder- bzw. Sonderschulen und die »Einrichtung von Extra-Klassen für Kinder mit Migrationshintergrund«. Für Asylsuchende ist lediglich eine »Grundbesuchung möglichst in ihrer Muttersprache« vorgesehen; integrative Maßnahmen und individuelle Förderung werden mit Verweis auf eine »unproduktive Sozialindustrie« abgelehnt.

### Völkisches Denken und nationalsozialistisches Vokabular

Der Rekurs auf völkisches Denken und nationalsozialistisches Vokabular passiert nicht zufällig. Nationalistische, rassistische und sozialdarwinistische Elemente sind ebenso wie geschichts-revisionistische Tendenzen oder antifeministische, sexistische, homophobe bzw. LSBTIQ\*-feindliche Aussagen systematischer Bestandteil des AfD-Programms. Schule soll zu einer »gefestigten Nationalidentität« erziehen und durch Disziplin »starke Männer« formen. Der stellvertretende Landesvorsitzende der AfD Baden-Württemberg sowie als Mitglied der AfD-Bundesprogrammkommission und kulturpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion fungierende Chefideologe Marc Jongen etwa fordert eine »Erziehung zur Männlichkeit« und zum »Thymos« (altgriech.: Wut, Zorn), um die »Wehrhaftigkeit der Deutschen« gegenüber »Fremden« zu erhöhen.

Angeichts der beabsichtigten Verankerung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt als Thema im baden-württembergischen Bildungsplan durch die rot-grüne Landesregierung und den darauf folgenden Protesten des rechtskonservativen Bündnisses »Demo für alle« klagte die AfD-Abgeordnete Christina Baum über »die Zerstörung der traditionellen Familie«, die »Abschaffung des eigenen Volkes« und einen »schleichenden Genozid durch Genderismus«. In dieser Bewegung, in der auch Beatrix von Storch mitwirkt, konnten nicht zuletzt aufgrund solcher Ideologeme neue Allianzen zwi-

schen (national)konservativen, fundamentalistisch-christlichen Akteur\*innen und extremer Rechte gebildet werden. Die Anschlussfähigkeit von antifeministischen Ressentiments kann demnach als eine der Voraussetzungen für den Erfolg der AfD bewertet werden.

## »Gendergaga und Frühsexualisierung«

In dieser Absicht erklärte der AfD-Landesvorsitzende Sachsen, Jörg Urban auf dem Wahlprogrammparteitag im Juni 2019, dass »Werbung für Homosexualität, Gendergaga und Frühsexualisierung [...] in unseren Schulen nichts verloren« habe. Entlarvend ebenso die Äußerung des Brandenburger AfD-Politikers Steffen Königer auf dem Bundesparteitag in Hannover 2017: »Vom Kindergarten bis zum Abitur werden unsere Kinder vollgepumpt mit Ideologien, mit Frühsexualisierung, Gender-Mainstream, mit Political Correctness. Die 68er haben im Bildungssektor eine Kraterlandschaft hinterlassen, verbrannte Erde, eine zerbombte Kulturnation. Liebe Freunde, das ist der totale Krieg gegen das Volk der Dichter und Denker«<sup>3</sup>.

Als ideologisches Feindbild müssen ergo »rot-grüne Lehrerkollegien« erhalten, die wegen AfD-kritischer Positionen zuweilen sogar der »Volkshetze« bezichtigt und als »Volksverräter« diffamiert werden. Während Chancengleichheit in Wahlprogrammen der AfD vielfach als »Gleichmacherei« bezeichnet wird, machen AfD-Rechtsaußen-Vertreter Stimmung gegen »linke Bildungsexperimente« (André Poggenburg) oder »sinnlose Irrlehren der neuen Lernkultur, die aus der Erziehungswissenschaft und der Didaktik über GEW-Leute produziert« werde (Stefan Räßle). Auch Begriffe wie »Einheitsschule« oder »Bildungssozialismus« verwendet die AfD – ungeachtet weiterbestehender Bildungsungleichheiten – als Kampfbegriffe gegen eine menschenrechtsorientierte Bildungspolitik.

Aus diesem Repertoire schöpft die AfD in ihrem Kulturkampf von rechts, um rechtskonservative wie auch autoritäre und nationalistische Akteure zu mobilisieren. Sie deutet bestimmte Begriffe und Konzepte um und radikalisiert den Diskurs, um die Grenzen des Sagbaren auszuweiten. Dazu gehören auch gezielte Provokationen und mithin die Strategie, Begriffe wie »Umvolkung«, »Sozialindustrie« oder »Schuld-kult« in den allgemeinen Sprachgebrauch einsickern zu lassen, um den Nährboden für eine soziale und ethnische Spaltung der Gesellschaft zu vergrößern und ihre Institutionen Zug um Zug zu destabilisieren.

Nächste Maßnahmen der Parteistrategen sind Eingriffe in das Bildungswesen mittels Denunziation und Einschüchterung der Lehrkräfte sowie Angriffe gegen Kultureinrichtungen. Die Drohung »Wir werden sie jagen« von Alexander Gauland gilt somit

nicht nur Vertreter\*innen der anderen Parteien, sondern es soll auch sehr gezielt Kunst- und Medienschaffende, zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Bildungsträger, ihre Förderung mit öffentlichen Geldern und ihre Programme treffen.<sup>4</sup>

## Denunziationsportale und das Prinzip Einschüchterung

Dass die AfD nicht nur rechtskonservatives Gedankengut aufgreift und sprachlich radikalisiert, sondern ihre praktische Bildungspolitik auch mit Drohungen und Einschüchterungen flankiert, verdeutlichen die im September 2018 erstmals in Hamburg<sup>5</sup> und bis dato in acht weiteren Bundesländern<sup>6</sup> eingerichteten »Melde-«, bzw. Denunziationsportale.

Ausgangspunkt der AfD-Angriffe auf Schulen und Lehrkräfte ist der Verdacht, dass die (partei)politische Neutralität an Schulen gefährdet sei und Schüler\*innen von Lehrkräften indoktriniert würden. Dabei beruft sich die AfD auf die Grundsätze politischer Bildung, die sie verletzt sieht, spielt sich als Hüterin eben dieser auf und inszeniert sich als Opfer, das unter diesen Verfehlungen leide. Um Kritik an den eigenen Positionen zu verhindern, diffamiert sie die kritische Auseinandersetzung mit Diskriminierung, Rassismus und Menschenfeindlichkeit pauschal als undemokratisch. Durch die Internetmeldeportale mit teilweise recht freundlichem Antlitz stachelt sie Schüler\*innen und Eltern dazu an, missliebige Lehrkräfte zu denunzieren – nicht nur in datenschutzrechtlicher Hinsicht ein höchst bedenkliches Vorgehen.<sup>7</sup> Außerdem nutzt sie insbesondere das Instrument parlamentarischer Anfragen, um Kolleg\*innen öffentlich anzugreifen und reicht Dienstaufsichtsbeschwerden ein, um kritische Lehrkräfte einzuschüchtern und unter Druck zu setzen. Ziel dieser Einschüchterungskampagne ist es, Institutionen und Pädagog\*innen zu verunsichern, um gleichzeitig auf politischer Bühne Unterrichtsinhalte nach rechts zu rücken und menschen- und demokratiefeindliche Thesen salonfähig zu machen. Die AfD argumentiert dabei mit dem sog. »Beutelsbacher Konsens«, den sie für ihre Zwecke umdeutet und instrumentalisiert. Doch was beinhaltet dieser Konsens?

## Beutelsbach und Wertevermittlung als Prinzipien

Der in den 1970er Jahren formulierte Beutelsbacher Konsens ist eine Richtschnur für politische Bildung. Er umfasst drei Grundsätze:

1. Überwältigungsverbot (keine Indoktrination)
2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

3. Schüler\*innen und Schüler müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren.

Diese drei Grundprinzipien – Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot, Schülerorientierung – sind Grundlagen der Didaktik. Lehrkräfte sind verpflichtet, ihren Schüler\*innen keine Meinung aufzuzwingen und kontroverse Themen auch als solche darzustellen.<sup>8</sup>

Die didaktischen Prinzipien dürfen jedoch nicht mit Wertneutralität verwechselt werden. Denn Schule hat den klaren Auftrag, Schüler\*innen die freiheitlichen und demokratischen Grund- und Menschenrechte zu vermitteln und fußt mit ihrem gesetzlichen Bildungsauftrag auf den Werten des Grundgesetzes. Das in diesem Kontext häufig so benannte »Neutralitätsgebot« bedeutet somit keineswegs Wertneutralität und Passivität gegenüber antidemokratischen Haltungen, sondern fordert die kritische Auseinandersetzung mit solchen Positionen ein. Ein Konsens, den die AfD bis heute nicht verstanden hat bzw. nicht verstehen will.

Beutelsbach als didaktische und Wertevermittlung als inhaltliche Komponente ergeben erst zusammen – als zwei Seiten einer Medaille – den Rahmen für pädagogische Arbeit und Unterrichtsgestaltung. Lehrkräfte dürfen zwar keine Parteiwerbung betreiben oder konkrete Wahlempfehlungen aussprechen, aber selbstverständlich können sie sich im Unterricht kritisch mit den Positionen von Parteien auseinandersetzen, ihre eigene Meinung zu tagespolitischen Themen darlegen und sich gegen rassistische oder demokratiefeindliche Aussagen und Diskurse inner- und außerhalb der Schule positionieren.

Die AfD deutet den Konsens jedoch für ihre Zwecke in ein politisches Neutralitätsgebot um und ignoriert, dass der in den Schulgesetzen der Bundesländer beschriebene und in Landesverfassungen sowie dem Grundgesetz verankerte Bildungsauftrag auch eine Vermittlung von Grundrechten und -werten umfasst. Diese Werte – Achtung der Menschenwürde, Demokratie, Toleranz und Gleichberechtigung – teilt die AfD nicht, und will daher unter dem Vorwand der »Neutralität« eine entsprechende pädagogische Praxis untersagen. Dies zeigt: Die AfD mag demokratisch in die jeweiligen Parlamente gewählt worden sein, ihre Ziele und Positionen widersprechen jedoch den im staatlichen Bildungsauftrag enthaltenen Grundrechts- und Wertedimensionen und somit ist die AfD eine Partei mit undemokratischer Ausrichtung.

## Gegenwehr ist nötig – und machbar!

Was tun? Nötig sind Aufklärung und Aktionen sowie Solidarität und Bündnisarbeit. Gegenüber der AfD und auf sie hereinfallende Medien müssen Organisationen und

insbesondere die Interessenvertretungen der angegriffenen Akteure engagierte Öffentlichkeitsarbeit leisten und die Lehrkräfte darin bestärken, Haltung zu zeigen, statt Zurückhaltung zu üben. Die Schulministerien bzw. -behörden sind aufgerufen, sich vor die Kolleg\*innen zu stellen und die politische Bildung zu stärken. Nötig sind politische und juristische Handlungsorientierungen, wie sie u. a. von der GEW herausgegeben wurden.<sup>9</sup>

Erfreulich ist die Haltung der Kultusministerkonferenz. In der Pressemitteilung zu den »Empfehlungen zur Demokratie und Menschenrechtsbildung in der Schule«, die die Kultusministerkonferenz (KMK) im Oktober 2018 vorgestellt hat, betonte ihr damaliger Präsident, Helmut Holter: »Aus aktuellem Anlass wenden wir uns entschieden gegen Internetportale, in denen Schülerinnen und Schüler ihre Lehrkräfte wegen vermeintlicher parteipolitischer Einflussnahme denunzieren sollen. [...] Die Stärkung junger Menschen in ihrem Engagement für den demokratischen Rechtsstaat und gegen antidemokratische und menschenfeindliche Haltungen ist Aufgabe über alle schulischen Fächer und außerschulischen Angebote hinweg.«<sup>10</sup> Auch verschiedene Landesschüler\*innenvertretungen, u. a. in Hamburg, sind aktiv und wehren sich gegen die angebliche Beeinflussung.<sup>11</sup> In Berlin gab es eine Unterschriftenaktion »Bildet Berlin!«, die von 123 Schulen unterzeichnet wurde.<sup>12</sup> Lehramtsstudierende und Kollegien positionieren sich durch Selbstanzeigen und offene Briefe, das Netzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« wehrt sich unter dem Hashtag #wirsindnichtneutral. Die Meldeportale wurden und werden auch mit verschiedenen kreativen Aktivitäten angegangen: So wurde unter dem Hashtag #meldechallenge zu satirischen Beiträgen aufgerufen, aber auch mit der Online-Petition »#MeinLehrerFetzt – Danke statt Denunziation!« Gegenwehr organisiert.

## Politische Bildung und engagierte Lehrkräfte stärken

Die GEW berät und unterstützt betroffene Lehrkräfte, bietet ihnen Rechtsschutz sowie Orientierungs- und Handlungshilfen.<sup>13</sup> So etwa hat sie sich bei einer bundesweiten Fachtagung »Haltung zeigen – Demokratie und Courage stärken!« in Leipzig im November 2019 deutlich gegen rechts positioniert und pädagogische und GEWerschaftliche Handlungsperspektiven im Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus diskutiert.<sup>14</sup> In Hamburg kamen im Oktober 2019 auf Kampnagel bei einer maßgeblich von der GEW Hamburg mitorganisierten Tagung über Strategien gegen rechts mehrere Hundert Aktive aus Bildung und Kultur zusammen und verabschiedeten eine »Hamburger Erklärung gegenseitiger Solidarität bei Angriffen von Rechts auf Bildung und Kultur.«<sup>15</sup>

Einerseits hat die AfD bewiesen, dass sie die Gebote politischer Bildung zur Durchsetzung ihrer Interessen bewusst instrumentalisiert. Andererseits hat sie es geschafft, mit ihren Positionen und Behauptungen zunehmend in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Somit zeigt sich eine Diskursverschiebung und es wird deutlich, dass wir uns aktuell in einem Kampf um Deutungshoheit befinden – in einem Kampf darum, was an Schule passieren und was im Unterricht gesagt werden darf. Diesem Kampf müssen wir uns stellen, sowohl diskursiv als auch auf allen anderen Ebenen! Die GEW steht hinter den Kolleg\*innen, die tagtäglich politische Bildung an Schüler\*innen vermitteln und somit eine zentrale Stütze unserer Demokratie sind. Sie ermutigt die Beschäftigten im Bildungswesen gerade angesichts des politischen Rechtsrucks, damit einhergehenden Herausforderungen und gezielten Provokationen, Haltung zu zeigen und sich für Demokratie und Menschenrechte zu engagieren. Einschüchterungsversuche und Aufrufe zur Denunziation, wie sie derzeit von AfD-Fraktionen unter Berufung auf das Neutralitätsgebot erfolgen, weist die GEW entschieden zurück.

Diese Entwicklungen erfordern nicht nur klare Positionierungen, sondern bewirken auch ein stärkeres Engagement für Demokratie, Menschenrechte und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Ruf nach mehr politischer Bildung bzw. Demokratiebildung wird lauter und es entfalten sich vielfältige zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Bündnisse gegen rechtspopulistische und völkisch-nationale Bewegungen sowie gegen die Spaltung der Gesellschaft.

## Anmerkungen

- 1) *Autoritär*, weil sie Gesellschaftsvorstellungen vertritt, die eine auf Homogenität ausgerichtete Volksgemeinschaft mit entsprechenden Ausgrenzungen sowie ein auf Hierarchien basierendes Kontrollparadigma beinhalten. *National* im Sinne von *nationalistisch*, weil die Überlegenheit des deutschen Volkes herausgestellt wird in Kombination mit einer Ideologie der Ungleichwertigkeit gegenüber Anderen. Hinzu kommen die Propagierungen einer Neudeutung deutscher Geschichte. *Radikalismus* im Hinblick auf die strategischen Grenzüberschreitungen zur Verletzung psychischer und physischer Unversehrtheit von Andersdenkenden und Menschen anderer Herkunft im Sinne gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Vgl. <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/wilhelm-heimmeyer-warum-der-begriff-rechtspopulismus-verharmlosend-ist-a-1283003.html>.
- 2) Den ursprünglich für die Zeitschrift *der rechte rand* (164/2017) verfassten Beitrag von Erhard Korn hat die GEW mit Quellennachweisen in drei Teilen online veröffentlicht: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/die-bildungspolitik-der-afd-wenn-wir-kommen-wird-ausgemistet/>; <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/die-bildungspolitik-der-afd-survival-of-the-fittest/>; <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/die-bildungspolitik-der-afd-roll-back-nach-rechts/>.
- 3) Vgl. [https://www.focus.de/politik/deutschland/kinder-werden-mit-ideologien-vollgepumpt-eklat-auf-parteitag-afd-mann-spricht-vom-totalen-krieg-gegen-bildungssystem\\_id\\_7931652.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/kinder-werden-mit-ideologien-vollgepumpt-eklat-auf-parteitag-afd-mann-spricht-vom-totalen-krieg-gegen-bildungssystem_id_7931652.html).

- 4) Exemplarisch zur Kulturpolitik der Hamburger AfD: <https://www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/voelkisches-theater-im-parlament-zur-kulturpolitik-der-hamburger-afd>; eine gute Übersicht zu den Angriffen von rechts auf den Kunst- und Kulturbetrieb mit Handlungsempfehlungen für betroffene Akteure\*innen bietet auch die Broschüre *Alles nur Theater. Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts*(2019): [https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2019/03/190313\\_mbr\\_Brosch%C3%BCre\\_Kulturkampf\\_Auflage2\\_Online.pdf](https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2019/03/190313_mbr_Brosch%C3%BCre_Kulturkampf_Auflage2_Online.pdf).
- 5) Unter [www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/GEW-zur-bildungspolitik-der-afd-hamburg](http://www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/GEW-zur-bildungspolitik-der-afd-hamburg) finden sich Links zu allen Artikeln, Meldungen und Pressemitteilungen der GEW Hamburg zum Thema.
- 6) **BaWü**: zunächst [www.mein-lehrer-hetzt.de](http://www.mein-lehrer-hetzt.de); [www.mein-prof-hetzt.de](http://www.mein-prof-hetzt.de) (11.10.2018; nach wenigen Tagen offline); seit 12.11.2019 neues Portal »Faire Schule« online (<https://faire.schule/>). **Bayern**: kein Portal online. **Berlin**: [www.afd-fraktion.berlin/neutrale-schule](http://www.afd-fraktion.berlin/neutrale-schule) (seit 22.10.2018 online). **Brandenburg**: <https://neutrale-schulen-brandenburg.de> (seit 23.10.2018 online). **Bremen**: [www.afd-bremen.de/neutrale-schulen-bremen](http://www.afd-bremen.de/neutrale-schulen-bremen) (seit 20.05.2019 online und – da nach Einschätzung der Landesdatenschutzbeauftragte rechtswidrig – inzwischen wieder offline). **Hamburg**: [www.afd-fraktion-hamburg.de/aktionen-neutrale-schulen](http://www.afd-fraktion-hamburg.de/aktionen-neutrale-schulen) (seit September 2018). **Hessen** Portal nicht geplant. **Meckl.Vorpommern**: <https://afdmv.de/neutrale-schule/> (seit 26.08.2019 online; Abschaltung einige Wochen später aufgrund Verbot des Landesdatenschutzbeauftragten). **Niedersachsen**: <https://neutrale-lehrer.de> (seit 17.12.2018 online). **NRW**: kein Portal, aber Dienstaufsichtsbeschwerden, viele parlamentarische Anfragen zu Schule ohne Rassismus. **RLP**: angekündigt. **Saarland**: kein Portal. **Sachsen**: <https://lehrersos.de> (seit 12.10.2018 online). **Sachsen-Anhalt**: [www.afdfraktion-lsa.de/meldeportal](http://www.afdfraktion-lsa.de/meldeportal) (seit 7.11.2018 online). **Schleswig-Holstein**: kein Portal. **Thüringen**: offener Brief der AfD-Fraktion zum Thema »Neutralität der Schulen in Thüringen«.
- 7) In Bremen und Mecklenburg-Vorpommern mussten die Portale nach kurzer Zeit aufgrund von Maßnahmen der Landesdatenschutzbeauftragten wieder abgeschaltet werden.
- 8) Siehe <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>.
- 9) Siehe u. a. FAQs der GEW zu den Denunziationsportalen unter [www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd](http://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd) oder auch die Analyse von Hendrik Cremer 2019: Das Neutralitätsgebot in der Bildung, [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse\\_Das\\_Neutralitaetsgebot\\_in\\_der\\_Bildung.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Das_Neutralitaetsgebot_in_der_Bildung.pdf).
- 10) [www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/demokratie-braucht-ueberzeugte-und-engagierte-demokraten-empfehlungen-zur-demokratie-und-menschenr.html](http://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/demokratie-braucht-ueberzeugte-und-engagierte-demokraten-empfehlungen-zur-demokratie-und-menschenr.html).
- 11) <https://www.gew-hamburg.de/themen/schule/skh-wird-schuelerinnen-und-schueler-vor-afd-meldeportal-warnen>.
- 12) <https://bildet-berlin.de>.
- 13) Siehe hierzu auch [www.gew.de/antirassismus](http://www.gew.de/antirassismus).
- 14) <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/stark-gegen-rechts/>.
- 15) <https://www.gew-hamburg.de/themen/bildungspolitik/mehrere-hundert-aktive-aus-bildung-und-kultur-diskutierten-gegen-rechts>.

*Elina Stock ist Referentin im Vorstandsbe-  
reich Vorsitzende des GEW-Hauptvor-  
stands in Frankfurt/M.*

*Fredrik Dehnerdt ist stellvertretender Vor-  
sitzender der GEW Hamburg.*

# Erinnerungspolitische Verwerfungen

## Der »rechte Rand der DDR-Aufarbeitung« und der zeitgenössische Antikommunismus

Deißig Jahre nach der Herbstrevolution in der DDR hat der Deutungskampf um den Charakter dieses Aufstands gegen die herrschende SED-Politbürokratie ungewöhnlich an Schärfe zugenommen. Und dies, nachdem in den zurückliegenden drei Jahrzehnten die Erinnerung an die demokratisch-sozialistischen Attribute der herbsthlichen Massenempörung von 1989 medial erfolgreich verdrängt wurden – zugunsten einer Feier der Wiedervereinigung als vermeintlich tatsächlichem »Sinn« dieser Herbstrevolution. Der 4. November 1989, der Tag der größten emanzipatorischen Massendemonstration in der Geschichte der DDR (»Stell dir vor, es ist Sozialismus und niemand geht weg«<sup>1</sup>) ist als gesellschaftspolitischer Erinnerungsort weitgehend verschwunden. Dagegen wurde der 9. November, der Tag, an dem SED-ZK und DDR-Ministerrat unter Druck stehend die Mauer öffneten, als Schlüsseldatum wieder ausufernd gefeiert. Zusammen mit dem Wahlerfolg der »Allianz für Deutschland« am 18. März 1990 gilt er als Prélude zu dieser Wiedervereinigung. Die noch bevorstehende, auf mediale Überwältigung zielende Feier des 3. Oktober 1990 als Tag des Anschlusses der DDR an die alte Bundesrepublik wird erinnerungspolitisch alle vorhergehenden Gedenkdaten überwölben.

### Das »Gegenwärtige« einer alten Problemlage

Soweit schien die geschichtspolitische Bereinigung des Blicks auf die Herbstrevolution und ihren Abbruch zugunsten der Feier einer kapitalistischen Rekonstruktion Ostdeutschlands reibungslos verlaufen zu sein. Doch warum dann die erwähnte gegenwärtige Zuspitzung der Kontroversen um den Charakter der Herbstrevolution, die wirkliche Gestalt der kleinen politisch-alternativen oppositionellen Gruppen der 80er Jahre und die sozialen und ökonomischen Transformationsverheerungen des Anschlussprozesses? Und vor allem: Warum erst jetzt,

*Die DDR ist seit drei Jahrzehnten tot. Ihre Geschichte ist geschrieben, sollte man meinen. Umso mehr überrascht die Wucht, mit der die Deutung der DDR-Geschichte und der ostdeutschen Nachwendzeit in den letzten Monaten in den Mittelpunkt geschichtspolitischer Debatten gerückt sind. Zugleich haben sie mit Blick auf die Wahlerfolge der AfD tagessaktuelle Brisanz bekommen: In welcher Beziehung steht der Aufschwung des Rechtspopulismus zum Umbruch der Jahre 1989/90? Und welche Rolle spielen dabei Akteur\*innen der ehemaligen DDR-Opposition? Thomas Klein analysiert die aktuellen Auseinandersetzungen.*

nach 30 Jahren, und nicht etwa schon an ihrem zwanzigsten oder zehnten Jahrestag? Was war passiert?

Die Treibsätze dieser Aufregung sind ersichtlich: Die Erzählung von der Wiedervereinigung als Erfolgsgeschichte ist zunehmend ins Zwielficht geraten. Im Rückblick auf ihre Vorgeschichte erinnern sich viele auch wieder an die schon im Dezember 1989 anhebenden rassistischen Parolen im Sog des zunehmenden nationalistischen Taumels. Angesichts heutiger Hetzkampagnen gegen Flüchtlinge erinnert man sich auch an die deutschlandweiten Pogrome der frühen 90er Jahre, welche seither von den Regierungsparteien zur schrittweisen Auslöschung des Asylrechts genutzt wurden. Die Verklärung des Erfolgs der »Allianz für Deutschland« (»AfD«) von 1990 hat mit der partiellen Öffnung der Treuhanda-Akten weitere Risse bekommen. Augenscheinlich hat die »Alternative für Deutschland« (AfD) erfolgreich auch die Desillusionierung von Teilen der ostdeutschen Mehrheitsbevölkerung angesichts der sozialen Langzeitfolgen einer rabiatischen Deindustrialisierungspolitik im Anschlussgebiet für sich zu nutzen verstanden. Wenn die sozial- und gesellschaftspolitischen Verwerfungen des 30-jährigen kapitalistischen Rekonstruktions- und Transformationsprozesses nun vermehrt in den Blick geraten, ist vor dem Hintergrund der AfD-Wahlerfolge im Osten häufig von rechtspopulistischen Frust-

reaktionen der Deindustrialisierungsoffer die Rede – so, als ob fremdenfeindliche Einstellungen, neonazistische Neigungen oder rassistische Ausschreitungen die naturwüchsige Folge sozialen Abstiegs sein müssten. Angefacht vom Zustrom der Kriegs- und Elendsflüchtlinge haben sich seit 2014 die schon seit jeher existierenden rassistischen, fremdenfeindlichen, islamophoben und antisemitischen Affinitäten einer beachtlichen Bevölkerungsminderheit in dem politischen Projekt der AfD verdichtet. Deren Projektion eines völkischen Kapitalismus fußt auf Ausgrenzung und Diskriminierung »undeutscher« Bevölkerungsgruppen. Und es scheint, als ob in Ostdeutschland viele »Allianz für Deutschland«-Wähler von 1990 ihrer Enttäuschung über die für sie ausbleibenden »blühenden Landschaften« Luft machen: Nachdem sie in der DDR vergeblich auf Honeckers sozialpolitische Verheißungen warteten (»Die SED hat uns betrogen – Honecker in den Knast«), sahen sie sich im ersehnten »Deutschland einig Vaterland« von Kohl getäuscht (»Die CDU hat uns verraten – Merkel muss weg«) und wollen nun (nachdem sie der SED und der CDU auf den Leim gegangen waren) auf die AfD setzen, die sich frech als wahre Erbin und Vollenderin der Herbstrevolution inszeniert. Ihre Demagogie speist sich dabei aus drei Quellen: Zum Einen aus der Geschichtsvergessenheit hinsichtlich der wirklichen Attribute der

»Oktoberrevolution« von 1989, woran bundesdeutsche Hofhistoriker und auch manche damalige Herbstrevolutionäre kräftig mitgewirkt haben. Zum Zweiten aus der Verdrängung und Beschönigung der Transformationsfolgen im Anschlussgebiet, welche die Regierungsparteien – darunter auch die PDS/Linkspartei – verantworten. Die AfD setzt dabei auf die reaktionäre Kanalisierung dieser erlebten und in manchen Fällen nur eingefrorenen Widersprüche und Abwertungserfahrungen. Und zum Dritten aus den erwähnten rassistisch-nationalistischen Affinitätspotenzialen einer Bevölkerungsminderheit, deren Mobilisierung der AfD im Verbund mit den erstgenannten bei den anderen Quellen gelungen ist.

Die Losung der Demonstrant\*innen vom Oktober »Wir sind das Volk« hatten Pegida und AfD schon lange gekapert. Neuerdings tritt nun die AfD nicht nur mit dem Anspruch auf, die Erbin der Herbstrevolution 1989 in der DDR zu sein – sie sieht sich sogar als ihre Vollenderin. Gegen diese Erbschleicherei wehrte sich jedoch eine große Zahl ehemaliger DDR-Herbstrevolutionäre. Sie wehren sich zu Recht. Ihre Erklärung »Nicht mit uns« vom 18. August 2019 zeigt klare Kante gegen die AfD. Wie auch sonst kann man sich gegenüber einer Partei positionieren, die sich als Speerspitze eines völkischen Kapitalismus, als islamophober Maueragitator gegen »volksfremde Scheinasylanten«, als Sozialstaatskeptiker und Klimakrisenleugner versteht und immer weiter ihrem rechtsradikalen »Flügel« erliegt. Es gibt jedoch ein großes Aber: Die ehemaligen Herbstrevolutionäre schreiben in besagter Erklärung: »Mit der Wiedervereinigung erfüllten sich die Ziele der Revolution: Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, offene Grenzen, ein geeintes Europa und Wahrung der Menschenrechte [...] Das ist bereits unser Land.«<sup>2</sup> Um der AfD zu begegnen, sind solche verfälschenden Aussagen über die gegenwärtigen Zustände in Deutschland und Europa, über die »Zielverwirklichungsquote« der DDR-Opposition des Herbstes 1989 sowie das affirmative Bekenntnis zur deutschen Staatsraison wirkungslos.

## Die Genesis eines »Dreiklangs«

Von dreierlei soll im Folgenden die Rede sein: Was ist von den verbalen Distanzierungen der selbsterklärten »Parteien der Mitte« gegenüber dem konkurrierenden völkisch-chauvinistischen Rechtsausleger AfD zu halten? Was haben diese Parteien selbst zu deren Aufschwung beigetragen? Und schließlich: Aus welchen Quellen und Privilegien speiste sich die Rechtsdrift prominenter Ex-DDR-Oppositioneller hinein in das Milieu der Neuen Rechten und in die Nähe der AfD?

In den letzten vier Jahren wuchsen mit dem Aufschwung von Pegida und der AfD nicht allein bei den ratlosen linken politischen Kräften die Irritationen über den gesell-

schaftlichen Raumgewinn rechtsextremer, fremdenfeindlicher, rassistischer und chauvinistischer Strömungen. In Sonderheit konstatierte der publizistische Mainstream verwundert das vermehrte Abdriften prominenter ehemaliger DDR-Oppositioneller ins Zwielicht rechtslastiger Ideologeme und in die politische Nähe nationalistischer reaktionärer Bürgerbewegungen. Manchmal war deshalb schon von der Diskreditierung dieser DDR-Opposition in Gänze die Rede. Tatsächlich aber steht dieser kleinen Zahl prominenter »Rechtsausleger« eine vielfach größere Zahl vorwiegend wenig bekannter ehemaliger DDR-Oppositioneller gegenüber, die sich über das ganze Spektrum ihrer differenzierten politischen Positionen hinweg in den vergangenen drei Jahrzehnten mehrfach entschlossen von diesen Rechtsauslegern und diversen seitens der Herrschenden zu verantwortenden politischen Obszönitäten öffentlich distanziert hatten. Hier jedoch soll nach den Gründen für die bisherige privilegierte mediale Präsenz der neurechten ehemaligen »DDR-Bürgerrechtler«, der Entstehung solcher Privilegien und nach ihrer Einbindung in die Netzwerke jener (geschichts)politischen Großkartelle gefragt werden, in denen heute scheinheilig gefragt wird, »wie es dazu kommen konnte«.

## Geschichtspolitische Frakturen in der Aufarbeitungslandschaft

Namentlich in der Historikerzunft fragen inzwischen selbst arrivierte Akteur\*innen der Gedenk- und Aufarbeitungsapparate besorgt, welche Konsequenzen dieser gesellschaftliche Rechtstrend und die übergewichtige öffentliche Aufmerksamkeit für die »rechten Dissidenten« insbesondere auf dem Feld der »DDR-Aufarbeitung« haben. Im Februar 2019 fand eine von der Amadeu-Antonio-Stiftung ausgerichtete Arbeitstagung zum Thema »Der rechte Rand der DDR-Aufarbeitung« statt, auf der ein Teilnehmer schon sehr früh die Frage stellte, wie die Institutionen der DDR-Aufarbeitung selbst zur »Schärfung« dieses rechten Rands beigetragen hatten. Schließlich hätten die neurechten ehemaligen DDR-Oppositionellen dort einen enormen Diskursraum in Anspruch nehmen können. Ein anderer Teilnehmer ergänzte, die anhaltende Super-Institutionalisierung und -Ausstattung der DDR/MfS-Forschung habe die DDR-Diktatur auf die Ebene der NS-Verbrechen hochgestemmt, und dies vielfach auf der Grundlage einer banalisierten Totalitarismustheorie. Die dort dominierende Gleichordnung von NS und DDR-Diktatur sei genau die Agenda von Hubertus Knabe gewesen, der die Gedenkstätte der ehemaligen zentralen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen zu einer Schule des Antikommunismus formte und das Dogma einer Gleichsetzung von Stalinismus und Kommunismus propagierte.

Diese Agenda Knabes sei schon vor seiner Berufung 2000 als Gedenkstättenleiter angesichts seiner umstrittenen Veröffentlichungen als Mitarbeiter in der BStU bekannt gewesen. Seine Berufung sei damals gegen das Votum der Berufungskommission auf Veranlassung des von der CDU bestellten Berliner Kultursenators Christoph Stölzl zur Zeit der Berliner Großen Koalition erfolgt. Trotz anhaltender Kritik habe der Beirat der Gedenkstätte über Jahre seine Ablösung gescheut. Der Treppenwitz seiner Abberufung bestünde darin, dass dafür nicht die angehäuften Zweifel an seinem auf Überwältigung fußenden Gedenkstättenkonzept und seine medialen Kreuzzüge gegen Marx, Linkspartei und Kommunismus ausschlaggebend waren, sondern letztlich ein #metoo-Skandal. Dabei hatte sich im Vorfeld der Vorsitzende des Fördervereins der Gedenkstätte, Jörg Kürschner, mehrfach in der rechtsradikalen *Jungen Freiheit* auf Seiten der AfD positioniert.

Klar ist: Politische Verantwortungsträger\*innen, Medien und Aufarbeitungsinstitutionen haben jahrelang über bekannte Verzeichnungen und antikommunistisch konnotierte Falschdarstellungen in der Gedenkstättenarbeit absichtsvoll hinweggesehen. Es seien in diesem Zusammenhang auch an die Positionen CDU-dominierten rechtskonservativer Netzwerke in der langjährigen gedenkpolitischen Debatte besonders in Sachen um die Ausgestaltung der Erinnerungsorte des NS und der DDR<sup>3</sup> erinnert. Dieses rechtskonservative Klientel bediente sich des Öfteren der Rechtsausleger aus der DDR-Opposition – und umgekehrt. Als dann in Berlin das Maß voll war, überschlugen sich diverse frühere Weggucker aus der CDU und SPD innerhalb und außerhalb des Stiftungsbeirats in wohlfeiler Empörung. Die politischen Verantwortlichen versuchen emsig, ihre Mitverantwortung zu verschleiern. Und die Partei DIE LINKE hatte sich in den Jahren zuvor fortwährend in der (berechtigten) Erwartung verkrochen, jede Kritik ihrerseits an der dubiosen Hohenschönhausener Gedenkstättenarbeit hätte sie seitens der hauptverantwortlichen CDU/SPD dem Vorwurf ausgesetzt, die Aufarbeitung der SED-Diktatur vorsätzlich und in klammheimlicher Harmonie mit den Attacken der ehemaligen Stasi-Obristen auf die Gedenkstätte schädigen zu wollen. Diese Kampagne ließen sich Knabes Bündnispartner trotzdem nicht nehmen. Mit ihrer Legende von einer linken Verschwörung des Stiftungsrats gegen die DDR-Aufarbeitung setzten sie Knabe als Symbol dieser Aufarbeitung und den linken Kultursenator Klaus Lederer als Kopf der Verschwörer im Dienste der Verhinderung dieser Aufarbeitung ins Bild und gingen damit auch gleich in Konfrontation mit dem arrivierten Aufarbeitungskartell und den gedenkpolitischen Parteiarbeitern des gesamten Parteienspektrums bis auf die AfD. Ein anderer Tagungsteilnehmer erinnerte daran, dass Angelika Barbe und Vera Lengsfeld als ehemalige DDR-Oppositionelle heute mit der AfD das

vertreten, was in den 50er Jahren in der BRD erinnerungspolitischer Mainstream war und deren Lesart des Antitotalitarismus ein rabiater Antikommunismus sei.

## Umfeld-Verflechtungen rechter Dissidenz

Es lohnt sich, an dieser Stelle die institutionelle Umfeld-Verflechtung dieses rechten Milieus und des heutigen politischen – insbesondere erinnerungspolitischen – Mainstreams unter besonderer Berücksichtigung

gelika Barbe (Mitgründerin der Sozialdemokratischen Partei der DDR [SDP], später SPD-Parteivorstandsmitglied) standen im Überfluss institutionelle Gelegenheiten zur politischen Einflussnahme zur Verfügung: sei es im Berliner Bürgerbüro zur Folgeschäden-Aufarbeitung der SED-Diktatur, im Vorstand der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (unter anderem als stellvertretende Vorsitzende) oder in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, wo sie als Referentin für das Thema »Aufarbeitung SED-Diktatur« zuständig war. 2000 wurde sie von der CDU sogar für das Amt der sächsischen Landes-

die linksextreme Bedrohung ernst und beteiligen Sie sich an allen möglichen Maßnahmen, um diese Wucherung am deutschen Volkskörper endgültig loszuwerden.« Das ist die Sprache der SA.

Zu den entschiedensten Knabe-Verteidigern gehört auch Arnold Vaatz, ehemaliger sächsischer CDU-Staatsminister, Mitglied des CDU-Bundesvorstands und ehemaliges CDU-Präsidiumsmitglied. 1989 war er Pressesprecher des Neuen Forums, bevor er im Februar 1990 vor den Volkskammerwahlen in die CDU sprang. Dieser ehemalige DDR-Oppositionelle ist heute stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kernenergiebefürworter, Gorleben-Endlagerverfechter, Skeptiker gegenüber erneuerbaren Energien, Energiewende-Kritiker und Gegner einer Ausgrenzung der AfD – praktisch ein Negativ ursprünglicher Essentials der oppositionellen DDR-Friedens-, Anti-AKW-, Ökologie- und Antifabewegung. Für seine herbstrevolutionären Verdienste dekorierte man Vaatz gleich doppelt: mit dem Bundesverdienstkreuz und dem Sächsischen Verdienstorden. Unisono mit Lengsfeld und Barbe sprach er von »krimineller Energie des Rechtsbrechers Kultursenator Lederer« und von der in Sachen Knabe befangenen Vermittlerin und Berichterstatterin Marianne Birthler. Kurioserweise befürchteten sowohl die Verteidiger\*innen des Stiftungsrats als auch die Verteidiger\*innen Knabes beide das Gleiche: Die Beschädigung des Ansehens der DDR-Aufarbeitung durch das Agieren der jeweils anderen Seite. Zu fragen, welchen Schaden diese Geschichtsarbeit durch das



der Rechtsausleger aus der ehemaligen DDR-Opposition und deren mediale »Ermöglichungsräume« zu betrachten. Was die CDU-Instanzen Vera Lengsfeld an medialer Präsenz ermöglichten, bis sie in Ungnade fiel, ist bekannt. Eine Schlüsselinstanz staatlicher gedenk- und erinnerungspolitischer Weichenstellungen ist die »Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur«. Wer hier im Stiftungsrat sitzt, nimmt maßgeblichen Einfluss. Die Bundesverdienstkreuzträgerin Vera Lengsfeld ist seit 1998 ununterbrochen auf Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion vom Bundestag gewähltes Mitglied im Stiftungsrat<sup>4</sup> – auch gegenwärtig und weiterhin als Stellvertreterin von Manfred Wilke. Angelika Barbe hatte sich neben Vera Lengsfeld als besonders eifrige Verteidigerin von Knabe profiliert. Dazu passte es, dass sie im Februar 2019 höchstpersönlich auch die Protestdemonstration gegen die erwähnte Fachtagung zum »rechten Rand der DDR-Aufarbeitung« anführte. Der CDU-Überläuferin An-

beauftragten für die Stasi-Unterlagen nominiert. Heute ist Angelika Barbe Unterstützerin von PEGIDA, Referentin beim Thinktank »Institut für Staatspolitik« der Neuen Rechten und Kuratorin der AfD-nahen Erasmus-Stiftung. Wie sich ein Zusammengehen von AfD und CDU anfühlt, konnte man schon in Sachsen-Anhalt besichtigen: Dort ist 2018 einem Antrag der AfD folgend mit Unterstützung aus der CDU-Fraktion eine Enquete-Kommission berufen worden, die Handlungsempfehlungen »als Grundlage für eine erfolgreiche Bekämpfung von Linksextremismus in Sachsen-Anhalt« erarbeiten soll. Als Vorsitzender dieser Kommission war der Rechtsextremist André Poggenburg, bis März 2018 AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzender, vorgesehen. 2017 äußerte er im Magdeburger Landtag: »Linksextreme Lumpen sollen und müssen von deutschen Hochschulen verbannt und statt eines Studienplatzes lieber praktischer Arbeit zugeführt werden. [...] Nehmen Sie

Agieren von Altparteien und Rechtspopulismus genommen hat, fällt beiden Seiten nicht ein. Das Ausmaß der Heuchelei vieler »neugeborener« arrivierter Kritiker\*innen Knabes ist schon bemerkenswert. Der Bundesverdienstkreuzträger Knabe war bis 2010 Fachbeirat für Wissenschaft und seither ununterbrochen bis 2017 »Fachbeirat Gesellschaftliche Aufarbeitung/Opfer und Gedenken« in der Bundesstiftung Aufarbeitung. Dass der ehemalige DDR-Oppositionelle Siegmund Faust ausgerechnet in Knabes Gedenkstätte bei seinen Führungen seinem antikommunistischen Sendungsauftrag sowie seiner Linkspartei-Phobie nachgehen konnte, war in Kenntnis von Knabes Agenda nur zu verständlich. Immerhin war Faust Vorstandsvorsitzender im Verband politisch Verfolgter des Kommunismus. Als Fördervereinsmitglied der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus (ab 2011 dem Zeitgeist folgend »Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus«)

war er in die Beihilfe zur rechtswidrigen Anerkennung einer vormaligen KZ-Aufseherin als rechtsstaatswidrig Verfolgte in der SBZ/DDR verwickelt, weshalb er 1994 auch seinen Job beim Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen verlor. Faust begann seinen neuen Anlauf 1996 nun gleich selbst als Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen – nämlich in Sachsen. Diese Berufung war nach solcher Vorgesichte schon erstaunlich. Die CDU stützte Faust bis 1999 gegen alle Abwahlenträge der Opposition. Die von ihm 2013 in der *Jungen Freiheit* abgesonderten Europa-Positionierungen nahmen die PEGIDA-Agitation von 2014 vorweg. Den Artikel zeichnete er mit seiner Funktion als Kurator der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus.<sup>5</sup> Als fortgesetzter Autor in der rechtsextremen *Jungen Freiheit* und Mitverfasser einer Gedenkschrift für den Querfront-Autor Wolfgang Venor, ehemaliges Mitglied der Waffen-SS, durfte man von Faust noch einiges erwarten. Und tatsächlich: Neben einigem Unfug in Richtung einer angeblichen Übergewichtung der NS-Aufarbeitung artikuliert er 2018 seine antiislamischen Stereotype und seine Sympathien für die AfD auch innerhalb der Gedenkstätte bei einem Interview und während seiner Rundgänge mit den Besuchern. Hier sah sich selbst Knabe veranlasst, Faust zu kündigen.

Die von der CDU betriebene langjährige Privilegierung von Akteur\*innen der sich nun vernetzenden neurechten Minderheit insbesondere von Ex-DDR-Opportunisten, begünstigt durch die Untätigkeit der SPD, sei es durch Ämter, Posten im Aufarbeitungskartell oder Verdienstkreuze, ist keine »Panne«, selbst wenn sich diese Praxis nun als schädlich für die Glaubwürdigkeit des erinnerungspolitischen Manövrierens dieser Parteien herausstellt und ihren Ruf schädigt. Diese Praxis war durchaus kompatibel mit manchen strategischen Essentials des bisherigen geschichtspolitischen Agierens nicht nur der CDU, auch wenn sich die Erwartungen der Parteistrateg\*innen an die Geförderten nun als verfehlt herausstellen. Die Zufut der Hofhistoriker\*innen ist gleich mit beschädigt. Diesem Debakel mitsamt dem Ausmaß an Heuchelei könnte man auch komische Züge abgewinnen, wenn die Sache nicht so gefährlich wäre.

## Fazit

Es gibt einen gemeinsamen Nenner rechtslastiger erinnerungspolitischer Spielarten und des Durchschnitts staatspolitischer Normen von Geschichtsaneignung: Dieser Nenner heißt »Antikommunismus«. Er evoziert ein Distanzgebot »rechtgläubiger Demokraten« zu allen Varianten linker politischer Gesinnung. Im rechten Lager bedeutet das hinsichtlich des Agierens ihrer Anhänger, dass jedweder linker Strömung mit einem rabiaten verbalen Exterminismus zu begegnen ist, der sich zumeist auf eine tendenziöse Totalitarismustheorie-Auslegung stützt.

Die Übergänge zwischen dem rechtskonservativen Milieu, der Neuen Rechten und dem Rechtsextremismus sind durchaus fließend. Natürlich kann nicht jeder der prominenten neurechten ehemaligen DDR-Opportunisten wegen oft nur zeitweiliger Episoden eines Gleichklangs mit dezidierten Schrittmachern der Neuen Rechten wie Ulrich Schacht und Rainer Zitelmann gleich des Rechtsextremismus geziehen werden – wohl aber einer (manchmal temporären) »Türöffnerfunktion« dorthin oder der Aufwertung von Querfront-Tendenzen. Es gibt eine lange Spur solcher Bekundungen im Zeitverlauf der letzten dreißig Jahre. So räsionierte Wolfgang Templin 1994 in der *Jungen Freiheit* über das neue Paradigma des Nationalen – in einer Zeit, wo gerade das Asylrecht ausgehöhlt wurde. Im gleichen Jahr fand man seinen Namen mit dem von Freya Klier, Arnold Vatz, Sigmar Faust und Rainer Eppelmann unter dem alarmistischen *Berliner Appell* aus der Neuen Rechten. Dieser Appell warnte vor einer »Wiederkehr des Sozialismus in Deutschland« und einer »antifaschistisch-demokratischen Ordnung«. Der DDR-Opportuniste letzter Stunde Joachim Gauck signalisierte schon 2008 mit seiner Zeichnung der Prager »Erklärung zum Gewissen Europas und zum Kommunismus« seine Weltansicht. Der gastgebende Senator Martin Mejstøik erklärte damals: »Solange Europa den Gedanken nicht akzeptieren wird, dass der Nationalsozialismus und der Kommunismus völlig gleichwertige verbrecherische Regime sind, wird es nicht einheitlich sein.« Damit teilte Gauck den erinnerungspolitischen Kurs rechtskonservativer CDU-Kreise, welcher in Sachsen während der »Gedenkstättendebatte« zu erheblichen Turbulenzen führte. Was Michael Beleites, DDR-Opportuniste und ehemaliger sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, dazu veranlasste, 2018 beim neurechten Institut für Staatspolitik vorzutragen und in deren Zeitschrift *Sezession* zu publizieren, ist letztlich unbegreiflich.

Wie stark einerseits rechtskonservative CDU-Kreise und andererseits rechtsextreme sowie AfD-affine Milieus in ihren Geschichtsbildern konvergieren können, zeigt die Durchsicht eines Querschnitts von Beiträgen in der geschichtsrevisionistischen rechtsradikalen Monatszeitschrift *ZUERST!* zur DDR-Geschichte: »Die Perspektive auf die DDR geht hier oft totalitarismuseideologisch mit einer bewusst gewählten NS-Relativierung einher, indem die DDR und der Nationalsozialismus als zu verurteilende Unrechtsregime gleichgesetzt werden oder gar der »Kommunismus« oder wahlweise der »Sozialismus« als besonders bedrohlich, gefährlich und tödlich dramatisiert wird. Bei der Lektüre ergibt sich insgesamt der Eindruck, dass die DDR in der *ZUERST!*, mit Rücksichtnahme auf das NS-affine Zielpublikum, als größeres Übel angesehen wird. Die sozialistische Wiederbelebung gelte es heute zu verhindern. In etlichen Artikeln der Jahre 2017 bis 2019, die

sich mit der politischen Situation in den ostdeutschen Bundesländern beschäftigen, werden diese konsequent als »Mitteldeutschland« bezeichnet. Die korrekte Nennung Ostdeutschlands im politischen Diskurs gilt ihr als »konformistisch«. Hinter dieser Wortspielerei steckt eine klare politische Zielsetzung, auch wenn diese nicht genauer ausgeführt wird: Es wird die »Wiedervereinigung« auch mit den ehemaligen »deutschen Ostgebieten« angestrebt.«<sup>6</sup> Wie wenig überzeugend die verbale Verurteilung des Rechtsextremismus gerade seitens der CDU angesichts ihrer antikommunistischen geschichtspolitischen Grundierung und ihres realen politischen Handelns ist, hat sich jüngst während der Aufarbeitung der Affäre um den »Nationalsozialistischen Untergrund« deutlich gezeigt. Die Blindheit auch der Ministerialbürokratie auf dem »rechten Auge« korrespondiert neuerdings auch mit ihrem Erfindungsreichtum bei der Beschneidung der Spielräume linker und linksliberaler Vereinigungen. Der neueste Dreh ist die Politik der Entziehung der Gemeinnützigkeit zur Schwächung besonders unbequemer Organisationen. Jüngster Höhepunkt ist diese Sanktionierung zu Lasten der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist\*innen«.

## Anmerkungen

- 1) Wörtliches Zitat von Christa Wolf in ihrer Rede auf der Demonstration.
- 2) Nicht mit uns: Gegen den Missbrauch der Friedlichen Revolution 1989 im Wahlkampf, Erklärung vom 18. August 2019, siehe: <https://www.havemann-gesellschaft.de/beitraege/nicht-mit-uns-gegen-den-missbrauch-der-friedlichen-revolution-1989-im-wahlkampf/>.
- 3) Der Zentralrat der Juden in Deutschland sprach damals von der »Gefahr, [...] im Stiftungsbeirat fundamentale Unterschiede zwischen den Verbrechen der Nationalsozialisten mit europäischer Dimension und denen der Willkürherrschaft des Kommunismus in Ostdeutschland mit nationaler Dimension einzuebnen.« »Durch die Konzeption der sächsischen Landesregierung, die auch bundespolitische Signalwirkung in der Gedenkstättenförderung hinsichtlich einer Re-Nationalisierung des Gedenkens entfaltet, wird geschichtspolitisch die Zeit nach 1945 unter dem Stichwort »doppelte Vergangenheit« einer »Waagschalen-Mentalität« ausgesetzt.«
- 4) Hier sitzt sie als »in Fragen der Aufarbeitung der SED-Diktatur besonders engagiert und qualifiziert«.
- 5) Siegmund Faust 2013: »Europa und die Nationen – Unverwechselbar bleiben«, in: *Junge Freiheit* vom 15.3.2013.
- 6) Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz): Der rechte Blick auf Ostdeutschland, <https://www.apabiz.de/2019/der-rechte-blick-auf-ostdeutschland-teil-2/>.

Thomas Klein, Jahrgang 1948, promovierter Mathematiker, linke Opposition in der DDR; nach dortiger Haftstrafe und Berufsverbot seit den 1990er Jahren als Zeithistoriker zur SED-Geschichte und Oppositionsgeschichte tätig.

# Platonische Wissenschaft – mit Maß und mit Mitte

## Sachsen – oder das allgegenwärtige Hufeisen

Auf die Dauer wird die deutsche Gesellschaft eine zerrissene, eine ethnisch zerrissene sein. Konflikte werden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit mit sozialen Konflikten verbinden, auf der politischen Ebene wird erbarmungslos die Kritik an der Zuwanderungspolitik gleichgesetzt mit Rassismus, mit Faschismus – wird also bekämpft. Infolgedessen wird sich unsere Gesellschaft immer weiter polarisieren. Am Schluss werden AfD und Grüne die Hauptgewinner sein, die SPD wird zerfleddert werden, die Union wird erheblich Federn gelassen haben und in zehn Jahren wird man sich fragen – musste das wirklich so kommen? Und die Antwort wird sein: Aufgrund von politischer Uneinsichtigkeit, von mangelndem Weitblick, von politischen Fehlern, musste es wohl so kommen.«

So Werner J. Patzelt, emeritierter Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft an der TU Dresden, am 14. August 2018 in einem Interview.<sup>1</sup> Der hier als Nutznießerin der Entwicklung dargestellten AfD sind diese Aussagen in Patzels Gespräch mit einem lokalen Fernsehsender mit bestenfalls eingeschränkter Reichweite so wichtig, dass sie dem 72-seitigen Papier »Strategie 2019 – 2025. Die AfD auf dem Weg zur Volkspartei« vorangestellt werden. Geschäftsführer des Medienunternehmens FRM-TV ist Ronny Börner aus Dippoldiswalde im Dresdener Umland, politisch aktiv für die Freien Wähler, so bei den Kreistagswahlen im Mai 2019, damals auf einer Liste gemeinsam mit DJ Happy Vibes, bekannt von Radio und – vor allem – Pegida.

Patzelt selbst gehört zwar der CDU an, doch die Freien Wähler stehen ihm durchaus nicht fern. Sein jüngstes Buch, *CDU, AfD und die politische Torheit*, erschien im Weltbuch-Verlag von Dirk Kohl in Dresden. Der hat zwar laut Website des CDU-Wirtschaftsrates dort den Vorsitz der Landesfachkommission »Internationale Beziehungen« inne, trat jedoch bei besagter Kommunalwahl in Dresden ebenfalls für die Freien Wähler an. Ebenso wie die der Neuen Rechten nahestehende Buchhändlerin Susanne

*Der Begriff des »politischen Extremismus« ist fester Bestandteil staatlichen Handelns und politischer Auseinandersetzung. So bildet er die theoretische Grundlage für die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden. Er setzt im Sinne einer »Hufeisentheorie« völlig Unterschiedliches qualitativ gleich (rechts = links) und entpolitisiert auf diese Weise die Gefahren des Rechtsextremismus. Wissenschaftlich ist er stark umstritten – er wird sogar überwiegend abgelehnt, dennoch tragen einzelne Gesellschaftswissenschaftler\*innen mit ihrer Arbeit zur Legitimation des Extremismusbegriffs bei. Besonders herausragend dabei sind Politik-Profis aus Sachsen. Das dort vorherrschende besondere politisch-wissenschaftliche Klima skizzieren Kerstin Köditz und Volkmar Wölk.*

Dagen, in deren »Buchhaus Loschwitz« der Band Patzels der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Als ein »Kandidatenangebot der bürgerlichen Mitte« charakterisierte Steffen Große, Landesvorsitzender der Freien Wähler, die Stadtratsliste. Differenzierter lautet das Urteil in den Medien: »Ein Ex-IM, ein PEGIDA-Mitbegründer, Ex-Genossen und Rechtsintellektuelle.«<sup>2</sup>

### Szenen einer Nähe

Es sind Szenen einer Nähe, die im Interview zum Ausdruck kommen. Es sind solche Liebäugeleien mit dem rechten Rand des politischen Spektrums – eines Randes, der in Sachsen inzwischen ausgesprochen breit ist –, die dazu geführt haben, dass Patzels Name in den letzten Jahren häufig mit dem Zusatz »umstritten« versehen wird. Bei seiner Klientel ist er dies keineswegs. »Tatsächlich hat sich inzwischen gezeigt, dass nicht die ehemals umstrittenen Einschätzungen und Politikempfehlungen des Verfassers zum Umgang mit PEGIDA und der AfD fehlerhaft waren, sondern vielmehr die dagegen vorgebrachten Einwände.«, so der Klappentext des angeführten Bandes. Es sind solche Verbindungen, die ihm den Ruf eines »Pegida-Verstehers« eingebracht haben. Patzelt ist darob gekränkt, fühlt sich

missverstanden, ungerecht behandelt. »Ursache war, dass meine Erklärungen zum Dresdner »Vulkanausbruch« des deutschen Rechtspopulismus dem seinerzeit dominierenden Deutungsschema klar widersprachen, ich mich also nicht in die Akademiker-Einheitsfront der Anti-PEGIDA-Demonstranten eingliederte. Dass ich anschließend auch noch dafür eintrat, die AfD wie jede andere politische Partei zu behandeln, schien diesen Leuten ihre Einschätzung zu bestätigen.«<sup>3</sup> Dass er sich in die Einheitsfront nicht eingereiht hatte, habe dann auch dazu geführt, dass ihm die begehrte Seniorprofessur verweigert wurde. Vielleicht würde er sich sogar geschmeichelt fühlen, wenn man ihn als »Uwe Steinle der Politikwissenschaft« charakterisierte. Immerhin hatte der örtliche RCDS eine Massenpetition gestartet, damit er den Titel doch noch führen dürfte und an die erhofften Mittel kommen könnte.<sup>4</sup> Immerhin 2.148 Unterstützende fand der Aufruf für den »wohl bekannteste[n] Wissenschaftler der TU Dresden«, der die Entscheidung als »in mehrfacher Hinsicht unverständlich« kritisierte. Neben CDU-Prominenz wie dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Arnold Vaatz, fanden sich unter den Erstunterzeichnenden allerdings nur sehr wenige

Akademiker, die ebenfalls aus der »Einheitsfront« ausscheren mochten. Für den Kabarettisten Uwe Steimle, dessen Vertrag wegen seiner notorischen rechten Ausfälle vom ndr nicht verlängert wurde, unterzeichneten bisher mehr als 46.000 Menschen.

Es sind Szenen einer Nähe, die am Fall Patzelt sichtbar werden. Ein Musterbeispiel für das, was sein Professorenkollege Wolfgang Rudzio, allerdings gegen die Linke gerichtet, als »Erosion der Abgrenzung«<sup>5</sup> charakterisiert hat. Er befürchtete, die Friedensbewegung auswertend, dass »die Scheidelinie zwischen Demokraten und Antidemokraten bei der Linken nicht mehr als ausschlaggebend empfunden« werde, der »die Bundesrepublik bisher tragende antitotalitäre Konsens« faktisch aufgekündigt werde. Die Zeiten ändern sich.

Bedeutungslos ist Patzelt trotz seiner unübersehbaren Nähe keineswegs. Kein Journalistenblock, in den er nicht seine Meinung diktiert, kein Mikrofon, in das er nicht apodiktisch seine Meinung verkündet, keine Kamera, vor der er nicht sein Expertenwissen verlaubar. Im Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung mag man natürlich nicht auf ihn verzichten. Gleiches gilt für den Sächsischen Kultursenat. »Sachsen ist zum innerdeutschen Verachtungsland geworden. Viele glauben zu wissen: Der weiß-grüne Freistaat ist Pegida-Gau, Hochburg von Rechtsradikalismus und Rassismus, Inbegriff von Dunkeldeutschland. [...] Auch erkenne man schon an ihrer hässlichen Sprache eine gewisse Beschränktheit der Sachsen – und außerdem daran, dass sie trotz Befreiung von ostdeutscher Parteidiktatur weiterhin mit großer Mehrheit die CDU wählten.«<sup>6</sup> Letzteres ist der Schnee von gestern. Der Vorsprung der CDU auf die AfD ist gehörig eingeschmolzen. Doch, so Patzelt, sei dies alles ohnehin lediglich ein böses Zerrbild, denn: »Seit der Wiedervereinigung ist Sachsen jedenfalls auf stabilem Erfolgskurs.« Zwar gebe es »auch etliche Fehler zu korrigieren«, so »bei der Personalpolitik im Bereich von Schulen und Polizei«, doch wichtiger sei schließlich der »unbändige Stolz auf das eigene Land und dessen reiches Kulturerbe«, der ausgeglichene Staatshaushalt und der »Spitzenplatz bei innerdeutschen Bildungsvergleichen«, die »schmucken Städte« und die »gute Infrastruktur«. <sup>7</sup> Ist es nur Zufall, dass Schule und Polizei in einem Atemzug genannt werden? Kein Zufall ist es auf jeden Fall, dass Negativfaktoren wie die Rolle Sachsens als Niedriglohnland oder der extrem niedrige Grad der Tarifbindung in der Auflistung fehlen.

## Demokratische Seilschaften

Solche Objektivität wäre auch ein Negativmerkmal für jemanden, der als Gegengewicht zu dem eher liberalen sächsischen CDU-Generalsekretär auserkoren wurde, das Programm der CDU für die Landtags-

wahl zu schreiben. Patzelt gehört der kleinen, aber lautstarken und bedeutsamer werdenden innerparteilichen Gruppierung »WerteUnion« an, bedeutsamer und einflussreicher besonders in Sachsen. Mit großer Mehrheit nahm der Landesparteitag der CDU im Dezember 2017 einen Initiativantrag der »WerteUnion« an, der von der gesamten Parteiprominenz unterstützt wurde. In diesem wurde gefordert, dass der Familiennachzug für subsidiär Geschützte über März 2018 hinaus ausgesetzt bleibt, »dass die nordafrikanischen und weitere Länder mit geringer Anerkennungsquote zu sicheren Herkunftsländern erklärt und dass die Verfahren für alle neu ankommenden Asyl- und Schutzsuchenden bis zu ihrem Abschluss künftig in zentralen Entscheidungs- und Rückführungszentren durchgeführt werden«. Passend wurde mit der Referatsleiterin im Sozialministerium Yvonne Olivier erstmals ein Mitglied der WerteUnion in den Landesvorstand gewählt. Und auch hier Szenen einer Nähe: In ihrer Jugend in Niedersachsen war sie Ordentliches Mitglied des neurechten, rassistischen »Thule-Seminars«.<sup>8</sup>

Patzelt hat es, wie zahlreiche andere seiner Professorenkollegen in Sachsen, besonders in den Geisteswissenschaften, zu Beginn der neunziger Jahre in den Freistaat verschlagen. 1984 promovierte er in Passau bei Heinrich Oberreuter, war danach sechs Jahre wissenschaftlicher Assistent und habilitierte sich 1990. 1992 wurde er zum Gründungsprofessor des Instituts für Politikwissenschaft an der TU Dresden berufen und besetzte dort den Lehrstuhl für Politische Systeme und Systemvergleich. 1994 folgte sein Beitritt zur CDU. Und folgerichtig wurde er auch Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des in Dresden ansässigen Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, dessen Geschichte von Skandalen und Auseinandersetzungen durchzogen ist. Mitglied des Kuratoriums und 2002/03 auch Direktor dieses Instituts war niemand anderes als Patzels Doktorvater Heinrich Oberreuter, Mitglied der CSU, der bereits 1991 vom sächsischen CDU-Wissenschaftsminister zum Gründungsdekan für Geistes- und Sozialwissenschaften an die TU Dresden berufen worden war. Handelte es sich nicht um eine Landeshauptstadt im Nahen Osten, sondern um eine bekannte rheinische Metropole, dann würde man wohl vom »Kölschen Klüngel« sprechen. Doch wir reden über Sachsen, nicht über NRW. Wir reden über ein Bundesland, das nach der »Befreiung von ostdeutscher Parteidiktatur« zunächst dringend demokratisiert werden musste. Und wer könnte das besser als christliche Demokraten mit einem entsprechenden Parteibuch. Mit Professor Kurt Biedenkopf war der geeignete Mann gefunden, der dies mit einer absoluten Mehrheit für seine CDU im Rücken umsetzen konnte. Unter ihm wurde 1991 Peter Gutjahr-Löser, ehemals Direktor der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU und ebenso

ehemals Geschäftsführer des rechtskonservativen Bundes Freiheit der Wissenschaft, Kanzler der Universität Leipzig, die inzwischen nicht mehr nach Karl Marx benannt war. Er blieb dies bis 2005. Der »Systemnähe« zum untergegangenen Staat waren solche Persönlichkeiten wahrlich unverdächtig. Er also war maßgeblich verantwortlich für den Weg dieser Universität »von der SED-Kaderschmiede zu einer der Demokratie verpflichteten Hochschule«, die die SED »zu ihrer Kaderschmiede erklärt und mit Brachialgewalt dafür gesorgt [hatte], dass sie sich uneingeschränkt in den Dienst der Partei stellte«<sup>9</sup>, stets berücksichtigend, dass Bürger die »verordnete Ideologie so verinnerlicht haben, dass sie für einen unbefangenen Umgang mit den Wahrheiten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens verdorben sind«. Sein Fazit: »Die geistige Auseinandersetzung über die überwundene Ideologie bleibt die schwerste Aufgabe.«<sup>10</sup>

## »Geistige Auseinandersetzung« und Elitentausch

Diese »geistige Auseinandersetzung«, eigentlich: die massenhafte und systematische Entlassung von Hochschullehrer\*innen, hatte zwar seinen Schwerpunkt im Bereich der Geisteswissenschaften, beschränkte sich allerdings nicht auf sie. So wurde unter der Ägide Gutjahr-Lösers der Medizinrechtler Bernd-Rüdiger Kern an die Universität Leipzig berufen. Bekannt – und kaum skandalisiert – wurde sein Engagement für die Deutsche Soziale Union, die rechtliche Variante der CDU, als Oberbürgermeister- und Landtagskandidat, gar nicht erst erwähnt seine Vergangenheit als stellvertretender Bundesvorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbundes der NPD zu Beginn der siebziger Jahre.<sup>11</sup> Im Gegensatz zu früheren Mitgliedern der SED galt er als demokratisch geläutert.

Politikwissenschaft ist Herrschaftswissenschaft. Ministerpräsident Kurt Biedenkopf wusste dies. Das hatte er nicht zuletzt als Rektor der Ruhr-Universität Bochum in den Jahren der Studierendenproteste 1967 – 1969 gelernt. In seinem Denken ist Demokratie nicht zuallererst Mittel der Bürger\*innen zur Gestaltung, sondern es handelt sich um eine Verfasstheit des Staates, den es gegen die Feinde von innen und von außen zu verteidigen gilt. Nicht der Mensch als Bürger\*in steht im Mittelpunkt, sondern der Staat. Als am 8. Dezember 1992 die Präsidentin des gerade gegründeten Landesamtes für Verfassungsschutz, Mathilde Koller, ihren Antrittsbesuch bei ihm macht, notiert er anschließend in sein Tagebuch: »Eine gutaussehende Frau, in Saarbrücken geboren, eher jünger als die 68er-Generation. Wir sprachen über das, was sie zu schützen hat: den Staat und die Nation, die verfassungsgemäße Ordnung. Ganz schnell waren wir bei den Schwierigkeiten, die wir in Westdeutschland mit der Akzeptanz der

Verfassung haben. Aus ihnen leitet sich auch ein Teil der Probleme ab, die die Behörde mit ihrem eigenen Selbstverständnis hatte und hat.«<sup>12</sup> Nicht Grund- und Bürger\*innenrechte gilt es für Biedenkopf zu schützen, sondern »den Staat und die Nation«. Es handelt sich um Ordnungsdenken par excellence.

Wenn dies die Prämisse ist, dann ist die Entfernung bisheriger Eliten im Hochschulbereich nur ein Teil der Arbeit. Soll diese nachhaltig sein, dann muss über den Elitenaustausch dafür gesorgt werden, dass der wissenschaftliche Nachwuchs im gewünschten Sinne geformt wird.

Und also wird – wieder einmal – zur Rettung der Demokratie Rückgriff genommen auf die *Politeia* des Demokratieverächters Platon, dessen Staatsideal es erfordert, dass

men. Hier ist der Grund zu suchen, weshalb die im Westen eigentlich schon längst abgehalfterte Extremismustheorie, die eher eine Extremismuskritik ist, ausgerechnet in Sachsen zu neuer Blüte gelangte.

## Hufeisen im Blick

Wie kein anderer steht dafür der emeritierte Chemnitzer Professor Eckhard Jesse, der 1993 berufen wurde und bis 2014 Lehrstuhlinhaber war. 1990 hatte er sich zum Thema *Streitbare Demokratie in der Bundesrepublik. Das Beispiel des Extremistenbeschlusses von 1972* habilitiert und war danach Privatdozent an der Universität Trier gewesen. Wie kein anderer steht er für den Kurs der Sächsischen Staatsregierung aus

rechts- bzw. linksextremistischen Ziele mit Ideologien und Forderungen des gegensätzlichen extremen Lagers«. Es erfolgt eine Konvergenz des »Linksextremismus« und des »Rechtsextremismus« zum ideellen Gesamtextremismus. Das Hufeisen kreist und beginnt zu fliegen. Übertroffen wird dies nur noch durch seine Konstruktion einer neuen Kategorie, des »Semi-Extremismus«, der wie der Populismus »zur Problematik extremistischer Grauzonen« gehöre.<sup>15</sup> Es fällt schwer, dies nicht als wissenschaftlichen Unfug abzutun. In Sachsen qualifiziert es zur Professur für Gesellschaftspolitische Bildung an der Hochschule der Sächsischen Polizei. Und so lehrt er dort seit 2017 platonische Wissenschaft, mit Maß und mit Mitte, das Hufeisen immer im Blick.



die Weisen die Herrschenden sein sollen. Und weise ist jener Staatsmann, der die Mitte zwischen den Extremen, das richtige Maß zu finden weiß, der die Einzelteile ausgewogen zu gestalten vermag, damit das Ganze sich harmonisch fügt. Der Konservative Biedenkopf wird die der Liberalismuskritik die Basis liefernde Vorstellung Platons teilen, wonach die Grundfehler der Demokratie in einem Übermaß an individueller Freiheit zu Lasten des Gemeinwesens zu suchen seien, die politische Teilhabe unvernünftiger, eigennütziger Personen ein Übel sei. Seine Staatstheorie verrät deutlich Züge eines bevormundenden Geistes, der das Individuum zu einem Glück zwingen will, dessen Sinn ihm verborgen ist und wohl auch verborgen bleiben wird.<sup>13</sup> Letztlich handelt es sich um den ideologischen Grundansatz, der am Anfang dessen steht, was heute als »illiberale Demokratie« charakterisiert wird.

Entscheidend in diesem Sinne ist also die Politikwissenschaft als Herrschaftswissenschaft, einschließlich der hier als Hilfswissenschaften verstandenen Fachrichtungen wie Soziologie, Geschichte, Kommunikation oder auch Juristerei, entscheidend sind hierbei die Ordinarien, da sie die folgende Wissenschaftlergeneration prägen und for-

der wissenschaftlich umstrittenen Extremismustheorie<sup>14</sup> eine Staatsdoktrin zu machen, den antifaschistischen Grundkonsens des Grundgesetzes in einen antitotalitären Grundkonsens umzudeuten.

Wer die Politikwissenschaft an der TU Chemnitz bei Eckhard Jesse, von Spöttern als »Parteihochschule« charakterisiert, durchlaufen hat, wer seine ersten wissenschaftlichen Meriten beim Jesse eng verbundenen Hannah-Arendt-Institut erworben hat, wer an den Kolloquien des von ihm gegründeten »Veldensteiner Kreises zur Erforschung von Extremismus und Demokratie« teilgenommen hat, wer in von ihm (mit)herausgegebenen Sammelbänden oder Buchreihen wie dem *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* (31 Bände seit 1989) publiziert hat, dem stehen – zumindest in Sachsen – alle Türen offen.

Beim erwähnten Jahrbuch ist inzwischen Jesses Schüler Tom Thieme zum Mitherausgeber avanciert, das Thema seiner Dissertation: *Hammer, Sichel, Hakenkreuz: Parteipolitische Extremismus in Osteuropa: Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen* (Baden-Baden 2008). Die Grundthese der Arbeit ist simpel. Die Mehrzahl der untersuchten Parteien verbindet »ihre auf den ersten Blick klassischen

## Anmerkungen

- 1) [https://www.youtube.com/watch?v=49dqlj c28 w\(\)](https://www.youtube.com/watch?v=49dqlj c28 w()).
- 2) <https://www.tag24.de/nachrichten/dresden-freie-waehler-stadtrat-wahl-bewerber-jens-genschmar-rene-jahn-barbara-laessig-939016>.
- 3) Werner J. Patzelt 2019: *CDU, AfD und die politische Torheit*, Dresden: 222f.
- 4) <https://www.openpetition.de/petition/online/patzeltbleibt-seniorprofessor-fuer-werner-j-patzelt>.
- 5) Wolfgang Rudzio 1988: *Die Erosion der Abgrenzung: Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen.
- 6) Werner Patzelt 2017: »Politische Kultur in Sachsen und ihre Präzedenzfälle«, in: *Nach dem Sturm. Politische Kultur in Sachsen. Sechster Kulturbericht des Sächsischen Kultursenats*, Dresden: 27–35; hier: 27.
- 7) Ebd.
- 8) »Ordentliches Mitglied« konnte nur werden, wer »auf relevante Militanz für das Thule-Seminar verweisen« kann. Zit. n. AK Neue Rechte 1990: *Thule-Seminar – Spinne im Netz der Neuen Rechten*, Kassel: 29. Dort (30) auch das Faksimile des Ausweises von Olivier als »Ordentliches Mitglied«.
- 9) Peter Gutjahr-Löser 1992: »Hochschulpolitik in den neuen Bundesländern am Beispiel der Universität Leipzig«, in: Hans Filbinger / Heinz Karst (Hg.): *Identität und Zukunft der Deutschen. Klaus Horning zum 65. Geburtstag*, Frankfurt/Main u. a.: 97–114; hier: 97.
- 10) Ebd.: 112f.
- 11) *Deutscher Studenten-Anzeiger* Nr.48 (1970): 8.
- 12) Kurt Biedenkopf 2015: *Ringens um die innere Einheit. Aus meinem Tagebuch August 1992 bis September 1994*, München: 95f.
- 13) Andreas Graeser 1993: *Die Philosophie der Antike 2. Sophistik und Sokratik, Plato und Aristoteles*, München: 198.
- 14) Zur Kritik siehe v.a. Maximilian Fuhrmann 2019: *Antiextremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden.
- 15) Tom Thieme 2018: »Populismus, Radikalismus, Semi-Extremismus – Zur Problematik extremistischer Grauzonen«, in: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie Bd.30* (2018): 13–29.

Kerstin Köditz ist Sprecherin für Antifaschistische Politik der Linksfraktion im Sächsischen Landtag und zuständig für Innenpolitik. Volkmar Wölk ist Mitbegründer des Magazins *Der Rechte Rand*. Er lebt als Publizist, Übersetzer und Erwachsenenbildner in Sachsen.

# Politische Bildung von rechts

## Die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung und ihr Umfeld

*Für die politische Bildung spielen die parteinahen Stiftungen eine herausgehobene Rolle. Im Umkreis aller bundesweit relevanten Parteien existieren ihnen nahestehende Stiftungen, die den jeweiligen Politikansatz auch wissenschaftlich begleiten. Über Stipendienvergaben an Studierende und Doktorand\*innen leisten sie auch Beiträge zur personellen Reproduktion des jeweiligen ideologisch-politischen Apparates. Mit der parlamentarischen Etablierung der AfD war die Gründung einer ihr nahestehenden Stiftung abzusehen. Aus verschiedenen konkurrierenden Initiativen ging letztlich 2018 die Desiderius-Erasmus-Stiftung erfolgreich hervor. Ihre bisherige Tätigkeit analysieren Georg Gläser und Gudrun Hentges.*

Ein zentraler Beitrag zur Wissensproduktion leistet die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung, die als politische Stiftung im Aufbau begriffen ist. Im September 2019 wurde die Satzung beschlossen. Vorsitzende des Vorstands der Desiderius-Erasmus-Stiftung ist die Vertriebenenpolitikerin Erika Steinbach, Ehrenvorsitzender ist Dr. Konrad Adam und als Schriftführer firmiert Dr. Erik Lehnert. Prof. Dr. Max Otte fungiert als Vorsitzender des Kuratoriums, weitere Mitglieder sind Dr. Karlheinz Weißmann (stellvertretender Vorsitzender), Prof. Dr. Lothar Höbelt, Dr. Mark Jongen, Dr. Rainer Rothfuß, Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, Prof. Dr. Harald Weyel, Prof. Dr. Michael Wüst und Prof. Dr. Alfred Maurice de Zayas. Die DES versteht sich als Bildungswerk und Politische Akademie, sie will Politikberatung anbieten, Studierende und Doktorand\*innen fördern und Auslandsaktivitäten entfalten. Die von der Stiftung aufgelegten Förderprogramme wollen durch Stipendien die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung von begabten jungen Menschen fördern, die sich den sog. »alternativen Werten« der Stiftung verbunden fühlen. Sofern die AfD auch in der nächsten Legislaturperiode im Deutschen Bundestag vertreten sein wird, wird sie voraussichtlich aus Steuermitteln gefördert werden. Aus einer Analyse der bisherigen Aktivitäten des Vorstands und Kuratoriums lässt sich antizipieren, welche Schwerpunkte die DES im Bereich von Forschung und Wissenschaft legen wird und welche vermeintlich wissenschaftlichen Inhalte von Seiten der Stiftung gefördert werden.

Deutlich wird dies an den Äußerungen von Prof. Dr. Max Otte, Vorsitzender des Kuratoriums. Bezugnehmend auf die Ereignisse in Chemnitz im Sommer 2018 fragte der BWL-Professor auf *Twitter*: »Werden die medial völlig verzerrt dargestellten Vorfälle von #Chemnitz zum neuen #Reichstagsbrand, zum Auftakt der offiziellen Verfolgung politisch Andersdenkender?« Erstens behauptet er, die »Vorfälle von #Chemnitz« seien von den Medien verzerrt dargestellt worden, zweitens stellt er die These auf, diese verzerrte Darstellung könne zu einem neuen Reichstagsbrand führen, zu einer »offiziellen Verfolgung politisch Andersdenkender«. An dem sog. »Trauermarsch« am 27. August 2018 in Chemnitz nahmen AfD-Funktionäre und Pegida-Anhänger teil, NPD-Kader, Hooligans und auch Pro-Chemnitz-Unterstützer. Die Medien hatten über den öffentlichen Schulterschluss von AfD und der extremen Rechten berichtet, über die krude politische Mischung, die sich auf den Straßen von Chemnitz versammelt hatte und darüber, dass gewaltbereite Neonazis People of Colour und Migrant\*innen angriffen.

### Geschichtsrevisionismus

Hilfreich für ein Verständnis dieser historischen Analogie ist eine Kontextualisierung und Rückblende in das Jahr 1933: In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 brannte der Berliner Reichstag. Es handelte sich um Brandstiftung. Festgenommen

wurde Marinus van der Lubbe, der behauptete, den Reichstag allein in Brand gesteckt zu haben. Diese These der Alleintäterschaft galt bzw. gilt als unwahrscheinlich, vielmehr vermutete man, dass die Nationalsozialisten an der Tat beteiligt waren. Noch am selben Tag, dem 28. Februar 1933, wurde eine Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat (»Reichstagsbrandverordnung«) erlassen. Somit wurden die Grundrechte der Weimarer Verfassung faktisch außer Kraft gesetzt, und die gesetzliche Grundlage für die Verfolgung der politischen Gegner war geschaffen.

Die von Otte hergestellte Analogie ist nicht nur unverständlich, sondern zeugt von Geschichtsrevisionismus. Er nimmt eine Opfer-Täter-Umkehr vor, indem er sich nicht kritisch mit dem Schulterschluss zwischen AfD, Pegida und der braunen Melange auf den Straßen von Chemnitz auseinandersetzt, sondern indem er den Medien vorwirft, falsch berichtet zu haben.

Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, hatte mit einem offenen Brief an Innenminister Seehofer die Forderung »Keine Steuergelder für Geschichtsrevisionismus« erhoben.

Die Erstunterzeichnerin der Petition, Prof. Dr. Schüler-Springorum, weist darauf hin, dass es »ein klarer Ausdruck von Geschichtsrevisionismus« sei, wenn der Versuch unternommen werde, Rechtsextreme in Chemnitz mit den Opfern des NS-Regimes gleichzusetzen. »Um zu verhindern, dass diese Positionen verbreitet und mit Steuergeldern gefördert werden«, so die Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung, müssten unabhängige Experten das Programm der Desiderius-Erasmus-Stiftung prüfen.

»Wenn Herr Otte andeutet, unsere Demokratie sei schon fast mit einer Diktatur gleichzusetzen, dann äußert sich hier entweder ein dramatischer Bildungsmangel oder die rechtspopulistische Strategie, mit gezielten Provokationen und der Verdrehung historischer Fakten die Grenzen des Sagbaren weiter zu verschieben«, so Mendel.

Meron Mendel wies darauf hin, dass Max Otte als Kuratoriumsvorsitzender einer politischen Stiftung nicht tragbar sei, die in Zukunft mit öffentlichen Mitteln ausgestattet werde, um ihr Bildungsprogramm an



Schulen und Hochschulen, unter Schüler\*innen, Studierenden und Nachwuchswissenschaftler\*innen zu verbreiten.

Jedoch – die Desiderius-Erasmus-Stiftung distanzierte sich nicht von den Äußerungen des Vorsitzenden des Kuratoriums. Stattdessen bietet die Stiftung Seminare an, in denen AfD-Mitglieder lernen, einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu entgehen. »Es kann nicht sein, dass mit Steuergeld Seminare bezahlt werden, um Ermittlungsorgane zu täuschen und NS-Verharmlosung zu verschleiern«, so Mendel. »Wir halten an unserer Forderung fest, dass das Programm der Stiftung im Bereich historisch-politische Bildung von Expert\*innen überprüft werden muss, und fordern den zuständigen Bundesinnenminister zum Handeln auf.«<sup>1</sup>

Trotz mehrerer Nachfragen erhielt die Bildungsstätte Anne Frank keinerlei Rückmeldungen seitens des BMI. Auch die Forderung nach externen Gutachter\*innen wurde nicht umgesetzt.

## Alte und neue Netzwerke im Umfeld der DES

Als sich die DES nach langwierigen Flügelskämpfen gegen weitere potentielle Vereine, die als Stiftungsanwärter angetreten waren, durchsetzte und auf dem Augsburger Parteitag am 30. Juni 2018 als parteinahe Stiftung der AfD anerkannt wurde, galt sie eher dem wirtschaftsliberalen Lager um Alice Weidel nahestehend.<sup>2</sup> Die weitere personelle Aus-

gestaltung der DES und die Netzwerke, Think-Tanks, Gruppierungen, die sich in ihrem Umfeld formieren, deuten jedoch auf einen fortschreitenden offenen Schulterchluss mit der extremen bzw. »Neuen Rechten« hin. Darüber hinaus zeichnen sich Bestrebungen und Dynamiken ab: So formieren sich neue Bündnisse zwischen der DES, dem Spektrum der extremen bzw. »Neuen Rechten« und jenen Kräften, die von der politischen und medialen Öffentlichkeit häufig (fälschlicherweise) noch zur politischen Mitte gezählt werden. Der DES kommt in diesem Kontext eine ideologische Scharnierfunktion zu. Spätestens ab der zweiten Wahlperiode der AfD im Bundestag (2021 ff.) wird sie daneben eine weitere wichtige Funktion einnehmen. Die mit Steuermitteln ausgestattete DES wird einen nicht zu unterschätzenden Beitrag leisten zur Finanzierung der neuen Koalitionen, die sich neben der diskursiven und strukturellen Ebene möglicherweise auch auf der parlamentarischen Ebene bilden werden. Im Folgenden sollen einige der besagten Netzwerke genauer beleuchtet werden.

## Vertriebenenverbände

Erika Steinbach, Vorsitzende der DES, blickt auf langjährige politische Erfahrungen zurück. In den Jahren 1990 bis 2017 vertrat sie die CDU/CSU im Deutschen Bundestag, von 1998 bis 2014 war sie Präsidentin des Bundes der Vertriebenen. Ihren Austritt aus der CDU im Januar 2017 begründete sie mit der »verfehlten Flücht-

lingspolitik« der Bundesregierung. Als Parteilose unterstützte sie die AfD bei der Bundestagswahl 2017 und wurde im März 2018 zur Vorsitzenden der DES ernannt.

In dieser Funktion trägt sie maßgeblich dazu bei, dass die Vertriebenenverbände ihren Einfluss auf die DES geltend machen können. Da sie 16 Jahre das Amt der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen innehatte, verfügt sie über beste Beziehungen zu den Landsmannschaften (u. a. Landsmannschaft Ostpreußen, Sudendeutsche Landsmannschaft) und deren Jugendorganisationen (u. a. Junge Landsmannschaft Ostpreußen). Auch wenn mittlerweile die »Erlebnisationsgeneration« in der Vertriebenenpolitik keine große Rolle mehr spielt, ist mit der Generation der Kinder und Enkel der »Vertriebenen« eine Generation herangewachsen, die sich als »Bekennnisgeneration« bezeichnet. Aus den Erfahrungen ihrer Eltern / Großeltern leitet diese junge Generation eine revanchistische Politik ab. Dazu zählt das Hinterfragen der Legitimität der geltenden Grenzen in Osteuropa, begleitet von Gebietsansprüchen.

Der DES ist es zudem gelungen, Alfred de Zayas als Mitglied des Kuratoriums zu gewinnen. Der in Kuba geborene und in Chicago aufgewachsene US-amerikanische Völkerrechtler war der Unabhängige Experte des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (2012–2018) und ist Beiratsmitglied im Zentrum gegen Verreibungen des Bundes der Vertriebenen in Berlin.

Die von Alfred de Zayas im *Harvard International Law Journal* (1975) vertretene These für ein »Menschenrecht auf Heimat« wurde dahingehend kritisiert, dass er in diesem Artikel und der darauffolgenden Dissertation die Argumentation der Vertriebenenfunktionäre weitestgehend übernommen habe. Zugleich habe er die von den Deutschen begangenen Verbrechen in Osteuropa ebenso vernachlässigt wie die Perspektive von osteuropäischen Wissenschaftler\*innen.

Das »Menschenrecht auf Heimat« ist international umstritten; es wurde im internationalen Recht bis dato nicht allgemein anerkannt und findet sich in erster Linie in der »Charta der deutschen Heimatverbände und Vertriebenenverbände«.

Alfred de Zayas tritt dafür ein, dass die Volksgruppe im essentialistischen Sinne als untrennbar mit der Heimat verbunden gelte. Somit fallen die völkische und räumliche Identität in der völkischen Bodenideologie zusammen. In der Konsequenz bedeutet dies: »die Erfüllung der mit der Kategorie Heimat verbundenen Elemente, also des »Rechtes auf die angestammte, von den Vorfahren her überlieferte Heimat« (Veiter 1987: 195) sowie die Forderung nach Vorhandensein der Staatsbürgerschaft desjenigen Staates, in dem die Volksgruppe lebt und in dem ihre »Heimat« liegt.«<sup>3</sup>

Alfred de Zayas' Band *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen* wird von Historikern kritisch rezipiert, weil es »eigentlich keine wissenschaftliche histori-

sche Darstellung, sondern in seinem Kern eine Anklage gegen die Haltung der britischen und amerikanischen Regierungschefs auf der Potsdamer Konferenz ist. « Alfred de Zayas argumentiere »aus moralischem Impetus heraus sehr subjektiv, einseitig und in manchen Punkten [...] einfach historisch falsch«. <sup>4</sup>

Ein weiteres prominentes Beispiel für die personellen Verbindungen zwischen der AfD und den Vertriebenenverbänden ist Wilhelm von Gottberg <sup>5</sup>, der von 1971 bis 2011 Mitglied der CDU war. Von 1992 bis 2010 fungierte er als Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen, seit 2017 vertritt er die AfD im Deutschen Bundestag. Der Vertriebenenfunktionär und AfD-Abgeordnete trat ein für ein Rückkehrrecht in die Heimat Ostpreußen. Als Interviewpartner der *Jungen Freiheit* forderte er von Polen und Tschechien eine Entschuldigung für die »völkermordartigen Vertreibungsverbrechen« an den Deutschen. <sup>6</sup>

Anlässlich der 50-Jahr-Feier der Landsmannschaft Ostpreußen sagte er in seiner Rede im Berliner Rathaus Schöneberg: »Wir warten schon lange auf eine offizielle Bitte um Vergebung durch Polen, Tschechien und Russland für die völkermordartigen Vertreibungsverbrechen.« <sup>7</sup>

Zum Jahreswechsel 2000/2001 verstieg er sich unter dem Motto »...und der Zukunft zugewandt« zu der Behauptung: »Als wirksamstes Instrument zur Kriminalisierung der Deutschen [...] wird immer noch der Völkermord am europäischen Judentum herangezogen.« <sup>8</sup>

Den italienischen Neofaschisten Mario Consoli zitierend, schrieb er im selben Artikel: »Die Propaganda-Dampfwalze wird mit den Jahren nicht etwa schwächer, sondern stärker, und in immer mehr Staaten wird die jüdische ›Wahrheit‹ über den Holocaust unter gesetzlichen Schutz gestellt [...]. Der Holocaust muss ein Mythos bleiben, ein Dogma, das jeder freien Geschichtsforschung entzogen bleibt.« <sup>9</sup>

## Burschenschaften und andere Verbindungen

Die »traditionsreichsten« akademischen rechten Strukturen, an die die DES anknüpfen kann, sind Burschenschaften und studentische Verbindungen. <sup>10</sup> Acht Mitglieder der AfD-Fraktion im Bundestag sind selbst korporiert, davon sind drei von ihnen Mitglied in eindeutig rechtsextremen Burschenschaften. Hinzu kommen 20 Beschäftigte, die in der Deutschen Burschenschaft (8), im Coburger Convent, in Sängerschaften u. a. organisiert sind. <sup>11</sup> Max Otte pflegt Verbindungen zur Turnerschaft T! Merowingia-Zittawia Köln. <sup>12</sup> Die Gründer des Instituts für Staatspolitik, Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek, sowie *Junge Freiheit*-Herausgeber Dieter Stein sind alle korporiert in der Deutschen Gildenschaft, die somit als Keimzelle neurechter Publika-

tionsaktivitäten gelten kann. <sup>13</sup> Mannigfaltige Mitgliedschaften in Korporationen weisen zudem Aktivist\*innen der Identitären Bewegung auf. <sup>14</sup> Burschenschaften verfügen nicht nur über Immobilien und Vortragsräume, sondern könnten als Einstiegsstrukturen gezielt junge Anwärter für die Programme und Veranstaltungen der DES akquirieren. Vertiefend mit Burschenschaften beschäftigt sich der Beitrag von Alexandra Kurth in diesem Band.

## Institut für Staatspolitik

Als relevanteste Struktur der deutschsprachigen ›Neuen Rechten‹ kann das Institut für Staatspolitik betrachtet werden. Dieses ist angesiedelt auf einem Rittergut in Schnellroda, Sachsen-Anhalt, welches nicht nur als Wohnsitz des Mitbegründers und Leiters Götz Kubitschek dient, sondern auch als Sitz des Verlags Edition Antaios. Auf dem Rittergut in Schnellroda finden regelmäßig Sommer- und Winterakademien statt, die sich an Jugendliche, Auszubildende und Studierende richten. Das IfS gibt das Periodikum *Sezession* heraus, welches *Criticón* als Leitmedium der ›Neuen Rechten‹ abgelöst hat und die *Junge Freiheit* an Radikalität übertrifft. Vor allem im Online-Format versammelt *Sezession* viele diskursmächtige Personen der deutschsprachigen ›Neuen Rechten‹. Als weitere Bausteine des Aufbaus eines aktivistischen Netzwerks unter Anwendung der »metapolitischen Strategie« sind stichwortartig zu nennen: die Konservativ-Subversive Aktion (KSA), Kooperationen mit der an Schulen verteilten *Blauen Narzisse*, die aktive Förderung und Vernetzung der Identitären Bewegung, die Initiierung der Messe Zwischentag sowie der Verein Ein Prozent für unser Land, der der finanziellen Unterstützung von lokalen neurechten Initiativen und Projekten dient. Der publizistische Ansatz des IfS kann als Versuch gewertet werden, die nationalrevolutionäre, nationalbolschewistische und faschistische Literatur der Zwischenkriegszeit, die von Armin Mohler als »Konservative Revolution« re-etikettiert wurde, wieder salonfähig zu machen. <sup>15</sup> Ferner dient dieser Ansatz dazu, sich linke Begriffe, Diskurse und Praxen anzueignen. <sup>16</sup>

Das IfS ist eng mit der AfD vernetzt; dies manifestiert sich unter anderem daran, dass nahezu an jeder Sommer- und Winterakademie ein\*e hochrangige\*r AfD-Funktionär\*in für eine Keynote eingeladen wird, <sup>17</sup> dies zeigt sich auch an den persönlichen Freundschaftsbekundungen <sup>18</sup> und Jobangeboten für ehemaliges IfS-Personal in der Bundestagsfraktion im Fall von Erik Lehnert.

Mit Karlheinz Weißmann befindet sich einer der beiden Begründer des IfS, nach seinem dortigen Rückzug, als stellvertretender Vorsitzender im Kuratorium der DES. Auch Albrecht Schachtschneider veröffentlicht

regelmäßig in der *Sezession* bzw. *Sezession online*. Die jüngste Berufung Erik Lehnerts als Schriftführer in den Vorstand der DES markiert eine weitere Vernetzung zwischen Stiftung und Think Tank. Lehnert ist seit 2008 Geschäftsführer des IfS, Herausgeber zahlreicher Bände und somit ein zentraler Funktionär in Bezug auf Strukturaufbau und Wissensproduktion. Er arbeitet zudem im Bundestagsbüro von Harald Weyel, der die AfD im Bundestag vertritt und der ebenfalls Mitglied im Kuratorium der DES ist.

## Rechtes Feuilleton

Im Umfeld der DES kristallisieren sich zudem neue Netzwerke eines »rechten Feuilleton« heraus. Während das Kuratorium vor allem Hochschullehrer umfasst, befinden sich im Vorstand der Stiftung ehemalige und aktive Publizisten in rechten Medien. Dies folgt der allgemeinen Parteistruktur der AfD, die im Vergleich zu den anderen im Bundestag vertretenen Parteien den größten Anteil an Journalisten aufweist. <sup>19</sup> Personelle Kontinuitäten markieren einige Kristallisationspunkte öffentlichkeitswirksamer rechter Vergemeinschaftung im Vorfeld und Nachgang der Stiftungsgründung. So wurde etwa die sog. »Gemeinsame Erklärung 2018« unter anderem von Otte und Weißmann, Thilo Sarrazin, Eva Hermann, Vera Lengsfeld, Uwe Tellkamp, Henryk M. Broder und Mathias Matussek erstunterzeichnet:

»Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.« (Gemeinsame Erklärung 15.03.2018)

Dieser Aufruf kann einerseits gewissermaßen als Ergebnis eines Schulterschlusses rechter Medienmacher mit Akteuren der Neuen Rechten gedeutet werden, die sich bereits seit geraumer Zeit aufeinander zubewegt haben – wie Matussek, der bereits als Redner auf einer Anti-Merkel-Demonstration auftrat und seine Facebook-Performanz radikalisierte. <sup>20</sup> Dieser Aufruf zeigt jedoch andererseits eine Ausweitung des Personenkreises, die einen solchen Schritt gehen, deutlich wird dies an den Personen Broder und Tellkamp.

Max Otte richtete kurz darauf, am 5. Mai 2018, das »Neue Hambacher Fest« aus. Es umfasste eine sog. »Patriotenwanderung« und Vorträge von Thilo Sarrazin, Vera Lengsfeld (ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin, die laut *FR* v. 31.5.2018 einen »Schwenk nach Rechtsaußen« vollzogen hat), Markus Krall (Ex-CDU-Mitglied und Interviewpartner bei *Tichys Einblick*), Willy Wimmer (aktives CDU-Mitglied, Autor im Querfrontmagazin *Compact*, Interviewpartner des Kopp-Verlags und des Moderators Ken Jebsen), Ken Jebsen (der ehemalige rbb-Moderator wurde aufgrund von Verstö-

Ben gegen journalistische Standards und antisemitischer Äußerungen entlassen, Hauptredner bei den umstrittenen Mahnwachen für den Frieden, gilt als Verschwörungstheoretiker, steht *Compact* und dem Kopp-Verlag nahe und moderiert die Sendung *KenFM*), Joachim Starbatty (emeritierter Prof. für VWL an der Uni Tübingen, Mitglied zahlreicher Parteien: CDU, Bund freier Bürger, AfD, ALFA/LKR, jetzt parteilos, von 2013 bis 2015: Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats für die AfD), Jörg Meuthen (AfD-Parteivorsitzender) und Imad Karim (libanesisch-deutscher Regisseur, Drehbuchautor und Produzent, externer Gastredner bei AfD-Veranstaltungen, seit 3/2018 Mitglied des Kuratoriums der DES).<sup>21</sup>

Das Podium des »Neuen Hambacher Fests« (2019) ähnelte nach Absage Lothar Höbelts – ebenfalls Mitglied des DES-Kuratoriums – dem des Vorjahres sehr, wurde jedoch komplettiert durch den als Verschwörungstheoretiker bekannten Daniele Ganser. Medial kulminierte die Aufmerksamkeit für die als »neues rechtes Feuilleton« beschriebenen Personenkonstellationen mit dem viralen Video von Reinhold Beckmann, der auf Matusseks Geburtstag ein Bob Dylan-Cover des Songs »Things have changed« vortrug. Im Video deutlich zu sehen war neben den Partygästen Jan Fleischhauer (*Spiegel*), Dieter Stein (*Junge Freiheit*), Erika Steinbach (DES) u. a. auch Mario Müller, vorbestraft aufgrund eines Angriffs mit einem selbstgebauten Totschläger auf Antifaschist\*innen und ehemaliger Anführer von Kontrakultur Halle, des wichtigsten Ablegers der sog. »Identitären Bewegung« in Deutschland.<sup>22</sup> Beckmann distanzierte sich nach öffentlicher Kritik.<sup>23</sup>

## WerteUnion als rechte pressure-group

Die WerteUnion bezeichnet sich selbst als ein »Zusammenschluss konservativer und wirtschaftsliberaler Unionsmitglieder«<sup>24</sup>. Sie verfügt als eingetragener Verein eigenen Angaben zufolge über mehr als 3.200 Mitglieder. Verortbar ist die Gruppierung, ebenso wie die Partnerorganisationen »Berliner Kreis« und der Zusammenschluss der Altstipendiat\*innen der Konrad-Adenauer-Stiftung (»Konrads Erben«<sup>25</sup>), am äußeren rechten Rand der Union.

Mitglieder sind neben Max Otte, der wiederum als Verbindungsglied zur Desiderius-Erasmus-Stiftung fungieren kann, der Totalitarismusforscher und Burschenschaftler Werner Patzelt, Medienanwalt Ralf Höcker sowie mit Manuel Ostermann (Vorstandsmitglied der Deutschen Polizeigewerkschaft) und Hans-Georg Maaßen (ehemaliger Präsident des Bundesamts für den Verfassungsschutz) zwei zentrale Vertreter der Sicherheitsorgane.

Sympathiebekundungen kommen darüber hinaus von etablierten Parteirechten wie

Wolfgang Bosbach und weiteren Berliner-Kreis-Mitgliedern, Philipp Amthor und Rainer Wendt (Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft).<sup>26</sup> Während Annegret Kramp-Karrenbauer den Verein für überflüssig hält, betonte Jens Spahn in seinem Grußwort, die Unionspartei benötige Kreise wie die Werte-Union und eine »Besinnung auf einen klugen liberalen Konservatismus«: »Wenn wir reden und handeln in einer Haltung, die breite, sich bürgerlich fühlende Schichten zuletzt oft schmerzlich vermisst haben, dann können wir die AfD überflüssig machen.«<sup>27</sup>

Die WerteUnion hatte ausdrücklich die Kandidatur von Friedrich Merz unterstützt. Dieser vereint als Mitinitiator der Leitkulturdebatte Anfang der 2000er Jahre nicht nur wirtschaftsliberale, sondern auch nationalistische Positionen.<sup>28</sup>

Besonders Merz' Zitat: »Wir verlieren offenbar Teile der Bundeswehr an die AfD. Wir verlieren Teile der Bundespolizei an die AfD« ist in diesem Kontext interessant. Unabhängig vom Wahrheitsgehalt dieser Aussage lässt sich feststellen, dass die Werte-Union nicht nur enge Kontakte zu den Sicherheitsapparaten pflegt, sondern auch gezielt versucht, diese als Institutionen zu adressieren. Es scheint, als sollten Beschäftigte in den Behörden dezidiert angesprochen und als Klientel gewonnen werden.

Offen bleibt die Frage nach den Zielen der WerteUnion. Die offizielle Linie, deren Rhetorik auch das Merz-Zitat bedient, postuliert, die CDU (wieder) nach rechts zu verschieben, keine Parteien rechts der CDU erstarken zu lassen bzw. die AfD durch Aufnahme ihrer Positionen, Inhalte, Performanz zurückzudrängen und gleichzeitig »Positionen, die ganz normal in der CDU waren« (Bosbach via WerteUnion.de) zu reetablieren:

»Angesichts der Etablierung einer Partei rechts von CDU/CSU ist insbesondere der konservative Flügel zu stärken und zu integrieren, statt ihn auszugrenzen. Die WerteUnion möchte ihren Teil dazu beitragen, dass CDU und CSU wieder zu erfolgreichen Volksparteien werden.«<sup>29</sup>

Der Blick nach Österreich und andere europäische Länder zeigt, dass diese Strategie Misserfolg verspricht und eher zu einer weiteren Nivellierung des eigenen Profils und der Abwanderung von Wähler\*innengruppen zu liberaleren Parteien oder zum »rechten Original« führen kann.

Spätestens wenn dieser Fall eintritt und es zu einem weiteren Erstarken der AfD kommt, könnte die WerteUnion der Rahmen sein, in dem schwarz-blaue bzw. türkis-blaue Koalitionen vorbereitet werden, wie sich schlagartig im Zuge der Sondierungsprozesse nach der Landtagswahl in Thüringen zeigte. Des Weiteren wären auch Abspaltungen und eine weitere Neuordnung des Parteienspektrums denkbar. Bereits heute zeigen sich diskursiv-semantische Koalitionen und vereinzelte strukturelle Symbiosen, etwa durch die Person Max Otte, dessen Ausschluss nach seinem höh-



Forum Wissenschaft 4/2019

## Umstrittene Wissenschaft

### Wissenschaftsleugnung und Fake Science

Hunderttausende haben voriges Jahr Woche für Woche für eine lebenswerte Zukunft demonstriert. Die Akteur\*innen der »Fridays for Future« gründen ihre Forderungen auf wissenschaftliche Erkenntnisse. Eine gesellschaftliche Minderheit leugnet diese jedoch. Politischen Ausdruck finden sie in rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien. Für Trump wie für die AfD ist die Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse zentraler Bestandteil des politischen Selbstverständnisses. Ähnliche Formen der Wissenschaftsleugnung lassen sich auch auf anderen Gebieten beobachten, etwa im Gesundheitsbereich (Stichwort: Impfskepsis). Kritisch wird es dann, wenn für wissenschaftlich nicht belegbare Methoden wie die Homöopathie der Anspruch der Wissenschaftlichkeit erhoben wird, um damit Anerkennung und öffentliche Finanzierung zu erhalten.

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)

www.bdwi.de · service@bdwi.de  
Tel.: (06421) 21395

nischen Tweet zum faschistischen Mord an Walter Lübcke kurz diskutiert, jedoch schnell wieder fallen gelassen wurde.

Diese inhaltlich-diskursive Koalition mit der AfD, DES, der extremen und der ›Neuen Rechten‹ zeigt sich deutlich in den Positionen der WerteUnion. Bildungspolitisch möchte sie studentische Selbstverwaltung bekämpfen und Gender Mainstreaming abschaffen. Mit ihrer Forderung: »ein Ende der Frühsexualisierung an Schulen und entsprechende Änderungen in den Bildungsplänen der Länder«<sup>30</sup> greift sie rechtspopulistische Mythen auf. Des Weiteren heißt es im sog. »Konservativen Manifest«: »Wir treten für eine Stärkung des Leistungsprinzips in der schulischen und universitären Ausbildung ein.«<sup>31</sup>

Diese inhaltlichen Positionen stehen in direktem Bezug zur parlamentarischen Wissensproduktion der AfD durch Kleine und Große Anfragen.<sup>32</sup>

## Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Das Kuratorium und der Vorstand der Desiderius-Erasmus-Stiftung bestehen aus einschlägig bekannten Publizisten (*Sezession*, *Junge Freiheit*, *FAZ*, *Welt*, *eigentlich frei*), AfD-Kadern mit akademischen Titeln, Unterzeichner\*innen der »Gemeinsamen Erklärung« 2018, ehemaligen/aktiven Unionsmitgliedern und rechten Wissenschaftlern sowie Personen des öffentlichen Lebens. Dabei fallen viele der Mitglieder unter mehrere dieser Kategorien.

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung ist dementsprechend gut mit der Union und einschlägigen Medien vernetzt und kann womöglich eine Katalysatorfunktion für neue rechte Bündnisse an den Hochschulen, in der außerschulischen Bildung, im Feuilleton und in der parteipolitischen Organisation einnehmen.

Die inhaltlichen Schwer- bzw. Angriffspunkte in und auf den wissenschaftlichen Diskurs lassen sich gemäß der bestehenden parlamentarischen Wissensproduktion und der personellen Besetzung in den Feldern: Islam, Migration, Gender, Klima u. a. verorten. Studentische Selbstverwaltung, außerschulische Bildungsträger, (vermeintlich) linke Lehrer\*innen(bildung), emanzipatorische Akteur\*innen, Postulate und deren strukturelle Verankerung in der Verfassung, in Schulgesetzen der Länder oder in Curricula werden unter geschichtsrevisionistischen Vorzeichen bekämpft.

Die Radikalisierungstendenzen in der Partei haben auch Auswirkungen auf die Stiftung und zeigen sich etwa an den vorgenommenen personellen Veränderungen im Vorstand.

Wir müssen beobachten, ob und in welcher Weise die AfD und die DES den Versuch unternehmen werden, auch transnational zu kooperieren. Dies wird sich im Laufe der kommenden Monate zeigen. Hier stellt sich auch die Frage, in welcher Weise die Frakti-

on »Identität und Demokratie« im Europaparlament den Versuch einer Vernetzung der politischen Bildung von rechts unternehmen wird.

## Anmerkungen

- 1) Pressemitteilung der Bildungsstätte Anne Frank: Max Otte ist als Kuratoriumsvorsitzender nicht tragbar, 24.10.2018; [https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/user\\_upload/Slider/Presse/PM\\_Offener\\_Brief\\_Desiderius-Erasmus-Stiftung.pdf](https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/user_upload/Slider/Presse/PM_Offener_Brief_Desiderius-Erasmus-Stiftung.pdf).
- 2) Benedikt Peters: Die AfD schafft sich eine rechte Kaderschmiede (30.06.2018), in: [sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de/politik/rechts-populisten-die-afd-schafft-sich-eine-rechte-kaderschmiede-1.4035412), URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/rechts-populisten-die-afd-schafft-sich-eine-rechte-kaderschmiede-1.4035412> (15.11.2019).
- 3) Vgl. Samuel Salzborn 2005: *Ethnisierung der Politik. Theorie und Geschichte des Volksgruppenrechts in Europa*, Frankfurt / New York: 132.
- 4) Hellmuth Auerbach 1995: »Literatur zum Thema«, in: Wolfgang Benz (Hg.): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*, Frankfurt am Main: 277–294; hier 281.
- 5) »Wilhelm von Gottberg«, in: Jens Mecklenburg (Hg.) 1996: *Handbuch Deutscher Rechtsextremismus*, Berlin: 463 f.
- 6) Paul Middelhoff 2017: »Wilhelm von Gottberg: ›Als wirksamstes Instrument zur Kriminalisierung der Deutschen [...] wird immer noch der Völkermord am europäischen Judentum herangezogen‹«, in: *Die Zeit* v. 16.3.2017.
- 7) Christian Bommarius 2017: »Die AfD und der Mythos Holocaust«, in: *FR* v. 15.3.2017; Andreas Speit 2018: »Die unauffällige zweite AfD-Stiftung«, in: *taz* v. 25.10.2018.
- 8) Wilhelm von Gottberg 2001: »... und der Zukunft zugewandt«, in: *Ostpreußenblatt* v. 6.1.2001: 1.; Paul Middelhoff 2017: »Wilhelm von Gottberg: ›Als wirksamstes Instrument zur Kriminalisierung der Deutschen [...] wird immer noch der Völkermord am europäischen Judentum herangezogen‹«, in: *Die Zeit* v. 16.3.2017.
- 9) Wilhelm von Gottberg 2001: »... und der Zukunft zugewandt«, in: *Ostpreußenblatt* v. 6.1.2001: 2.; »AfD Politiker lehnte Distanzierung von Holocaustzeit ab«, in: *Die Zeit* v. 15.3.2017.
- 10) Andreas Speit 2019: »Rechtsextreme Studentenverbindungen. Kaderschmiede der AfD«, in: *Jungle World* v. 8.8.2019.
- 11) Dazu ausführlich das Rechercheprojekt der *taz*: <https://taz.de/Schwerpunkt-AfD/t5495296/>.
- 12) Dies ist aus dem Bericht des lokalen Antifaschistischen Bündnisses »Köln gegen Rechts« zum verhinderten Vortrag Ottes in Köln zu schließen: <http://gegenrechts.koeln/2018/max-otte-an-der-universitaet-zu-koeln-unerwuenscht/> (15.11.2019).
- 13) Gerhard Schäfer 1999: »Karlheinz Weißmann. Gildenschafter zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus«, in: Christoph Butterwege / Gudrun Hentges (Hg.): *Alte und Neue Rechte an den Hochschulen*, Münster: 130–146.
- 14) Jean-Philipp Baec 2018: »Unter einer Decke«, in: Andreas Speit (Hg.): *Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten*, Bonn: 107–126.
- 15) Helmut Kellershohn 2016: »Götz Kubitschek und das Institut für Staatspolitik«, in: Ders. / Wolfgang Kastrop (Hg.): *Kulturkampf von rechts – AfD, Pegida und die Neue Rechte*, Münster: 92–106; Christian Fuchs / Paul Middelhoff 2019: *Das Netzwerk der Neuen Rechten*, Hamburg: 47ff.
- 16) Georg Gläser / Gudrun Hentges 2020 (i. E.): »Metapolitik und das Konzept der (direkten) Demokratie in der Ideologie der ›Neuen Rechten‹«, in: Gudrun Hentges (Hg.): *Krise der Demokratie – Demokratie in der Krise?*, Frankfurt am Main.
- 17) Zunächst Björn Höcke, der in einer biologistisch-rassistischen Rede von »Ausbreitungstypen« sprach (16. Winterakademie 2015); jüngst: Alice Weidel (20. Sommerakademie 2019), Alexander Gauland (19. Winterakademie 2019), Jörg Meuthen (19. Sommerakademie 2018), Andreas Kalbitz (18. Winterakademie 2018), Marc Jongen (17. Winterakademie 2017).

- 18) Justus Bender / Reiner Bingener 2016: »Die rechten Fäden in der Hand«, in: *faz.net* (16.04.2016), URL: [https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zu-besuch-bei-goetz-kubitschek-14180792.html?printPageArticle=true#pageIndex\\_2](https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zu-besuch-bei-goetz-kubitschek-14180792.html?printPageArticle=true#pageIndex_2) (15.11.2019); kritisch zum Format der rechten Homestory: Charles Pareese 2017: »Rechte Homestory« (09/2017), in: *der rechte rand*: <https://www.der-rechte-rand.de/archive/2544/kubitschek-homestory/>.
- 19) René Martens 2019: »Von der ARD zur AfD: Journalisten, die den rechten Rand bevölkern« (06.10.2019), in: *Übermedien*, URL: <https://uebermedien.de/41975/von-der-ard-zur-afd-journalisten-die-den-rechten-rand-bevoelkern/> (15.11.2019).
- 20) Die Rede Matusseks bei besagter Demo findet sich hier: <https://www.youtube.com/watch?v=ys9mOgvuygc> (15.11.2019).
- 21) <https://neues-hambacher-fest.de/> (15.11.2019).
- 22) Das Video der Party wurde durch das Neo-Magazin *Royale* visuell aufgearbeitet: <https://www.youtube.com/watch?v=UKWVC4a3QmM> (15.11.2019).
- 23) Hanna Voss 2019: »Wer hingeht, hat sich entschieden – Beckmann beim Geburtstag von Matussek« (11.03.2019), in: *taz.de*, URL: <https://taz.de/Beckmann-beim-Geburtstag-von-Matussek/15579268/> (15.11.2019).
- 24) <https://werteunion.net>.
- 25) <https://konradserben.de>.
- 26) <https://werteunion.net/> (20.12.2019).
- 27) <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.treffen-der-werteunion-in-schwetzingen-jens-spahn-schickt-grusswort-an-die-merkel-kritiker.0615e409-434f-45fc-b9f6-736e8d3bca5a.html>.
- 28) Gudrun Hentges 2002: »Das Plädoyer für eine deutsche Leitkultur«, in: Christoph Butterwege / Janine Cremer / Alexander Häusler / Gudrun Hentges / Thomas Pfeifer / Carolin Reißlandt / Samuel Salzborn: *Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demographischer Wandel und Nationalbewusstsein*, Opladen: 95–121.
- 29) WerteUnion 2018: *Konservatives Manifest*, Schwetzingen.
- 30) WerteUnion: Unsere Positionen. Bildungspolitik, in: <https://werteunion.net/wofuer-wir-kaempfen/positionen/> (15.11.2019).
- 31) WerteUnion 2018: *Konservatives Manifest*, Schwetzingen.
- 32) Christoph Butterwege / Gudrun Hentges / Gerd Wiegell 2018: *Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD* (unter Mitarbeit von Georg Gläser), Frankfurt am Main: 63 ff.

Georg Gläser, wissenschaftliche Hilfskraft am Lehr- und Forschungsbereich Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung, Universität zu Köln; er engagiert sich im Forum Kritische politische Bildung und ist politisch aktiv in Wissens- und Kulturproduktion.

Prof. Dr. Gudrun Hentges leitet den Lehr- und Forschungsbereich Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung, Universität zu Köln. Zuletzt erschien ihr Buch »Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD« (unter Mitarbeit von Georg Gläser), 2. Auflage Frankfurt am Main 2019 (gemeinsam mit Christoph Butterwege und Gerd Wiegell). Demnächst erscheint der von ihr herausgegebene Sammelband »Demokratie in der Krise – Krise der Demokratie?«, Frankfurt am Main 2020.

# Männerbündische Netzwerke in der AfD

Ohne ihre prominenten Vorzeigefrauen wie die Ex-Bundessprecherin des Parteivorstands, aber mittlerweile fraktionslose Bundestagsabgeordnete Frauke Petry<sup>1</sup>, die stellvertretende Bundessprecherin und Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alice Weidel, oder die ebenfalls stellvertretende Bundessprecherin und gleichzeitig stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Beatrix von Storch,<sup>2</sup> würde die im Februar 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD) öffentlich und medial viel stärker als das wahrgenommen, was sie im Kern ist: eine klassische neurechte Männerpartei. So wählten bei der Bundestagswahl 2017 16,3 Prozent der Männer, aber nur 9,2 Prozent der Frauen mit der Zweitstimme AfD, in den Altersgruppen der 35–44-jährigen und der 45–59-jährigen Männer sogar 19,7 Prozent beziehungsweise 19,2 Prozent.<sup>3</sup> Die AfD-Fraktion im Bundestag besteht zu 89 Prozent<sup>4</sup> und der gegenwärtige AfD-Bundesvorstand zu 78,6 Prozent aus Männern.<sup>5</sup> Von ihren 33.516 Mitgliedern zum Stichtag 31. Dezember 2018<sup>6</sup> waren 82,9 Prozent männlich<sup>7</sup> und ihr ohnehin zu keiner Zeit besonders einflussreiches Frauennetzwerk namens Erna existiert spätestens seit der Abspaltung des sogenannten Lucke-Flügels im Juli 2015 nicht mehr. Zuvor war Erna innerparteilich und in den sozialen Netzwerken durch das gegengegründete Männernetzwerk Ernst vehement angegriffen und regelrecht bekämpft worden.<sup>8</sup>

## Antifeministisch und antidemokratisch

Die AfD ist eine neurechte Partei, die nicht nur Ressentiments gegen das Parteiensystem, gegen die Europäische Union, gegen Flüchtlinge und gegen den Islam produziert, sie ist auch eine dezidiert antifeministische Partei. Ihr im Mai 2016 verabschiedetes Grundsatzprogramm, das sie *Programm für Deutschland*<sup>9</sup> nennt, ist gleichzeitig eines gegen die Bundesrepublik Deutschland, denn die Partei ist der Auffassung, dass die

*Der Aufstieg der AfD wird aus verschiedenen Perspektiven analysiert und diskutiert. Auch die antifeministische Programmatik wird dabei häufig beleuchtet – u. a. auch in diesem Heft. Weniger Beachtung findet aber die männerbündische Struktur zahlreicher innerparteilicher Netzwerke und im Besonderen ihre Verknüpfungen mit dem studentischen Burschenschaftsspektrum. Alexandra Kurth nähert sich der männerbündischen Verfasstheit der AfD durch die Hintertür.*

Machtverteilung »nicht mehr den Grundsätzen der Gewaltenteilung« entspreche und »der öffentliche Sektor über sachgerechte Grenzen hinausgewuchert« sei. Zudem habe sich »spätestens mit den Verträgen von Schengen (1985), Maastricht (1992) und Lissabon (2007) [...] die unantastbare Volkssouveränität als Fundament« der Bundesrepublik »als Fiktion herausgestellt.«<sup>10</sup> Stattdessen gebe es – so die Verschwörungphantasie der AfD – einen heimlichen Souverän, »eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien«, welche »die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten« habe. Es habe »sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vorrangiges Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen« gelte. Dieses politische Kartell habe »die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden« sei, »die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen«. Diesen illegitimen Zustand könne nur »das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland [...] beenden.«<sup>11</sup>

Im Unterschied zu den Programmen anderer rechter Parteien ist das AfD-Grundsatzprogramm mit 190 Seiten nicht nur sehr umfangreich, es befasst sich im Vergleich geradezu obsessiv mit geschlechterpolitischen Fragen, die als unverhohlener Angriff auf alle, die sich für Geschlechtergleichheit und Geschlechtergerechtigkeit einsetzen, gelesen werden müssen. Allerdings soll im Folgenden nicht in erster Linie die ge-

schlechterpolitische Programmatik der AfD diskutiert, sondern ein struktureller Aspekt in den Vordergrund gestellt und die folgende These diskutiert werden: Es gibt in der Partei männerbündische Netzwerke, die im Unterschied zu anderen politischen Strukturen um und in der AfD, etwa das »Bündnis Bürgerwille« oder die zahlreichen Vereine und Initiativen des Ehepaars von Storch, wie die »Allianz für den Rechtsstaat e. V.« oder das Netzwerk »Zivile Koalition e. V.«, aber auch die »Patriotische Plattform« oder die nicht mehr existenten innerparteilichen Netzwerke »Erna« und »Ernst« sowie »Kolibri«<sup>12</sup>, kaum offiziell in Erscheinung treten und deshalb in der journalistischen Berichterstattung wenig und in der wissenschaftlichen Betrachtung noch überhaupt keine systematische Beachtung gefunden haben. Diese männerbündischen Netzwerke können dadurch inhaltlich und personell umso wirkungsvoller und erfolgreicher agieren.

## Burschenschaften und Parteigründer

Auf derlei Netzwerke stößt man nicht durch eine Analyse der AfD, sondern durch die Erforschung traditioneller Studentenverbindungen, insbesondere der explizit politisch ausgerichteten Burschenschaften in den Dachverbänden Deutsche Burschenschaft (DB) und Allgemeine Deutsche Burschenschaft (ADB). Anders ausgedrückt: die folgende Perspektive ist im Unterschied zu

vielen aktuellen Überblicksdarstellungen zur AfD weder eine Vogelperspektive, noch eine, die sich der AfD über das medial inszenierte Eingangportal nähert, sondern es ist eine Perspektive durch eine der Hintertüren.

Die Plausibilität der These soll exemplarisch in dreifacher Hinsicht gezeigt werden: erstens im Hinblick auf die Parteigründung und deren Vorgeschichte, zweitens anhand des massenhaften Eintritts von Burschenschäftlern und anderen Verbindungsmitgliedern in die AfD und drittens an deren erfolgreichem Agieren innerhalb der Partei.

In der Literatur wird beschrieben, dass die Gründung der AfD unter der Federführung einer kleinen Gruppe ehemaliger CDU-Mitglieder und parteipolitisch ungebundener Journalisten und Lobbyisten erfolgte. Von besonderer Bedeutung war hierbei die im September 2012 in Bad Nauheim gegründete Bürgerinitiative »Wahlalternative 2013«, die ursprünglich bei der Bundestagswahl 2013 die Partei FREIE WÄHLER hatte unterstützen wollen, aus der dann aber letztlich die AfD hervorgegangen ist. Verwiesen wird außerdem auf die Bedeutung der Eurokrise, die zu großem Unmut unter anderem in Teilen der CDU, in verschiedenen Mittelstandsvereinigungen und unter Wirtschaftswissenschaftlern, unter ihnen der Parteimitbegründer Bernd Lucke, geführt hatte.<sup>13</sup>

Ausgeblendet bleibt, dass die Notwendigkeit einer neuen Partei rechts von der CDU auch anderenorts thematisiert und diskutiert wurde, zum Beispiel auf dem Burschentag 2012 in Eisenach, das heißt auf dem großen jährlich stattfindenden mehrtägigen Treffen der in der DB zusammengeschlossenen Burschenschaften und ihrer Altherrenschaften. Unter dem Titel »Brauchen wir eine neue Partei rechts der CDU?« hielt dort der »Ordinarius für Bürgerliches Recht an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald«<sup>14</sup>, damals CDU-Mitglied – »seit 35 Jahren«<sup>15</sup> – und heute AfD-Landtagsabgeordneter in Mecklenburg-Vorpommern, Ralph Weber, die Festkommersrede. Seine Analyse der Parteienlandschaft und der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland fiel ausgesprochen düster aus. Eine »unheilvolle Allianz aus systemzerstörender Sozialismus, bürgerlich-naivem Gutmenschen und schuldskultverliebten Christen, gepaart mit politischer Feigheit und einem bodenlosen Werteverlust in unserer Gesellschaft« gefährde »unser Vaterland« und ermögliche und fördere »eine Politik der EU-Konformisten, der Multi-Kulti-Träumer und geldgieriger Großkonzerne ohne jede Ethik und ohne jedes Nationalgefühl«<sup>16</sup>. Weber klagte: »So macht man aus einem ehemals freien und stolzen Volk eine europäische Gemeinschaft konzerngeleiteter angepasster Duckmäuser ohne Werte und wirkliche politische Ziele, von einem dollargesteuerten Kapitalismus der Großkonzerne ohne Herz, Seele und Nation abhängig. Dieses Europa wäre froh, wenn man verkünden könnte, daß der letzte freie weise [sic!] und nicht schwule Deutsche zum

Schutz vor seiner Ausrottung in den Zoo verbracht wurde und dort als aussterbende Art zu besichtigen ist.«<sup>17</sup>

Weber kritisierte die aus seiner Sicht außen- und innenpolitischen Verfehlungen der – wie er es nennt – »sozialdemokratischen Politik«<sup>18</sup> der CDU-geführten Regierung – und befasste sich in seiner Rundumabrechnung mit Verteidigungspolitik ebenso wie mit Wirtschaftspolitik und -förderung sowie mit Familienpolitik. Sein Ergebnis: »wir, das heißt Deutschland braucht eine solche neue Partei rechts von der CDU, um den bürgerlich-konservativen und patriotischen

tendes demokratisches Deutschland in unserem freien Europa.« »Und gerade hier und heute« endete er, »sitzen mehrere hundert solcher Bürger vor mir, die ein Zeichen setzen sollen und können.«<sup>19</sup>

## Erfolgreiche Männerbündler

Webers Rede löste bei den anwesenden Burschenschäftlern regelrechte Begeisterungstürme aus: »Mit seinen deutlichen Worten sprach er den anwesenden Burschenschäftlern aus dem Herzen. Nahezu je-



Wählern eine neue politische Heimat bieten und deutsche Interessen in die Politik zurückbringen zu können.« Not tue »eine konservative Allianz für Deutschland.« Damit diese neue Partei »nicht von Anfang an an der Faschismuskeule« scheitere, brauche sie in den »Gemeinden und Städten etablierte Bürger und Bürgerinnen, die dort in Vereinen, im Handel, Handwerk und den freien Berufen, in den Fabriken und Freizeiteinrichtungen aktiv und bereit sind, auf dieser Liste zu kandidieren und damit zu zeigen – hier kandidieren keine wilden Faschos, sondern gestandene und anerkannte konservative Bürger für ein gerechtes, die nationalen Interessen betonendes und ach-

der Satz wurde mit Beifall bedacht und am Schluß seiner Rede dankten ihm die Burschenschäftler stehend mit Beifall.«<sup>20</sup> Ob und wie sie intern diskutiert wurde, ist bislang leider nicht erforscht, ebenso wenig, an welchen Orten solche oder ähnliche Reden gehalten wurden. Fakt ist aber, dass in der Folge zahlreiche Burschenschäftler und andere Korporierte in die später gegründete AfD eingetreten sind und sich aktiv eingebracht haben, in der Partei ebenso wie in ihre Jugendorganisation, die Junge Alternative (JA), die mit einer Reihe von antifeministischen Aktionen mediale Aufmerksamkeit erzeugte. Auch bei der Gründung von AfD-Hochschulgruppen waren Korporierte

und insbesondere Burschenschafter führend beteiligt.<sup>21</sup> Über das genaue Ausmaß kann quantitativ und qualitativ nicht abschließend geurteilt werden. Sicher nur die Spitze des Eisbergs zeigt eine öffentlich gewordene interne Facebook-Liste aus dem Jahr 2015, in der der AfD-Landtagsabgeordnete in Mecklenburg-Vorpommern und Burschenschafter Sandro Hersel darum bat, sich mit Klarnamen, Bund und AfD-Kreisverband sowie AfD-Landesverband einzutragen. In kürzester Zeit hatte die Gruppe mehr als 200 Einträge aus der gesamten Bundesrepublik.<sup>22</sup>



Alles in allem zeigt sich schon jetzt, dass die Männerbündler erfolgreich waren. Burschenschafter und andere Korporierte haben wichtige Funktionen innerhalb der AfD besetzt. Sie sind in allen Landesverbänden vertreten, häufig sogar im Vorstand oder als Vorsitzende, sie haben im Europaparlament, in den Landesparlamenten sowie auf Kreis- und Kommunalebene Mandate gewonnen. Sie sind dominant vertreten in der Jungen Alternative, in den AfD-Hochschulgruppen und in der Patriotischen Plattform. Eine Reihe von ihnen wurde als Mitarbeiter in den neu gegründeten Fraktionen oder in der Partei selbst angestellt.<sup>23</sup> Im September 2018 gründeten schließlich Burschenschaf-

ter und andere Korporierte in der AfD den Deutschen Akademikerverband (DAV!).<sup>24</sup> Von daher verwundert es nicht, dass AfD-Politiker gern gesehene Vortragsgäste auf Verbindungshäusern sind, dass Alexander Gauland Festredner auf dem Burschentag 2016 war,<sup>25</sup> und auch nicht, dass das Verbandsorgan der DB, die *Burschenschaftlichen Blätter* im Dezember 2016 einen Spendenaufruf der AfD abdruckte, und zwar nicht als gekennzeichnete und bezahlte Anzeige, sondern als eigenen Beitrag. Dort hieß es: »Wir alle haben ein gemeinsames Ziel: Die AfD muss 2017 mit einer möglichst starken Fraktion in den Bundestag. [...] Vorschlag: Ihr helft uns da rein, und wir machen den Kahn wieder flott! Abgemacht?«<sup>26</sup> Vier Mitglieder der AfD-Bundestagsfraktion sind Burschenschafter.<sup>27</sup>

### Anmerkungen

- 1) Bei der Bundestagswahl 2017 errang Petry als AfD-Kandidatin mit 37,5 Prozent das Direktmandat im Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, erklärte allerdings einen Tag später, dass sie der AfD-Fraktion im Bundestag nicht angehören werde und trat Ende September 2017 aus der AfD aus. Stattdessen wurde sie Vorsitzende der eine Woche vor der Bundestagswahl neu gegründeten »Die blaue Partei«, welche sich jedoch zum Jahresende 2019 auflösen will, nachdem sie bei den sächsischen und thüringischen Landtagswahlen nur 0,4 Prozent beziehungsweise 0,1 Prozent der Zweitstimmen erhalten hatte. Vgl. Bundespressekonferenz vom 25.9.2017, [https://www.youtube.com/watch?v=g71P\\_fGX4lw](https://www.youtube.com/watch?v=g71P_fGX4lw) (8.12.2019); Matthias Kamann 2017: »Partei-Vorsitzende. Frauke Petry vollzieht Austritt aus der AfD«, in: *Die Welt Online* vom 29. September, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article169153331/Frauke-Petry-vollzieht-Austritt-aus-der-AfD.html> (8.12.2019); Stefan Locke 2017: »Erfolge im Osten. Das sind die Direktmandats-Gewinner der AfD«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung Online* vom 25. September, <https://www.faz.net/hpp-9263c> (8.12.2019); dpa/sög; »Frauke Petry. Blaue Partei löst sich auf«, in: *Zeit Online* vom 5. November 2019, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-11/frauke-petry-die-blauen-aufloesung> (8.12.2019).
- 2) Vgl. Alternative für Deutschland 2019b: Bundesvorstand, <https://www.afd.de/partei/bundesvorstand/> (14.12.2019).
- 3) Vgl. Der Bundeswahlleiter/ Statistisches Bundesamt (Destatis) (Hg.) 2018: *Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen*, Wiesbaden: 91.
- 4) Vgl. Alternative für Deutschland 2019a: Abgeordnete, <https://www.afdbundestag.de/abgeordnete/> (14.12.2019).
- 5) Vgl. Alternative für Deutschland 2019b: Bundesvorstand, <https://www.afd.de/partei/bundesvorstand/> (14.12.2019).
- 6) Vgl. statista 2018b: Mitgliederzahlen der politischen Parteien in Deutschland am 31. Dezember 2018, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1339/umfrage/mitgliederzahlen-der-politischen-parteien-deutschlands/> (14.12.2019).
- 7) Vgl. statista 2018a: Anteil der Frauen an den Mitgliedern der politischen Parteien in Deutschland am 31. Dezember 2018, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192247/umfrage/frauenanteil-in-den-politischen-parteien/> (14.12.2019).
- 8) Vgl. Andreas Kemper 2014: *Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung: 16f; Alexander Häusler / Rainer Roeser 2015: *Die rechten »Mut«-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland*, Hamburg: 70ff.
- 9) Vgl. Alternative für Deutschland 2016: *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland*, Berlin.
- 10) Vgl. ebd.: 14.
- 11) Vgl. ebd.: 15.
- 12) Vgl. Alexander Häusler / Rainer Roeser 2015 (siehe Fn. 8): 70ff.; Ulli Jentsch / Elke Sanders 2018: »Christlich-fundamentalistische Netzwerke und die AfD«, in: Alexander Häusler (Hg.): *Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD*, Hamburg: 101ff.; Andreas Kemper 2013: *Rechte Euro-Rebellen. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e. V.*, Münster; Sonja Angelika 2017: »Christliche Unterstützer der AfD. Milieus, Schnittmengen, Allianzen«, in: Stefan Orth / Volker Resing (Hg.): *AFD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion?*, Freiburg im Breisgau: 58ff.
- 13) Vgl. Erhard Crome 2015: *AFD. Eine Alternative?*, Berlin: 12; Andreas Kemper 2013 (siehe Fn. 12): 17ff.; ders. 2014 (siehe Fn. 8): 13; Armin Pfahl-Traugber 2019a: *Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive*, Wiesbaden: 4f.; ders. 2019b: *Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Wiesbaden: 99ff.
- 14) Bernhard Schroeter / Johann Hagus / Bruno Burchhart 2012: »Aus dem Burschenschaftlichen Leben. Der Burschentag 2012«, in: *Burschenschaftliche Blätter*, Heft 2: 73–77; hier: 76.
- 15) Ebd.
- 16) Ralph Weber 2012: »Die Festkommersrede. Brauchen wir eine neue Partei rechts der CDU?«, in: *Burschenschaftliche Blätter*, Heft 2: 77–81; hier: 77 (81).
- 17) Vgl. ebd.
- 18) Ebd.: 79.
- 19) Ebd.: 81.
- 20) Bernhard Schroeter / Johann Hagus / Bruno Burchhart 2012 (siehe Fn. 14): 76.
- 21) Vgl. Richard Erche / Tilman Steffen 2017: »AfD-Mitarbeiter. Im Zweifel rechts außen«, in: *Zeit Online* vom 20. März, <https://www.zeit.de/gesellschaft/2017-03/afd-abgeordnete-rechte-netzwerke-burschenschaften> (31.5.2017); Joachim F. Torna 2019: »Mehr Schein als Sein«, in: *E & W Erziehung und Wissenschaft. Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW* 1/2019: 16f.
- 22) Vgl. o. V. 2015: Screenshots der Facebookgruppe, <https://linksunten.indymedia.org/image/171576.jpg> (14.7.2017).
- 23) Vgl. Ina Pallinger 2018: »Rechte Burschen – Seilschaften auf dem Weg in den Bundestag«, in: Alexander Häusler (Hg.): *Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD*, Hamburg: 85–92; hier: 85ff.
- 24) Vgl. Autonome Antifa Freiburg 2018: Korporierte in der AfD gründen Akademikerverband. Communiqué vom 27. Juli, <https://autonome-antifa.org/?article352> (15.12.2019).
- 25) Alexander Gauland 2016: »Rückbesinnung auf nationale Identität und Nationalstaat als Folge politischer Krisen«, in: *Burschenschaftliche Blätter*, Heft 2, [https://www.burschenschaft.de/burschenschaftliche-blaetter/ausgewaehlte-artikel.html?tx\\_k42cmp\\_cmp%5Baction%5D=show&tx\\_k42cmp\\_cmp%5Barticle%5D=77&tx\\_k42cmp\\_cmp%5Bcontroller%5D=Cmp&cHash=eb3c7a44d2f8484f1d2310694fd83ae8](https://www.burschenschaft.de/burschenschaftliche-blaetter/ausgewaehlte-artikel.html?tx_k42cmp_cmp%5Baction%5D=show&tx_k42cmp_cmp%5Barticle%5D=77&tx_k42cmp_cmp%5Bcontroller%5D=Cmp&cHash=eb3c7a44d2f8484f1d2310694fd83ae8) (15.12.2019).
- 26) »Spendenaufwurf der AfD« (2016), in: *Burschenschaftliche Blätter*, Heft 4.
- 27) Vgl. o. V. 2018: »Bundestagsabgeordnete aus den Reihen der Burschenschaften«, in: *Der Burschenschafter. Periodikum der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft*, Heft 1. 27–29.

*Dr. Alexandra Kurth ist Politikwissenschaftlerin an der Justus-Liebig-Universität Gießen und befasst sich seit vielen Jahren mit dem akademischen Rechtsextremismus.*

# Lust am Untergang – zur Situation der »Identitären«

*Die »Identitäre Bewegung« (IB) nimmt für sich selbst in Anspruch, Europas »am schnellsten wachsende patriotische Jugendbewegung« zu sein. Darüber hinaus behauptet sie, für »friedlichen Aktionismus« zu stehen und bewirbt ihr vermeintlich kreatives Image. Dem geht Lukas Wanke auf den Grund.*

Teilweise sprechen die Protagonist\*innen der IB auch davon, ein »68 von rechts« anzustreben. Tatsächlich kann schon die Selbstbezeichnung als »Bewegung« bezweifelt werden, denn über die 400 offiziell benannten Mitglieder hinaus macht kaum jemand mit – auch bei angekündigten »Großdemos« nicht. So gingen am 17. Juni 2017 in Berlin um die 500 Rechtsextreme zur IB-Demonstration, die am Ende aufgelöst werden musste. Im Juli 2019 waren es dann nur noch 150 Teilnehmer\*innen, die in Halle (Saale) mit ihrem Motto »Europa verteidigen – es bleibt unsere Heimat« vor der lokalen Zentrale blockiert wurden. Auch die Aktionen in Österreich fanden zum Beispiel bei einer Demonstration im April 2019 keine größere Resonanz, sondern 300 Rechtsextreme und 2.000 Gegendemonstrant\*innen.

## IB: Sammlung rechtsextremer Strömungen

Mit Blick auf die Mitglieder der IB wird deutlich, dass sie nicht als eine Bewegung bezeichnet werden kann, die Menschen politisiert und über einen harten Kern von Überzeugten hinausgeht. Wenn man sich die Gruppenstruktur in Halle ansieht, dem Ort, in dem sie eines ihrer Zentren haben, bietet sich ein realistischeres Bild der IB. Hier gehören ca. 30 Personen zum Umfeld der IB-Gruppe und zum angeschlossenen Hausprojekt. Gut 90 Prozent davon sind Männer und der überwiegende Teil der »Aktivisten« kommt aus bereits bestehenden rechtsextremen Strukturen bzw. ist dar-

über hinaus noch in anderen faschistischen Gruppen aktiv. Bundesweit hat die IB generell fast niemanden politisiert, sondern Protagonist\*innen und Mitläufer\*innen etlicher rechter Gruppen übernommen. Die meisten »Identitären« sind nicht etwa durch die rassistische und antisemitische Propaganda vom »Großen Austausch« oder durch das vergleichsweise moderne Auftreten der IB »geweckt« worden, sondern haben die rechtsextreme Ideologie in Studentenverbindungen, in Kameradschaften und in der NPD bereits für sich angenommen.

Diese politischen Vorerfahrungen der Mitglieder erklären auch, wie die IB recht schnell starten konnte. Es war nämlich nichts von einem Gründungsprozess zu merken und es gab seit der französischen Initiative zur Bildung der »Génération Identitaire« (GI) 2012 trotzdem erste Auftritte in Deutschland und Österreich. Am französischen Beispiel wird die Entwicklung hin zu den gegenwärtigen IB-Strukturen in Europa besonders klar, denn die GI ging direkt aus der Jugendorganisation einer faschistischen Partei hervor, die wegen eines Mordversuches am französischen Präsidenten zuvor verboten wurde. Parallel zur Geschichte der Struktur verlaufen dann auch die Geschichten der einzelnen Führungspersonen wie Martin Sellner. Die prominenteste Figur der IB in Österreich war vorher bereits Mitglied einer rechtsextremen Burschenschaft und hat noch früher Hakenkreuze auf Synagogen geschmiert. Ähnlich bruchlos verlaufen die Biografien der anderen IB-Kader. Diese haben darüber hinaus ihre Strukturerefahrungen in die neue Organisation gebracht und die IB im Sinne autoritärer Ideologie zu einer hierarchisch geführten Gruppe entwi-

ckelt. Berichte von der bereits erwähnten Demonstration in Berlin zeigen, dass es bei den Aufmärschen der IB eine strikte Marschordnung gibt und die angereisten Kader nach Regionen sortiert werden. Einen weiteren Beleg für die autoritäre Führung innerhalb der IB lieferte ein Leak von Strategiepapieren der schwäbischen Ortsgruppe, die nahelegten, dass bis zum Flyer alles von einer »nationalen Leitung« abgesegnet werden muss.

## Ideologie der IB: Völkisch gegen den »Großen Austausch«

Zur rechtsextremen Vorgeschichte und autoritären Organisationsstruktur kommt bei der IB eine faschistische Ideologie, die die Attraktivität für rechte Kader deutlich macht. Denn hier können sie ihre politische Tätigkeit bruchlos fortsetzen, ohne sich ernsthaft von ihrer Vergangenheit distanzieren zu müssen. Das »Neue« an der IB ist nicht ihre Ideologie, sondern die anfänglich recht häufige formale Distanzierung vom Begriff »Rassismus«. Insbesondere auf Stickers war in den vergangenen Jahren oft der Spruch »0 % rassistisch, 100 % identitär« zu lesen. In Texten und bei Auftritten folgten dann Ausführungen über die vermeintlich nicht-rassistische Position des »Ethno-Pluralismus«, der nicht rassistisch abwerte, sondern nur allen Kulturen bzw. Völkern ihren Platz auf der Welt geben wolle. Beliebt sind auch Vergleiche zwischen »den Europäern« und »den Indianern«, die beidseitig ihr Reservat bekommen müssten – das Reservat weißer Europäer\*innen wäre nach IB-Vorstellung dann eben der gesamte europäische Kontinent. In ihren eigenen Worten führen sie auf ihrer Homepage dazu Folgendes aus: »Unser Handeln richtet sich immer zunächst an der Liebe zur eigenen Heimat aus und betont dieses Recht auf Heimat, Kultur, Herkunft und Verwurzelung auch für das Fremde, dem wir gemäß unserem ethnopluralistischen Grundsatz respektvoll und anerkennend gegenüber treten.« Die von überzeugten Rassist\*innen gegründete und bestimmte IB hat nur einen Grund für



ihre formale Distanzierung: Die Vermarktung lief anfänglich nicht schlecht. Manche Medienvertreter\*innen bezeichneten die »Identitären« tatsächlich nicht als rassistisch, sondern als Gruppe junger, etwas konservativer Leute. Denn auch der Rassismus, der von der NPD vertreten wird, transportiert nicht den Anspruch die »Fremden« grundsätzlich zu vernichten oder zu unterwerfen – in jeder völkischen Gedankenwelt gibt es das »Recht auf Verwurzelung« und jedes so nach rassistischen Zügen konstruierte Zwangskollektiv kriegt »seinen Platz«, an dem es dann auch respektiert wird. Für die Vertreter\*innen des biologistischen Rassismus des 19. Jahrhunderts war dieser Platz auf die dienende Rolle im Kolonialsystem beschränkt und für die IB ist er in erster Linie außerhalb Europas. Diese »respektierende« Haltung macht deutlich, dass es zwischen Ethno-Pluralismus und Rassismus keinen Unterschied gibt – vor allem für diejenigen, die auf Basis zugeschriebener und nicht veränderbarer kultureller Merkmale nach Vorstellung der IB »remigriert« werden sollen.

Einige Kommentator\*innen haben allerdings darauf hingewiesen, dass man die Kritik an der IB nicht auf das von ihr gewählte rassistische Hauptthema beschränken sollte. Vielmehr zeigt sich in den dürftigen Veröffentlichungen ein geschlossenes völkisches, antisemitisches und sexistisches Weltbild, welches die »ethno-pluralistische« Abgrenzung nach Außen von gewalttätiger Umstrukturierung nach Innen begleitet wissen will. Die weiter oben zitierte Sympathie für »das Fremde« wird meist damit begründet, dass der wahre Feind ja eigentlich im Inneren stecke. Das IB-nahe

Spendenportal »Ein Prozent für unser Land« hat diesen Feind in der Person von George Soros entdeckt, der in einem von antisemitischem Geraune geprägten Artikel als »Staatsmann ohne Staat« bezeichnet wird. Etwas kreativer war dabei die halleische Ortsgruppe, die unter dem Namen »Kontrakultur Halle« zu den vermeintlich linksliberalen Eliten mit Blick auf den »Herrn der Ringe« und die politische Situation Mittelherdes Folgendes verlautbart: »Diejenigen, die die Menschen gegen die Heerscharen Mordors führen sollten, sind verstreut, oder verblendet wie Aragorn und Theoden, oder aber sie sind bereits zur Gegenseite übergelaufen, wie Saruman. Wir erkennen hier Parallelen zu unseren eigenen Eliten in Politik, Medien und Wirtschaft.« Auch wenn man über die völkischen Elemente in Tolkiens Werk durchaus diskutieren kann, sagt der gesamte Text über »Europäische Verteidigungsmythen« mehr über die IB aus als über die literarische Vorlage. Die identitäre Ideologie ist auf die antisemitische Verschwörungsideologie angewiesen, dass George Soros und seine Kumpan\*innen das Volk verblenden, entwurzeln und ablenken würden, denn sonst besänne sich ja jedes bereits auf seine eigene Identität. Da die Identität, die die IB erhalten will, angeblich an und für sich bereits existiere, muss es eine universalistische Verschwörung gegen die spezifischen Identitäten geben. In dem Begriff des »Großen Austauschs« haben sie die notwendige »Theorie« dazu gefunden, die die Annahme der planvollen Zerstörung der einheimischen Bevölkerung Europas zum Inhalt hat. Der Begriff stammt, wie fast alle »Theorien« und Vokabeln der IB, allerdings nicht von

den jungen Faschist\*innen selbst. Er stammt von Renaud Camus, der unter dem Originaltitel *Le Grand Remplacement* das Buch zur Modernisierung rechtsextremer »Umvolkungs«-paranoia geschrieben hat, welches von der sogenannten »Neuen Rechten« – zu der die IB und das Netzwerk um das »Institut für Staatspolitik« von Götz Kubitschek gezählt werden – seitdem populärisiert wurde. Die Gefährlichkeit dieser »Theorie« ist eigentlich klar, denn nach völkischer Vorstellung ist dieser planvolle Austausch jetzt gerade in Gang und in wenigen Jahren abgeschlossen. Als die französische GI ihr erstes Video veröffentlichte, bezeichnete sie sich als »letzte Generation«, in der die Menschen »ohne Migrationshintergrund« noch in der Mehrheit seien. Auch das Material der IB in Deutschland betont den zeitlichen und determinierten Faktor: Hier werden Aktionen gegen den »Großen Austausch« mit einer laufenden Sanduhr illustriert. Die Projektion einer bewusst böseartigen Elite und einer gerade laufenden Katastrophe, die danach nicht mehr umzukehren sei, macht das Ganze brandgefährlich. Diese Projektion entmenschlicht politischen Widerstand und plädiert für unmittelbare Handlung. Deshalb sollte es niemanden wundern, dass der Massenmörder von Christchurch nicht nur scheinbar Fan von Martin Sellner war, sondern seinem schrecklichen Manifest auch den Titel *The Great Replacement* gegeben hat. Er wollte diesen »großen Austausch« stoppen und sieht sich wohl auch heute noch als Held des »patriotischen Widerstands« dagegen – gleiches gilt für den Anschlag im texanischen El Paso. Offensichtlich hat auch der Attentäter von Halle an eine strukturgleiche

Verschwörungstheorie geglaubt und Jüdinnen und Juden für das vermeintliche Aussterben der Weißen und den Feminismus verantwortlich gemacht.

## Praxis der IB: Kult der Gewalt

Das passt darüber hinaus zu den in der IB gepflegten Heldenmythen, die die Untergangsstimmung noch verschärfen. So twitterte derselbe Martin Sellner, der vom Christchurch-Attentäter Spenden bekommen hat, beispielsweise den Spruch »Mishima und Todessehnsucht am morgen.:D« mit einem heroisierenden Bild des japanischen Faschisten Mishima Yukio, der sich nach einem gescheiterten Militärputsch im Jahr 1970 rituell selbst tötete und als moderne Version des Zerrbildes eines todesmutigen Samurais verklärt wird. Die Ortsgruppe in Halle erweiterte diesen Titel auf Dominique Venner, den sie zum europäischen Samurai verklärte. Dieser war bis zu seinem Selbstmord im Jahr 2013 im Inneren der Kirche Notre Dame de Paris, den er als Zeichen gegen Homosexualität und Einwanderung verstanden wissen wollte, Vertreter der französischen »Neuen Rechten« und früher Mitglied einiger rechtsterroristischer Organisationen. Es wird hier offenbar, dass die Untergangsszenarien der »Neuen Rechten« und der IB nach Gewalt rufen: Teilweise wird sie gegen sich selbst gerichtet, teilweise gegen andere – oder sie wird Teil der politischen Praxis als Gruppe. Für die deutsche Sektion der IB kann man deutlich sagen, dass physische Gewalt zum Alltag gehört und Angriffe auf Andersdenkende oder mutmaßliche politische Gegner\*innen nicht nur ohne Konsequenzen bleiben, sondern verteidigt werden.

Seit 2012 gab es verschiedene Verteidigungsstrategien der IB gegen den völlig berechtigten Vorwurf der Gewalttätigkeit. Früher wurde vor allem das eigene Image als »gewaltfrei, aktivistisch« etc. gepflegt. Im Moment ist zu beobachten, dass es vermehrt Versuche gibt, in Zusammenarbeit mit der AfD und dem Netzwerk der »Neuen Rechten« angeblich »linksextremistische Übergriffe« und den »Linksextremismus« an sich zu thematisieren. Im Zuge der gescheiterten IB-Demo im Juli 2019 in Halle wurden beispielsweise von IB-nahen Seiten aus verstärkt verschiedene Gerüchte über »linke Gewalt« veröffentlicht und es tauchen in der letzten Zeit immer mal wieder (meist erfolglose) Portale auf, die über »linke Netzwerke« aufklären sollen. Ich würde diesbezüglich die These aufstellen, dass die IB damit darauf reagiert, dass es für sie immer schwieriger wird, sich als »gewaltlos« zu verkaufen, da in den vergangenen Jahren nicht nur bürgerliche Medien, sondern sogar die Ämter für Verfassungsschutz die IB vermehrt als rechtsextrem kategorisiert haben. Mit ihrer neuen Strategie zur Dämonisierung antifaschistischer Akteur\*innen begleiten sie zudem die Kampagnen der AfD, die mit kleinen Anfragen und Anträgen ver-

sucht in den Parlamenten gegen demokratische und zivilgesellschaftliche Initiativen zu schießen.

## Zukunft der IB: Marketing für die AfD

Die IB ist nicht aus dem Nichts entstanden: Unter dem neuen Logo konnten sich hier Rechtsextreme zusammenschließen und versuchen, ihre völkisch-rassistische Ideologie zu popularisieren. Nach anfänglichen Erfolgen liegt dieser Versuch glücklicherweise in Trümmern. Ihre Inszenierung als jung, hip und intellektuell, die anfänglich verfangen konnte, weicht zurück vor dem Hintergrund ihrer rechtsextremen Theorie und Praxis. Inzwischen sind sie eher verschrien und ihre Aktionen, die – egal wie klein sie sind – stets über die sozialen Medien verbreitet werden, haben für viele Nachrichtenportale keinen Neuigkeitswert mehr. Verschiedene Löschnungen von IB-Kanälen auf Facebook haben diese Tendenz sicherlich noch verstärkt, obwohl andere Plattformen wie Twitter bis jetzt nicht nachzuziehen scheinen.

Es gibt allerdings keinen Anlass, die IB deshalb zukünftig zu ignorieren. Zum einen hat sie nur an Boden verloren, weil Antifaschist\*innen und kritische Journalist\*innen genau auf ihre Gefährlichkeit, auf ihr Neo-Nazi-Personal und ihre brutale Ideologie hingewiesen haben. Zum anderen darf man bei aller Lächerlichkeit der pseudo-heroischen rechten Inszenierung nicht vergessen, dass die »Identitären« mehr als nur symbolisch für die Rechtsverschiebung des politischen Alltags stehen. Die IB hat sich als Strömung innerhalb der extremen Rechten etabliert und ist Teil des wachsenden Netzwerks der »Neuen Rechten«, welches voll auf die Unterstützung einer faschistischen AfD setzt. Die »Identitären« machen inzwischen Werbesongs für die AfD, stellen einige Mitarbeiter\*innen für deren Abgeordnete und verbreiten ihre Propaganda. Da, wo die AfD keine Jugendstrukturen hat, ist die IB zur Stelle oder arbeitet woanders mit der »Jungen Alternative für Deutschland« zusammen. Auch wenn bis jetzt vor allem bereits organisierte Rechtsextreme erreicht wurden, sammelt die IB für die AfD nicht zu ignorierende Kapazitäten für die Öffentlichkeitsarbeit und schafft Orte, an denen AfD-Hetzer\*innen auftreten können. Dafür finanzieren AfD-Funktionär\*innen »neurechte« Tätigkeiten und geben beispielweise jahrelang relativ unbedeutenden Kameradschaftern ein Sprachrohr in den Parlamenten. Auch hier bietet Halle ein Beispiel: Für das Haus der IB war der hessische AfD-Abgeordnete Andreas Lichert als Verwalter tätig und dafür treten dort regelmäßig AfD-Politiker\*innen auf, das »Variété Identitaire« (bestehend u. a. aus Melanie Schmitz) macht Musik zur Wahl der AfD und die von der IB dominierte »Campus Alternative Halle« macht zusammen mit der AfD-Fraktion

in Sachsen-Anhalt Stimmung gegen die Studierendenschaften des Landes und prangert »Linksextremismus« in den Studierendenräten von Magdeburg und Halle an.

Man sollte sich die IB in Zukunft also weniger als eigenständige schlagkräftige Organisation vorstellen, denn die dafür notwendige Unabhängigkeit haben sie in den letzten Jahren zugunsten der AfD aufgegeben. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sie zunehmend als Marketingagentur und Vorfeldorganisation für die Partei tätig sein und ihr Netzwerk rechtsextremer Rapper, Social-Media-Leute und Merchandise-Verkäufer den Notwendigkeiten von Wahlkämpfen anpassen wird. Denkbar ist auch ein verstärktes Engagement an den Hochschulen, wo die AfD und ihre expliziteren Parteistrukturen bis jetzt daran gescheitert sind, koordiniert Einfluss zu nehmen. Da die »Identitären« sich explizit als akademisch inszenieren, sind Hochschulen in einigen Städten bereits Kulissen für verschiedene Aktionen (»Anti-68er-Aktion«) geworden. Dennoch kann hier nicht von einem kontinuierlichen Auftreten gesprochen werden. Zukünftig könnte die »Neue Rechte« hier für die AfD ein menschenfeindliches Potential aktivieren, welches es ja ohne Zweifel gibt und sich momentan in rechten Professoren zeigt, die bei Kubitschek in Schnellroda referieren oder Teil der Desiderius-Erasmus-Stiftung der AfD sind.

Letztendlich werden alle Antifaschist\*innen die »Identitären« genau beobachten müssen, um zukünftige Gefahren abschätzen zu können. Das müssen sie nicht etwa deshalb, weil die IB an sich stark wäre, denn das ist sie nicht und das sagen ihre rechten Kameraden inzwischen sogar selber. Von ihrem Anspruch eine Bewegung zu sein, ist sie meilenweit entfernt und viele ihrer Aktionen wirken nach anfänglichen Schrecken eher absurd. Sie ist aber trotzdem gefährlich und steht für etwas noch Gefährlicheres: Mit der IB gibt es eine faschistische Jugendorganisation, die in mehreren europäischen Ländern Ableger besitzt, straff geführt wird und eine Bekanntheit erreicht hat, von der die Jugendorganisation der NPD, einzelne Kameradschaften und traditionalistische Burschenschaften nur träumen konnten. Und sie ist aufs Engste mit einer AfD verbunden, die in allen Landesparlamenten und im Bundestag sitzt und für die sie Wahlwerbung macht, die durchaus Millionen von Klicks in den sozialen Medien erreichen kann. Deshalb ist eines klar: Sollte es in den nächsten Jahren tatsächlich zu Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und AfD kommen, dann wird die »Neue Rechte« – und somit die Schläger\*innen der »Identitären Bewegung« – ohne Zweifel mit am Tisch sitzen. Das gilt es zu verhindern.

---

*Lukas Wanke studiert Geschichte und Philosophie an der Universität Halle. Er arbeitet politisch im dortigen Studierendenrat.*

# Schwach aufgestellt

## Eine Bestandsaufnahme über AfD-Hochschulgruppen

**A**ngesichts der Einschätzung<sup>3</sup> von eher schwach aufgestellten Strukturen stellt sich die Frage: Wieso diese überhaupt in den Blick nehmen? Auch wenn die aktiven Gruppen wenige sind, so verweisen die vielen Versuche von Gründungen<sup>4</sup> und Wiederbelebung doch darauf, dass es einen Bedarf und ein Interesse von AfD-Anhänger\*innen und -Mitgliedern gibt ihre politischen Einstellungen an Hochschulen auszuleben. So »sind die Universitäten für die AfD ein wichtiges ideologisches Feld. Analog zum burschenschaftlichen Selbstverständnis sieht sie in ihnen prestigeträchtige, altherwürdige Institutionen, die eine künftige deutsche Elite hervorbringen sollen.«<sup>5</sup> Es ist also nicht davon auszugehen, dass sich das Phänomen in naher Zukunft von selbst erledigt.

Um dem sinnvoll begegnen zu können, ist es essentiell die Ideologie und Funktion dieser Gruppen zu kennen. Für beides wird versucht Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten. Daran anschließend soll in den Blick genommen werden, welche Faktoren die weitere Entwicklung beeinflussen, verbunden mit der Frage, welche Möglichkeiten des Umgangs es aus einer progressiven Perspektive gibt, mit Hochschulgruppen, die sich einer rechtsradikalen, nationalistischen Partei zugehörig fühlen.

### Überblick

Diese Hochschulgruppen unterscheiden sich teilweise stark hinsichtlich ihrer Aktivität, ihrer Kontakte zu lokalen AfD-Strukturen und ihrer Verbindungen in das burschenschaftliche und weitere rechtsradikale Milieu. Noch immer besitzen sie keine zentrale Vernetzung und Strategie, was sich auch an der uneinheitlichen Namensgebung zeigt. Von einem simplen »AfD-Hochschulgruppe« über »Junge Alternative Uni Kassel« zu »Campus Alternative« (z. B. Berlin, Bayern, Halle) bis hinzu Namen, die weniger offensichtlich sind, wie »Bund Freieiliger Studenten« in Kiel<sup>6</sup>, gibt es eine breite Auswahl. Campus Alternative scheint sich dabei langsam als ein einheitlicher Name durchzusetzen.

Die politischen Inhalte und die Zusammensetzung der Mitglieder der Hochschulgruppen verweisen auf eine Radikalisierung ähnlich wie die der Gesamtpartei in den letzten

*Während die Alternative für Deutschland (AfD) von Wahlerfolg zu Wahlerfolg schreitet und der völkisch-nationalistische<sup>1</sup> bis faschistische<sup>2</sup> Flügel innerhalb der Partei seine Macht konsolidiert, bleibt der politische Erfolg an Hochschulen noch aus. Das zeigt sich insbesondere an den der AfD nahestehenden studentischen Hochschulgruppen, die es bisher nicht geschafft haben sich bundesweit zu etablieren, ähnlich zu anderen parteinahen Gruppen, oder gar einen Bundesverband zu gründen. Fabian Bennewitz gibt einen Überblick über organisationspolitische Bemühungen der AfD an Hochschulen.*

Jahren. Nicht in der Form, dass das Radikale neu ist, sondern viel mehr dadurch, dass gemäßigtere Personen und Positionen immer weniger werden. So haben sich noch 2015 in Frankfurt und Freiburg Gruppen aufgelöst oder umbenannt infolge des Konflikts um Bernd Lucke und seine Anhänger, die den Machtkampf in der AfD damals verloren.<sup>7</sup> 2019 gibt es in mehreren Städten (bspw. in Passau oder Halle) Mitglieder, die gleichzeitig in völkisch-nationalistischen Burschenschaften oder bei der neonazistischen Identitären Bewegung (IB) aktiv sind.<sup>8</sup>

### Inhalte und Ideologie

Trotz oder sogar wegen einer Radikalisierung bleibt es Teil der Kommunikationsstrategie der Hochschulgruppen, sich selbst größtenteils als konservativ, bürgerlich und nicht offen rechtsradikal zu verkaufen. Laut Sara Entzberg sind sie sich bewusst, dass sie sich in den Universitäten und Hochschulen auf dünnem Eis bewegen und deswegen beispielsweise zu Nationalsozialismus und Geschichtsrevisionismus schweigen.<sup>9</sup>

Unterschiede bei Positionen und Programmen korrespondieren meist ganz schlicht mit Aktivität und Initiative der Gruppen, wobei es eher Ausdifferenzierungen der Kernthemenfelder sind als vielfältige politische Positionen. Doch welche inhaltlichen Schwerpunkte haben die verschiedenen Gruppen seit den ersten Gründungen gesetzt?

»Wo sie sich tatsächlich auf hochschulpolitische Strukturen und Themen einlassen, erklären sie, wie die AfD selbst, »die Etablierten« zum Feindbild.«<sup>10</sup>

Aus ihrer Sicht sind das die Studierendenvertretungen wie Stupa, Stura oder AStA, insbesondere die dort aktiven linken Gruppen, die häufig Mehrheiten in diesen Strukturen haben. Der Fokus auf linke studentische Vertreter\*innen rührt auch daher, dass sich diese häufig und meist schon sehr lange gegen rassistische Akteure in und um die Hochschule engagieren und damit eben auch gegen die AfD. Ihnen wird Intransparenz und Geldverschwendung vorgeworfen, genauso wie eine ideologische Verblendung. Dabei wird auch gerne mal negativ auf die Chiffre 1968 Bezug genommen, Joshua Schultheis schreibt dazu über die »Campus Alternative Berlin«:

»In typisch neurechter Manier werden die Umbrüche rund um das Jahr 1968 als fatale gesellschaftliche Fehlentwicklung und als der Beginn der linken Hegemonie in Wissenschaft und Kultur gedeutet. Es folgten 50 »Schreckensjahre« linker Gesinnungsdiktatur und der »Tyrannei von Postmodernisten«. Die »Campus Alternative« dagegen sieht sich in der Tradition der gefährdet geglaubten Aufklärung. Es gelte die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Forschung gegen »Denkverbote« und eine Ideologisierung von links zu verteidigen.«<sup>11</sup>

Sie haben mindestens insofern Recht, als »für die extreme Rechte Universitäten seit 1968 ein schwieriges Terrain [sind].«<sup>12</sup> Interessant ist die Widersprüchlichkeit, die sich in ihrer Argumentation zeigt, da einerseits mit der Vernunft gegen angeblich rein ideologisch motivierte Wissenschaft argumentiert und deren Abschaffung gefordert wird. Andererseits gerieren sich die Hochschulgruppen als Verteidiger und Kämpfer von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit.

Interessant ist, dass sie in Teilen damit inhaltlich sehr gut an die Debatten der letzten Jahre um angeblich bedrohte Meinungsfreiheit an Hochschulen anknüpfen können. Diese wird nicht nur von ganz rechts, sondern auch von konservativen und liberalen Kreisen gerne geführt, wenn mal wieder ein Professor wegen seiner Positionen von Studierenden scharf kritisiert wird und für manch eine\*n dann direkt das Grundgesetz auf dem Spiel steht, in völliger Verkehrung der realen Machtverhältnisse.<sup>13</sup> Da die

satzprogramm stehen hat.<sup>16</sup> Mit der Verleugnung patriarchaler Strukturen wird die Notwendigkeit für Feminismus verneint und alle Formen von Gleichstellungspolitik oder Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt abgelehnt. Studierendenvertretungen mit gesonderten Referaten für Gleichstellung, Frauen\* oder Feminismus betreiben in ihren Augen genauso unvernünftige Ideologie und Geldverschwendung wie Hochschulen, die eine Professur für Gender Studies eingeführt haben. Anti-

An der Hochschule »können sie ein Verbindungselement zwischen verschiedenen Rechten, vor allem zu Burschenschaften und der IB, darstellen.«<sup>19</sup>

Wenn sie auch keine hochschulpolitischen Erfolge feiern oder überhaupt Ambitionen hegen, so kann es aus ihrer Sicht schon alleine ein Ziel sein Präsenz zu zeigen und den öffentlichen Raum mit rechten Positionen einzunehmen.

Obwohl das Engagement einiger Gruppen und Mitglieder zeitlich relativ begrenzt ist, erfüllt es eine sehr praktische Funktion für die Partei, denn es »bringt Erfahrungen in Wahlkampf, Öffentlichkeitsarbeit, Bürokratie und Parlamentarismus. Damit fungiert die Hochschulpolitik als Zwischenschritt vom studentischen Verbindungsmilieu in die Parteipolitik und macht die AfD-Gruppen auch für Burschenschaften attraktiv.«<sup>20</sup> Nimmt man noch die hohen ideologischen Übereinstimmungen dazu, überraschen die vielen Überschneidungen von Verbindungsstudenten, meist Burschenschaftlern, und Mitgliedern der Hochschulgruppen nicht.

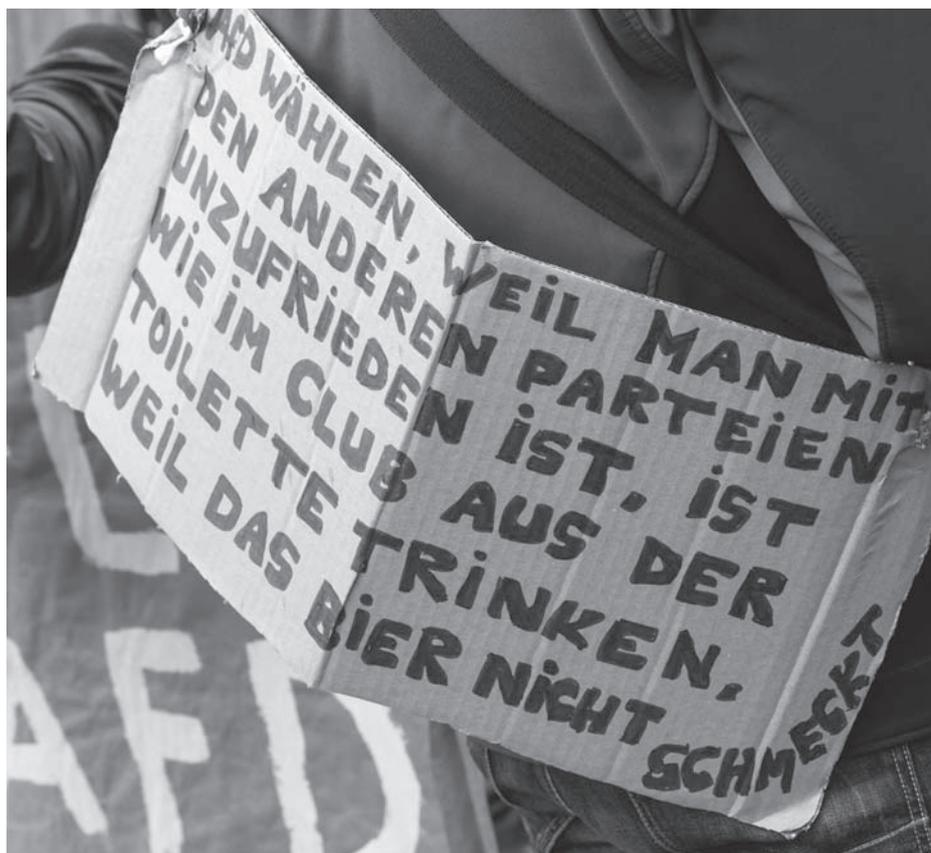
Damit erfüllen die Gruppen die Aufgabe von Mitgliederrekrutierung im akademischen rechten Milieu und stellen einen möglichen Personalpool dar für zukünftige Mitarbeiter\*innen der AfD. Seit dem Einzug in den Bundestag und in alle Landesparlamente gibt es viele Stellen zu vergeben. Teilweise ist die AfD dabei gar nicht hinterhergekommen, genug Leute zu finden, die bereit sind für eine Rechtsaußen-Partei zu arbeiten. Burschenschaftler und Verbindungsstudenten profitieren besonders von der Jobmaschine AfD. Sie haben große ideologische Überschneidungen, haben »in ihrer Aktiven-Zeit gelernt sich in hierarchische Strukturen einzufinden« und »viele bringen ein persönliches Netzwerk von Gleichgesinnten mit.«<sup>21</sup>

Erfolgreicher funktioniert das in Österreich, wo »sich die akademische Rechte als wichtigstes Standbein der parlamentarischen Rechten etabliert [hat], wie die ideologischen und personellen Überschneidungen von »Freiheitlicher Partei Österreichs« (FPÖ) und Burschenschaften zeigen.«<sup>22</sup> Die Verbindungen und Überschneidungen zwischen Burschenschaften und der Schwesterpartei der AfD sind aber bedeutend ausgeprägter als in Deutschland, sowohl qualitativ als auch quantitativ.

Spannend ist es, neben einer Bestandsaufnahme der aktuellen Situation vor allem der Frage nachzugehen, wie sich das Verhältnis von AfD-Hochschulgruppen, AfD, Hochschulen, Studentenverbindungen und anderen rechten Akteuren potenziell entwickeln wird.

## Umgang und Ausblick

Auch wenn größere Erfolge bisher ausgeblieben sind und es noch an etablierten Strukturen mangelt, so hat doch die Rekrutierung von neuen Mitgliedern und Kadern



Hochschulgruppen eine sehr kritikwürdige Partei repräsentieren, verwundert es nicht, dass sie eine akademische Version des »Das wird man doch wohl noch sagen dürfen!« vertreten, die mit dem Wunsch verknüpft ist, doch bitte nicht für das Gesagte Widerspruch oder gar Protest zu erfahren.

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt liegt im Antifeminismus<sup>14</sup>, den viele AfD-nahe Hochschulgruppen vertreten, hier am Beispiel der »AfD-Hochschulgruppe Kassel«: »Ansonsten stört sie sich an Gender-Studies und diskriminierungsfreier Sprache, insbesondere die Umbenennung von »Studentenwerk« in »Studierendenwerk« ist ihr ein Dorn im Auge – alles Positionen, die auch vom CDU-Studentenverband »Ring Christlich-Demokratischer Studenten« stammen könnten.«<sup>15</sup>

Die Kritik bis meist komplette Ablehnung der Gender Studies haben die Gruppen dabei mit der Gesamtpartei gemein, die die Forderung nach Abschaffung dieses breiten Wissenschaftsfelds sogar in ihrem Grund-

feminismus stellt eine wichtige ideologische Schnittmenge in der gesamten deutschen Rechten dar, die auch ins konservative Lager reicht<sup>17</sup>:

»Mit den Studentenverbindungen haben die Hochschulgruppen noch etwas gemeinsam: Den autoritären Wunsch nach einem deutschen Nationalismus. [...] Dem Feminismus – ihrem Sinnbild für die linke Dominanz – werden die traditionellen Werte und Strukturen der Burschenschaften und der Bezug auf ein deutsches Kollektiv entgegengestellt.«<sup>18</sup>

## Funktion und Rolle

Es ist davon auszugehen, dass es vielen AfD-Hochschulgruppen eher um die Hochschule als Raum denn um alltägliche Hochschulpolitik geht. Nicht alle beziehen sich konkret auf die Hochschulen und Universitäten und sind eher eine Verlängerung der örtlichen JA als eine eigenständige Struktur.

funktioniert, und es haben sich an verschiedenen Orten Netzwerke gebildet, die nicht sofort wieder verschwinden werden.

Für das bisher eher schwache Auftreten der Hochschulgruppen gibt es unterschiedliche Gründe, einer ist sicherlich, dass Hochschul- und Bildungspolitik nicht wirklich im Fokus der AfD stehen und dass diese Themen in Wahlkämpfen und bei der Anhängerschaft kaum eine Rolle spielen. Selbst die niedrigrschwelligeren und schon angesprochenen Aspekte von politischer Präsenz und Nachwuchsrekrutierung im Bereich Hochschule scheinen bisher keine große Priorität in der Partei zu haben. Dies kann sich in Zukunft jedoch ändern und ein bundesweites zentrales Konzept für Hochschulen und Hochschulgruppen ist denkbar. Die Initiative dazu wird vermutlich eher von den Aktiven und Ehemaligen in Hochschulgruppen ausgehen als von höheren Rängen in der Partei. Sehr konkret zu einer möglichen Koordination auf Bundesebene äußert sich Christoph Lehmann von der Campus Alternative Halle im Mai 2019 in einem Interview mit dem neurechten Vernetzungsprojekt und Magazin *Arcadi*:

»Langfristig ist durchaus geplant, dass sich die einzelnen Hochschulgruppen der Campus Alternative als ein Verband zusammenschließen. Damit dies gelingt, brauchen wir aber die notwendigen Mitglieder und Strukturen. Dies wird wahrscheinlich noch einige Jahre dauern. Zurzeit konzentriert man sich daher auf die Hochschulorte, die bereits über diese notwendigen Mitglieder und Strukturen verfügen.«<sup>23</sup>

Das verdeutlicht, dass diese Ambitionen längst nicht aufgegeben wurden. Inwiefern es funktionieren wird, dass sich AfD-Hochschulgruppen als feste Größe der akademischen Rechten etablieren, hängt von verschiedenen Faktoren ab, die im Folgenden umrissen werden. Grob geht es darum, wie sehr die eigenen Ressourcen auf ein solches Projekt, vor allem langfristig, verwendet werden und wie stark der Gegenwind ist, der dem entgegenschlägt. Offensichtlich steht beides in einem Verhältnis und ist nicht völlig schematisch getrennt voneinander zu betrachten.

## Eigene Strukturen und Initiative

Auch wenn sich aktuell der wahlpolitische Erfolg der AfD noch verhältnismäßig wenig an Hochschulen zeigt, so ist doch davon auszugehen, dass er langfristig die Hochschulgruppen stärken bzw. sie noch stärker hervorbringen wird. Ein Dambruch in vielerlei Hinsicht wäre eine Regierungsbeziehung der AfD mit der CDU auf Landesebene, da sich eine Hochschulgruppe einer Regierungspartei mit einem ganz anderen Selbstbewusstsein präsentieren dürfte und stärkeren Rückhalt zu erwarten hätte. Da die bildungspolitische Schnittmenge beider Parteien groß ist, würden sich Politikvorstellungen der AfD und ihrer Hochschulgruppen vermutlich sehr direkt auf die

Hochschulen auswirken – viel mehr als das über studentische Vertretungen je möglich wäre.

Mit Denunziationsportalen für Lehrer\*innen und Professor\*innen sowie kleinen Anfragen in Landtagen zu Studierendenvertretungen sind die Landtagsfraktionen bisher teilweise der größere Störfaktor für die von ihnen ausgemachten Gegner\*innen im Hochschulbereich.<sup>24</sup> In einem strategischen Vorgehen von Hochschulgruppen und Landtagsfraktionen könnte sich von inner- und außerhalb der Hochschulen am politischen Gegner abgearbeitet werden, um den Raum für eigene Positionen zu vergrößern.

Die akademische Rechte und ihre Vertreter\*innen können und müssen erst einmal auf Zeit spielen. Einerseits wurde seit dem Entstehen der ersten AfD-nahen Gruppen einiges an praktischer Erfahrung gesammelt und es sind diverse Netzwerke entstanden, in denen diese Erfahrung teilweise weitergegeben wird, so dass nicht immer wieder komplett von vorne begonnen werden muss.<sup>25</sup> Noch scheint es, dass die meisten Gruppen »aufgrund des fehlenden Dachverbandes oftmals auf erfahrene und gut vernetzte Führungsfiguren angewiesen sind.«<sup>26</sup> Wenn nun nach und nach die ersten Jahrgänge an Nachwuchskadern von den Hochschulen in Parteiposten und -jobs kommen, wird das Netzwerk vor allem an Ehemaligen größer.

Ein ganz anderes Ausmaß werden die Netzwerke bekommen, wenn sich AfD-nahe Bundes- und Landesstiftungen etablieren und über staatliche Gelder verfügen<sup>27</sup>, aktuell sind diese noch im Aufbau. Diese Stiftungen werden in mehrfacher Hinsicht hilfreich sein für die Etablierung rechter Strukturen und Netzwerke. Vor allem wenn sie Stipendien vergeben können, die wie bei allen anderen parteinahen Stiftungen aus Steuergeldern finanziert werden:

»Die Stipendiaten bilden Netzwerke, nach ihrem Studium machen sie oft Karriere, bekommen einflussreiche Jobs. Die Studienwerke mit ihren aktuellen und früheren Stipendiaten seien intellektuelle Zentren in ihren jeweiligen Communities.«<sup>28</sup>

Neben der Funktion als rechte Kaderschmiede werden sie außerdem eine weitere Schnittstelle zwischen AfD, Burschenschaften und weiteren Akteuren der »Neuen Rechten« sein. So sitzt etwa Erik Lehner mit im Vorstand der Desiderius-Erasmus-Stiftung, der Geschäftsführer des »Instituts für Staatspolitik«, welches sich schon jetzt als Think Tank der »Neuen Rechten« versteht und bei deren Tagungen Mitglieder des völkisch-nationalistischen Flügels in der AfD, von Burschenschaften und der IB aufeinandertreffen. Das deutet auch darauf hin, dass so wie in anderen Bereichen der Partei »der Flügel« auch bei den Stiftungen einen erheblichen Einfluss hat. Mit einer Stiftung lassen sich studentische Gruppen an den Hochschulen nochmal auf einem anderen Level unterstützen und aufbauen.

## Gegenwind

Neben dem Blick auf die Hochschulgruppen, die AfD und das Umfeld beider ist es für die zukünftige Entwicklung relevant zu schauen, wie die Kritik und der Umgang mit ihnen aussah.

An quasi allen Standorten, an denen Gruppen entstanden sind, haben sich vor allem linke und progressive Zusammenschlüsse von ihnen distanziert oder sich aktiv gegen sie gestellt. Die bisherigen Erfahrungen in den Studierendenräten/ -parlamenten sind gering, da nur an wenigen Orten überhaupt zur Wahl angetreten wurde und bisher nur eine einstellige Anzahl an gewonnenen Sitzen insgesamt bundesweit bekannt ist. Teils gab es eine kategorische Ausgrenzung, anderswo haben alle Anträge auf inhaltlicher Basis keine Chancen auf Mehrheiten gehabt und teilweise sind die Vertreter der AfD-Hochschulgruppen gar nicht zu Sitzungen aufgetaucht. Demgegenüber steht, dass es an einigen Standorten teilweise deutlich stärkeren Protest gegen führende AfD-Politiker\*innen gab, die in irgendeiner Form an Hochschulen eingeladen waren. Das deutet darauf hin, dass die Hochschulgruppen trotz der eindeutigen Zugehörigkeit zur AfD als weniger gefährlich oder radikal eingeschätzt werden als ihre bekannten Vertreter\*innen. Teilweise korrelieren die Unterschiede im Umgang auch weniger mit der (wahrgenommenen) Radikalität der rechten Akteure selbst als vielmehr mit der Zusammensetzung und Stärke der vor Ort aktiven linken Gruppen.

In einigen Städten sind die Hochschulgruppen im Radar antifaschistischer Recherchestrutturen<sup>29</sup>, die meist als erste offengelegt haben, welche Überschneidungen es teilweise zwischen Hochschulgruppen, Burschenschaften, Studentenverbindungen, IB oder anderen rechtsradikalen Gruppen gibt. Es ist davon auszugehen, dass sowohl die Ablehnung und der Protest durch Teile der Studierendenschaft als auch antifaschistische Outings und andere Aktionen die Arbeit in einer eindeutig AfD-nahen Gruppe weniger attraktiv gemacht haben für die Aktiven und die Studierenden, die mit den Inhalten sympathisieren, aber sich noch nicht engagiert haben. So ordnete die AfD 2017 selbst in einem internen Strategiepapier antifaschistischen Widerstand und Protest im Wahlkampf als eine ihrer Schwächen ein. Eine klare Abgrenzung oder Gegnerschaft zur AfD und ihren Hochschulgruppen ist jedoch nicht zwangsläufig bei einem Großteil der Studierenden und noch weniger bei anderen Hochschulangehörigen zu vermuten, vor allem wenn sich Personen als neutral oder unpolitisch verstehen. Vor allem Instituts- oder Hochschulleitungen tun sich meist schwer in ihrem Umgang mit eindeutig rechten Akteuren und agieren eher heterogen. Für sie trifft in der Regel ein Selbstverständnis als politisch neutrale Institution auf eines als Ort der Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Toleranz und Offenheit, wodurch sich scheinbare und tatsächliche Wi-

dersprüche ergeben. Das Marburger Institut für Politikwissenschaft hat sich in einer Erklärung mit dem Titel »Für freie Wissenschaft in einer demokratischen Gesellschaft« sehr eindeutig gegen rechte Akteure und Positionen ausgesprochen.<sup>30</sup> An der Universität Passau gibt es ein Hin und Her. Erst wurde die »Campus Alternative Passau« aus dem Register der Hochschulgruppen gestrichen, nachdem ihr Vorsitzender sich nicht von neonazistischen Inhalten distanzieren wollte.<sup>31</sup> Nachdem dieser abtrat, bekam die Gruppe ihre Akkreditierung wieder.<sup>32</sup> In den meisten Fällen haben sich Hochschulleitungen gar nicht zu AfD-Hochschulgruppen geäußert, was manchmal auch schlicht mit deren kurzer Aktivität und der daraus folgenden geringen Relevanz zu tun hat.

Die Etablierung und der Ausbau von AfD-Hochschulgruppen in Zukunft wird einerseits davon abhängen, welchen Fokus die Partei und deren Umfeld darauf legen und ob sie es schaffen eine bundesweite Struktur zu schaffen. Andererseits bleibt offen, inwiefern es ihnen gelingt sich als angeblich harmlose Konservative zu präsentieren und wie der Gegenwind ausfällt, der ihnen entgegenschlägt.

Ich persönlich vertrete die Meinung, dass einer Partei, deren Vertreter\*innen in ihrer Rhetorik den Wunsch nach Ausgrenzung, Unterdrückung, bis zur Vernichtung von Menschen zum Ausdruck bringen, kein Raum gelassen werden darf im öffentlichen, politischen oder wissenschaftlichen Bereich. Mit rechtsradikalen Kadern und ihrem Nachwuchs gibt es nichts zu diskutieren. Sie als einen weiteren politischen Akteur unter vielen zu behandeln, verharmlost meiner Meinung nach ihre menschenfeindlichen Positionen und die Gefahr, die von ihnen ausgeht.<sup>33</sup>

## Anmerkungen

- 1) In diesem Text wird bewusst der Begriff »Rechtsextremismus«, der auf die Extremismustheorie verweist, nicht benutzt. Zur Kritik an Theorie und Konzept: »für sozialwissenschaftliche Analysen ist es ohne Nutzen. Es führt nicht zu neuen Erkenntnissen, es verhindert sogar differenzierte Einsichten in die komplizierte Welt gesellschaftlich-politischer Sachverhalte. Denn der Extremismusbegriff beruht auf zweifelhaften Annahmen, zwingt völlig unterschiedliche Untersuchungsobjekte in eine Schublade, betreibt Schwarz-Weiß-Malerei und wird auch durch seine Eindimensionalität der komplexen Wirklichkeit nicht gerecht. Daher zählt das Extremismuskonzept auch nicht zum Standard sozialwissenschaftlicher Forschung.« (vgl. Richard Stöss 2015: »Kritische Anmerkungen zur Verwendung des Extremismuskonzepts in den Sozialwissenschaften bpb«. bpb.de. 29. Januar 2015. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200099/kritische-anmerkungen-zur-verwendung-des-extremismuskonzepts-in-den-sozialwissenschaften>). Weitere Kritiken an der Extremismustheorie: Barbara Dunkel, Christoph Gollasch, Kai Padberg (Hg.) 2019: *Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen – Sammelband zur Konferenz »Nicht zu fassen: Das Extremismuskonzept und neue rechte Bewegungen«, 9. und 10. Juni 2017*, Universitätsverlag der TU Berlin, Berlin und Eva Berendsen, Katharina Rhein und Tom David Uhlig 2019: *Extrem unbrauchbar über Gleichsetzungen von links und rechts*, Berlin.

- 2) »Mit der Rehabilitation Höckes ist die AfD faschistoid, denn die Tendenz in der AfD geht in Richtung Höcke, also Faschismus.« (Andreas Kemper 2018. »Björn Höckes faschistischer Fluss – Der völkische Machiavellismus des AfD-Politiklers«, in: *graswurzelrevolution (blog)*. 1. September 2018. <https://www.graswurzel.net/gwr/2018/09/bjoern-hoeckes-faschistischer-fluss/>).
- 3) »Hochschulpolitische Erfolge gab es für die AfD-nahen Gruppen aber weder in der Vergangenheit, noch sind sie in naher Zukunft in Aussicht.« (Sara Entzberg 2018: »Nachwuchs aus den Universitäten«, in: *der rechte rand*, Nr. 170 (Januar).
- 4) Alleine »Zwischen April 2013 und Dezember 2016 wurden an 26 Standorten solche Studierendenvereinigungen gegründet.« (Sara Entzberg 2018. [siehe Fn. 3]).
- 5) Ebd.
- 6) Vgl. ebd.
- 7) Siehe Lucius Teidelbaum 2016: »Kein Kampf um den Campus«, in: *der rechte rand*, Nr. 162 (September).
- 8) Siehe Infoticker Passau. 2019: »AfD-Hochschulgruppe »Campus Alternative« wieder an der Universität Passau«, *Infoticker Passau (blog)*. 12. Oktober 2019. <https://www.infoticker-passau.org/node/413>. und Kickthemout 2019. »Campus Alternative ist auch 2019 keine Alternative!« *Kick them out! (blog)*. 13. Mai 2019. <https://kickthemout.no-blogs.org/post/2019/05/13/campus-alternative-ist-auch-2019-keine-alternative/>.
- 9) Sara Entzberg 2018. (siehe Fn. 3).
- 10) Ebd.
- 11) Joshua Schultheis 2019a. »Für Vernunft und gegen Linke«, hg. von GEW Berlin, in: *bbz – Berliner Bildungszeitschrift*, Nr. 04 / 2019 (April). [https://www.gew-berlin.de/22112\\_22884.php](https://www.gew-berlin.de/22112_22884.php). In der Pressemitteilung aus der ein Teil der Zitate stammt wird es fast schon satirisch: »Seit 50 Jahren geht ein Gespenst um an der Freien Universität, das Gespenst des Kommunismus.« (Campus Alternative Berlin 2018: »Freie Universität zu Berlin: Stellungnahme zur Pressemitteilung des AStAs der FU vom 6.12.2018«).
- 12) Weiter: »Die Versuche der NPD mit dem »Nationalen Hochschulbund« und der »Republikaner« mit dem »Republikanischen Hochschulverband« blieben marginal und scheiterten nach einiger Zeit. Auch unabhängige rechte Hochschulgruppen wie der »Ring freiheitlicher Studenten« oder der »Gesamtdeutsche Studentenverband« gehören schon länger der Vergangenheit an.« (Lucius Teidelbaum 2016: »Kein Kampf um den Campus«, in: *der rechte rand*, Nr. 162 (September). <https://www.der-rechte-rand.de/archive/1617/kein-kampf-um-den-campus/>).
- 13) »Hochschulen geben sich große Mühe, die Freiheiten ihrer Professor\*innen zu verteidigen, mit Worten und bisweilen auch mit der Polizei. Gut besoldet und häufig auf Lebenszeit berufen, genießen Professor\*innen erhebliche Macht in ihrem unmittelbaren beruflichen Umfeld. Der Zugang zu größeren Bühnen als dem eigenen Hörsaal steht ihnen zusätzlich offen.« (Daniél Kretschmar 2019: »Meinungsfreiheit an Universitäten: Der Feind in deinem Hörsaal«, in: *Die Tageszeitung: taz*, 18. November 2019, Abschn. Wissenschaft. <https://taz.de/15638144/>).
- 14) Antifeminismus wird hier verwendet als ein Oberbegriff für geistige, gesellschaftliche, politische, religiöse und akademische Strömungen und soziale Bewegungen, die sich gegen den Feminismus bzw. einzelne, mehrere oder sämtliche feministische Anliegen, Geschlechter-/Genderforschung, Frauen\*bewegungen oder universale Geschlechter-/Gendergleichheit wenden.
- 15) Lucius Teidelbaum 2016 (siehe Fn. 7).
- 16) Alternative für Deutschland (AfD) 2016: »Programm der Deutschland. – Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland.«: 103.
- 17) Siehe Tanja Gäbelein 2019. »Der Feind meines Feindes ist mein Feind«, in: *Feindbild Emanzipation – Antifeminismus an der Hochschule*, hg. von AStA Uni Frankfurt, 16–21. Frankfurt am Main. <https://asta-frankfurt.de/mitmachen/campussexismus/feindbild-emanzipation-antifeminismus-hochschule>.
- 18) Sara Entzberg 2018. (siehe Fn. 3).
- 19) Ebd.
- 20) Ebd.
- 21) Kilian Behrens 2019: »»Alte Herren« für Deutschland – Die Rolle von Korporierten in den Parlamenten«, in: *LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen*, Nr. #76 (Herbst): 17–20.
- 22) Sara Entzberg 2018. (siehe Fn. 3).
- 23) Arcadi Staff 2019. »Interview mit der Campus Alternative Halle«, in: Arcadi (blog). 14. Mai 2019, <https://arcadi-online.de/interview-mit-der-campus-alternative-halle/>.
- 24) »Die größere Gefahr für die studentische Selbstverwaltung in Berlin sei bisher allerdings die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und nicht die ihr nahestehende Hochschulgruppe gewesen. Der AfD-Abgeordnete Martin Trefzer hatte im Januar 2018 in einer Anfrage an den Senat die Namen aller AStA-Referent\*innen der großen Berliner Universitäten der letzten zehn Jahre sowie weitere Details und persönliche Daten aus diesem Zeitraum erfragt, was vielfach als Einschüchterungsversuch gegenüber linkspolitisch aktiven Studierenden gewertet wurde.« (Joshua Schultheis 2019a)
- 25) Ein konkretes Beispiel dafür ist David Eckert, der die »Campus Alternative Düsseldorf« 2014 mit gründete, für sie im dortigen Studierendenparlament saß, in der Jungen Alternative NRW aktiv war, 2017 nach Berlin ging und zum Vorsitzenden der »Jungen Alternative Berlin« gewählt wurde. Dort half er 2018 Studenten der Freien Universität bei der Gründung der »Campus Alternative Berlin« und präsentierte sich mit ihnen auf dem Gründungsfoto.
- 26) Sara Entzberg 2018. (siehe Fn. 3).
- 27) »Ihr winken so Jahr für Jahr zweistellige Millionenbeträge für Bildung, Wissenschaft, Publizistik sowie Studien- und Promotionsstipendien – etwa 70 Millionen Euro könnten es pro Legislaturperiode werden, sagen ExpertInnen.« (Ernst Kovahl 2018. »Ideenschmiede? der AfD«, in: *der rechte rand*, Nr. 174 (September). <https://www.der-rechte-rand.de/archive/4067/ideenschmiede-der-afd/>).
- 28) Claudia van Laak 2019: »Religiöse Studienwerke – Jüdisch-muslimische Kooperation gegen AfD-nahe Stiftung«, Deutschlandfunk. 9. Dezember 2019. [https://www.deutschlandfunk.de/religioese-studienwerke-juedisch-muslimische-kooperation.680.de.html?dram:article\\_id=465414](https://www.deutschlandfunk.de/religioese-studienwerke-juedisch-muslimische-kooperation.680.de.html?dram:article_id=465414).
- 29) Z. B. Düsseldorf Rechtsaußen, Kick them out! (Halle), *Infoticker Passau*.
- 30) »Zur Demokratie gehört konstruktiver Streit. Menschenverachtende und faschistische Positionen können allerdings nicht Teil eines solchen Streits sein. Demokratie ist nicht auf Verfahren zu reduzieren. Als gemeinsame Selbstbestimmung freier und gleicher Menschen über ihre Geschicke und ihre Geschichte ist sie fundamental unvereinbar mit Ideologien der Ungleichheit und der Menschenfeindlichkeit, die Einzelne oder Gruppen abwerten, ausgrenzen und entrechten« (Institut für Politikwissenschaft Philipps Universität Marburg 2019).
- 31) Siehe Maximilian Huber 2018: »»Campus-Alternative«: Weder Räume, noch Hochschulgruppenstatus« in: *Campus Crew – Dein Uniradio (blog)*, 26. September 2018. <https://campuscrew-passau.de/campus-alternative-weder-raeume-noch-hochschulgruppen-status/>.
- 32) Siehe *Infoticker Passau* 2019
- 33) »dass die AfD gefährlicher ist, als die NPD je war: Während Letztere immer eine marginalisierte Splitterpartei blieb, hat die AfD mittlerweile erhebliches politisches Gewicht, das in den nächsten Jahren nicht geringer werden dürfte.« (Floris Biskamp 2019. »Rechtsextreme Matrjoschka-Puppe«, in: *Die Tageszeitung: taz*, 9. Dezember 2019).

*Fabian Bennewitz studiert Politikwissenschaften am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Er engagiert sich auf verschiedenen Ebenen der Hochschulpolitik. Das waren u. a. Fachschaftsinitiative, Gremien und Kommissionen der akademischen Selbstverwaltung und sind Studierendenparlament und Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA).*

# Berlin: Alleingang für die AfD

## Über den Umgang der HU Berlin mit einer Anfrage der AfD

Wenn die Alternative für Deutschland (AfD) anklopft, steht zumindest die Humboldt-Universität zu Berlin (HU) nicht geschlossen zusammen. Im Januar 2018 stellte der AfD-Abgeordnete Martin Trefzer eine schriftliche Anfrage an die Landesregierung von Berlin (Senat von Berlin). Daraufhin verklagte die Präsidentin der HU, Sabine Kunst, im Juli 2018 ihre eigene Studierendenvertretung, den sogenannten Referent\_innenrat (RefRat). Mit seiner Anfrage wollte Trefzer herausfinden, wer in den letzten zehn Jahren an den drei Berliner Universitäten – Freie Universität (FU), Technische Universität (TU) und HU – in der Studierendenvertretung aktiv war. Eine solche Liste könnte über 1.000 Namen enthalten.

Es drängt sich die Frage auf, welches Ziel Trefzer und seine Partei mit ihrer Anfrage und der Namensliste verfolgen. Der RefRat arbeitet zum Beispiel zu den Themen Feminismus und Antifaschismus und dürfte damit zum erklärten Feindbild der AfD gehören. Der Verdacht liegt deshalb nahe, dass es bei der Anfrage und der Namensliste nicht nur um Transparenz geht, sondern auch um Einschüchterung.

Es drängt sich die Frage auf, welches Ziel Trefzer und seine Partei mit ihrer Anfrage und der Namensliste verfolgen. Der RefRat arbeitet zum Beispiel zu den Themen Feminismus und Antifaschismus und dürfte damit zum erklärten Feindbild der AfD gehören. Der Verdacht liegt deshalb nahe, dass es bei der Anfrage und der Namensliste nicht nur um Transparenz geht, sondern auch um Einschüchterung.

Transparenz gibt es an der HU durchaus: Die Mitglieder im RefRat werden von einem Studierendenparlament (StuPa) gewählt. Der RefRat tagt öffentlich, das StuPa auch. Jedes Mitglied der HU hat die Möglichkeit, die Protokolle der Sitzungen des StuPa einzusehen. Auch die Präsidentin der HU. Die Studierendenvertretung bleibt trotzdem komplex und dürfte sich Erstsemestern und Laien nur schwer erschließen. Welches Risiko eine Namensliste tatsächlich darstellen kann, zeigt folgendes Beispiel: Im Jahr 2011 wurde bekannt, dass im Kontext der Ermittlungen gegen den NSU-Komplex ein Datenträger mit einer ausführlichen Namensliste sichergestellt wurde. Die Namensliste soll rund 10.000 Einträge umfassen. Betroffen sind zum Beispiel Aktive aus Kirchen, Parteien und Vereinen.

Das Berliner Bündnis gegen Rechts stellt fest, dass die AfD ihre Mandate nutzt, um systematisch Informationen über politische Gegner\*innen zu sammeln. Ziel sind hier

*2018 entwickelte sich an der Humboldt-Universität Berlin ein Konflikt zwischen der Hochschulleitung und der studentischen Vertretung, dem Referent\_innenrat (RefRat).*

*Hintergrund war eine parlamentarische Anfrage der Berliner AfD, in der unter anderem die Klarnamen aller Berliner AStA-Referent\*innen der letzten Jahre verlangt wurde. Die Leitung der HU verklagte in der Folge den RefRat auf Herausgabe der Daten – offenbar auf Weisung des Berliner Senats. Auch wenn diese Weisung im Sommer 2019 zurückgezogen wurde, steht die Auseinandersetzung beispielhaft für die Frage: Wie umgehen mit Einschüchterungsversuchen von rechts? Deshalb dokumentieren wir hier einen Beitrag von Daniel Gaittet für das Hochschulinformationbüro der IG Metall von September 2018.<sup>1</sup>*

nicht nur Studierendenvertretungen, sondern zum Beispiel auch Kirchen, Gedenkstätten, Träger der Jugendarbeit und Gewerkschaften.

Es ist hinreichend belegt, dass zumindest Teile der AfD Verbindungen zur extremen Rechten unterhalten. Wenn sich jetzt die AfD in Berlin mit der Erstellung von Namenslisten beschäftigt, sollte das stutzig machen. Liegt eine solche Namensliste einmal vor, kann nicht mehr kontrolliert werden, an wen sie mit welchem Ziel weitergegeben wird. Für die Betroffenen kann sich daraus eine konkrete Gefahr ergeben.

Der Senat von Berlin bearbeitete die Anfrage von Trefzer und führte eine Interessenabwägung durch. Dabei wurden zwei Fälle unterschieden. Die Namen von Personen, die in der Vergangenheit in der Studierendenvertretung aktiv waren, sollen nicht veröffentlicht werden. Hier greife der Datenschutz.

Anders verhält es sich mit den Namen von Personen, die gegenwärtig in der Studierendenvertretung aktiv sind. Die vom Senat von Berlin getroffene Interessenabwägung fällt hier anders aus. Folglich wurden die Studierendenvertretungen aufgefordert, Auskunft zu erteilen. Sprich: Eine Namensliste zu erstellen.

Keine der angefragten Studierendenvertretungen ist dieser Aufforderung nachgekommen. Das ist weder ein Verbrechen noch eine Straftat. Es könnte aber die Missachtung einer Verordnung sein. Ein Vorgang, der an Hochschulen und Universitäten durchaus häufiger vorkommen soll, zum Beispiel, wenn die Einladung zu einer Sitzung nicht fristgerecht erfolgt oder eine Prüfungsordnung missachtet wird.

Als Kompromiss haben die Studierendenvertretungen angeboten, ihren Präsidien (Hochschulleitungen) entsprechende Namenslisten vorzulegen. Allerdings mit der Bedingung, dass diese nicht an die AfD weitergegeben werden dürfen. An der FU und TU konnte so eine Einigung erzielt werden. Die Präsidien haben eine vergleichbare Zusage gemacht. Die Präsidentin der HU spricht dagegen von »Auskunftsverweigerung« und zieht gegen den RefRat vor Gericht. Von diesem Alleingang dürfte am Ende nur die AfD profitieren.

Bereits im August 2018 inspirierte der Vorgang in Berlin Abgeordnete der AfD in Nordrhein-Westfalen (NRW). In einer Anfrage an die dortige Landesregierung fragten sie, ob die Namen der Personen, die in den Studierendenvertretungen in NRW aktiv sind, bekannt seien.

## Wir haben am 13. September 2018 mit Juliane Ziegler vom RefRat der HU gesprochen.

*Hallo Jule. An der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) ist ja ganz schön was los. Kannst Du die aktuelle Situation aus eurer Perspektive für uns zusammenfassen?*

Gerne. Am 24. Juli fand ein Gespräch zwischen dem RefRat und dem Präsidium statt. Bei diesem Gespräch wurde uns mit einer Klage gedroht, wenn wir nicht nachgeben und dem Präsidium eine Liste mit den Namen aller Referent\*innen geben. Am gleichen Tag haben wir aus der Presse erfahren, dass die Klage bereits eingereicht wurde. Die Klageschrift ist auf den 23. Juli datiert. Dass wir verklagt werden, stand also schon vor dem Gespräch fest. Das macht uns sehr wütend. Wir betrachten die Klage als einseitigen Abbruch des Dialogs. Jetzt werden wir anwaltlich vertreten.

Weiter hat das Präsidium einen Bescheid gegen die Studierendenschaft erlassen. Darin werden wir aufgefordert, unsere Satzung zu ändern. Auch hier geht es um die Namen unserer Referent\*innen. Wegen dem Bescheid haben wir unsererseits Klage gegen die HU erhoben, weil er in unsere gesetzlich garantierte Satzungsautonomie eingreift.

Das Präsidium versucht gerade massiv in die studentische Selbstverwaltung einzugreifen. Das zeigt uns, dass sie kein Interesse daran haben, uns als Verhandlungspartner\*innen ernst zu nehmen. Das Präsidium geht zum Beispiel auch gegen einen Beschluss des StuPa vor, eine quotierte Redeliste zu führen. Wenn sich das Präsidium hier durchsetzt, hätte es die Möglichkeit, die gesamte Arbeit des StuPa und damit die demokratischen Rechte der Student\*innen in Frage zu stellen. Darum ist hier von unserer Seite eine weitere Klage vor dem Verwaltungsgericht anhängig.

Für den Kontext ist vielleicht auch noch wichtig, dass wir uns noch in einem Rechtsstreit mit der Universität befinden, weil im Juli ein studentisches Veto im Akademischen Senat übergangen wurde. Im Mai wurde uns außerdem von der HU unser Emailverteiler aus – aufgepasst – Datenschutzgründen abgestellt. Für uns als gewählte Vertretung war dieser Verteiler die einfachste Möglichkeit alle Student\*innen zu erreichen. Also: Ja, bei uns ist ganz schön was los. Und das ist noch vorsichtig ausgedrückt.

*Da drängt sich die Frage auf, was ihr für ein Verhältnis zum Präsidium habt. Geht es hier wirklich nur um die Namensliste?*

Das Präsidium geht immer wieder repressiv gegen Student\*innen vor. Das zeigen nicht nur die Klagen. Als hier 2017 das Institut für Sozialwissenschaften aus Solidarität mit Andrej Holm von Student\*innen besetzt wurde, hat das Präsidium die Polizei gerufen und Anzeige gegen die Besetzer\*innen erstattet. Das ist unüblich. Eigentlich bestehen Universitäten auf ihrer Autonomie und versuchen Konflikte selbst zu lösen. Auch bei den Streiks der studentischen Hilfskräf-

te hat sich das Präsidium wesentlich unkooperativer verhalten als die anderen Universitäten in Berlin. Die aktuelle Auseinandersetzung reiht sich ein. Unser Verhältnis zum Präsidium als angespannt zu bezeichnen, wäre stark untertrieben.

*War die Offenlegung eurer Namen schon länger Thema oder interessiert sich das Präsidium erst seit der Anfrage der AfD für euch?*

Ende 2017 wurde ein Artikel in der Studierendenzzeitung der HU veröffentlicht, der mangelnde Transparenz in der Studierendenvertretung unterstellt. Der Vorwurf ist nicht neu, es kommt immer wieder vor, dass sich etwa rechte StuPa-Listen diesem Thema annehmen. Häufig steckt dahinter aber auch mangelnde Erfahrung mit der Studierendenvertretung und Bürokratie im Allgemeinen. Leider wurde durch diesen Artikel ein Klima geschaffen, von dem jetzt die AfD und das Präsidium der HU profitieren. Eine Namensliste, wie sie jetzt gefordert wird, war davor nie Thema.

*An der FU und der TU konnten sich die Studierendenvertretungen mit ihren Präsidien einigen. Dort wurde eine Namensliste vorgelegt und versprochen, diese nicht an die AfD weiterzugeben. Warum konnte an der HU kein Kompromiss gefunden werden?*

Das Präsidium der HU hat sich nicht mit den Präsidien der FU und der TU abgesprochen. Der Alleingang wundert uns. Es gab mehrere Gespräche mit dem Präsidium und der Rechtsabteilung, wo wir unsere Bedenken wegen der Namensliste dargelegt haben. Unsere Schreiben dahingehend wurden nie beantwortet. Das Präsidium behauptet weiterhin, wir wollen unsere Namen um jeden Preis geheim halten. Das ist falsch. Und das haben wir auch mehrfach richtiggestellt, aber darauf wurde nie eingegangen. Unsere Namen sind dem StuPa natürlich bekannt. Wer die Namen wissen will, findet sie heraus.

Wir haben auch angeboten, eine Liste vorzulegen, wenn sie nicht an die AfD weitergegeben und uns mitgeteilt wird, was damit passiert und wie lange sie gespeichert wird. Übliche datenschutzrelevante Auskünfte also. Mit der Klage fällt die HU nicht nur den Präsidien der FU und der TU in den Rücken, die sich mit ihren Studierendenvertretungen geeinigt haben; eine Gerichtsentcheidung könnte sich bundesweit negativ auf Studierendenvertretungen auswirken. Entweder hält das Präsidium der HU dem Druck von Rechts nicht stand oder sie arbeiten der AfD zu. Anders ergibt das Handeln des Präsidiums für uns keinen Sinn.

*Was sind eure Bedenken wegen der Namensliste? Oder anders gefragt: Warum ist es bedrohlich, wenn die AfD Namenslisten führt?*

Inzwischen wurden verschiedene größere Recherchen über die AfD veröffentlicht, die nicht nur die Befürchtungen von antifaschistischen Gruppen bestätigen. Zum Beispiel in der taz. Die Recherchen weisen Verbindungen von Teilen der AfD zur Neuen Rechten und Neonazis nach. Ein Milieu, das

nicht vor Gewalt gegen Menschen zurückschreckt.

Wir haben deshalb den begründeten Verdacht, dass hier Listen mit politischen Gegner\*innen erstellt werden, die dann angegangen werden sollen. Erst vor kurzem wurde bei einer Durchsuchung bei Neonazis eine ausführliche Namensliste sichergestellt. Doch das Problem betrifft nicht nur Studierendenvertretungen. Über Anfragen versucht die AfD beispielsweise auch zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen Rechts stellen, auszukundschaften.

Wir sind eine linke Studierendenvertretung und stellen uns gegen die AfD und ihre Politik. Deshalb werden wir hier zur Zielscheibe. Im RefRat sind auch viele Menschen aktiv, die nicht ins Weltbild der AfD passen. Zum Beispiel Menschen, die von Rassismus betroffen sind. Wir halten zu diesen Menschen und schützen ihre Namen.

*Zum Abschluss noch eine allgemeinere Frage: Wie nehmt ihr insgesamt die Hochschul- und Wissenschaftspolitik der AfD in Berlin wahr?*

Wer sich für die Politik im Abgeordnetenhaus interessiert, merkt, dass sich der Ton dort verändert hat. Es gibt viele Provokationen. Martin Trefzer von der AfD, der auch die Anfrage mit der Namensliste gestellt hat, ist Vorsitzender im Wissenschaftsausschuss. Wenn es um Inhalte geht, ist von ihm hingegen nur selten etwas zu hören.

Viele Positionen der AfD widersprechen sich auch. Zum Beispiel fordert die AfD die Abschaffung der Gender-Studies und beschwört gleichzeitig die Autonomie der Wissenschaft.

Letztens hat sich Martin Trefzer vor die HU gestellt und in Bezug auf die vom Präsidium bemängelte Quotierung im StuPa behauptet, Männer dürften dort nichts mehr sagen. Später hat er dann gesagt, die Präsidentin der HU würde ihn unterstützen. Sowa macht uns schon stutzig und zeigt, wie die AfD versucht, Studierendenenschaften und linke Politik zu diskreditieren. Dazu passend arbeitet die Partei an der Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft. So müssen ihre Anfragen zum Thema gedeutet werden.

Aber in unserer Auseinandersetzung mit dem Präsidium und der AfD stehen wir nicht alleine. Linke und Grüne signalisieren uns Unterstützung. Von der SPD kommt hingegen nichts.

*Vielen Dank für das Gespräch.*

### Anmerkung

1) <https://www.hochschulinformationsbuero.de/portal/meldung/ein-alleingang-fuer-die-afd/>. Wir danken dem Autor und der IG Metall für die Genehmigung zum Nachdruck.

*Text und Interview von Daniel Gaittet. Daniel ist gewähltes Mitglied im Vorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).*

# Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit

## Über die Rolle der Hochschulen, wenn rechte Populisten dort erscheinen

Im Wintersemester 2018/19 wurde an der Universität Siegen um die Freiheit gekämpft. Der zugrundeliegende Vorfall wurde sogar über einen längeren Zeitraum kontrovers in den überregionalen Medien bis hinein in die Schweiz debattiert. Der Anlass dafür: Der Philosophieprofessor Dieter Schönecker kündigte unter dem Titel *Denken und Denken lassen. Zur Philosophie und Praxis der Meinungsfreiheit* für das gleiche Semester im Vorlesungsverzeichnis eine Lehrveranstaltung (Vorlesungen kombiniert mit Blockseminar) an. In der Ankündigung war dann Folgendes zu lesen: »In diesem Seminar geht es um die Philosophie und Praxis der Meinungsfreiheit. Genauer gesagt geht es um die Frage, wie groß die Meinungsfreiheit bei Veranstaltungen sein sollte, die an Universitäten stattfinden [...]. Sollte es Grenzen geben, und wenn, wo liegen diese? Darf man Personen wie Thilo Sarrazin einladen oder wie Marc Jongen (MdB AfD)?« Die letzte Frage war insofern rhetorischer Natur, als Schönecker diese Einladung längst abgesendet und auch prompt Zusagen der beiden genannten Herren erhalten hatte: der eine einer der erfolgreichsten Bestsellerautoren der Nachkriegszeit (und Dauer-Talkshow-Gast), der andere kulturpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. Angesichts dieser Ankündigung ging, wie sich unschwer denken lässt, nicht nur der AStA auf die Barrikaden, auch der Lehrkörper spaltete sich in öffentliche Pro- und Contra-Stellungnahmen. Obwohl Schönecker nun ständig seine »Neutralität« als Seminarleiter betonte, auch dass er keineswegs politisch mit den von ihm Eingeladenen identifiziert werden möchte, machte er sich bereits – ob gewollt oder ungewollt – durch seine Art der Ankündigung zum Bestandteil einer *politischen* Inszenierung: er selbst als tabubrechender Streiter für freie Meinungen (bereits die Apostrophierung der Referenten als »Personen wie« suggeriert, an den beiden könne man akademisch exemplarisch über Meinungsfreiheit oder deren Einschränkung diskutieren), die Eingeladenen gar als in ihrer Meinungsfreiheit Be-

*Welche Grenzen hat die Meinungsfreiheit? Darüber gab es an der Uni Siegen kontroverse Auseinandersetzungen, über die der Text von Friedemann Vogel informiert, den wir im Folgenden mit einer kleinen Einführung von Torsten Bultmann dokumentieren.*

schränkte oder mindestens Umstrittene. Dabei hätte Schönecker auch wissen können, dass es zum Geschäftsmodell der AfD gehört, sich als durch eine »linksgrün versiffte« Öffentlichkeit (Medien, akademischer Betrieb, etablierte Parteien) Unterdrückte zu inszenieren. Dieses Geschäftsmodell wurde durch seine Ankündigung bedient; gleichgültig, ob er dies auch wollte. Entsprechend wertete Jongen dann im Nachhinein seine unter Polizeischutz stattgefundenene Veranstaltung in Siegen in der AfD-Hauspostille *Junge Freiheit* (22. April 19) aus: »Ich selbst hatte im vergangenen Dezember das Vergnügen, die Universität Siegen durch den Hintereingang in Begleitung dreier Beamter des Bundeskriminalamtes betreten zu müssen, um einen Vortrag über Meinungsfreiheit halten zu können. Von draußen schallten die Protestrufe der Demonstranten herein, Dekan und Rektor hatten den Vortrag im Verein mit dem militanten AStA zu verhindern versucht. Anschläge auf die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit haben an den deutschen Universitäten mittlerweile System. Unter der Ägide der demokratisch mangelhaft legitimierten, meist linksradikal dominierten ›Studierendenausschüsse‹ sowie etlicher Linksideologen unter den Lehrenden hat sich ein Klima der Angst und der geistigen Unfreiheit etabliert. Wer die Geßlerhüte der Genderdogmen, von Diversity und ›Welttoffenheit‹ nicht grüßt, sieht sich alsbald von den selbsternannten Wächtern des neuen akademischen Tugendterrors an den Pranger gestellt und bei ausbleibender Reuebekundung um die akademische Karriere gebracht.« Im folgenden Text wird das dann damit begründet, dass die 68er-Bewegung nach wie vor die »Lufthoheit« über den In-

stitutionen, einschließlich des akademischen Betriebes, hätte. Leider ist auch dies Quatsch.<sup>1</sup>

Dieser gesamte *politische Wirkungskontext*, über den eigentlich diskutiert werden müsste – und glücklicherweise wurde auch darüber heftig diskutiert –, wird völlig ausgeblendet, wenn das ganze Thema auf eine völlig abstrakte – und kontextenthobene – Debatte über »Meinungsfreiheit« runtergekocht wird. Man kann überhaupt nicht sinnvoll über »Freiheit« diskutieren, wenn man Lenins berühmte Frage aus *Was tun?* »Freiheit für wen und wozu?« gedanklich ausblendet.

Nun gehört Meinungsfreiheit zweifelsfrei zur Wissenschaftsfreiheit, die für die Hochschulen grundrechtlich (GG Art. 5,3) garantiert ist. Beides ist aber nicht identisch. Nicht jede Meinung ist wissenschaftlich oder auch nur wissenschaftlich relevant. Die wissenschaftlichen oder wissenschaftsdidaktischen Zielsetzungen, die Dieter Schönecker mit der Einladung von Sarrazin und Jongen zu Vorträgen in einem akademischen Kontext verfolgte, blieben überwiegend im Dunkeln. In dem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass es sich bei der Siegener Auseinandersetzung nicht um eine einmalige politische Veranstaltung (irgendwann abends) handelte, anlässlich derer an Unis immer öffentliche Kontroversen stattfinden können, wenn die eingeladenen Referenten umstritten sind. Es handelte sich um eine offizielle grundlegende Lehrveranstaltung, für die die Teilnehmenden Kreditpunkte erwerben konnten. Durch diesen Rahmen erhielten Sarrazin und Jongen eine zusätzliche (institutionelle) Autorität, welche gar nicht an der Frage hing, ob man ihre »Meinungen« nun teilt oder eben nicht. Die

metapolitische Strategie der AfD (und anderer Rechtspopulisten), Aufmerksamkeit durch Vordringen in die Medien und auch in den akademischen Betrieb zu generieren, wurde so bedient. Künftig sollte dies eigentlich nicht mehr stattfinden.

Zu diesem Thema haben in Siegen mehrere Diskussionsveranstaltungen stattgefunden, die sich auch in Veröffentlichungen widerspiegeln. Im Folgenden dokumentieren wir dazu einen Beitrag von Friedemann Vogel, der in der Reihe *Navigationen – Zeitschrift*

für *Medien und Kulturwissenschaften* (Jg. 19 H 2/2019) erschienen ist. Titel: AG Siegen Denken (Hg.) 2019: *Neue Rechte und Universität*, Siegen: 33–38. Wir bedanken uns beim Autor und dem Siegener Universitätsverlag für die Nachdruckgenehmigung.

Friedemann Vogel

## »Meinungsfreiheit« und ihre Grenzen an der Universität – Ein Kommentar

*Der Text geht in größeren Teilen zurück auf das Redemanuskript eines Debattenbeitrags, das der Autor im Januar 2019 auf der Siegener Veranstaltung »Wissenschaftsfreiheit und Redefreiheit. Ein klärendes Gespräch« vorgetragen hat.<sup>2</sup>*

Im Wintersemester 2018/2019 schickte sich der Philosoph Dieter Schönecker an, die Meinungsfreiheit an der Universität Siegen zu verteidigen. Unter dem Titel *Denken und Denken lassen* richtete er ein Seminar und eine öffentliche Vortragsreihe ein; mit großer medialer Begleitung gastierten »dezidiert konservative oder rechte Denker«<sup>3</sup>. Schönecker inszenierte die gesamte Veranstaltung als Experiment zur »Praxis der Meinungsfreiheit«<sup>4</sup>, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Universität heute – wie Herr Schönecker oft kritisierte – ein »Echoraum« sei,<sup>5</sup> ein Echoraum, in dem linke Meinungen dominierten und vom Mainstream abweichende Positionen tabuisiert und Sprecher geächtet würden. Aufgegriffen wurde dieser Topos vor allem durch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), deren Redakteur Thomas Thiel sogar »Diskussionsverbote« an der Universität ausmachen zu können glaubte.<sup>6</sup> Die Verteidiger der Freiheit aber scheiterten mit ihrem politischen Programm und irrten, sofern sie denn wirklich auf Erkenntnisgewinn hofften.

(1) Die sogenannte »linke Meinungsherrschaft« an der Universität ist eine vor allem von konservativen Journalisten und Politikern vielverbreitete Chimäre, eine Behauptung, die – soweit ich sehe – nicht ein einziges Mal belegt wurde und die man mit Blick auf die hiesige Hochschullandschaft freilich negieren könnte: Der Großteil der deutschen ProfessorInnen ist tendenziell konservativ, auf Standesprivilegien bedacht, mal grüner, mal (neo)liberaler, oder versteht sich als unpolitisch. Die studentischen Fachschaften – also der *kommunistische Sumpf* (wie es in den 70er Jahren hieß) – konnte zwar nicht *ausgetrocknet* werden, aber er ist dank Bologna und Arbeitsmarktausrichtung erfolgreich versickert. Der Mittelbau kämpft gegen seine Prekarisierung, hat für Revolutionen schlicht keine Zeit. In großen, tonangebenden Universitäten wer-

den seit einigen Jahren wieder die Talare aus dem Keller geholt und landesweit werden Lehre und Forschung unter das neoliberale Diktat von Wettbewerb und Ökonomisierung gestellt. Kurzum: Von einer »linken« Hegemonie kann keine Rede sein.

(2) Der rhetorische Kampf für *universitäre Meinungsfreiheit* lebt von einer pauschalisierenden Dichotomisierung von *links* versus *rechts*, Begriffen, die nicht ein einziges Mal definiert werden. Die beiden Wörter lassen sich auch kaum wissenschaftlich definieren, denn sie fungieren in fast allen Domänen als politische Kampfbegriffe. Die Polarisierung von *Links-rechts*-Schablonen dient den akademischen Protagonisten rhetorisch der Gleichsetzung von sogenanntem *linkem Antifaschismus* und *rechtem Rassismus* und *Faschismus* als zwei gleichermaßen abzulehnende Extreme, um innerhalb dieses künstlich geschaffenen Spektrums die jeweils eigene Position normalisierend als *liberal-gewährende Mitte* zu inszenieren. Dem Großteil der Studierendenschaft ist – soweit ich sehe – diese Diskursfigur und ihre normalisierenden Folgen rassistischer und nationalistischer Konzepte nicht bewusst.

(3) Meinungsfreiheit ist ein Grund- und Menschenrecht. Es geht der Idee nach auf die Französische Revolution zurück und ist seit 1949 – also nunmehr seit 70 Jahren – in Art. 5 Abs. 1 der Verfassung verankert. Das Bundesverfassungsgericht verleiht ihm regelmäßig eine weitreichende Geltung, als konstitutives Grundelement demokratischer Praxis. Nur wenn der Einzelne ohne Angst vor staatlicher oder privater Repression seine Gedanken über die Welt äußern kann, ist eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung gewährleistet. Die Meinungsfreiheit ist aber keine Einbahnstraße. Sie findet ihre Schranken am Recht auf Schutz der Persönlichkeit, dem Recht auf Wahrung der persönlichen Integrität des Individuums. Dieses korrespondierende Grundrecht leitet

sich sogar direkt aus der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) des Grundgesetzes ab, ein Grundrecht, das die akademischen Verteidiger der Meinungsfreiheit in seiner Reichweite gerne übersehen. Letztlich steht die Meinungsfreiheit aber im gleichen Dienst wie der Schutz von Persönlichkeit und Menschenwürde: Es geht darum, in Deutschland gesellschaftliche Zustände (wie 1933 ff.) zu verhindern, in denen die Herabwürdigung von Andersdenkenden zu bloßen Objekten veralltäglicht und damit der Boden für Verfolgung und Vernichtung von Menschen gelegt wird.

(4) Was nicht gesetzlich untersagt ist, ist Teil der Handlungs- und Meinungsfreiheit. So gut, so recht. Richtig ist aber auch: Die Rechtsordnung ist kein abschließender Regelkatalog, der alles für legitim erklärt, was nicht in ihm ausdrücklich erfasst ist (abgesehen von strafrechtlichen Vorschriften). Die Rechtsordnung bietet in ihrer Ausprägung vielmehr einen (idealtypischen) demokratisch verfassten Orientierungsrahmen für die gesellschaftliche Aushandlung dessen, was als legitim gelten könnte. Erst wenn die außergerichtliche Aushandlung scheitert und in Gewalt zu eskalieren droht, werden die Orientierungsrahmen zu fallspezifischen Grenzen konkretisiert und gerichtlich entschieden.

Mit anderen Worten: Nicht alles, was nicht verboten ist, ist auch angemessen. Schon die Griceschen Konversationsmaximen lehren uns, dass wir im kommunikativen Austausch auch ohne juristische Kenntnisse automatisch sozialen Normen folgen, um Missverständnisse oder Gesichtsverletzungen zu vermeiden. Wir haben kraft Sozialisation und Fähigkeit zur Perspektivenübernahme ein Gespür dafür, wie wir Konflikte oder gar gewalttätige Eskalationen vermeiden oder auch bewusst provozieren können. Darüber hinaus gelten in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen auch verschiedene institutionalisierte Regeln und (soziale) Normen für die Gestaltung des diskursiven Umgangs miteinander, für die Gültigkeit von Aussagen über die Welt und die Überzeugungskraft von Argumenten. Rhetorisch persuasive Formen der Streitinszenierung, die in der politischen Kommunikation eines Parlaments heute populär sind, genügen nicht den Anforderungen eines spezialisierten, auf Erkenntnis ausgerichteten Funktionssystems wie einer Forschungseinrichtung oder einem Gerichtssaal.

Die Diskurs- und Konfliktforschung füllt ganze Bibliotheken zu diesen Fragen und zeigt ganz generell: Eine bewusst auf gegenseitigen Respekt angelegte Interaktion schließt polemische Spitzen in der Debatte

nicht aus – auch nicht in der wissenschaftlichen Debatte; wenn aber Polemik oder gar personalisierte Stigmata zum Grundmodus der Interaktion werden, befördert das die Wahrscheinlichkeit für Kooperationsblockaden, Unverständnis und Ressentiments. Wer die Meinungsfreiheit als Legitimationstopos für diese Form der Interaktion



missbrauchte, handelte rechtlich vielleicht einwandfrei, aber ohne Verantwortung für die Pflege öffentlicher und institutioneller Debattenkultur. Den Angehörigen einer Bildungs- und/oder Forschungseinrichtung, insbesondere solchen, die in Autoritätspositionen agieren (LehrerInnen, ProfessorInnen), kommt diese Verantwortung in besonderem Maße zu: Sie sollen, ja müssen sicherstellen, dass ein Arbeiten – Lernen, Lehren, Forschen – in einer Umgebung möglich ist, die frei von Angst vor Stigmatisierung ist. Denn Ängste blockieren Lern- und Reflexionsvorgänge.

(5) Was verhindert in Vergangenheit und Gegenwart die praktische Meinungsfreiheit? Eine global herrschende *links-grün-versifft* *Gesinnungspolizei*? Sicherlich nicht. Gesinnungs- und Moralkommunikation gehört heute zum Alltagsgeschäft aller Parteien und übrigens auch vieler Unternehmen.<sup>7</sup> Die Einschränkungen freier Meinungsäußerungen sind heute wesentlich diffiziler und struktureller Art: Was sind die innerinstitutionellen Wahrheits-Scharniere in Wissenschaft, Massenmedien, Rechtsdogmatik oder Parlament? Wie wird in einer Zeitung das Tagesbild über die Welt konstituiert unter den Bedingungen von Ressortleitung, Leserwartungen, Marktkonkurrenz und Wegrationalisierung von selbst recherchierenden Redakteuren? Wie wird die Wahl und Bearbeitung von Forschungsthemen an Universitäten praktisch – und überwiegend politisch gewollt – eingeschränkt durch prekäre Stellenbefristungen, Drittmittel-Abhängigkeit der Forschung oder Bürokratisierung der Lehre? Das sind Fragen, die es zu diskutieren gelte – genauso wie aktuelle medientechnische Entwicklungen und ihre Folgen auch für die Welt der Wissenschaft: Digitale Überwachung durch Staat und Privatwirtschaft; Social Scoring; schwarze Listen; Predictive Poli-

cing; manipulative Partizipation in Unternehmen.

(6) Die Frage nach praktischer Meinungsfreiheit müsste natürlich auch positiv gewendet werden: Ich halte es für ziemlich grotesk, wenn Angehörige privilegierter sozialer Gruppen – ProfessorInnen, PolitikerInnen, RedakteurInnen – lautstark und wiederholt fordern, man müsse ihrer Meinungsfreiheit gerecht werden. Wie sieht es eigentlich aus mit der Meinungsfreiheit eines Gärtnermeisters<sup>8</sup> oder einer Realschullehrerin, der/die von politisch motiviertem Berufsverbot bedroht oder betroffen war, aber keine Kanzel zur Verfügung hat? Wie mit Millionen von Menschen, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, arbeiten und Steuern zahlen, aber bis heute nicht einmal das Wahlrecht haben? Wie können wir von der Garantie der Meinungsfreiheit sprechen bei einer Rate von 14 % funktionaler

Analphabeten in der erwerbsfähigen Bevölkerung?<sup>9</sup> Wenn mangelnde Grundfinanzierung der Schulen und Universitäten mit symbolpolitischen Kampagnen für Leichte Sprache kompensiert wird? Mit anderen Worten: Was sind die Bedingungen für eine praktische Meinungsfreiheit jenseits des bloß nominellen Rechts? Wie ist eine Gesellschaft einzurichten, damit ein partizipatorisches, demokratisches Sprechen für den Einzelnen, Subalternen möglich wird?

Eine demokratische Interaktionsform erfordert, »dass die Beteiligten habituell sowie verfahrensmäßig in die Lage versetzt werden, sich auf Basis von überprüfbaren Informationen eine kollektivierbare Meinung zu bilden und ihre damit verbundenen Bedürfnisse adressatengerecht kommunizieren zu können«<sup>10</sup>. Demokratische Kommunikation setzt auf »strukturelle Dialogizität«<sup>11</sup>, sie ist auf die Möglichkeit zum Widerspruch auf Augenhöhe angelegt, auf die Wahrung der Integrität von Adressaten, Mitgemeinten und Zuschauern.

(7) Der Philosoph Dieter Schönecker wollte mit seiner Veranstaltung – etwa der Einladung eines AfD-Politikers, seine Meinungen auf privilegierter Kanzel zu äußern – politisch provozieren. Er hat sich zum Opfer *linker Meinungsherrschaft* und Wissenschaftsbeschränkung stilisiert, indem er gerade von seiner Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit gehörig Gebrauch machte und zudem beides gefährlich vermischt hat. Herr Schönecker nutzte seine Privilegien als Wissenschaftler, um außerwissenschaftliche politische Positionen und Meinungen akademisch zu adeln und zeigte sich zugleich pikiert über die *Anmaßung* seiner wissenschaftlichen KollegInnen, ihn eben dafür zu kritisieren. Dabei war und ist Schönecker frei, seine private politische Meinung jederzeit zu äußern – außerhalb der Universität oder mit entsprechender Mar-

kierung auch innerhalb (natürlich können WissenschaftlerInnen auch eine politische Meinung äußern, sie sollten sie aber nicht als Wissenschaft verkaufen und damit versuchen, sie gegen Kritik zu immunisieren). Ein Blick auf die Resonanz in der Presse zeigt: er machte von seiner Meinungsfreiheit umfassend Gebrauch – und er wurde kräftig gehört. Mit Wissenschaftsfreiheit und ihrer Beschränkung aber hat das nichts zu tun: Die Verfassung schützt Wissenschaftler gegen staatliche Eingriffe und Manipulation, sie schützt aber nicht gegen Kritik unter WissenschaftskollegInnen. Wenn innerhalb einer Universität, Fakultät oder eines Fachbereichs im wissenschaftlichen Kollegium Regeln zum Umgang miteinander ausgehandelt und Normen oder Standards zur Forschungs- und Lehrpraxis vereinbart werden, dann ist das gerade die Ausübung der Wissenschaftsfreiheit.

## Anmerkungen

- 1) Vgl.: <https://jungfreiheit.de/debatte/kommentar/2019/repressive-huepfburgen1/>.
- 2) Siehe auch »Was ist ›Meinungsfreiheit?‹ auf dem Online-Portal der Zeitschrift für Medienwissenschaft (ZfM).
- 3) Dieter Schönecker: »Seminarankündigung«. Denken und Denken lassen. Zur Philosophie und Praxis der Meinungsfreiheit, [https://www.uni-siegen.de/phil/philosophie/mitarbeiter/schoenecker/vortragsreihe\\_meinungsfreiheit/](https://www.uni-siegen.de/phil/philosophie/mitarbeiter/schoenecker/vortragsreihe_meinungsfreiheit/), 3.08.2019.
- 4) Ebd.
- 5) Dieter Schönecker 2019: »Der Schutz der Freiheit«, in: *Der Schweizer Monat*, Ausgabe 1064, März 2019, <https://schweizermonat.ch/der-schutz-der-freiheit/>, 3.08.2019.
- 6) Thomas Thiel 2019: »Insulaner auf dem Campus«, in: *FAZ* 19.10. 2019.
- 7) Vgl. Clemens Knobloch 2018: »Kritik der medialen Moralisation politischer Konflikte«, in: *Philosophische Gespräche*, Jg. 49: 5–63.
- 8) Der Gärtnermeister hat es ja zu trauriger Berühmtheit geschafft. Siehe Thomas Thiel: »Und wer macht die Gartenarbeit?« *FAZ* vom 22.2.2019.
- 9) Anke Grottlüschchen / Wiebke Riekmann 2011: »leo. Level-one-Studie. Literalität von Erwachsenen auf den unteren Kompetenzniveaus«, in: Anke Grottlüschchen / Wiebke Riekmann (Hg.): *leo – Level-one-Studie. Presseheft*, Hamburg: 4. ([http://blogs.epb.uni-hamburg.de/leo/files/2011/12/leo-Presseheft\\_15\\_12\\_2011.pdf](http://blogs.epb.uni-hamburg.de/leo/files/2011/12/leo-Presseheft_15_12_2011.pdf), 23.1.2019).
- 10) Clemens Knobloch / Friedemann Vogel 2015: »Demokratie – zwischen Kampfbegriff und Nebelkerze. Was können Sprach-, Medien- und Kulturwissenschaften zur Demokratisierung der Gesellschaft beitragen?«, in: *Linguistik Online*, Jg. 73, Nr.4: 12; vgl auch: Friedemann Vogel 2014: »Linguistik als Kampfsport. Auf der Suche nach Paradigmen demokratischen Sprechens in Alltag, Medien und Recht«, in: *Linguistik Online*, Jg. 69, Nr.7, DOI: <https://doi.org/10.13092/lo.69.1658>.
- 11) Ekkehard Felder 2018: »Anmaßungsvokabeln: Sprachliche Strategien der Hypertrophie oder der Jargon der Anmaßung«, in: Martin Wengeler / Alexander Ziem (Hg.): *Diskurs, Wissen, Sprache. Linguistische Annäherungen an kulturwissenschaftliche Fragen*, Berlin: 215–240; hier: 236.

Friedemann Vogel, Prof. Dr. phil., ist Professor für computergestützte Sozio- und Diskurslinguistik am Germanistischen Seminar der Universität Siegen. Nähere Informationen zu Forschungsgruppe und Publikationen unter: [www.diskurslinguistik.net](http://www.diskurslinguistik.net).

# Fight or Flight

## Voicing dissent on campus

*Die Debatten um »freie Meinungsäußerung« haben in den letzten Monaten wachsenden Raum in der medialen Auseinandersetzung bekommen. Dabei werden vor allem von der politischen Rechten Beschneidungen dieses Rechts beklagt. Beispielhaft dafür werden Auseinandersetzungen um universitäre Veranstaltungen mit Referenten wie Bernd Lucke, Thilo Sarrazin oder Marc Jongen angeführt, die auf starke Proteste stießen und daraufhin z. T. abgesagt wurden.*

*Während die Debatten um freie Meinungsäußerung und ihre Grenzen hierzulande erst in jüngster Zeit eine neue Dynamik erfahren haben, sind sie in den USA schon länger Thema gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Asli Telli Aydemir plädiert dafür, von den US-Erfahrungen zu lernen und sich mit den Fragen gründlich auseinanderzusetzen.*

Within the last year or two, news from the US catapults the debate of *right to free speech vs harm principle* instigated by Stuart Mills in his world-famous essay, »On Liberty«<sup>1</sup> published in 1859: Responding to a steep rise in reports of hate crimes on campus, at least 260 colleges and universities have implemented bias-response teams or other reporting policies to track such incidents. But the teams have created friction of their own, as conservative students, controversial speakers and followers of the alt-right movement claim colleges are sanitizing campuses of dissent, in violation of the First Amendment's right to free speech. This can be taken as a recent and quite sophisticated debate on uni-campuses of Germany as well since right-wing politicians and pseudo-scientists are provided platform for their rhetorical discourse in an increasing rate while quite a good number of university professors, including those appointed in humanities and social science departments have a welcoming approach to such visits. Certainly, there is more to do than sit back and watch in awe; thus I appreciate the efforts of organizations like the *BdWi*, *FIB of BdWi*, *fzs* and *Rosa-Luxemburg-Stiftung* for coordinating events like the *Herbstakademie* that took place on 3–6 October, 2019 in Werftpfuhl. Even though it seems like a reawakening debate ever in spiral between academics, politicians, students and journalists

alike, the most recent 3.0 version that includes cyberspace is a multiplied monster with viral capabilities and must be elaborated in depth.

### Hate Speech On Campus

According to data collected from 6,506 higher education institutions by the U.S. Department of Education, the number of reported campus hate incidents increased from 74 in 2006 to 1,300 in 2016. Vandalism and intimidation account for 76 percent of incidents. Some of these incidents have drawn national attention, such as a swastika drawn in feces at University of Missouri in 2015; bananas marked with the name of a black sorority, and hung by nooses at American University; and the 2017 *Unite the Right* rally at the University of Virginia in Charlottesville, which claimed one life. In October 2017, at the University of West Florida, anti-LGBTQ flyers were posted that stated homosexual parents abuse their children and carry diseases. In April 2018, two Jewish students were derided with anti-Semitic phrases and one was assaulted at Towson University in Maryland. Such incidents are prompting many institutes of higher learning to reshape campus safety and diversity programs.

Universities with bias-response teams allow campus community members to file reports

after experiencing hate or bias, often through online forms or by phone. Many teams only keep records of the reports, but others conduct investigations and hold meetings with victims and perpetrators. These teams are largely comprised of campus law enforcement, administrators and faculty, according to a 2017 report by the Foundation for Individual Rights in Education (FIRE), a legal advocacy group focused on speech rights at colleges and universities. According to international students, the bias-response system lets you know you have an advocate on your side, and takes away some of the emotional turmoil when a student is exposed to casual racism. However, universities are left to negotiate a fine line – sometimes in court – between upholding free speech and preventing hate speech, putting them in a difficult position, said Adam Steinbaugh, author of the FIRE report. »When people hear ›bias-response team‹, they tend to hear something Orwellian,« he added. »Students do have real issues that can be hard to deal with, but the university has to know when they say ›We want to hear your concerns‹, they cannot follow it up with punishment of speech.«<sup>2</sup>

### Speech First

Speech First (First Amendment of the US Constitution) contends the bias-response team hinders conservative speech. Among the 10 University of Michigan students, one wrote, »I wear my hat with Trump's slogan on it ›Make America Great Again‹, around campus and I might as well be in full (Ku Klux Klan) ensemble judging by how I am treated.«<sup>3</sup> Joseph Russomanno, associate professor and First Amendment expert at Arizona State University, has noticed a political flip-flop regarding free speech in recent years. According to Russomanno, conservatives, who used to largely reject free speech, now embrace it to defend their right to express themselves while liberals are trying to silence others, especially involving diversity, race or religious issues. »The irony is that when you try to shut down speakers, you are throwing a pie in the face of one of the foundational liberal values that exist in democracy,«<sup>4</sup> he asserted.



Dylan Berger, president of UM College Republicans, said mainstream conservatives on the Michigan campus don't think they can state their beliefs without fear of recourse. »I shared a conservative viewpoint in class once and nobody agreed with me, which is fine,« Berger said. »But then after class I had people come up and pat me on the back and quietly tell me they were on my side, but they didn't feel like they could say it in class.«<sup>5</sup>

According to Ryan Miller, Assistant Professor at University of North Carolina-Chapel Hill, critics of bias-response teams usually miss the point of why these teams exist, Miller is co-author of the 2017 article »Free Speech Tensions: Responding to Bias on College and University Campuses.« He further stated that these teams are able to support victims of bias they may have otherwise not known about; furthermore mechanism is created for universities to be aware of their own campus climate. There are also devoted supporters of these teams like Shawnboda Mead, bias-response team co-chair at the University of Mississippi in Oxford, who reports that bias-reporting policies are becoming a best practice in higher education. As a judicial outcome, the U.S. Supreme Court has upheld the decision to protect offensive speech in at least three campus-specific cases so far. Now, public universities are facing criticism for past punishments of hate speech.

### Fight or Flight: When the Alt\_Right Comes to Campus

Outside speakers deemed hateful also have been controversial on college campuses. Schools are caught in a double bind, either alienating minority students or putting themselves at risk for potential First Amendment lawsuits. The most notable speaker is alt-right leader Richard Spencer, a primary organizer of the Unite the Right rally. Spencer began his contentious tour of college campuses in 2016. His first stop was Texas A&M University in College Station.

Before Spencer's visit, Texas A&M's special-events division allowed non-university community members, like Wiginton, to reserve space on campus. Wiginton has brought far-right speakers to A&M for years, but student participation was low. Spencer's appearance, however, drew about 400 people and at least 1,000 protesters. Students organized the »BTHO Hate« protest, a reference to the chant »Beat the hell outta«, which A&M football fans aim at opposing teams. »We wanted to beat the hell outta hate because we weren't going to say »BTHO Spencer«,« clarified Adam Key, one of the organizers of the protest. »We're not encouraging violence. Hate is not a person. Hate is an ideology.«<sup>6</sup> Organizers said they wanted to emphasize that hate is not a Texas

A&M value and Spencer's rhetoric was not welcome.

Although the university did not cancel Spencer, it hosted an alternate event the same night, *Aggies United*, which drew a diverse lineup of speakers and performers, including musicians, athletes and Holocaust survivor Max Glaubien. Roughly 6,000 people attended. Those opposing the visit pointed out that on its face, *Aggies United* was supposed to look like the university was taking an official stand, but, in reality, all the university was really doing was ignoring the problem. They also added that having a rally about diversity doesn't help when you have a Nazi on campus. Bobby Brooks, 2018 Texas A&M graduate and former student body president, agreed that the university didn't successfully address Spencer's presence on campus. »A problem with higher education today is so many college campuses are very content with passive reactions to everything, and that creates space for hate to fester, to grow, to become more painful, to actually start creating painful consequences,«<sup>7</sup> Brooks said.

Virginia University professor and *Black lives matter* activist, Schmidt summarizes all viewpoints well and adds a thought-provoking stitch when she remarks, »The »First Amendment comes first« approach is used entirely too often and leaves students to fend for themselves. Universities need to start being unequivocal in their rejection of these outside groups and speakers coming to their campuses. Don't turn a blind eye. Call them what they are, which is hateful.«<sup>8</sup>

### Minority Experience On Campus

Be it students, staff, researchers, academics of all degrees on university campuses, the minority experience must not be taken on face-value. It seems like there are established principles of diversity, equality and democracy; however when it comes to interpretation of specific cases such as the appearance of already accomplished political figures that cause or incite harm on any given individual or living creature, the debate becomes complicated and easy to manipulate. Certain ideologies may be simpler than others and gain more traction because of their simplicity as well as niche rhetorics with high potential for digital flow. Ideologies of that sort are already out there online (offline-online simultaneously) no matter how no-brainer they may be or how cheap they may sound. It is also true that at present, many dissenting views, especially those that underline colored opinions repressed by the ruling elite or the populist –authoritarian regimes, easily become prey of the *Fake-News algorithms* or even the claimant-left-liberal *Intellectual Dark Web*. Thus, there is enough complexity in the eco-sys-

tem surrounded by hyper-info bubbles. *Let us not multiply that complexity, and instead try and face each other while listening to one another openly.*

I have clearly expressed this in the beginning and will stress it once more as I am about to conclude: Open events like the *Herbstakademie, 2019* must be supported by autono-

mous initiatives in Germany, Europe and the world over in order to provide a real platform for dissenting views, with no backdrops, no hierarchical structures and maybe once and for all, to further imagine AUTONOMY of the place we call, *University*: Our ancestors named her as such since she used to be the unique identifier of universal learning, mutual exchange and open debate with no BIAS. She should remain as such!

## Concluding Remarks

I have recently authored an article on *No-platforming in Navigationen*<sup>9</sup>, a bi-annual journal of media and cultural studies, in its special issue on the New Right and the University, edited by AG Siegen Denken and published by Uni-Siegen. In that article, I point out cases from the UK and the US for which limits of free-speech and academic freedoms have been elaborated by theoretical and empirical means. Critics of no platforming argue that the practice is at odds with a liberal commitment to free speech. Defenders of the practice typically respond by invoking the harm principle, which is, on a standard liberal view, the most natural way to defend limits on free speech. What is attempted by that article is an alternative way of reconciling at least some instances of no platforming with liberal principles. Principles of academic freedom, unlike principles of free speech, positively support the exclusion of speakers and viewpoints for content-based – rather than merely procedural – reasons. These exclusions are justified, indeed, they are necessary, in order for researchers and teachers to uphold disciplinary standards and exercise their disciplinary expertise free from undue external interference. Still, we are truly touching on soft thresholds here. Thus, for an account of dangerous questions and why academic freedom matters, I would recommend that you read the spotlight of Scholars at Risk on a MOOC study<sup>10</sup>, partnered with Academic Refuge initiative. Awareness for vulnerabilities is key; however not sufficient. It is time we self-reflect on our overwhelming bias, but at the same time openly question the discriminatory and marginalizing stance *alt\_right* has taken in Europe as a transnational territory. The critique hopefully leads to a peaceful fight with pencils against all possible hatred fights with/for violence the world over.

## References

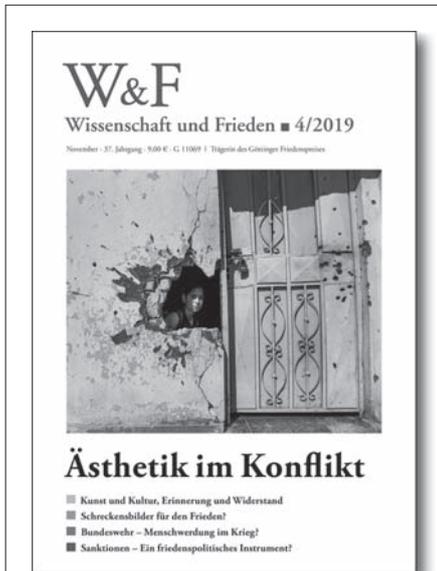
- Altman, Andrew 2012: »Freedom of Expression and Human Rights Law: the Case of Holocaust Denial«, in: Maitra, Ishani/McGowan, Mary Kate (Eds.): *Speech and Harm: Controversies over Free Speech*, Oxford, ch.2 pp. 24
- Academics for Peace 2016: »We will not be a party to this crime! (in English, French, German, Spanish, Arabic, Russian, Greek)«, 10. January 2016, available at: <https://barisicinakademisyenler.net/node/63>, 28.07.2019

- Aydemir, Asli Telli 2019a: »No Platforming: Ambivalent Twist on Freedom of Speech« in *Navigationen. Neu Rechte und Universität* (special issue) Jg. 19H. 2 2019, pp 107-120
- Aydemir, Asli Telli 2019b: »Criminalizing Hope for Peace«, in: *Linksnet*, 06 April 2019, available at: <https://www.linksnet.de/artikel/47694>, 28.07.2019
- Bettcher, Talia 2014: »Feminist Perspectives on Trans Issues«, *The Stanford Encyclopedia of Philosophy* (Spring 2014 Edition), Edward N. Zalta (ed.), available at: <https://plato.stanford.edu/archives/spr2014/entries/feminism-trans/>, 30.07.2019
- Bromwich, David 2015: »Academic Freedom and its Opponents«, in: Bilgrami, Akeel/R.Cole, Jonathan (Eds.): *Who's Afraid of Academic Freedom?*, New York, pp. 27–39
- Chomsky, Noam 2015: »Academic Freedom and the Subservience to Power«, in: Bilgrami, Akeel/Cole, Jonathan R. (Eds.): *Who's Afraid of Academic Freedom?*, New York, pp. 334–342
- Fraser, Nancy 2014: *Transnationalizing the Public Square*, Cambridge 2014
- Hanke, Christine/Cortiel, Jeanne 2019: »Universität und Neue Rechte. Geisteswissenschaftliche Positionierungen«, in: *Zeitschrift für Medienwissenschaft*, Vol. 11, no. 20, 2019, pp. 163-174. DOI: <http://dx.doi.org/10.25969/mediarep/3718>
- Marcuse, Herbert 1965: »Repressive Tolerance«, in: Wolff, Robert Paul et al. (Eds.): *A Critique of Pure Tolerance*, Boston, pp. 81-123
- Matsuda, Mari J. 1989: »Public Response to Racist Speech: Considering the Victim's Story«, in: *Michigan Law Review*, Vol. 87, no. 8, pp. 2320-81
- Zeitschrift für Medienwissenschaft* (blog) 2019: »Free Speech und Rechter Populismus«, available at: <https://www.zfmedienwissenschaft.de/online/debatte/free-speech-und-rechter-populismus>, 28.07.2019

## Anmerkungen

- 1) [https://en.wikipedia.org/wiki/On\\_Liberty](https://en.wikipedia.org/wiki/On_Liberty). Accessed on 05.01.2020.
- 2) Putney and Knowles: *Bias response teams criticized for Sanitizing Campuses of Dissent in Money and Democracy*, August 27, 2018. <https://publicintegrity.org/politics/bias-response-teams-criticized-for-sanitizing-campuses-of-dissent/> Accessed on 11.01.2020.
- 3) Ibid.
- 4) Ibid.
- 5) <https://cronkitenews.azpbs.org/2018/09/11/bias-response-teams-conservative-campus-hate/> Accessed on 11.01.2020.
- 6) Unite The Right Rally wikipedia. [https://en.wikipedia.org/wiki/Unite\\_the\\_Right\\_rally](https://en.wikipedia.org/wiki/Unite_the_Right_rally) Accessed on 11.01.2020.
- 7) Putney and Knowles: *Bias response teams criticized for Sanitizing Campuses of Dissent in Money and Democracy*, August 27, 2018. <https://publicintegrity.org/politics/bias-response-teams-criticized-for-sanitizing-campuses-of-dissent/> Accessed on 11.01.2020.
- 8) <https://hateinamerica.news21.com/campus-bias-response-teams-criticized/> Accessed on 11.01.2020.
- 9) [https://rationalwiki.org/wiki/No\\_platform](https://rationalwiki.org/wiki/No_platform). Accessed on 05.01.2020.
- 10) Scholars at Risk: »Spotlight on »Dangerous Questions: Why Academic Freedom Matters«, Scholars at Risk 12. November 2018, available at: <https://www.scholarsatrisk.org/spotlight/spotlight-on-dangerous-questions-why-academic-freedom-matters/>, 28.07.2019.

*Asli Telli Aydemir, Associate Professor of Media and Communication; zur Zeit AvH/PSI Forschungsstipendiatin bei Locating Media, Uni Siegen, Mitglied von Academic for Peace-Germany (WfF Deutschland).*



### »Ästhetik im Konflikt«

Bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 2019 an den brasilianischen Photographen Sebastião Salgado leitete Wim Wenders seine Laudatio mit zwei Fragen ein: „Kann Photographieren ein Akt des Friedens sein? Kann die Photographie friedensfördernd sein?“ Photographien und andere künstlerische Werke provozieren überdies die Frage, wie die Darstellung von Leid und Zerstörung auf die Betrachter\*innen wirkt – verharmlösend, abstoßend, aufklärend, versöhnend, aktivierend? Mit diesen und anderen Fragen befassen sich die Artikel in W&F 4-2019, »Ästhetik im Konflikt«.

Außerhalb des Schwerpunktes denken zwei Autor\*innen darüber nach, ob Sanktionen ein geeignetes friedenspolitisches Instrument sind, wird die zehnjährige Geschichte der Zivilklausur in Nordrhein-Westfalen aufgeblättert und anlässlich seines 50. Todestages der Friedensaktivist und -arbeiter Friedrich Siegmund-Schultze vorgestellt. Der Gastkommentar wirft einen Blick auf den aktuellen Konflikt in Kaschmir, und die kommentierte Presseschau beleuchtet die Reaktionen auf den Einmarsch der Türkei in Nordsyrien.

Wissenschaft & Frieden 4/2019:  
»Ästhetik im Konflikt«,  
9 € Inland, EU plus 3 € Porto (Bitte um  
Vorkasse: DE86 3705 0198 0048 0007 72)

### Wissenschaft und Frieden ist Trägerin des Göttinger Friedenspreises 2018

W&F erscheint vierteljährlich. Jahresabo 35 €, ermäßigt 25 €, Ausland 45 €, ermäßigt 35 €, Förderabo 60 €. W&F erscheint auch in digitaler Form – als PDF und ePub. Das Abo kostet für Bezieher der Printausgabe zusätzlich 5 € jährlich – als elektronisches Abo ohne Printausgabe 20 € jährlich.

**Bezug:** W&F c/o BdWi-Service,  
Gisselberger Str. 7, 35037 Marburg,  
E-Mail: [vertrieb@wissenschaft-und-frieden.de](mailto:vertrieb@wissenschaft-und-frieden.de),  
[www.wissenschaft-und-frieden.de](http://www.wissenschaft-und-frieden.de)

# Konkurrierende Solidarität?

## Die gewerkschaftliche Organisation gegen rechts

Trotz vielfacher Bekenntnisse gewerkschaftlicher Strukturen gegen den aktuellen Rechtsruck scheinen die Gewerkschaften gegen den Aufstieg der Rechten nicht gewappnet zu sein. Das häufige Feststellen von einem diametralen Gegensatz zwischen »Rechtsextremismus« oder der AfD und traditioneller Gewerkschaftsarbeit scheint unwirksam, wenn man auf die Nachwahlbefragungen der letzten Wahlen schaut. Sie zeigen: Die Attraktivität der AfD unter Gewerkschaftsmitgliedern liegt über dem gesellschaftlichen Durchschnitt.<sup>1</sup> Dabei handelt es sich sowohl um aktive als auch passive Mitglieder, wie Dörre et al. in ihrer Befragung von rechten Gewerkschafter\*innen feststellen.<sup>2</sup> Die Analysen zeigen: Die Gewerkschaften in der BRD sind nicht immun gegen den aktuellen Rechtsruck. Entgegen steht dem die Annahme, dass gewerkschaftliche Arbeit und rechte Ideologien sich tatsächlich gegenseitig ausschließen. Während sich Gewerkschaften um die gemeinsam geteilte Lage als lohnabhängig Beschäftigte und die gemeinsamen Interessen aufgrund dieser Lage bilden, beruht eine rechte Identität auf einer imaginiert homogenen Volksgemeinschaft. Es stehen sich hier also ein Oben-Unten- und ein Innen-Außen-Konflikt gegenüber. Dörre et al. fassen diesen Widerspruch wie folgt zusammen: »Klassenpolitik und gewerkschaftliche Solidarität sind ihrer inneren Logik nach universalistisch. Um Wirkung zu erzielen, müssen sie über Geschlechtergrenzen, Nationalität und ethnische Spaltungen hinweg verbinden. Deshalb sind sie mit völkischen Integrationskonzepten unvereinbar.«<sup>3</sup>

Der vorliegende Aufsatz stellt einige Zusammenhänge anhand von drei Thesen dar, die diesen Widerspruch erklären könnten, und beruht auf der soziologisch informierten Perspektive einer in der Hochschule aktiven Gewerkschafterin. Dabei wird davon ausgegangen, dass die gewerkschaftliche Organisationslogik in allen Bereichen des Arbeitens gleichermaßen wirkt – also auch in der Wissenschaft.

### Verlust von Wirkmächtigkeit

**Die Gewerkschaften verlieren ihre Wirkmächtigkeit, da sie sich von ihren eigenen Grundprinzipien entfernt haben.**

Die Gewerkschaften verändern sich mit den Gesellschaftsstrukturen. Versteht man den

*In der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen gelten DGB-Gewerkschaften als zuverlässige Bündnispartner, antifaschistische Aktivitäten wären vielerorts ohne gewerkschaftliche Unterstützung unmöglich. Zugleich weisen soziologische Untersuchungen darauf hin, dass sowohl auf der Einstellungsebene als auch im Wahlverhalten unter Gewerkschaftsmitgliedern ein mindestens ebenso hoher Anteil an rassistischen und rechtsextremen Positionen vorhanden ist wie in der Gesamtgesellschaft. Sabrina Arneht resümiert die Hintergründe dieses Phänomens und skizziert mögliche Lösungsansätze.*

Auftrag der Gewerkschaften in einer solidarischen Interessenvertretung, deren Macht auf kollektivem Handeln beruht, stehen sie als Organisationen in der Pflicht, sich der veränderten und verschärften Lage anzupassen – ohne dabei den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit in der kapitalistischen Wirtschaft zu verschleiern.

Sauer et al. haben in ihrer Studie *Rechtspopulismus und Gewerkschaften* dargelegt, wie sich arbeitsweltliche Zustände, wie Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, ständige Reorganisation, Prekarisierung oder Leistungsdruck für die Kolleg\*innen in Zukunftsangst, fehlender Anerkennung und Kontrollverlusten niederschlagen können.<sup>4</sup> Von den Gewerkschaften werden diese momentan kaum aufgefangen. Die Wirkmächtigkeit – das Pendant zum Kontrollverlust – der Gewerkschaften ist stark eingeschränkt. Dort, wo Tarife verhandelt werden<sup>5</sup>, handelt es sich um ritualisierte Abläufe, die kaum das Gefühl vermitteln, tatsächlich für etwas zu kämpfen. Die Gewerkschaft tritt eher als eine Dienstleisterin auf, Basisorganisation fehlt oft.

Utopien werden oft nur fragmentarisch formuliert und sparen, wenn möglich, die gesellschaftlichen Verhältnisse außerhalb des konkreten Arbeitsfeldes aus. Dabei konnten Sauer et al. aufzeigen, dass die Lösung der für Ängste und Unsicherheit verantwortlichen arbeitsweltlichen Problemlagen (noch immer) über die Systemgrenzen des Kapitalismus hinausweisen. Genau dies lässt sich in der gewerkschaftlichen Arbeit immer wieder beobachten: Ein Großteil der Probleme im Betrieb kann in der sozialpartnerschaftlichen Logik kein Bestandteil von Tarifverhandlungen sein. Statements wie »5 Euro mehr auf dem Gehaltscheck machen keinen Unterschied, wenn die soziale Aner-

kennung fehlt«, sind keine Seltenheit im arbeitspolitischen Diskurs und sind Ausdruck einer verfehlten Tarifpolitik.

Mit dem Einrichten in der Sozialpartnerschaft nach dem zweiten Weltkrieg – spätestens mit dem DGB-Bundeskongress 1963 in Stuttgart – wurde eine explizit antikapitalistische Gewerkschaftspolitik der großen Gewerkschaften aufgegeben und der Kurs einer Marktwirtschaft mitgetragen. Dieser Kurs spiegelt sich in den betrieblichen Konflikten sowie dem Selbstverständnis und den Handlungsweisen der Gewerkschaften wider. Die gewerkschaftspolitische Praxis besteht im Kern aus politischem Lobbying und recht eng gefasster Tarifpolitik. Erstere entspricht nicht dem Kerngedanken kollektiven Handelns und Zweitere verfehlt mehr denn je die arbeitsweltlichen Konflikte der heutigen Zeit. Ohne das Instrument des mutigen kollektiven Handelns bleibt den Gewerkschaften auch keine andere Option, denn allein darauf beruht ihr gesamtes Machtpotenzial. Dieser Verlust der Wirkmächtigkeit sowohl in konkreten Ergebnissen, als auch von den Mitgliedern gefühlt, führt dazu, dass dem empfundenen Kontrollverlust im globalisierten Kapitalismus nichts mehr entgegengesetzt werden kann.

### Anschlussfähig nach rechts

**Durch die Verinnerlichung von Konkurrenz besteht eine Anschlussfähigkeit an rechte Ideologien.**

Die Basis der kapitalistischen Marktwirtschaft ist eine Konkurrenz, die nicht vor Grenzen halt macht. Aktuelle gewerkschaftliche Arbeitskämpfe erfolgen nach wie vor standortbezogen und im nationalen Rahmen: Dagegen unterminiert die Flexibi-



lisierung der globalen Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen die Erfolgchancen dieser gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe. So erscheinen Gewerkschaften als zunehmend machtlos gegen (globale) Wirtschaftszusammenhänge. Standortkonkurrenz wird über die Bedrohung von Outsourcing oder Schließung von lokalen Produktions- oder Dienstleistungsstätten zum Machtmittel gegen Organisation eingesetzt und drängen in einen Korporatismus. Die regionalen Gewerkschaften kämpfen für ihre regionalen Mitglieder. Dem Mechanismus der Konkurrenz liegt jedoch zugrunde, dass der Gewinn der Einen gleichzeitig die Niederlage der Anderen bedeutet. Die Gefahr besteht darin, dass die Gewerkschaften diesen Vorgang nicht ausreichend reflektieren oder ihr Handeln nicht an dieser Erkenntnis ausrichten.<sup>6</sup> Es scheint eher, als würde die auf die Sozialpartnerschaft der Gewerkschaften zurückzuführende Verinnerlichung der Standortkonkurrenz und Klientelpolitik einen strukturellen Anschluss für die rechtsextreme Logik des »Innen und Außen« schaffen, wodurch sich der Widerspruch von traditioneller Gewerkschaftsarbeit mit rechtsextremen Denkmustern scheinbar auflösen kann. Dort wo der Fokus nicht auf einer inklusiven Solidarität liegt und verkürzte Kapitalismuskritik bedient wird, kann die AfD als Alternative für Lohnabhängige erscheinen.<sup>7</sup> Besonders deutlich wird dies am Beispiel des Kohleausstiegs in Ostdeutschland: Erkenne man die Notwendigkeit eines schnellen Kohleausstiegs für das Leben der globalen Arbeiter\*innenschaft an, gelte es, sofort mit den Kumpeln in den deutschen Kohleabbaugebieten einen demokratischen Prozess zu starten, Streikbereitschaft aufzubauen und gemeinsam einen maximal sozialen Ausstieg zu erkämpfen, der die Lebensleistung der Kolleg\*innen anerkennt. Die Gewerkschaften schaffen es jedoch nicht Anerkennung und Wirkmächtigkeit zu generieren und öffnen das Tor für rechte Narrative.<sup>8</sup>

Aber auch in der Wissenschaft werden die Konkurrenzlogiken intensiviert und ein akademischer Kapitalismus kultiviert.<sup>9</sup> Als Beispiele sind die wettbewerbsförmige Ausschreibung von Forschungsgeldern als Drittmittel über die DFG, die Exzellenzinitiative oder der neue Pakt für Innovation in der Hochschullehre zu nennen. Dabei wird gemäß des ökonomischen Mantras davon ausgegangen, dass nationale Wettbewerbsnachteile über wissenschaftliche Innovation ausgeglichen werden müssen, welche wiederum durch verstärkte Konkurrenz erzeugt werden sollen. Der relevanteste Mechanismus ist dabei immer die nationale, marktwirtschaftliche Verwertbarkeit<sup>10</sup>, wie sich auch an den Diskussionen um Studiengengebühren für ausländische Studierenden beobachten lässt. Die wissenschaftlichen Institutionen entfernen sich immer weiter vom Gemeinwohlgedanken der Wissensproduktion. Das gesamte Wissenschaftssystem ist so aufgebaut, dass Kolleg\*innen zunehmend zu Konkurrent\*innen werden. So werden Solidarität und gewerkschaftliche Organisation erschwert. Das führt auch hier zu einer Ellenbogen-Mentalität, die ebenso schlussfähig an rechte Exklusionsideen ist.

## Kapitalismuskritik und Basisorganisation

**Gewerkschaften sollten sich vor allem um eine kapitalismuskritische Ausrichtung sowie stärkere Basisorganisation fokussieren, um dem Rechtsdruck etwas entgegenzusetzen.**

Die abschließende These liegt, der Argumentation folgend, quasi auf der Hand. Die arbeitsweltlichen Probleme in der globalisierten Wirtschaft und damit die Themen und Kämpfe der Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Lohnabhängigen weisen über die Systemgrenzen hinaus. Gewerkschaften müssen inkludierende und ka-

pitalismuskritische Deutungsansätze für die Probleme unserer Zeit bieten, Utopien erarbeiten, Anerkennung generieren und als Thema besetzen, Räume der gelebten Solidarität schaffen und Lösungsansätze über kollektives Handeln anbieten. Dabei sollte der Fokus vor allem auf Organisation und weniger auf Lobbyarbeit liegen, da nur die Selbstorganisation auch Wirkmächtigkeit generieren kann. Einige erfolgreiche Ansätze neueren Organisierens analysiert z. B. Stefan Schmalz.<sup>11</sup>

Wenn Gewerkschaften so agieren, ist der gewerkschaftliche Arbeitskampf auch immer ein Kampf gegen rechts, da sich die Handlungslogiken dann – tatsächlich – gegenseitig ausschließen.

## Anmerkungen

- 1) Exemplarisch zur Bundestagswahl 2017 vgl.: DGB: *So haben GewerkschafterInnen gewählt*. Zugegriffen 2. Januar 2020. <https://www.dgb.de/themen/+co++1aca2e9e-a209-11e7-99c0-525400e5a74a>.
- 2) Klaus Dörre, Sophie Bose, John Lütten und Jakob Köster 2018: »Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 28, Nr. 1–2 (Juni 2018): 55–89. <https://doi.org/10.1007/s11609-018-0352-z>.
- 3) Ebd.: 83.
- 4) Dieter Sauer Ursula Stöger, Joachim Bischoff, Richard Detje, und Bernhard Müller 2018: *Rechtspopulismus und Gewerkschaften: eine arbeitsweltliche Spurensuche*, Hamburg.
- 5) Sowohl der Organisationsgrad als auch die Anzahl der abgeschlossenen Tarifverträge bzw. der Tarifbeschäftigten nimmt seit Jahren ab. Vgl. Anke Hassel, Wolfgang Schroeder 2018: *Gewerkschaften 2030. Rekrutierungsdefizite, Repräsentationslücken und neue Strategien der Mitgliederpolitik*, WSI Report Nr. 44, Düsseldorf. Und *Tarifbindung der Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland bis 2018*. Zugegriffen 2. Januar 2020. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153610/umfrage/tarifbindung-der-beschaeftigten/>.
- 6) Dörre et al. zufolge haben sich die Gewerkschafter\*innen, die sich offen gegen AfD und Pegida aussprechen, auch gleichzeitig für eine »inklusive Klassenpolitik« ausgesprochen. Diese Gruppe sei unter den Aktiven »noch immer die Mehrheit« (2018: 83).
- 7) Dies gilt vor allem für den völkisch-nationalistischen Flügel der AfD.
- 8) Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2019: »Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz«, in: *Studien* 04/2019. Berlin (Online: <https://www.rosalux.de/publikation/id/40518/nach-der-kohle/>).
- 9) Vgl. z. B. Richard Münch 2011: *Akademischer Kapitalismus: zur politischen Ökonomie der Hochschulreform*, Berlin.
- 10) So werden z. B. Geistes- und Sozialwissenschaften deutlich weniger gefördert als alle anderen Fachgruppen. Vgl. z. B. Deutsche Forschungsgemeinschaft: *DFG – Förderatlas 2018*. Zugegriffen 3. Januar 2020. <https://www.dfg.de/sites/foerderatlas2018/>.
- 11) Stefan Schmalz 2013: *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*, Frankfurt am Main.

Sabrina Arnoth studiert Soziologie an der Universität Potsdam und ist u. a. in der Gewerkschaft *Erziehung und Wissenschaft in Brandenburg* und im *Bundesausschuss der Studierenden* engagiert.

# Hakenkreuz-Graffitis am Elfenbeinturm

## Rechtsradikaler Raumordnungskampf am Göttinger Campus

Es war die Nacht auf den 28. Oktober 2019, direkt nach der Verkündung der Landtagswahlergebnisse in Thüringen: Während die *Alternative für Deutschland (AfD)* in Erfurt ihren Wahlerfolg feiert<sup>3</sup>, ermittelt im 140 Kilometer entfernten Göttingen der Staatsschutz. Unbekannte hatten im Schutz der Dunkelheit Feuer auf dem Grundstück eines Wohnprojekts, direkt am Campus der Georgia-Augusta, gelegt. Die vom Schein des Feuers aufgeschreckten Bewohner\*innen nehmen den Geruch von Brandbeschleunigern wahr, als sie einen brennenden Holzunterstand im Garten löschen. Tatsächlich stoßen die Ermittler\*innen später auf eine brennbare Flüssigkeit; die Täter\*innen hatten untergestellte Möbel mit Brandbeschleunigern getränkt und dann angezündet (*Göttinger Tageblatt* 31.10.19). Doch das Feuer bleibt nicht der einzige Vorfall, mit dem sich das für politische Kriminalität zuständige Kommissariat der Göttinger Polizeiinspektion in der Nacht auseinandersetzen muss. Unweit der Brandstelle kommt es zu einem Farbanschlag auf das Büro des Fachschaftsrates der Sozialwissenschaftlichen Fakultät (*FSR SoWi*). An anderen Hochschulgebäuden tauchen frisch gesprühte Hakenkreuze, SS-Runen sowie die hier als offene Drohung zu interpretierende Ankündigung »Wir kommen« auf. Ein Schriftzug mit dem in rechtsradikalen Kreisen als Synonym für »Heil Hitler« verwendeten Code »88«, wird nur wenige Meter von der Brandstelle entfernt an einem Universitätsgebäude entdeckt (*Göttinger Tageblatt* 28.10.19). Obwohl die Polizei einen Zusammenhang zwischen den Taten zunächst weder bestätigen noch dementieren will (»Das wäre reine Spekulation«), deuten die betroffenen Student\*innen sowohl den Brand-, als auch den Farbanschlag schnell als neuste Auswüchse einer ganzen Serie rechtsradikaler Übergriffe, die sich während der letzten Monate in der Studierendenstadt ereignet hatten.<sup>4</sup> In der Tat ergibt sich ein anderes Bild der Lage, blättert man den Kalender einige Monate zurück: Bereits seit dem Frühjahr 2018 machen Vertreter\*innen der Göttinger Zi-

*Seit dem Frühjahr 2018 machen Rechtsradikale in Göttingen mit zunehmenden, gewalttätigen Übergriffen auf Universitätseinrichtungen, Wohnheime und Studierende auf sich aufmerksam. Insbesondere der Bereich um den Campus der Georgia-Augusta gerät dabei in den Fokus der Täter\*innen<sup>1</sup>. Die Angriffe machen deutlich: Der vermeintliche universitäre Elfenbeinturm im Sinne eines behüteten Raumes der Wissenschaft schützt nicht vor rechtsradikalen Übergriffen. Damit sich demokratische Einrichtungen zielgerichtet wehren können, bedarf es vor Ort jedoch einer präzisen Einschätzung rechtsradikaler Wirkungsmacht. Das Modell des Raumordnungskampfes nach Olaf Sundermeyer et al. liefert hierzu klare Kriterien, die im Folgenden am Göttinger Beispiel verdeutlicht werden.<sup>2</sup>*

vilgesellschaft auf eine zunehmende Zahl von Sachbeschädigungen und Übergriffen mit mutmaßlich rechtsradikalem Hintergrund aufmerksam.<sup>5</sup> Im Fokus der Täter\*innen stehen Universitätseinrichtungen, Gedenkstätten, studentische Initiativen sowie Einzelpersonen. Nutzten diese anfangs vor allem Sprühereien und Aufkleber, um ihre rechtsradikalen Parolen zu verbreiten, so eskalierte die Situation bis ins Jahr 2019 zusehends. Gleich mehrfach kam es zu gewalttätigen Übergriffen, bei denen politische Gegner\*innen bewaffnet angegriffen oder bedroht wurden.<sup>6</sup> Die Tatsache, dass Betroffene dabei sogar gezielt und häufig ins Visier der Rechtsradikalen gerieten, sowie das Auftauchen »immer gleicher oder zumindest ähnlicher Bezüge, Thematiken und Symbole stützen die Annahme, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt«, sondern um die Aktionen einer Gruppierung, »die bewusst den Versuch unternimmt, »Straßen und Plätze strategisch zu besetzen.«<sup>7</sup> Doch während inzwischen regionale wie auch überregionale Medien regelmäßig über Neonazis berichten, die »in der Stadt Fuß zu fassen« (*Göttinger Tageblatt* 4.6.19) versuchten – Reimar Paul attestierte in der *taz* eine »neue Qualität der Bedrohung« (*Tageszeitung* 30.10.19) –, äußerten sich Universität und Stadtverwaltung erst spät zu

den Vorgängen. Erstere stritt einen nennenswerten Anstieg von der rechten Szene zuzuordnenden Sachbeschädigungen zunächst sogar ab.<sup>8</sup> Eine Einschätzung, die sich darauf zurückführen lässt, dass die inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Parolen auf Mitarbeiter\*innen aus den Bereichen Technik und Verwaltung abgewälzt wurde. Deren Kompetenz liegt allerdings naturgemäß bei der Entfernung, nicht aber in der Identifikation oder Analyse rechtsradikaler Symboliken und Codes.<sup>9</sup>

### Wissensbasierte Aufarbeitung statt schweigender Ignoranz

Sicherlich ist das anhaltende Schweigen seitens der Universität auch der Schwierigkeit geschuldet, rechtsradikale Wirkungsmacht zu bewerten ohne den schmalen Grat zwischen alarmistischer Überhöhung der Taten (was den Täter\*innen in die Karten spielen würde) und ihrer allzu leichtfertigen Abkanzelung zu verlassen. Auf genau dieses Hindernis weisen auch Dierk Borstel und Claudia Luzar hin: »Zwischen Warnung und Entwarnung liegen oft nur ein, zwei unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe.«<sup>10</sup> Diesem Problem begegnen die Wis-

senschaftler\*innen mit der Entwicklung des Analyseschemas des *Raumordnungskampfes*, das die Wirkungsmacht rechtsradikaler Gruppen in vier aufeinanderfolgenden Schritten untersucht.<sup>11</sup> (1.) *Provokationsgewinne*, (2.) *Räumungsgewinne*, (3.) *Raumgewinne* und (4.) *Normalisierungsgewinne* dienen dabei gleichsam als zentrale Kriterien, »um die Wirkungsmacht der jeweiligen rechtsextremen Akteure beschreiben zu können.«<sup>12</sup> Gemeinsam mit Olaf Sundermeyer wendeten sie das Modell bereits 2011 an, um »Geländegewinne«<sup>13</sup> von Rechtsradikalen in Dortmund zu erfassen. Ihr Schluss: Das Ignorieren oder Kleinreden von Vorfällen durch demokratische Einrichtungen berge die Gefahr einer Verschärfung der Situation.<sup>14</sup>

Vielmehr sollten, anstelle des Leugnens immer offensichtlicherer Probleme, die hochschuleigenen Kompetenzen genutzt werden, um wissensbasierten Umgang und Aufarbeitung zu gewährleisten. Obwohl die Ausgangsbedingungen im auf den ersten Blick politisch links geprägten Göttingen andere sind als in Dortmunder Stadtteilen mit langjährigem Neonaziproblem, erweist sich ein Transfer des Analyseschemas an dieser Stelle ebenfalls als fruchtbar. Denn schon in der Frühphase der Göttinger Übergriffsserie wurde die begründete Sorge geäußert, dass nach ersten Provokationen auf bestimmte Räume, Personen und Zeiten begrenzte Gewaltaktionen folgen könnten – ganz wie es der von Sundermeyer et al. geschilderten Eskalationslogik entspricht.<sup>15</sup> Entsprechend dieser Forderung nach wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit solchen rechtsradikalen Ereignissen möchte der vorliegende Beitrag die von lokalen Akteuren vorgenommene Einordnung prüfen und aktualisieren. Gleichzeitig ist er eine Aufforderung an Rechtsradikalismusforscher\*innen, Entwicklungen im eigenen Arbeitsumfeld – am Campus – nicht zu vernachlässigen. Zudem soll die exemplarische Auseinandersetzung mit der Göttinger Ereigniskette einen Beitrag dazu leisten, rechtsradikale Wirkungsmacht in Zukunft vor Ort präziser bestimmen und Fehleinschätzungen vermeiden zu können.

## Die Erfassung rechtsradikaler Wirkungsmacht

Um den Erfolg oder Misserfolg von Rechtsradikalen einschätzen zu können, forderten Dierk Borstel und Claudia Luzar schon 2016 konkrete Kriterien, auf die sich eine solche Beurteilung stützen könne.<sup>16</sup> Sie schlugen vor, rechtsradikale Tendenzen im Verhältnis zu ihren demokratischen Gegenspieler\*innen zu bewerten: »Schwindet der Einfluss der Demokraten unter dem Druck rechtsextremer Akteure in einem konkreten Kontext, [müsse] von rechtsextremen Geländegewinnen gesprochen werden.«<sup>17</sup> Diese könnten auf unterschiedlichen Ebenen erzielt werden: Gegenüber dem Verfas-

sungsstaat reichten sie von der Kritik demokratischer Verfahren bis schließlich zur Machtübernahme.<sup>18</sup> Gleichzeitig plädieren die Autor\*innen jedoch eher für die Anwendung auf einen deutlich kleineren Rahmen. Während Rechtsradikale auf Bundesebene »von jeder Machtübernahme weit entfernt« seien, würden diese »vor Ort« häufig geballt auftreten und enorme Wirkung erlangen.<sup>19</sup> Dazu verweisen Borstel et al. auf Ergebnisse der Rechtsradikalismusforschung, die einen zunehmenden lokalen Bezug vieler rechtsradikaler Handlungsstrategien attestieren.<sup>20</sup> Anknüpfend an Arbeiten Wilhelm Heitmeyers, der den Kampf verschiedener Gruppen um Dominanz in konkreten sozialen Räumen als »kommunale Raumgewinne«<sup>21</sup> untersuchte, setzen Luzar und Borstel an, um das gemeinsam mit Olaf Sundermeyer entwickelte Modell der Dortmunder Studie zu aktualisieren.

Hierzu entwickeln sie ein Stufenmodell, anhand dessen die »tatsächliche Stärke«<sup>22</sup> von rechtsradikalen Gruppen und Personen geprüft werden soll. Es umfasst dabei die bereits genannten Schritte der (1.) *Provokations-*, (2.) *Räumungs-*, (3.) *Raum-* und (4.) *Normalisierungsgewinne*. Die Einschätzung, auf welcher Stufe man sich befindet, erfolgt *einerseits* anhand der Bewertung rechtsradikaler Handlungen: Diese reichen etwa von provokanten Kurzauftritten auf der ersten, bis zum Verächtlichmachen von unterlegenen »Feinden« und dem völlig normalisierten öffentlichen Auftritt auf den letzten beiden Stufen. *Andererseits* wird die Wirkung auf Nicht-Rechtsradikale als zweiter Maßstab zur Bewertung von Raumordnungsgewinnen eingeführt: Während auf den unteren beiden Stufen das Problem erst bewusst wird und es zu ersten Konfrontationen sowie daraus resultierenden Opfererfahrungen kommt, reicht die vierte Stufe bis zu einer schweigenden Akzeptanz rechtsradikalen Wirkens und zum Rückzug zivilgesellschaftlicher Akteure.<sup>23</sup>

## Rechtsradikaler Raumordnungskampf in Göttingen und am Campus

### (1.) *Provokationsgewinne*

Dass Sundermeyer et al. die unterste Stufe rechtsradikaler Wirkungsmacht auf kommunaler Ebene als »Provokationsgewinne« bezeichnen, kommt nicht von ungefähr: Träten Rechtsradikale in den Kampf um die örtliche »Lufthoheit«, so versuchten sie häufig, sich »über erste öffentliche Auftritte und das Markieren von Räumen durch Symbole, Plakate oder Sprühereien als ernstzunehmende Gruppe im Sozialraum zu präsentieren.«<sup>24</sup> Während es in dieser Phase zu ersten Begegnungen mit Nicht-Rechtsradikalen kommen kann, ist es ebenso denkbar, dass die Aktivitäten als »stille Raumgewinne«<sup>25</sup> von der Mehrheitsgesellschaft übersehen werden.

Ähnlich verhielt es sich mit den Vorfällen am und um den Göttinger Campus: Über Monate hinweg tauchen »Aufkleber, mit Filzstiften aufgetragene Kritzeleien, Sprühereien sowie in Parkbänke und Bäume eingeritzte Parolen und Symbole«<sup>26</sup> auf, bevor die Politgruppe *Basisdemokratische Linke (BL)* im November 2018 als erste auf die im Stadtbild auftauchende Propaganda hinweist. Während die Organisationsbezüge zunächst lose scheinen, sind es neben gleicher Farbe und Schrift, welche die Täter\*innen verwenden, vor allem inhaltliche Bezüge,



die die Taten verbinden.<sup>27</sup> Wiederkehrende Motive sind etwa Hakenkreuze und Runen mit NS-Bezug, antisemitische Verschwörungsbilder sowie gegen politische Gegner\*innen und Minderheiten gerichtete Drohungen. Gleich mehrfach wird auf das Bild einer angeblich zionistisch besetzten Regierung, das sogenannte »Zionist Occupied Government (ZOG)«<sup>28</sup>, zurückgegriffen. Kombiniert mit Todeswünschen (»Tod der ZOG«) oder einem »FUCK«, finden sich derlei Schriftzüge gleich mehrfach auf Uni-gebäuden, dem Gelände eines angrenzenden



Supermarkts und im Mai 2018 schließlich mit nebenstehenden Hakenkreuzen unter dem Fenster des FSR SoWi. Schon Monate vor dem eingangs erwähnten Farbanschlag wird der Fachschaftsrat also zum Ziel von Rechtsradikalen. Neben der antisemitischen Parole, die offenbar nicht zufällig unter einem im Fenster hängenden Banner »Gegen jeden Antisemitismus« angebracht wurde, deutet ein nur wenige Meter weiter aufgetragenes Graffiti auf ein weiteres wiederkehrendes Tatmotiv hin – den Hass auf sexuelle Minderheiten. Während hier die Parole »Trans' lives don't matter« Transsexuellen das Recht auf körperliche Unversehrtheit abspricht, rückt eine Schmiererei an der Juristischen Fakultät Transsexualität in die Nähe von Pädophilie. Andere mehrfach auftauchende Elemente sind Bezugnahmen auf das neurechte Narrativ eines vermeintlichen Bevölkerungsaustausches, der sich in Parolen wie »Umvolkung stoppen!« manifestiert.<sup>29</sup> Während sich hier eine Dominanz rassistischer, trans\*-feindlicher und antisemitischer »Inhalte« zeigt, markiert der Angriff auf den Fachschaftsrat der bei Uniwahlen mehrheitlich rot-grün wählenden Fakultät eine Zäsur: Erstmals in der Übergriffsserie werden politische Gegner\*innen direkt an ihrem Arbeitsplatz attackiert. Mit raumorientierten Angriffen und Einschüchterungen ist damit die zweite Stufe rechtsradikaler Wirkungsmacht nach Sundermeyer et al. erreicht.

### (2.) Räumungsgewinne

Greifen rechtsradikale Gruppen Nicht-Rechtsradikale in begrenzten Räumen und zu bestimmten Zeiten an, ist dies dem aufgefundenen Analyseschema folgend ein Indiz für »Räumungsgewinne« (Stufe 2).<sup>30</sup> Demnach könnten diese – ähnlich wie Provokationsgewinne – noch unbemerkt von der Mehrheitsgesellschaft erfolgen, da die Angriffe insbesondere potenzielle Opfergruppen und »diejenigen, die nicht ins rechtsextreme Gedankengebäude passen«, betreffen. Auch bestünden auf Seiten nicht-rechtsradikaler Akteure häufig Unsicherheiten im Umgang mit dem Eindringen von Rechtsradikalen in die Raumordnung.

Das gilt auch für die Göttinger Vorfälle. Denn unmittelbar nach den Schmierereien am Büro der Fachschaft beginnt eine Phase, in der die Täter\*innen, von denen bis dahin jede Spur fehlt, ihre Angriffe immer direkter adressieren. Nach willkürlichen Sachbeschädigungen richten sie ihre Aktionen nun gezielt auf politische Gegner\*innen aus. An campusnahen Wohnheimen, an deren Fassaden die Bewohner\*innen Transparente aufgehängt hatten, sprühen sie zunächst im Sommer 2018 die Schriftzüge »Fuck Antifa« und »Zecken!«; bei einem zweiten Übergriff durchtrennen sie die Brems-schläuche von vor Wohnheimen geparkten Fahrrädern (*Tageszeitung* 30.10.19) In derselben Nacht tauchen wieder rechtsradikale Symbole an Uni-gebäuden auf. Schließlich werden Ende November 2018 zwei junge Männer auf dem nächtlichen Nachhause-

weg von einer dreiköpfigen Gruppe angegriffen und als »Scheiß Schwuchtel« beleidigt. Einer der Angegriffenen erleidet einen Kieferbruch, als die Täter\*innen mit einem metallenen Gegenstand auf ihn einschlagen. Im Februar 2019 dringen mit Schlagwerkzeugen bewaffnete Angreifer gleich mehrfach in eine bei linken Studierenden beliebte Kneipe ein und verletzen Gäste schwer. Wie es später in der lokalen Presse heißt, sollen die teilweise von der Polizei aufgegriffenen Verdächtigen in beiden Fällen »zum Großteil identisch« sein. Wie das *Göttinger Tageblatt* berichtet, gehören sie einer bis zu fünfzehnköpfigen Clique von (ehemaligen) Göttinger Studierenden an, die trotz ihres jungen Alters teils jahrelange Verbindungen in die rechtsradikale Szene von der *Jungen Alternativen (JA)* bis zur *Identitären Bewegung* pflegen. Das deckt sich mit Informationen von Göttinger Antifaschist\*innen, die im Dezember unter dem Titel »Ausgetobt – Keine Anonymität für die Göttinger Neonaziclique« personenbezogene Daten und Beweisfotos ins Netz stellten.<sup>31</sup> Auf den Bildern sind Göttinger Studierende zu sehen, die in der Innenstadt Hitlergrüße zeigen, mit Waffen posieren oder Security-Dienste auf Neonazi-Events des NPD-Funktionärs Thorsten Heise übernehmen. Das »neue« Klima in Göttingen lockt zusätzlich alte Bekannte auf den Plan: Jens Wilke, der Kopf einer von 2015 bis 2017 aktiven neonazistischen Splittergruppe aus dem Göttinger Umland<sup>32</sup>, meldet im März 2019 eine Kundgebung in einem städtischen Wohngebiet an. Unter dem Motto »Antideutsche Hetze beim Namen nennen!« demonstrieren mehrere Mitglieder verschiedener rechtsradikaler Gruppierungen vor dem Haus eines für sein Engagement gegen rechts bekannten Künstlers (*Göttinger Tageblatt* 18.3.19).

Gegen Einzelpersonen gerichtete Kundgebungen, aber auch nächtlich angebrachte Drohungen am Gebäude der universitären Stabsstelle für Chancengleichheit und Diversität, unterstreichen die gesamte Aktionsbreite rechtsradikaler Akteure, die zwischenzeitlich darauf ausgelegt scheint, Feinde einzuschüchtern und Angst zu verbreiten (*Hessische/Niedersächsische Allgemeine, HNA*, 8.8.19). Auch hier entspricht die Göttinger Entwicklung genau der im Raumordnungskampf-Konzept geschilderten Eskalationsleiter. Die nächste Stufe würde erreicht, gelänge es Rechtsradikalen, den Druck so weit zu erhöhen, dass andere Akteure angestammte Orte verließen.

### (3.) Raumgewinne

Beschreibt die vorherige Stufe noch zeitlich wie räumlich stark begrenzte Aktionen, so bedeuten »Raumgewinne« eine langfristige örtliche Manifestation von Rechtsradikalen, die zeitgleich durch Angst und Einschüchterung dazu führt, dass Nicht-Rechtsradikale anfangen, bestimmte Orte zu meiden.<sup>33</sup> Doch soweit scheint es in Göttingen noch nicht zu sein: Angesichts der sich häufenden Gewalttaten, beginnt eine breite Öff-

fentlichkeit Handlungsbedarf zu erkennen. Im März des Jahres bildet sich unter dem Motto »Es reicht!« ein Bündnis, das mit rund 1.000 Teilnehmer\*innen auf die Straße geht (*Göttinger Tageblatt* 31.3.19). Auch nach dem Brandanschlag im Oktober gehen erneut Hunderte auf die Straße, einzelne Fraktionen im Rat der Stadt sowie Parteijugendlichen fordern, »nicht dabei zuzusehen, wenn Rechte versuchen sich in der Stadt zu etablieren«, so etwa ein Sprecher der Jusos Göttingen (*Göttinger Tageblatt* 31.10.19). Mit genau diesem Ansinnen schließen sich auch Göttinger Gastronom\*innen Anfang April zu der Initiative »Kein Bier für Neonazis!« zusammen. Hier organisieren sich sowohl Lokale, die Opfer der oben beschriebenen Angriffe wurden, als auch solche, die in der Vergangenheit zum unfreiwilligen Treffpunkt der »Nazi-Clique« geworden waren (*HNA* 3.5.19). Von einem Schweigen oder einer Akzeptanz, die für die folgende und letzte Stufe des Raumordnungskampfes exemplarisch wären, kann also nicht die Rede sein. Damit bleibt auch eine Etablierung des Rechtsradikalismus als normaler Bestandteil der örtlichen politischen Kultur, die Borstel etwa rechten Modellregionen in Ostvorpommern attestiert, aus.<sup>34</sup> Die Frage nach (4.) *Normalisierungsgewinnen* stellt sich damit vorerst nicht.

## Fazit

Die im vorliegenden Beitrag eingenommene Perspektive ermöglicht es, rechtsradikale Entwicklungen in der Studierendenstadt fortlaufend zu bewerten, indem das Analyseschema des Raumordnungskampfes nach Sundermeyer et al. als Maßstab angelegt wurde. Gegenüber früheren Einordnungen muss jedoch konstatiert werden, dass die Phase der Provokationsgewinne längst überschritten ist. Mit Drohungen und mitunter sogar roher Gewalt pochen Rechtsradikale inzwischen auf Räumungsgewinne. Opfer der Angriffe werden, wie von den Dortmunder-Forscher\*innen beschrieben, auch in Göttingen vor allem couragierte Neonazi-Gegner\*innen und Angehörige sogenannter »Feind«- oder Minderheitengruppen. Sie bekommen das neue Klima in der Stadt zuerst und am deutlichsten zu spüren. Doch auch die erwähnte »Unsicherheit im Umgang« lässt sich im vorliegenden Fall insbesondere an der verspäteten Reaktion von Universitätspräsidium und breiter Öffentlichkeit erkennen.<sup>35</sup> Letztlich formierte sich auf Initiative einzelner Akteure jedoch breiterer Widerstand sowohl in Form von Straßenprotesten, als auch in Form neuer Initiativen. Raum-, geschweige denn Normalisierungsgewinne blieben somit vorerst aus.

Ferner zeigt das Fallbeispiel, dass auch Hochschulen mit liberalem Selbstbild und gemeinhin als emanzipiert geltende Studierende keineswegs davon ausgenommen sind, in den Fokus von Rechtsradikalen zu

geraten. Der vermeintliche universitäre »Elfenbeinturm« ist letztlich nicht vor Hakenkreuz-Schmierereien auf seiner Fassade geblieben, weshalb die Forderung weiterhin aktuell ist, hochschuleigene Kompetenzen zu mobilisieren, um sich an der Seite der Demokrat\*innen in den Raumordnungskampf einzubringen.

## Anmerkungen

- 1) Dieser Text bemüht sich um eine gendergerechte Sprache. Das sogenannte Gender-Sternchen (\*) soll ausdrücken, dass jenseits von »Mann« und »Frau« Geschlechteridentitäten existieren, die eine herkömmliche Schreibweise nicht abbildet.
- 2) Vgl. Olaf Sundermeyer / Claudia Luzar / Dierk Borstel 2011: Rechtsextreme Strukturen in Dortmund. Formationen und neuere Entwicklungen ein Update 2011, Dortmund: 13f, URL: [http://www.dortmund.de/media/p/vielfalt/Rechtsextremismus\\_26042012.pdf](http://www.dortmund.de/media/p/vielfalt/Rechtsextremismus_26042012.pdf) [eingesehen am 16.11.2019].
- 3) Unter Führung von Rechtsaußenkandidat Björn Höcke erhielt die Partei die Unterstützung von 23,4 (+12,8) Prozent der Wähler\*innen; Vgl. Thüringer Landesamt für Statistik: Landtagswahl 2019 in Thüringen – endgültiges Ergebnis, URL: <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2019&zeigeErg=Land> [eingesehen am 22.11.2019].
- 4) Vgl. FSR SoWi: Pressemitteilung. Nazi-Schmierereien und Brandanschlag an Göttinger Uni-Campus, 28.10.2019, URL: <https://www.fsr-sowi.de/1589> [eingesehen am 18.11.2019].
- 5) So wurde bspw. die Schändung eines Mahnmals am Platz der Synagoge mit Hakenkreuzen angezeigt; die Göttinger GRÜNEN äußerten sich zu gleich mehreren rechtsradikalen Vorfällen im Frühjahr 2019 – siehe dazu Matthias Heinzl: »Polizei ermittelt. Runen auf Zwangsarbeiter-Mahnmal gesprüht«, in: *Göttinger Tageblatt*, 14.01.2019, URL: <https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Rechte-Runen-in-Goettingen-gesprueht> [eingesehen am 16.11.2019] sowie GRÜNE Göttingen (Stadtverband): Sachbeschädigung und rechtsradikale Schmierereien auf dem Campus, 18.01.2019, URL: [http://www.gruene-goettingen.de/stadtverband/aktuelle-meldungen/newsdarstellung6/article/sachbeschadigung\\_und\\_rechtsradikale\\_schmierereien\\_auf\\_dem\\_campus-1](http://www.gruene-goettingen.de/stadtverband/aktuelle-meldungen/newsdarstellung6/article/sachbeschadigung_und_rechtsradikale_schmierereien_auf_dem_campus-1) [eingesehen am 16.11.2019].
- 6) Eine detaillierte Chronik belegter Vorfälle bis Februar 2019 enthält: Niklas Knepper 2019: »(K)eine »Schmiererei wie jede andere«. Rechtsradikaler Raumordnungskampf in Göttingen und am Campus?«, in: *Demokratie-Dialog*, H. 4: 48–56; hier: 50f.
- 7) Ebd.: 54.
- 8) Vgl. ebd.: 52ff.
- 9) Vgl. ebd.
- 10) Dierk Borstel / Claudia Luzar 2016: »Gelände-gewinne. Update einer Zwischenbilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge 2016«, in: Stephan Braun et al. (Hg.): *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analysen, Antworten*, Wiesbaden: 39–52; hier: 39.
- 11) Vgl. Olaf Sundermeyer / Claudia Luzar / Dierk Borstel 2011 (siehe Fn. 2): 13f.
- 12) Ebd.
- 13) Dierk Borstel / Claudia Luzar 2016 (siehe Fn. 10): 39.
- 14) Vgl. Olaf Sundermeyer / Claudia Luzar / Dierk Borstel 2011 (siehe Fn. 2): 5.
- 15) Ebd.: 13.
- 16) Vgl. Dierk Borstel / Claudia Luzar 2016 (siehe Fn. 10): 41.
- 17) Ebd.: 39.
- 18) Die unterschiedlichen Dimensionen rechtsradikaler Gelände-gewinne gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat gliedern sich in sechs Schritte: Von (1.) Kritik über (2.) Provokation und (3.) strategischen Nutzen, (4.) Stören und (5.) Blockieren demokratischer Verfahren, bis hin zur (6.) Machtübernahme, vgl. ebd.: 43.

- 19) Olaf Sundermeyer / Claudia Luzar / Dierk Borstel 2011 (siehe Fn. 2): 13.
- 20) Siehe dazu: Wilhelm Heitmeyer 1999: »Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus. Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen«, in: Peter Kalb et al. (Hg.), *Rechtsextremistische Jugendliche. Was tun?*, Weinheim: 47–79; Andreas Grau / Wilhelm Heitmeyer 2013: *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden*, Weinheim/Basel.
- 21) Wilhelm Heitmeyer 1999 (siehe Fn. 20).
- 22) Olaf Sundermeyer / Claudia Luzar / Dierk Borstel 2011 (siehe Fn. 2): 14.
- 23) Vgl. Dierk Borstel / Claudia Luzar 2016 (siehe Fn. 10): 43.
- 24) Olaf Sundermeyer / Claudia Luzar / Dierk Borstel 2011 (siehe Fn. 2): 13.
- 25) Ebd.: 53–56.
- 26) Siehe dazu die mit Belegfotos versehene Informationsbroschüre: Basisdemokratische Linke (BL): Achtung Nazi-propaganda! Vermehrt rechte Propaganda im Stadtbild Göttingens zu finden, 29.11.2018: 2, URL: <https://www.inventati.org/blgoe/images/document/FlyerNazi-propaganda.pdf> [eingesehen am 20.11.2019].
- 27) So werden z.B. Aufkleber eines von einem bayrischen NPD-Funktionär betriebenen Versandhandels direkt neben welchen der *Identitären Bewegung* oder denen aus dem Shop eines Haller PEGIDA-Initiators verklebt, ebd.: 2ff.
- 28) Vgl. Juliane Wetzel 2010: »Verschwörungstheorien«, in: Wolfgang Benz (Hg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 3: *Begriffe, Theorien, Ideologien*, Berlin/New York: 337.
- 29) Vgl. Niklas Knepper 2019 (siehe Fn. 6): 49, Fn. 7.
- 30) Olaf Sundermeyer / Claudia Luzar / Dierk Borstel 2011 (siehe Fn. 2): 13f.
- 31) Vgl. o. V.: Die Göttinger Naziclique – Teil 1. Zwischen AfD, Identitären und klassischem Neonazismus. Junge rechte AktivistInnen in Göttingen, 15.12.2018, URL: <https://ausgetobt.blackblogs.org/die-goettinger-naziclique/> [eingesehen am 23.11.2019].
- 32) Unter dem Namen *Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen* (später *Volksbewegung Niedersachsen*) bildet sich im Göttinger Umland zum Jahreswechsel 2015/16 eine kurzzeitig milieübergreifend erfolgreich zu asylfeindlichen Protesten mobilisierende Formation. Nach ersten Erfolgen folgt jedoch eine immer wieder mit Gewalt einhergehende Phase politischer Marginalisierung; vgl. Niklas Knepper 2017: Marginalisiert und doch gefährlich! Südniedersächsische Neonazi-Gruppierung »Volksbewegung Niedersachsen« zwischen Bedeutungsverlust und Gewalt, in: *Demokratie-Dialog*, H. 1 (2017), URL: <https://www.fodex-online.de/demokratie-dialog-artikel/suedniedersaechsische-neonazi-gruppierung-volksbewegung-niedersachsen-marginalisiert-und-doch-gefaehrlich/> [eingesehen am 21.11.2019], S. 67–76.
- 33) Vgl. Dierk Borstel / Claudia Luzar 2016 (siehe Fn. 10): 14.
- 34) Vgl. Dierk Borstel 2011: *Braun gehört zu bunt dazu! Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern*, Münster.
- 35) In einem Präsidiumsbeschluss verurteilt die Universität die Angriffe schließlich doch noch und fordert »alle ihre Angehörigen und Mitglieder dazu auf, für eine demokratische Kultur, Menschenrechte und Antidiskriminierung einzutreten.«, Präsidium der Universität Göttingen: Stellungnahme der Universität Göttingen gegen rechtsextreme Symbole und Schmierereien auf dem Campus, 19.11.2019, URL: [https://www.uni-goettingen.de/de/vorschau\\_0ad35fe83e4d003dfd2a0fee836943e9/604336.html](https://www.uni-goettingen.de/de/vorschau_0ad35fe83e4d003dfd2a0fee836943e9/604336.html) [eingesehen am 22.11.2019].

*Niklas Knepper studiert Politik an der Universität Göttingen und arbeitet als studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung zu Rechtsradikalismus, Bewegung und Protest.*

# Für freie Wissenschaft in einer demokratischen Gesellschaft

## Gemeinsame Erklärung des Instituts für Politikwissenschaft der Uni Marburg

In den vergangenen Jahren sahen wir – Professor\*innen, Dozent\*innen, Forschende, Studierende und administrative Angestellte des Instituts für Politikwissenschaft – uns an der Universität und in der Stadt Marburg mit Aktionen aus dem extrem rechten Spektrum konfrontiert. Wir beobachten eine größere Sichtbarkeit ›neurechter‹ Gruppen und extrem rechts organisierter Studierender – auch an unserem Institut und in unseren Seminaren. Diese Präsenz sehen wir im Kontext eines Rechtsrucks in öffentlichen, nicht zuletzt parlamentarischen Debatten und in sozialen Medien, in denen rassistische, antisemitische, antifeministische und antidemokratische Positionen an Raum und Einfluss gewinnen. Zunehmend übersetzen sich diese Positionen in subtile Diskriminierung, verbale Attacken und gewaltsame Angriffe gegen all jene, die nicht in ein rechtes, völkisches oder gar faschistisches Weltbild passen. Die vermehrte Sichtbarkeit autoritär-rechter Akteur\*innen und der Rechtsruck im öffentlichen Diskurs in Deutschland sowie anderen europäischen und außereuropäischen Ländern gefährden die Chancen, demokratische und egalitäre Gesellschaften zu realisieren. Auch Universitäten bleiben von diesen Entwicklungen nicht unberührt. Gesellschaftskritische Wissenschaftler\*innen,

etwa aus den Gender Studies, werden in Deutschland zunehmend Ziel radikal rechter Kampagnen. In Ungarn wurde die Geschlechterforschung von der Regierung faktisch abgeschafft. Auch in Österreich und Italien geraten Gender Studies durch radikal rechte Regierungsparteien unter Druck. In der Türkei wurden nach dem gescheiterten Putsch von Teilen des Militärs im Juli 2016 tausende regierungs- und gesellschaftskritische Akademiker\*innen entlassen und hunderte ins Exil getrieben.

Diese gesellschaftliche Konstellation nehmen wir zum Anlass darauf hinzuweisen, dass freie Wissenschaft und demokratische Gesellschaft fundamental aufeinander angewiesen sind. Zur Demokratie gehört konstruktiver Streit. Menschenverachtende und faschistische Positionen können allerdings nicht Teil eines solchen Streits sein. Demokratie ist nicht auf Verfahren zu reduzieren. Als gemeinsame Selbstbestimmung freier und gleicher Menschen über ihre Geschichte und ihre Geschichte ist sie fundamental unvereinbar mit Ideologien der Ungleichheit und der Menschenfeindlichkeit, die Einzelne oder Gruppen abwerten, ausgrenzen und entrechten. Als Lebensform beruht sie auf materiellen und ideellen Bedingungen, die Menschen erst befähigt, ohne Angst verschie-

den zu sein und sich doch in Gleichheit zu begegnen.

Universitäten kommt eine wichtige Rolle darin zu, solche demokratischen Verhältnisse zu ermöglichen. Als Angehörige der Universität Marburg nehmen wir die uns hieraus erwachsende Verantwortung ernst. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung autoritären, rassistischen, antisemitischen und antifeministischen Äußerungen und Praktiken entschieden entgegenzutreten und bekennen uns zu Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Antidiskriminierung. Wir verteidigen die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Natur-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen als fundamentalen Bestandteil der Freiheit von Forschung und Lehre. In diesem Sinne rufen wir die Angehörigen der Universität Marburg – Studierende, Dozent\*innen, Forschende und andere Kolleg\*innen – auf, sich gegen Ideologien der Ungleichheit zu positionieren und den aus diesen Weltanschauungen folgenden Handlungen mit Zivilcourage zu begegnen.

*Institut für Politikwissenschaft  
der Philipps-Universität Marburg,  
Februar 2019*



### Impressum:

BdWi-Verlag – Verlag des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) [VN 11531]  
Gisselberger Str. 7, 35037 Marburg, Tel.: +49 (0)6421 21395  
E-Mail: verlag@bdwi.de, <http://www.bdwi.de>

© BdWi-Verlag Marburg, Februar 2020; alle Rechte vorbehalten

**Redaktion:** Torsten Bultmann und Steffen Käthner

**Bild- und Schlussredaktion:** Werner Zentner

**Satz:** EP Knaab, Marburg

**Druck:** msi, Marburg · 100% Recyclingpapier

**Bildnachweis:** Titelbild: ©Petair – stock.adobe.com; S. 6: © Heinrich Stürzl / Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0; S. 9: hanohiki / shutterstock.com; S. 11: Jasper Goslicki – Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org>; S. 13: Ajit Wick / shutterstock.com; S. 16/17: Elke Wetzig – Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org>; S. 19: @vivalapenler – stock.adobe.com; S. 20: Larisa Rudenko / shutterstock.com; S. 26: Haeferl – Own work, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org>; S. 33: ©SZ-Designs – stock.adobe.com; S. 37: Steffen Käthner; S. 39: linksfraktion – Demonstration zum NSU Prozess München-4 auf flickr, CC BY 2.0, <https://commons.wikimedia.org>; S. 44/45: Elke Wetzig – Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org>; S. 47: Jasper Goslicki – Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org>; S. 50: Elke Wetzig – Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org>; S. 57: ©Animaflora PicsStock – stock.adobe.com; S. 59: LT Photography / shutterstock.com; S. 62: Shawn Goldberg / shutterstock.com; S. 64/65: Antonello Marangi / shutterstock.com; S. 67: Johnny Silvercloud / shutterstock.com

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jegliche, auch teilweise, Nach- und / oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen der in dieser Publikation enthaltenen Texte sind ohne schriftliche Genehmigung des Verlages unzulässig.

ISBN: 978-3-939864-27-1, Preis: 8,00 EUR

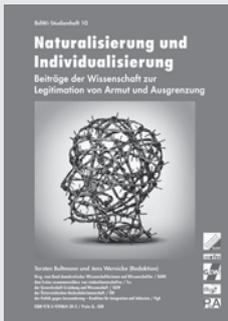


Studienheft 11

**Krise der EU**

**Kontroversen – Perspektiven – linke Alternativen**

68 Seiten A4, 8,00 EUR, ISBN 978-3-939864-22-6



Studienheft 10

**Naturalisierung und Individualisierung**

**Beiträge der Wissenschaft zur Legitimation von Armut und Ausgrenzung**

72 Seiten A4, 8,00 EUR, ISBN 978-3-939864-20-2



Studienheft 9

**Wissenschaft von Rechts**

**Rechte Ideologie, Theorie und Netzwerke an Hochschulen**

64 Seiten A4, 8,00 EUR, ISBN 978-3-939864-16-5



Studienheft 8

**Wissenschaft und Geschlecht**

**Erfolge, Herausforderungen und Perspektiven**

64 Seiten A4, 8,00 EUR, ISBN 978-3-939864-14-1



Studienheft 7

**Wege und Irrwege in die Wissensgesellschaft**

**Forschungspolitik zwischen Standortsicherung und gesellschaftlicher Verantwortung**

68 Seiten A4, 8,00 EUR, ISBN 978-3-939864-13-4

**Bestellungen an:**

BdWi-Verlag · Gisselberger Str. 7 · 35037 Marburg  
Tel.: +49 (0) 64 21 2 13 95 · E-Mail: [verlag@bdwi.de](mailto:verlag@bdwi.de)

**Gesamtprogramm unter:**

[www.bdwi.de/verlag/gesamtprogramm.html](http://www.bdwi.de/verlag/gesamtprogramm.html)



9783939864271